

Dr. Lydia Hüskens (Hrsg.)

Gleichberechtigt oder nicht? – Frauen und Politik in Sachsen-Anhalt

Bearbeitet von:

Heinz-Josef Sprengkamp
Johannes Steffens
Alexander Zapf
Jan Zimmermann

GLEICHBERECHTIGT ODER NICHT? – FRAUEN UND POLITIK IN SACHSEN- ANHALT	5
1. POLITIK IN DEUTSCHLAND UND IN SACHSEN-ANHALT – MÄNNERSACHE?5	
2. GLEICHBERECHTIGUNG – EIN AUFTRAG DER VERFASSUNG UND EINE AUFGABE DER POLITIK	17
2.1. Auftrag: „Die tatsächliche Durchsetzung der Gleichstellung“	17
2.2. Gleichberechtigung als Auftrag für und Anspruch an die Parteien	18
2.2.1 Quote und Quorum – 33, 40 oder 50 Prozent?.....	18
2.2.2. Schwierigkeiten beim Erreichen des Quorums – das Beispiel CDU	21
2.2.3. „Gelegentliches Gerangel“ – Frauen als Parteimitglieder und in Führungspositionen bei den Parteien in Sachsen-Anhalt	22
2.2.4. Thema „Gleichstellung“ in den Wahlprogrammen der Parteien in Sachsen-Anhalt.....	23
2.2.6. Vorfeldorganisationen für Frauen	24
2.2.7. Frauenförderpläne der Parteien – das Beispiel FDP (1987, 2003, 2006).....	25
2.2.8. „Grüne Frauen gleich – stark“ – Frauenförderung bei Bündnis 90/Die Grünen.....	27
3. EIN BLICK ZURÜCK: FRAUEN UND POLITIK IN DER DDR UND IN DER WENDEZEIT	28
4. VORAUSSETZUNGEN FÜR POLITISCHE PARTIZIPATION: TEILNAHME AM POLITISCHEN LEBEN, POLITISCHES INTERESSE UND POLITISCHES ENGAGEMENT	31
4.1. Politisches Interesse und Teilnahme am politischen Leben	31
4.2. Politisches Engagement und seine gesellschaftliche Wertschätzung.....	34
4.3. Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes	35
4.4. Stolpersteine für politisch engagierte Frauen.....	36
5. Wer vertritt die Interessen von Frauen am besten?	39
6. WAHLEN: VOM (GANZEN) VOLK GEHT ALLE STAATSGEWALT AUS.....	40
6.1. Wahlbeteiligung bei Wahlen in Sachsen-Anhalt seit 1990	41
6.2. Kommunalwahlen 2004 in Sachsen-Anhalt	42
6.2.1. Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahlen am Beispiel von Magdeburg	46
6.2.2. Möglichkeiten des Wahlrechts – Kumulieren und Panaschieren	46
6.3.3. Frauen auf vorderen Listenplätzen	47
6.2.4. Kandidatenauswahl der Parteien	51
6.2.5. Wahlergebnis: Eine Niederlage für die Frauen	52
6.3. Landratswahlen	53
6.3.1 Landrat – ein Amt mit eigener demokratischer Legitimation und hoher Gestaltungsmacht..	53
6.3.2 Landräte in Sachsen-Anhalt.....	54
6.4. Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen	54
6.4.1. Magdeburg: Oberbürgermeisterwahl 2001	55
6.4.2. Halle: Oberbürgermeisterwahl 2006.....	56
6.4.3. Dessau: Oberbürgermeisterwahl 2001	56

6.5. Landtagswahlen 2006.....	57
6.5.1. Kandidatenauswahl: Direktkandidaten.....	57
6.5.2. Kandidatenauswahl: Landesliste.....	58
6.5.3. Wahlkampf.....	60
6.5.4. Wahlbeteiligung und Wahlergebnis.....	61
6.5.5. Wahlziele der Parteien und Wahlergebnisse bei der Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt aus der Perspektive der Frauenpartizipation.....	61
6.6. Bundestagswahlen 2005.....	63
6.6.1. Kandidatenauswahl: Direktkandidaten.....	65
6.6.2. Kandidatenauswahl: Landesliste.....	67
6.6.4. Wahlziele der Parteien und Wahlergebnisse bei der Bundestagswahl 2005 in Sachsen-Anhalt aus der Perspektive der Frauenpartizipation.....	68
7. Frauen in der Kommunalpolitik – dargestellt am Beispiel der Landeshauptstadt Magdeburg	71
7.1 Frauen im Rat.....	71
7.2. Stadtratsvorsitzende und Kreistagsvorsitzende.....	72
7.3. Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende.....	73
7.4. Fraktionsgeschäftsführer – Manager des Stadtrates.....	74
7.5. Ausschüsse, sachkundige Bürger, Aufsichtsräte, Gesellschafterversammlungen.....	75
7.5.1. Ausschussbesetzung.....	75
7.5. Beigeordnete.....	76
7.6. Gemeinwesen-Arbeitsgruppen (GWA).....	76
7.7. Wahrnehmung partizipativer Möglichkeiten der Gemeindeordnung.....	76
7.7.1. Bürgerinitiativen.....	77
7.7.2. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid.....	77
7.7.3. Einwohnerversammlung und Einwohnerfragestunde.....	78
7.7.4. Beiräte und Beauftragte.....	78
7.8. Engagement im Ehrenamt.....	78
7.9. Leserbriefe.....	79
7.10. Mehr politische Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik!.....	79
8. FRAUEN IN DER LANDESPOLITIK VON SACHSEN-ANHALT.....	80
8.1. Im Landtag.....	80
8.1.1. Abgeordnete im Landtag von Sachsen-Anhalt.....	80
8.1.2. Frauen im Landtagspräsidium.....	80
8.1.3. Ausschussvorsitz.....	81
8.1.4. Fraktionsvorsitzende und stv. Fraktionsvorsitzende.....	82
8.1.5. Parlamentarische Geschäftsführer.....	83
8.1.6. Arbeitskreisvorsitzende.....	84
8.2. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt.....	84
8.2.1. Frauen im Kabinett.....	84
8.3. Landesverfassungsgericht.....	85
8.4. Direkte Demokratie auf Landesebene: Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid.....	85

9. WIRKLICHE GLEICHBERECHTIGUNG.....	88
Anlagen.....	93
10.1 Frauen - Pioniere auf parlamentarischer Bühne.....	93
10.2 Die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter im Verfassungsrecht des Deutschen Reiches, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland	94
10.3 Parité	97
Spanien: Per Gesetz Gleichheit zwischen den Geschlechtern	97
10.4. Daten zur Frauenpartizipation in der Kommunalpolitik in Sachsen-Anhalt.....	98
Literaturverzeichnis.....	100

Gleichberechtigt oder nicht? – Frauen und Politik in Sachsen-Anhalt

1. Politik in Deutschland und in Sachsen-Anhalt – Männersache?

Textcollage zum Einstieg

Lieber gleich berechtigt als gleichberechtigt!

Aus: Werbeslogan einer Frauenkampagne aus den 70er-Jahren.

„Politik ist Männersache“, das meinten 1992 laut Eurobarometer noch 34 Prozent der Deutschen und nahmen mit diesen Vorbehalten gegenüber Frauen in der Politik einen Spitzenplatz in Europa ein Aus: Beate Hoecker: Zwischen Macht und Ohnmacht: Politische Partizipation von Frauen in Deutschland, in: ders., Hrsg.: Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen, S. 78.

„Kleine, unrepräsentative Umfrage unter Kolleginnen: Welches Wort fällt euch spontan zu dem Begriff „Macht“ ein? Der Renner war „Männer“.“

Aus: Editorial in Brigitte-woman Nr. 4/2006, S. 3

„Da, wo sich für Frauen nur etwas ändert, wenn sich bei Männern einschneidend etwas ändert, ändert sich nichts.“

Aus: Marianne Weg, Integrierte Geschlechterpolitik (Gender Mainstreaming) als Konzept für die Stadt der Zukunft, in: Gender Mainstreaming in Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik, Fachtagung der Landeshauptstadt Düsseldorf am 20. August 2001, S. 5-16, hier: S. 7.

Politische Entscheidungsmacht ist ungleich verteilt

Politik, so der Eindruck, den die folgenden Fakten vermitteln, ist nach wie vor hauptsächlich Männersache – dies zeigt schon der Blick auf die höchsten Staatsämter, die in der Bundesrepublik zu vergeben sind. Ein Blick ins benachbarte Österreich verdeutlicht, dass es auch dort mit der Partizipation von Frauen nicht unbedingt besser bestellt ist. In beiden Staaten haben Frauen seit fast 90 Jahren das Wahlrecht, Frauen in hohen und höchsten politischen Ämtern sind aber immer noch die Ausnahme.

Frauen unter den höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland 2006

	Bundesrepublik Deutschland		Österreich	
Wahlrecht	Einführung des Wahlrechts für Frauen 1918, erstmals ausgeübt 1919		Einführung des Wahlrechts für Frauen 1918, erstmals ausgeübt 1919	
Vereins- und Versammlungsrecht	Das politische Vereins- und Versammlungsrecht billigte in den meisten deutschen Ländern im 19. Jahrhundert den Frauen nicht das Recht zu, sich politisch zu organisieren. Sie durften in der Regel noch nicht einmal schweigend an Veranstaltungen teilnehmen, eine Parteimitgliedschaft war verboten. Das änderte sich erst mit dem Grundrechtskatalog der Weimarer Reichsverfassung.		1918 wurde das allgemeine Vereins- und Versammlungsrecht gewährleistet; damit fiel der Verbotsparagraph des Vereinsgesetzes aus 1867, mit dem "Ausländern, Frauenspersonen und Minderjährigen" die offizielle Mitgliedschaft in politischen Vereinen unmöglich gemacht wurde.	
Amt	Frauen als Amtsträgerinnen aktuell	Frauen als Amtsträgerin bzw. Kandidatin bisher	Frauen als Amtsträgerin aktuell	Frauen als Amtsträgerin bzw. Kandidatin
Bundespräsident	Nein – von der Bundesversammlung wurde 2004 Horst Köhler zum Bundespräsidenten gewählt.	Frauen kandidierten in verschiedenen Bundesversammlungen, aber bislang ohne Erfolg. Frauen wurden von den großen Volksparteien als Kandidatinnen für das höchste Staatsamt präsentiert, wenn sie angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung keine realistische Chance hatten, das Amt auch zu erhalten.	Nein – als direkter gewählter Bundespräsident amtiert Heinz Fischer (SPÖ).	Ludovica Hainisch-Marchet kandidierte 1951 für das Amt – und erhielt 0,1 Prozent der Stimmen. Erst 2004 wurde eine Frau von einer großen Volkspartei, der ÖVP, bei der Direktwahl des Bundespräsidenten offiziell unterstützt. Benita Ferrero-Waldner, heute EU-Kommissarin und zuvor österreichische Außenministerin, verlor gegen Heinz Fischer knapp; sie erhielt 47,6% der Stimmen.
Bundeskanzlerin/in und Bundesregierung	Ja – als Bundeskanzlerin amtiert seit 2005 Angela Merkel. Ihrem Kabinett gehören fünf Frauen an; diese leiten das Familien-, das Bildungs-, das Sozial- das Entwicklungshilfe- und das Justizressort.	Angela Merkel war die erste Spitzenkandidatin einer großen Volkspartei. Erste Bundesministerin war 1961 Elisabeth Schwarzhaupt. Bis 1987 waren nie mehr als zwei Frauen gleichzeitig im Bundeskabinett vertreten. Der ersten rot-grünen Bundesregierung Schröder gehörten bis zu sechs Frauen an. Die wichtigen Bundesministerien für Auswärtige Angelegenheiten, für Wirtschaft, Finanzen und Inneres wurden bislang immer von Männern geleitet. ¹	Nein – als Bundeskanzlerin amtiert seit 2007 Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ). Seinem SPÖ/ÖVP-Kabinett gehören seit 2007 dreizehn Minister, davon immerhin fünf Frauen an ² ; sie leiteten die Ressorts für 1. auswärtige Angelegenheiten 2. Bildung, Wissenschaft und Kultur 3. Gesundheit und Frauen	Erste Vizekanzlerin der Republik Österreich wurde 2000 Susanne Riess-Passer, FPÖ. 1966 übernahm Grete Rehor (ÖVP) als erste Frau ein Ministeramt (Sozialressort). Seitdem waren in jeder Regierung mindestens eine Frau und seit Mitte der 80er-Jahre mindestens zwei Frauen in der Regierung vertreten. Frauen übernahmen die Ressorts für Umwelt, Jugend und Familie, Gesundheit und Konsumentenschutz, Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, während das Finanz-, Wirtschafts- und das Innenressort im Zuständigkeitsbereich von Ministern verblieben; das hat sich mit der Regierung „Schüssel II“ geändert.

¹ Vgl. dazu z.B. die Chronik der Bundesfinanzminister auf der Website www.bundesfinanzministerium.de, dazu die Chronik der Wirtschaftsminister auf der Website <http://de.wikipedia.org/> und die Galerie der Innenminister auf der Website www.bmi.bund.de.

² Einen vergleichbar hohen Frauenanteil verzeichnen nur wenige Länder, in Spanien stieg dieser in der Regierung Zapatero auf 50% nach dem Regierungswechsel 2004. Einen ebenso hohen Frauenanteil verzeichnete die schwedische Regierung, die 2002 ins Amt kam. Vgl. Ulrike Heß-Meining: Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, in: Genderreport 2006, S. 363f.

Bundestag / Nationalrat	<p>Ja – 194 von 614 Bundestagsabgeordneten sind Frauen (31,6 Prozent). Bis 1987 lag der Frauenanteil bei den Bundestagsabgeordneten bei unter 10 Prozent. Als Präsident des Bundestages amtiert Norbert Lammert (CDU).</p>	<p>Annemarie Renger (SPD, 1972-1976) und Rita Süßmuth (CDU, 1988-1998) wurden in das Amt der Bundestagspräsidentin gewählt. Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag waren bisher fast ausschließlich Männer – Ausnahmen: Bündnis 90/Die Grünen (zurzeit Renate Künast und Fritz Kuhn) und kurzzeitig Angela Merkel bei der CDU (nach der Konstituierung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2005 bis zur Kanzlerwahl). Besonders wichtige Ausschüsse des Deutschen Bundestages – z.B. Haushaltsausschuss, Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Wirtschaftsausschuss – werden in der Regel von Männern geleitet.</p>	<p>4. Justiz, sowie 5. eine Bundesministerin ohne Portefeuille Ja - unter den 183 Abgeordneten im Nationalrat waren im Januar 2007 59 Frauen, fast genau die Drittel-Parität. Bis 1986 lag der Frauenanteil im Nationalrat unter 10 Prozent.</p>	<p>Es gab noch keine Präsidentin des Nationalrates. Erste Fraktionsvorsitzende (Obfrau) war Freda Meissner-Blau (Obfrau des Grünen Klubs 1986–1988). Von den insgesamt 43 Klubobleuten im Bundesrat und in den Landtagen waren 2004 nur vier Frauen.</p>
Bundesrat	<p>Dreizehn von 69 Mitgliedern des Bundesrates sind Frauen. Präsident des Bundesrates ist von Nov. 2006 bis Okt. 2007 Dr. Harald Ringstorff, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern.</p>	<p>Es gab noch keine Bundesratspräsidentin und damit Amtsinhaberin des nominell zweithöchsten Staatsamtes der Bundesrepublik Deutschland.</p>	<p>17 von 62 Mitgliedern des Bundesrates sind Frauen. Im ersten Halbjahr 2007 amtiert Anna Elisabeth Haselbach (Bundesratsfraktion der SPÖ) als Vizepräsidentin des Bundesrates.</p>	<p>Olga Rudel-Zeynek (CSP) war bereits 1927/28 als erste Frau Vorsitzende des Bundesrates.</p>
Bundesverfassungsgericht / Verfassungsgerichtshof	<p>Erster Senat: eine Verfassungsrichterin (von acht) Zweiter Senat: zwei Verfassungsrichterinnen (von acht). Präsident des BVerfG ist Prof. Dr. Papier</p>	<p>Einmal, und zwar von 1994 bis 2002, war eine Frau Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts: Prof. Dr. Jutta Limbach.</p>	<p>Vier von zwölf Richtern (33,3%) des österreichischen Verfassungsgerichtshofes sind Frauen, außerdem zwei von sechs Ersatzmitgliedern. Vizepräsidentin ist seit 2003 Brigitte Bierlein.</p>	<p>Es gab noch keine Frau, die als Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes amtierte.</p>

Aus: www.parlament.gv.at/, www.bundesrat.de, www.bundestag.de, www.bundesregierung.de, www.bundesverfassungsgericht.de, www.wikipedia.de, Genderreport des Bundes: <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/root.html>.

Politische Macht gleich(gewichtig) verteilt – Was bedeutet das konkret?

Quoten und Quoren sind immer willkürlich. Halten wir uns deshalb an die offiziellen Dokumente auf EU-Ebene, hier im Wortlaut zitiert: „Eine Beteiligung von mindestens 40% muss langfristig das Ziel sein, um eine ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen zu gewährleisten.“³ Die EU-Kommission führt in ihrem Bericht zur Umsetzung der Empfehlung 96/694 des Rates aus, dass eine ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an politischen Entscheidungsprozessen ein Gebot der Demokratie sei und positive Auswirkungen auf die Gesellschaft habe, da andersartige Ideen, Werte und Verhaltensweisen in den Prozess eingebracht würden, die dazu beitragen, dass die Ergebnisse den Interessen und Bedürfnissen der ganzen Bevölkerung gerecht werden.“⁴

Leitidee der Gleichstellungsstrategie: Gender Mainstreaming

Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die auf Betreiben der Europäischen Union in der Aktionsplattform der Peking-World Women Conference 1995 festgeschrieben.⁵ Der Begriff Gender Mainstreaming steht heute für die Einbeziehung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in alle Politikbereiche, bei gleichzeitiger Beibehaltung von positiven Aktionen (spezifischer Frauenförderung), bis tatsächliche Gleichstellung erreicht ist. Chancengleichheit ist somit (theoretisch) elementarer Bestandteil aller EU-Politiken – und zwar als Handlungsmaxime der Gemeinschaftsbehörden und als Verpflichtung für die Mitgliedsstaaten. Konkret heißt das, alle Pläne, Programme und Maßnahmen müssen vor ihrer Verabschiedung daraufhin geprüft werden, ob die Gleichstellung von Frauen und Männern angemessen berücksichtigt ist. Gleiches gilt für Implementierung, Fortschrittskontrolle und Evaluation.

Frauen auf dem Vormarsch? – ein Blick auf die unterschiedlichen politischen Ebenen

Es gibt auf der Bundesebene auch Anzeichen dafür, dass Frauen ein immer größeres Stück vom Kuchen der Macht erhalten:

- **Bundespolitik:** 2005 wurde erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mit Angela Merkel (CDU) eine Frau zur Bundeskanzlerin gewählt,⁶ die zuvor als Bundesministerin für Frauen und Jugend das „Gleichberechtigungsgesetz“ durchbrachte, obwohl die „Bild am Sonntag“ im Februar 1992 dagegen polemisiert hatte: „Ganz Bonn spottet über das Emanzipationsgesetz von Frau Merkel: Würden Sie diese Frau einstellen?“
- Der Anteil der Frauen an den Abgeordneten im Bundestag und in den Landtagen steigt tendenziell seit Jahren leicht an, er liegt bei 31,6%, 1949 waren es noch 6,8%. Im weltweiten Vergleich der Parlamente liegt Deutschland damit auf Platz 16. In der EU haben die nordeuropäischen Länder den höchsten Frauenanteil im nationalen Parlament.
- Den höchsten Frauenanteil im Bundestag haben die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen mit 56,9 Prozent vor der Linkspartei.PDS mit 46,3 Prozent, beides Parteien mit einer strikten Quotierung.⁷

³ Die „Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Bericht der Kommission über die Umsetzung der Empfehlung 96/694/EG des Rates vom 2. Dezember 1996 über die ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess (KOM(2000) 120 – C5-0210/2000 – 2000/2117(COS))“ fordert ein Gleichgewicht der Geschlechter in allen politischen Bereichen und in allen Ausschüssen auf EU sowie auf nationaler und internationaler Ebene, wobei **unter einem Beteiligungsprozentsatz von 40 % nicht von einem Gleichgewicht gesprochen werden kann.**

⁴ Vorlage zur 14. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder Hauptkonferenz am 24./25. Juni 2004: Wirkungen und Erfolge institutionalisierter Frauen- und Gleichstellungspolitik.

In Spanien hat das sozialistische Kabinett Zapatero bereits beschlossen, die ungefähre Geschlechterparität bei den Wahlen auf allen staatlichen Ebenen – Zentralparlament, Regionen und Gemeinden – einzuführen. Die Listen der Parteien sollen Kandidaten beider Geschlechter je mindestens 40 Prozent der Plätze einräumen. Im spanischen Abgeordnetenhaus werden bereits 36 Prozent der Mandate von Frauen bekleidet, während die Anteile in Regionen und Gemeinden zum Teil wesentlich tiefer liegen. „Die 40-Prozent-Regel soll auch bei allen Ernennungen der Regierung für leitende Organe in der Staatsverwaltung und bei Ausbildungskursen für den Staatsdienst, zum Beispiel in der Diplomatie, gelten. Bei der Zulassung zum Staatsdienst sollen Kriterien geändert werden, die Frauen benachteiligen. ... Erklärtes Ziel des Gleichheitsgesetzes ist auch ein Frauenanteil von 40 Prozent in den Verwaltungsräten mittlerer und größerer Unternehmen. Es soll innerhalb von acht Jahren verwirklicht werden.“ (Aus: Neue Zürcher Zeitung 13.6.2006)

⁵ Europäische Datenbank: Frauen in politischen Führungspositionen. Zahlen und Fakten 2000, Berlin 2. Auflage 2000.

⁶ Vgl. Gerd Langguth: Angela Merkel, München 2. Auflage 2005, insbesondere S. 172ff. (Durchsetzung des „Gleichberechtigungsgesetzes“).

⁷ Siehe unten Kapitel 2.3.

- **Parteilpolitik:** Angela Merkel ist seit 2000 auch die erste Frau im Amt einer Parteivorsitzenden der CDU. Die Linkspartei.PDS wurde von 2000 bis 2003 von Gabi Zimmer geführt. Bündnis 90/Die Grünen hatten schon eine „Frauen-Doppelspitze“, bei SPD und FDP war noch keine Frau Parteivorsitzende.⁸
- **Kommunalpolitik:** Mit zunehmender Einwohnerzahl steigt der Anteil der Frauen in den Kommunalparlamenten. 2002 waren in Deutschland 24,1 Prozent der Ratsmitglieder in Gemeinden ab 10.000 Einwohnern Frauen; in Städten mit mehr als 100.000 lag der Frauenanteil bei 33 Prozent.⁹ In den Kreistagen der Länder liegt er zwischen 13,1 % und 36,6 %; in den Gemeinderäten liegt der Anteil bundesweit im Durchschnitt etwa bei 20 %. In den Bezirksparlamenten der Stadtstaaten ist der Frauenanteil höher, und zwar zwischen 32,4 und 47,8%.¹⁰
- 16 Prozent betrug 2005 der Anteil der Frauen bei den Oberbürgermeistern in Deutschland. Der Anteil der Frauen im Amt des Bürgermeisters lag immerhin bundesweit bei 28 Prozent, aber nur 6% der Landräte sind Frauen.¹¹

Und wie ist die Situation in Sachsen-Anhalt?

Schaut man nach Sachsen-Anhalt, so sind im Politikerkatspiel des „Wirtschaftsspiegels“ mit der Landtagsabgeordneten Katrin Budde (SPD), der Bundestagsabgeordneten Cornelia Pieper (FDP), der Landrätin Heike Brehmer (CDU) und der Ministerin Petra Wernicke (CDU) zwar vier Damen dabei, beim Skat machen jedoch in den meisten Spielen die Bauern das Spiel, der Kreuz-Bube ist der höchste Trumpf. Im politischen Alltag des Landes Sachsen-Anhalt ist dies Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (CDU), großen Einfluss haben auch die beiden Minister der SPD in den Schlüsselressorts Finanzen und Inneres, Jens Bullerjahn (stv. Bundesvorsitzender der SPD, Finanzminister und stv. Ministerpräsident) und Holger Hövelmann (SPD-Landesvorsitzender, Innenminister).

Die Mitteldeutsche Zeitung präsentierte bei einer Leserumfrage 2003 zu den wichtigsten Menschen in Sachsen-Anhalt unter 100 Vorschlägen gerade einmal 17 Frauen.¹²

Frauen sind in der Mehrheit – allerdings nur in der Bevölkerung und aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung. In Sachsen-Anhalt lebten 2005 1,26 Millionen Frauen und 1,21 Millionen Männer. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil der Frauen von 51,2 Prozent. Dennoch ist der Anteil an der politischen Macht von Frauen immer noch vergleichsweise gering:

- In Sachsen-Anhalt hat von 1946-1952 und seit 1990 keine Frau das **Amt des Ministerpräsidenten** ausgeübt.
- Das **Amt des Landtagspräsidenten** wurde in Sachsen-Anhalt bislang ausschließlich von Männern wahrgenommen. Frauen gelangten nur ins Amt einer stellvertretenden Landtagspräsidentin: Das waren Cornelia Pieper (FDP) 1990-94, Roswitha Stolfa (PDS) 1994-2002, Ingrid Häußler (SPD) 1994-1998 und Dr. Helga Paschke (Linkspartei.PDS) seit 2002.
- Vorsitzende des Landesverfassungsgerichts waren bislang ausschließlich Männer.
- In Sachsen-Anhalt sind von 1990 bis 2006 sieben Frauen, aber 36 Männer zu Ministern ernannt worden.
- Die **Schlüsselministerien in der Landespolitik**, die Ressorts für Finanzen, Inneres und Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, sind bislang ausschließlich von Männern geleitet worden.¹³ Im prestigeträchtigen Wirtschaftsressort amtierte nach dem Rücktritt von Klaus Schucht 2001/2002 kurzzeitig Katrin Budde (SPD), heute Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag.

Auf kommunaler Ebene

⁸ Die erste Frau an der Spitze einer Partei in Deutschland war Helene Wessel, von 1949 bis 1952 Vorsitzende der Zentrumspartei.

⁹ Vgl. Deutscher Städtetag, Hrsg.: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 89. Jg., 2002, Berlin, .S. 95.

¹⁰ Vorlage zur 14. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und – senatoren der Länder Hauptkonferenz am 24./25. Juni 2004: Wirkungen und Erfolge institutionalisierter Frauen- und Gleichstellungspolitik.

¹¹ Frauen in Führungspositionen – Die Repräsentanz von Frauen in politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Führungspositionen in Heidelberg, hrsg.: Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann, Recherche: Alice Guyot, Stand Februar 2006.

¹² Beilage zur Ausgabe der Mitteldeutschen Zeitung zum 3.10.2003.

¹³ Stand dieser Aufzählung ist Januar 2007.

- In den drei kreisfreien Städten Magdeburg, Halle und Dessau gab es in der Zeit bis 1990 lediglich in Dessau Oberbürgermeisterinnen.¹⁴ Nach der Herstellung der deutschen Einheit amtierte nur in Halle mit Ingrid Häußler (SPD) eine Oberbürgermeisterin. 2006 wurde die langjährige Sozialbeigeordnete Dagmar Szabados (SPD) zur Nachfolgerin gewählt. Sie übernimmt im Frühjahr 2007 dieses Amt.
- Im Jahr 2000 waren zehn der 79 hauptamtlich tätigen Bürgermeister Frauen (12,6%). Von den ehrenamtlichen Bürgermeistern in den 1199 Gemeinden waren über 19 Prozent weiblich.

Positive Anzeichen für mehr Gestaltungsmacht von Frauen in Sachsen-Anhalt

Immerhin: Auch auf Landesebene gibt es einige positive Zeichen für das politische Engagement von Frauen:

- Zwei der (kleineren) Parteien in Sachsen-Anhalt werden von Frauen geführt: die FDP (durch Cornelia Pieper) und Bündnis 90/Die Grünen (durch Undine Kurth als eine von zwei Vorsitzenden).
- Bei den Landtagswahlen 2006 präsentierten die Grünen mit Inés Brock, Vorgängerin von Frau Kurth als Landesvorsitzende, eine Frau als Spitzenkandidatin, die im Wahlkampf gezielt auch die „Geschlechterkarte“ ausspielte.¹⁵
- Petra Wernicke (CDU), einzige Frau im Kabinett Böhmer in der 4. Legislatur (CDU/FDP-Landesregierung), gewann ihren Landtagswahlkreis 2006 mit dem besten Wahlergebnis aller Direktkandidatinnen und -kandidaten (43,5%). Sie rangiert in der Bewertung der Landespolitiker, die das Magazin „Wirtschaftsspiegel“ in regelmäßigen Abständen durchführt, seit Jahren auf den vorderen Plätzen.¹⁶
- Im Kabinett von Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (CDU) in der 5. Legislatur werden jetzt drei von sieben Ressorts von Frauen besetzt, i.e. das Justizministerium, das Gesundheits- und Sozialministerium sowie das Umwelt- und Landwirtschaftsministerium.
- Bei den Bundestagswahlen 2005 kandidierten Frauen bei der SPD (Listenplatz Nr. 1: Christel Riemann-Hanewinkel MdB), FDP (Nr. 1: Cornelia Pieper MdB), Bündnis 90/Die Grünen (Nr. 1: Undine Kurth MdB) und bei der Linkspartei.PDS (Dr. Petra Sitte MdB) als Spitzenkandidatinnen auf der Landesliste, bei der CDU erhielt Uda Heller MdB mit Platz 2 der Landesliste einen sicheren Listenplatz. Alle Genannten zogen in den Bundestag ein. Gäbe es eine „Sachsen-Anhalt-Fraktion“ im Deutschen Bundestag, so hätte sie einen Frauenanteil von 39,1 Prozent.¹⁷

Sucht man Frauen in wichtigen politischen Ämtern auf Landesebene, die (potentiell) mit politischer Gestaltungsmacht verbunden sind, so ergibt sich für 2006 folgende Aufstellung, bei der (siehe Anmerkungen) die akademische Vorbildung der meisten Frauen besonders auffällt.

Frauen mit Macht in Sachsen-Anhalt (Stand 2006):

In der Landesregierung:

Dr. Gerlinde Kuppe MdL, Sozialministerin 1994-2002¹⁸, stv. Ministerpräsidentin 1998-2002 und wieder im Amt als Ministerin für Gesundheit und Soziales seit 2006, MdL seit 1990
Prof. Dr. Angelika Kolb, Justizministerin seit 2006¹⁹

¹⁴ Oberbürgermeisterinnen in Dessau waren Lisa Krause 1949-51, Maria Dank 1951-61, Thea Hauschild 1963-84 und Sylvia Retzke 1984-1990.

¹⁵ Auf einem Wahlkampfplakat wurde die „Männerriege Böhmer, Bullerjahn und Gallert“, also die Spitzenkandidaten von CDU, SPD und Linkspartei.PDS, zusammen mit dem Slogan „Jetzt aber Inés“ abgebildet. Außerdem wurde das Personenplakat von Frau Brock landesweit plakatiert, während man auf Personenplakate der Direktkandidaten in den einzelnen Wahlkreisen weitgehend verzichtete.

¹⁶ Vgl. http://www.wirtschaftsspiegel.com/upload/pdf/Studie_Politspiegel_17.02.06.pdf. Petra Wernicke belegte in der „Haushaltsbefragung“ der wichtigsten Landespolitiker 2005 und 2006 Rang drei.

¹⁷ Vgl. unten Kapitel 6.6.

¹⁸ Frau Dr. Gerlinde Kuppe war 1972 bis 1978 wissenschaftliche Mitarbeiterin in Halle, 1978 bis 1994 Laborleiterin am Universitätsklinikum Halle (1991 Habilitation).

Seit 1989 ist sie Mitglied der SPD. Sie ist Mitglied des Landesvorstandes der SPD in Sachsen-Anhalt. 1990 gehörte sie der Volkskammer der DDR an. Ab 1990, also seit der 1. Legislatur, ist sie Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, 1990 bis 1994 war sie stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. 1994 bis 1998 amtierte sie als Ministerin für Arbeit, Soziales und Gesundheit, 1998 bis 2002 war sie – mit erweitertem Verantwortungsbereich - Ministerin für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales und stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Sachsen-Anhalt. Seit dem 24.04.2006 ist Frau Kuppe Ministerin für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt. Vgl. www.bundesrat.de und www.wikipedia.de.

Petra Wernicke MdL, Ministerin für Umwelt und Landwirtschaft 1991-1994 und seit 2002²⁰
Prof. Dr. Christiane Dienel, Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales²¹

Im Landtag:

Katrin Budde MdL, SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Sachsen-Anhalt, MdL seit 1990, von 2001-2002 Wirtschaftsministerin²²

Angelika Klein MdL, Linkspartei.PDS, Vorsitzende des Finanzausschusses im Landtag²³

¹⁹ Frau Prof. Dr. Angelika Kolb wurde geboren am 22.10.1963 in Halle an der Saale. Nach dem Abitur 1982 studierte sie bis 1986 Rechtswissenschaften, Fachrichtung Wirtschaftsrecht in Halle-Wittenberg. 1986 bis 1989 absolvierte sie ein Forschungsstudium am Institut für Internationale Rechtsbeziehungen in Halle-Wittenberg. 1989 erfolgte die Promotion. 1990 bis 1991 war Frau Kolb wissenschaftliche Assistentin an der Universität in Leipzig. 1991 bis 1999 war sie in verschiedenen Leitungsfunktionen im Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen tätig, ab 1994 auch als nebenamtliche Dozentin an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung und Rechtspflege des Landes Sachsen-Anhalt. Dort wurde sie 1999 zur Professorin für Verwaltungsrecht berufen, ab 2004 war sie zudem Dekanin des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften. Seit 2003 ist Frau Kolb Mitglied der SPD. Seit 24.04.2006 ist Frau Kolb Ministerin für Justiz des Landes Sachsen-Anhalt. Vgl. www.bundesrat.de und www.sachsen-anhalt.de.

²⁰ Petra Wernicke wurde geboren am 02.03.1953 in Aschersleben. Nach dem Abitur 1971 studierte sie bis 1975 an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg; Abschluss als Diplom-Agrar-Ingenieur. 1975 bis 1986 arbeitete sie als Assistentin, dann Abteilungsleiterin; 1986 als stellvertretende Direktorin auf einem volkseigenen Gut (VEG).

Ab 1985 war sie Kreisvorstandsmitglied der DBD, später wechselte sie zur CDU. 1982 bis 1990 war sie Mitglied der Gemeindevertretung, 1990 bis 1991 Mitglied des Kreistages. 1999 bis 2002 ehrenamtliche Bürgermeisterin von Walbeck.

Seit 1990 gehört Petra Wernicke dem Landtag von Sachsen-Anhalt an. 1991 wurde sie zur Ministerin für Raumordnung und Städtebau des Landes Sachsen-Anhalt berufen, 1991 bis 1994 amtierte sie als Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt. Seit 17.05.2002 ist sie in der CDU/SPD-Regierung von Ministerpräsident Böhmer Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt. www.bundesrat.de, www.petra-wernicke.de und www.sachsen-anhalt.de.

²¹ Prof. Dr. Christiane Dienel wurde geboren am 25. Februar 1965. Nach dem Abitur 1983 studierte sie von 1983-1983 Geschichte, Germanistik, Slawistik und Volkswirtschaft in Münster, München, Bordeaux und Paris. Promotion zum Dr. phil. an der Ludwig-Maximilians-Universität München: "Kinderzahl und Staatsräson. Empfängnisverhütung und Bevölkerungspolitik in Deutschland und Frankreich bis 1918". 1989-1992 war Frau Dr. Dienel Wissenschaftliche Assistentin am Institut für Neuere Geschichte der LMU München, 1993-1999 arbeitete sie als Referentin für Europäische Union und Industrieländer in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg in Potsdam, ab 1996 im Ministerium der Justiz und für Bundes- und Europaangelegenheiten. 1999-2006 war sie Professorin mit dem Lehrgebiet "Europäische Politik und Gesellschaft" an der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)

Prof. Dr. Dienel ist seit 1993 Mitglied der SPD, seit 2006 ist sie Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt. Vgl. www.sachsen-anhalt.de und http://www.zukunftsprogramm.de/index.php?option=com_content&task=view&id=3&Itemid.

²² Katrin Budde wurde geboren am 13. April 1965 in Magdeburg. Nach dem Abitur 1983 absolvierte sie 1983/84 ein Praktikum im ehemaligen SKL Magdeburg. 1984/89 Studium/Abschluss Dipl.-Ing. 1989/90 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin Forschung, Entwicklung, Rationalisierung (FER) 2001/02. 1989 trat in die SDP/später SPD ein, amtierte als Ortsvereinsvorsitzende 1994-98. Sie war Beisitzerin im SPD-Landesvorstand 1994-98 und seit 2002, stellv. Landesvorsitzende 1998-2002.

Katrin Budde ist seit 1990 Mitglied des Landtages, 1994-2001 und seit April 2002-2006 war sie stellv. Vorsitzende der SPD-Fraktion, 2001/02 war sie Ministerin für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt in der Regierung von Reinhard Höppner. Katrin Budde ist seit 2006 Vorsitzende der SPD-Fraktion. Siehe www.landtag.sachsen-anhalt.de und www.katrin-budde.de.

²³ Dr. Angelika Klein wurde geboren am 21. Juli 1951 in Garnsdorf. Nach Abitur 1970 schloss sie das Studium als Dipl.-Lehrerin ab. Es folgten 1978 Promotion, 1985 Promotion B. Dr. Klein arbeitete von 1977-93 als wiss. Assistentin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

1993/94 war Dr. Klein arbeitslos. 1994/95 arbeitete sie in einer ABM. 1995-98 war sie als Regionalgeschäftsführerin der PDS tätig, zuständig für Halle und den Saalkreis tätig. Danach schloss sich von 1999-2002 die Referententätigkeit bei einem Mitglied des Deutschen Bundestages an.

Frau Dr. Klein trat 1969 in die SED ein, gehört seit 1990 der PDS bzw. der Partei Die Linkspartei.PDS an. 1987-89 war Frau Dr. Klein Sekretär der Bezirksleitung Halle. Von 1993-98 war Frau Dr. Klein Mitglied des PDS-Stadtverbandes Halle. 1999-2003 war sie stellv. PDS-Landesvorsitzende, seit 1999 Mitglied Landesvorstand PDS/Die Linkspartei.PDS seit 2004 Mitglied im Kreistag Mansfelder Land, Mitglied des

In den Landkreisen und großen Städten:

Heike Brehmer, Landrätin des Landkreises Aschersleben-Staßfurt (bis 2007)²⁴
Ingrid Häußler, Oberbürgermeisterin von Halle/Saale (Neuwahl November 2006)²⁵

Im Landesverfassungsgericht:

Anneliese Bergmann, Dr. Edeltraud Faßhauer, Margit Gärtner, Richterinnen am Landesverfassungsgericht

Das Umfeld von und für Politik

Doch trotz einiger positiver Anzeichen für politische Gestaltungsmacht von und für Frauen gilt: Das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft von Frauen könnten erheblich größer sein. Die Gründe sind vielfältig. Martin und Sylvia Greiffenhagen fassen sie in ihrer Studie zur politischen Kultur in Deutschland wie folgt zusammen: „Frauen brauchen für politische Betätigung offenbar ein ihnen wohl gesonnenes Umfeld. Bei scharfem Gegenwind resignieren sie und ziehen sich zurück.“²⁶

Ziele der Studie

In der folgenden Studie wird im Detail untersucht, wie es mit dem politischen „Umfeld“ für Frauen in Sachsen-Anhalt bestellt ist. Wir haben uns zunächst auf die Frage konzentriert, inwiefern – und möglichst auch warum - Frauen auf kommunaler und auf Landesebene in Sachsen-Anhalt unterrepräsentiert sind. Die Studie konzentriert sich auf die Bereiche Politik und Verwaltung, weil diese Bereiche im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen und ihnen eine Vorbildwirkung für die Gesellschaft zukommt. Vielfältige Formen der Benachteiligung von Frauen in verschiedenen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft werden in den Genderreports des Bundes und des Landes hinreichend aufgezeigt.²⁷ Außerdem ist der Zeitpunkt der Analyse günstig, denn sie fällt in eine Zeit des Übergangs. Das Land steht (erneut) vor einer Kommunal- und Gebietsreform, die mit den Kommunalwahlen in den neuen Kreisen 2007 einen vorläufigen Abschluss findet. Das Zahlenmaterial in Kapitel 6 ist in gewisser Weise ein Abschlussbild zur Geschlechterdemokratie in den „alten“ Landkreisen im Vorfeld der Kreistagswahlen am 22.4.2007. Auf Landesebene haben die Landtagswahlen 2006 gerade ein neues Kräfteverhältnis für die 5. Legislaturperiode ergeben, dessen Mehrheitsverhältnisse die Politik in Sachsen-Anhalt (voraussichtlich) für fünf Jahre prägen werden.

Landtages seit der 4. Wahlperiode u.a. seit 2002 Vorsitzende Bildungsverein Elbe-Saale e.V.,
www.landtag.sachsen-anhalt.de, www.kleinsnet.de.

²⁴ Heike Brehmer wurde am 5.11.1962 in Staßfurt geboren. Nach der POS bis zur 10. Klasse studierte sie von 1984 bis 1989 Ökonomie für Rechnungsführung und Statistik an der AIS Weimar (Fernstudium / heute Diplom-Betriebswirt (FH)), 1992 bis 1994 absolvierte sie eine Weiterbildung am Studieninstitut Hannover. 1994 bis 2003 war sie Leiterin des gemeinsamen Verwaltungsamtes Bördeau, seit Mai 2003 ist sie Landrätin des Landkreises Aschersleben-Staßfurt.

Heike Brehmer ist seit 1989 Mitglied der CDU, seit 2000 Vorsitzende des CDU Kreisverbandes Aschersleben-Staßfurt, außerdem seit 2003 Mitglied des Landesvorstandes der CDU, seit 1990 Mitglied des Kreistages, 1999 bis 2003 amtierte sie als Vorsitzende des Kreistages

²⁵ Ingrid Häußler ist geboren am 18. März 1944 in Görlitz, nach der Mittleren Reife 1960 absolvierte Ingrid Häußler eine Berufsausbildung zur Chemielaborantin, 1963 legte sie das Abitur ab (Abendschule), 1963-68 führte sie ein Chemiestudium an die TU Dresden, Abschluss: Diplom-Chemikerin. Seit 1968 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin mit in der chemischen Forschung im Kombinat VEB Chemische Werke Buna, 1990 wurde sie zur Betriebsratsvorsitzenden gewählt. 1994/95: Wiederwahl als freigestellte Betriebsrätin. Von Mai 1995 bis Mai 1998 wurde Ingrid Häußler zur Regierungspräsidentin des Regierungspräsidiums Halle berufen. Von Mai 1998 - April 2000 war sie Ministerin für Raumordnung und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt. Seit dem 1.5.2000 ist Ingrid Häußler Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale)

Frau Häußler trat im November 1989 in die SPD ein, sie wurde im Februar 1990 in den SPD-Bezirksvorstand Halle gewählt, seit August 1990 ist sie Mitglied im Landesvorstand der SPD Sachsen-Anhalt, von 1992-98 als amtierte sie als stellvertretende Landesvorsitzende

Frau Häußler war von 1990-94 Stadträtin in Halle, 1994/95 Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, dort Vizepräsidentin des Landtages und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, vgl. www.halle.de.

²⁶ Martin und Sylvia Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München 1993, S. 134. Vgl. dazu Kapitel 4.4.

²⁷ Vgl. Genderreport des Bundes: <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/root.html> und Genderreport des Landes Sachsen-Anhalt: <http://www.g-i-s-a.de/content/rubrik/5.html>.

Abb. 2: Systematiken politischer Partizipation

Institutionalisierte/ verfasste		Nicht institutionalisierte/ nicht verfasste	
konventionell		unkonventionell	
		LEGAL (Graue Zone)	ILLEGAL
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Wahlen ➤ Partei ➤ Gewerkschaft ➤ Parlament ➤ Regierung 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Demonstrationen 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Zeitung lesen ➤ Diskussionen mit Freunden/Bekannten ➤ Öffentliche Diskussionen ➤ Bürgerinitiative 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Gewalt ➤ Sachschaden ➤ Personenschaden ➤ Nötigung

Quelle: Birgit Geißel und Virginia Penrose Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung, 2003, zitiert nach: http://web.fu-berlin.de/gpo/geissel_penrose.htm.

Im Fokus der Studie stehen institutionalisierte Partizipationsformen, d.h. die politische Beteiligung von Frauen in Wahlen und Abstimmungen, in Parteien, Gewerkschaften, in Parlamenten und Regierungen. Es werden aber auch nicht institutionalisierte Beteiligungsformen angesprochen, soweit dazu empirisches Material vorliegt.

Wer Antworten auf die Frage erhalten will, wie es heute um der Gleichberechtigung der Geschlechter in der Politik in Sachsen-Anhalt bestellt ist, muss zuvor folgende Teilfragen beantworten:

- Wie definieren der Verfassungsgeber und die maßgeblichen politischen Kräfte den „Auftrag Gleichstellung“ in der Landesverfassung? Wie konkretisieren ihn die maßgeblichen politischen Kräfte des Landes?
- Wie sind Frauen in den Gemeinderäten, in den Kreistagen und im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten? Entspricht der Anteil der Frauen den Zielsetzungen der Parteien zur Repräsentation von Frauen in öffentlichen Ämtern? Welche politische Gestaltungsmacht kommt Frauen in den kommunalen Parlamenten und im Landesparlament zu, wie sind sie in kommunalen Spitzenämtern vertreten? Gibt es Ziele und Strategien, den Anteil der Frauen weiter zu erhöhen?
- Welchen Anteil haben Frauen an anderen öffentlichen Ämtern, insbesondere in der Landesregierung des Landes Sachsen-Anhalt? Entsprechen diese Positionen den gleichstellungspolitischen Zielsetzungen von Landesregierung und Landtag? Welche Ziele und Strategien gibt es, den Anteil der Frauen auf der Führungsebene weiter zu erhöhen?

Der schlechte Ruf der Politik und die Suche nach kompetenten Volksvertretern

Kandidaten für politische Ämter müssen sich dem schlechten Ruf von Politik bzw. der Demokratie im Allgemeinen²⁸, von Politikern im Besonderen bewusst sein – und ebenso der Anforderungen, die mit diesem „Job“ verbunden sind:

Im April 2003 führte das Institut für Demoskopie Allensbach eine Meinungsumfrage zum Thema Berufsprestige mit 2197 Befragte (ab 26 J) durch. Forschungsfrage:

„Hier sind einige Berufe aufgeschrieben. Könnten Sie bitte die fünf davon herausuchen, die Sie am meisten schätzen, vor denen sie am meisten Achtung haben?“ (Vorlegen einer Liste von 18 Berufen)

Ergebnis

1. Arzt
2. Pfarrer, Geistlicher
3. Hochschulprofessor
4. Unternehmer
10. Schriftsteller
13. Studienrat

²⁸ Nach dem Eurobarometer 2006 sind 60% der Westdeutschen zufrieden mit der deutschen Demokratie, aber nur 34% der Ostdeutschen. Vgl. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_de_nat.pdf

16. **Politiker**
17. Gewerkschaftsführer
18. Buchhändler

Nach einer Umfrage des Magazins Neon vom 5. September 2006 ist das Vertrauen der jungen Deutschen (18 bis 30 Jahre) in die Glaubwürdigkeit der Politiker sehr gering. Als Antwort auf die Frage: "Wie viele Politiker lügen deiner Meinung nach?" ergab sich folgendes Bild: Jeder fünfte geht davon aus, dass alle Politiker lügen.

Nach: http://egora.uni-muenster.de/soz/personen/bindata/Papcke_Feindschaft_Distanz_Prestige.doc

Kandidatinnen und Kandidaten für politische Ämter müssen zugleich den spezifischen Anforderungen gerecht werden, die ein langjähriger Verbandsvertreter wie folgt auf den Punkt gebracht hat: „Die Politik von der Gemeinde übers Land zum Bund bis nach Europa braucht Sachverstand und Führungsverantwortung.“²⁹ Und mit den Worten einer früheren niedersächsischen Landtagsabgeordneten wäre noch zu ergänzen: „Glaubwürdigkeit ist die Voraussetzung für alles Tun eines Abgeordneten.“³⁰ Das gilt jetzt insbesondere in einer Zeit, in der trotz des Solidarpakts II die öffentlichen Finanzen ausgesprochen angespannt sind, in der demzufolge jede politische Forderung unter Finanzierungsvorbehalt gestellt ist.³¹

Kommunalpolitik – die „Schule der Demokratie“

In der Landespolitik und in der Kommunalpolitik werden Entscheidungen getroffen, die das Leben im sozialen Umfeld der Menschen in Sachsen-Anhalt nachhaltig beeinflussen. Kommunalpolitik, die sich an Politikfeldern wie Wohnungsbau, Stadtplanung und ÖPNV abarbeitet, gilt auch als „Schule der Demokratie“. Hier werden parlamentarische Rituale ebenso eingeübt, wie die Durchsetzung eigener politischer Vorstellungen.

Auf kommunaler Ebene gilt, dass mehr noch als auf den „höheren“ politischen Ebenen Landtag, Bundestag und Europäisches Parlament in vielen Fragen über die engen Parteigrenzen hinweg zusammengearbeitet wird. Das mag auch dazu geführt haben, dass die kommunalpolitische Perspektive häufig ausgeblendet wird, wenn danach gefragt wird, wie groß der Anteil der Frauen an der politischen Gestaltungsmacht ist. Außerdem ist hier das Datengerüst nicht ganz so einfach zu ermitteln wie auf Landes- oder auf Bundesebene. In Deutschland ist darüber hinaus lange Zeit die kommunale Selbstverwaltung als ein Ort unpolitischer Verwaltung beschrieben worden.³² Dabei wurden schon „in der Zeit des Kaiserreichs ... – wenigstens in den größeren Städten – parteipolitisch akzentuierte Kommunalwahlkämpfe geführt, in vielen Gemeindevertretungen bildeten sich Fraktionen heraus, und selbst bei der Wahl der Magistratsdezernenten traten schon Parteipräferenzen hervor.“

Frauen in der Landespolitik – ein Blick zurück

Kommunal- und Landespolitik sind in Deutschland erst seit dem 20. Jahrhundert eine Sache, die Frauen unmittelbar als Mitgestalter und Kandidaten für öffentliche Ämter etwas angeht. Denn Frauen wählten erstmals bei den Reichstagswahlen 1919, und zwar mit fast derselben Wahlbeteiligung wie die Männer.³³ 82 Prozent aller wahlberechtigten Frauen nahmen an den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung am 19. Januar 1919 teil. In die erste Nationalversammlung wurden bei den Reichstagswahlen 1919 41 Frauen gewählt; dies entsprach einem Anteil von 9,6 Prozent aller Abgeordneten. Diese Quote wurde in der Bundesrepublik Deutschland erst bei den Bundestagswahlen 1983 wieder erreicht. Am 13.2.1919 hatte Reichspräsident Ebert die weiblichen Abgeordneten des Reichstages mit den Worten begrüßt: „Wir betrachten es als eine der größten

²⁹ Leserbrief von Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.8.2006, S. 8. Der Leserbriefschreiber war viele Jahre Präsident des Deutschen Bauernverbandes.

³⁰ So Ilsa Reinhardt, MdL 1946-1974, in: Frauen im Parlament. Zur Erinnerung an die erste Rede einer Abgeordneten vor einem deutschen Parlament am 19. Februar 1919, Heft 35 der Schriftenreihe des Niedersächsischen Landtages, Hannover 1999, S. 22.

³¹ Vgl. Jens Bullerjahn, Rüdiger Erben u.a.: Zukunftsorientierte Finanzpolitik bis 2020. Strategien für eine nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2006 (www.zukunftsprogramm.de/files/zukunft7_finanzen.pdf) und Lydia Hüskens: Zukunft Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2005 (www.lydia-hueskens.de/96.html).

³² Siehe dazu und zum Folgenden – u.a. mit Verweis auf Ernst Forsthoff: Die öffentliche Körperschaft im Bundesstaat, Tübingen 1931, S. 174 – Wolfgang R. Krabbe: Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen: VR Kleine Vandenhoeck-Reihe, 1989, S. 148.

³³ Vgl. Art. 17 der Weimarer Verfassung vom 11.8.1919: „... Die Volksvertretung muss in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. ...“

Errungenschaften dieses neuen Rechtszustandes, dass nun auch die Frauen als gleichberechtigte Volksgenossinnen in unsere Reihen eintreten.“ Von wirklicher Gleichberechtigung konnte jedoch in den 20er-Jahren noch nicht die Rede sein; so erfolgte die Stimmabgabe für Männer und Frauen z.T. getrennt – in separaten Wahlräumen im selben Gebäude.³⁴

Die ersten Frauen im Reichstag beschäftigten sich vor allem mit den – von manchen als typisch "weiblich" apostrophierten - Politikfeldern, der Sozial- und Kulturpolitik. Sie erreichten dort jedoch im Zusammenspiel mit der Ministerialbürokratie und den Kollegen im Parlament umfassende Reformen, die für das tägliche Leben der Frauen von großer Bedeutung waren.³⁵

Im Freistaat Anhalt durften die Frauen erstmals am 15. Dezember 1918 wählen.³⁶ Die SPD, Vorreiterin hinsichtlich der Inanspruchnahme und Ansprache von Frauen in der und für die Politik, hatte eine Kandidatin aufgestellt, doch die Platzierung von Marie Kettmann auf der Wahlliste war aussichtslos. Erst ein Jahr später rückte sie für einen zum Minister aufgestiegenen SPD-Abgeordneten als Nachfolgerin in den Landtag ein.

Landtagspräsident Hermann Peus (SPD), begrüßte sie mit den Worten: "Wenn auch die Stimme einer Frau nicht von großer Wichtigkeit sein kann bei einer so großen Zahl von Männern, so ist doch schon die alleinige Anwesenheit einer Frau eine stetige Mahnung daran, dass es außer dem männlichen Geschlecht auch noch ein weibliches gibt, das mit seinen Interessen Berücksichtigung verdient." Marie Kettmann, Vorsitzende der SPD-Frauen und Stadtverordnete in Roßlau, kam in mehr als drei Jahren nur einmal im Landtag zu Wort. Als Mitglied des Petitionsausschusses durfte sie über die Ablehnung der Eingabe des Gemeindevorstandes von Klepzig bei Köthen zur freien Wahl der Hebammen berichten. Während der Weimarer Republik war im Landtag nur vier weibliche Abgeordnete vertreten: Marie Kettmann (1919-1924), Antonie Buchheim (1924), Emilie Henze (1924), Frieda Fiedler (1924-1932), die sich sozialpolitisch engagierten, im Plenum aber keine herausragende Rolle spielten. Im Preußischen Landtag und im Reichstag waren Frauen aus Sachsen-Anhalt von 1919 bis 1933 nicht stärker vertreten. 1933 wurde den Frauen durch die NS-Diktatur das passive Wahlrecht sogar entzogen.

Bei den Kommunalwahlen im Herbst 1946, den ersten Wahlen in Sachsen-Anhalt nach dem Krieg, kandidierten eigene Frauenlisten, jedoch ohne politische Durchschlagskraft. Bei der Landtagswahl 1946 jedoch erreichten Frauen einen Anteil von 16,5 Prozent an den Mandaten, allerdings keine einzige herausgehobene Rolle in Regierung, Landtag bzw. dessen politischem Umfeld. Den höchsten Frauenanteil hatte die SED-Fraktion. Die SED hatte bereits 1946 eine Drittelquotierung für Frauen auf den Wahllisten eingeführt (aber in den 50er-Jahren gleich wieder abgeschafft).

³⁴ Für Magdeburg siehe Werner Ley: Von Wahlmännern und fliegenden Wahlurnen. Wahlen in Magdeburg vom Norddeutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, Magdeburg 2005, S. 16.

³⁵ So regelte das Jugendwohlfahrtsgesetz von 1922 die Jugendfürsorge und die Amtsvormundschaft für uneheliche Kinder. 1924 wurde die Garantie der Sozialversicherung für Heimarbeiterinnen beschlossen, 1926 die „Abmilderung“ der Abtreibungsstrafe - Gefängnisstrafe statt Zuchthaus- und 1927 das Gesetz für Mutterschutz und Wöchnerinnenfürsorge. Es dauerte jedoch noch dreißig Jahre, bis die frühzeitig politisch thematisierte Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Ehe Wirklichkeit wurde. Erst am 1. Juli 1958 wurde in Westdeutschland die Streichung des Alleinentscheidungsrechts des Mannes in der Ehe, die Einschränkung väterlicher Vorrechte in der Kindererziehung (erst 1979 vollständig beseitigt) und das Recht der Frauen, ihr in die Ehe eingebrachtes Vermögen selbst zu verwalten, Gesetz. Siehe dazu ausführlich Annette Kuhn (Hrsg.): Die Chronik der Frauen. Dortmund 1992.

³⁶ Vgl. den Text „Landesbehördenhaus 1 - Sitz des Anhaltischen Landtages (1875-1933)“ auf www.sachsen-anhalt.de.

**Mitglieder des Landtages der Länder Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern
entsprechend der Wahl von 1946 (nach Parteien)**

	Sachsen-Anhalt			Mecklenburg-Vorpommern			
	SED	LDP ³⁷	CDU	SED	CDU	LDP	VdgB
Zahl der Mandate	53	32	24	45	31	11	3
davon Frauen	12	3	3	12	3	1	-

Frauenanteil in Prozent	22,6	9,4	12,5	26,7	9,7	9,1	-
-------------------------	------	-----	------	------	-----	-----	---

Zusammengestellt nach: Mathias Tullner: Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Kommunalwahlen und die Wahlen zum Provinziallandtag in Sachsen-Anhalt im Jahre 1946, Magdeburg 1997, S. 95-98 und Klaus Schwabe: Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1946. Begleitheft zu einer Ausstellung im Landtag Mecklenburg-Vorpommern 1996, Schwerin 1996, S. 125-127.

SED = Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

LDP = Liberaldemokratische Partei Deutschlands

VdgB = Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

Ältestenausschuss des Landtages (Sachsen-Anhalt) bzw. Hauptausschuss des Landtages (Mecklenburg-Vorpommern)

Sachsen-Anhalt		Mecklenburg-Vorpommern	
Mitglieder	davon Frauen	Mitglieder	davon Frauen
6	0	12 (zwei beratend)	2 (eine beratend)

Zusammengestellt nach Mathias Tullner: Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Kommunalwahlen und die Wahlen zum Provinziallandtag in Sachsen-Anhalt im Jahre 1946, Magdeburg 1997, S. 75, Klaus Schwabe: Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1946. Begleitheft zu einer Ausstellung im Landtag Mecklenburg-Vorpommern 1996, Schwerin 1996, S. 121.

Ausschüsse des Landtages

Sachsen-Anhalt		Mecklenburg-Vorpommern	
Zahl	davon geleitet von einer Frau	Zahl	davon geleitet von einer Frau
12	0	14	1 (Sozialausschuss)

Zusammengestellt nach Mathias Tullner: Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Kommunalwahlen und die Wahlen zum Provinziallandtag in Sachsen-Anhalt im Jahre 1946, Magdeburg 1997, S. 75, Klaus Schwabe: Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1946. Begleitheft zu einer Ausstellung im Landtag Mecklenburg-Vorpommern 1996, Schwerin 1996, S. 121-124.

Landesregierung unter Dr. Erhard Hübener (LDP)

Zahl der Ministerien	davon geleitet von Frauen
7	0

Nach: Mathias Tullner: Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Kommunalwahlen und die Wahlen zum Provinziallandtag in Sachsen-Anhalt im Jahre 1946, Magdeburg 1997, S. 75.

³⁷ Elisabeth Becker, Landesfrauenreferentin der LDP und Mitarbeiterin des LDP-Spitzenkandidaten Carl Delius wollte nach einem Besuch im Westen über die sog. „grüne Grenze“ zurückkehren, wurde von der russischen Grenzpolizei verhaftet und als „Gegenleistung“ für Entlassung und Straffreiheit zum Übertritt in die SED-Fraktion gezwungen (siehe Tullner 1997, S. 75f. und Anmerkung 120, Christina Trittel: die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt 1946-1950. Vom Scheitern demokratischer Hoffnung, Magdeburg 2007, S. 85f.)

Ministerpräsident Dr. Erhard Hübener (LDP) trug am 4.12.1946 die Leitlinien der Politik der „neu gebildeten ersten Regierung der Provinz Sachsen-Anhalt“ in acht Punkten vor. Davon lautete Nr. 6 wie folgt: „Durch das furchtbare Kriegsabenteuer des Nationalsozialismus hat sich die Struktur unserer Bevölkerung völlig geändert. Die Frauen bilden jetzt in ihr die überragende Mehrheit. Der Neubau der Wirtschaft und Verwaltung, der Ausbau der sozialen Einrichtungen, die Schaffung eines neuen demokratischen Lebens sind ohne die aktive Mithilfe der Frauen auf allen Gebieten undenkbar. Darum muss es Grundsatz im öffentlichen Leben sein, gleiches Recht auf allen Gebieten für die Frau und den Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu sichern.“³⁸

Nach der Landtagswahl 1950 erreichte der Frauenanteil 30 Prozent – jedoch in einem jetzt politisch bedeutungslosen Gremium, das 1952 mit der faktischen Auflösung der Länder nur noch historische Bedeutung hatte.

2. Gleichberechtigung – ein Auftrag der Verfassung und eine Aufgabe der Politik

2.1. Auftrag: „Die tatsächliche Durchsetzung der Gleichstellung“

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ So lautet seit 1949 das Grundrecht in Art. 3 GG und seit 1992 in Art. 7 Abs. 2 der Landesverfassung von Sachsen-Anhalt. Allerdings wird seit 1994 - auch als Reaktion darauf, dass es mit der Gleichberechtigung im Alltag offenbar hapert - in Art. 3 Abs. 2 GG als Staatszielbestimmung formuliert: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Damit sind die staatlichen Stellen angehalten, nicht nur Schutz vor Diskriminierung, sondern auch eine aktive Förderung von Frauen als Querschnittsaufgabe für alle Verwaltungseinheiten sicherzustellen.³⁹ Bereits die DDR-Verfassung hatte – vor allem im Blick auf die Gleichstellung in Arbeit und Beruf – „die Förderung der Frau“ als „gesellschaftliche und staatliche Aufgabe“ definiert.⁴⁰ Im Land Sachsen-Anhalt lautet das Staatsziel in Art. 34: „Das Land und die Kommunen sind verpflichtet, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft durch geeignete Maßnahmen zu fördern.“

Eine solche Formulierung „gesteht ein ..., dass das Grundrecht noch nicht verwirklicht ist, und es mag auf dem Weg zur Gleichberechtigung auch zeitweise Bevorzugungen der bisher Benachteiligten (Quotenregelungen u.ä.) rechtfertigen, die ohne das Staatsziel vor dem Grundrecht womöglich nicht bestehen könnten.“⁴¹ In den Verfassungsdebatten nach Herstellung der deutschen Einheit sind viel weiterreichende Forderungen formuliert worden, die tatsächlich auf die „Hälfte der Macht“ für Frauen in den Parlamenten abzielten. Der viel diskutierte „Verfassungsentwurf für den Bund deutscher Länder vom 29. Juni 1991“ sollte den Staat in Art. 3 Abs. 2 „zur gleichberechtigten Teilhabe der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen“ verpflichten. Er konkretisierte dieses Staatsziel durch folgende Rechtsnormen, die in Teilen das französische Parité-Gesetz von 1999 vorwegnahmen⁴²:

Aus dem Verfassungsentwurf für den Bund deutscher Länder vom 29. Juni 1991

Art. 3 Abs. 4: Maßnahmen zur Förderung von Frauen zum Ausgleich bestehender Nachteile sind keine Bevorzugung wegen des Geschlechts.

Art. 21 Abs. 1: ... In ihren (gemeint sind die Parteien, die Verf.) Wahlvorschlagslisten sollen Frauen und Männer zu gleichen Anteilen und chancengleich aufgenommen werden.

Art. 33 Abs. 3: Bei der Vergabe öffentlicher Ämter tragen Bund, Länder und Gemeinden Sorge dafür, dass Frauen und Männer im öffentlichen Dienst zu gleichen Anteilen vertreten sind (das gilt auch für die Richter am Bundesverfassungsgericht gemäß Art. 94 Abs. 1 und Art. 95 Abs. 2 des Verfassungsentwurfs, die Verf.).

Nach: Bernd Guggenberger, Ulrich K. Preuß und Wolfgang Ullmann, Hrsg.: Eine Verfassung für Deutschland. Manifest – Text – Plädoyers, München und Wien 1991, S. 53-55 und 101ff.

³⁸ Mathias Tullner: Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Kommunalwahlen und die Wahlen zum Provinziallandtag in Sachsen-Anhalt im Jahre 1946, Magdeburg 1997, S. 108f..

³⁹ Vgl. Jutta Schumann: Faktische Gleichberechtigung. Die Grundgesetzweiterung des Art. 3 II S. 2, Frankfurt/M. 1997, dazu die Literaturübersicht <http://www.feministisches-studienbuch.de/download/Gleichheit.pdf>

⁴⁰ Siehe unten Anhang Kapitel 10.3.

⁴¹ Verfassungen der deutschen Bundesländer, mit einer Einführung von Christian Pestalozza, 6. Auflage, München 1999, S. XLV.

⁴² Vgl. Anlage 10.4.

Die Gleichberechtigung der Geschlechter gehört seit 1990 zum politischen Programm der jeweiligen Landesregierung. Der Umfang und die Konkretisierung der Forderungen sind jedoch höchst unterschiedlich. Nur in der 2. Legislatur war dieses Thema für die PDS-tolerierte Landesregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Ministerpräsident Höppner ein „Thema erster Ordnung“ mit mehrseitigen Ausführungen im Koalitionsvertrag, das mit der „Leitstelle für Frauenpolitik“ in der Staatskanzlei unter Staatssekretärin Elke Plöger entsprechend hoch angebunden wurde.⁴³ Im aktuellen Koalitionsvertrag ist recht lapidar folgende Zielsetzung formuliert:

Geschlechtergerechtigkeit

Das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit von Frauen und Männern ist für die Koalitionspartner eine Selbstverständlichkeit und wird auch in Zukunft unter Berücksichtigung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes gefördert. Wir wollen verstärkt auf Unternehmen zugehen, um einen Bewusstseinswandel hin zu einer größeren Wertschätzung junger Frauen, von Frauen mit Kindern und erworbener Familienkompetenz zu erreichen.

Ein Netzwerk aus Beratungsangeboten, Interventionsstellen und Frauenhäusern soll erhalten bleiben. Konsequenter und entschlossener werden wir gegen häusliche Gewalt, sexuellen Missbrauch, Menschenhandel und Prostitution vorgehen.⁴⁴

2.2. Gleichberechtigung als Auftrag für und Anspruch an die Parteien

Frauen stellen in der Gesamtbevölkerung die Mehrheit, in den Parteien sind sie in der Minderheit. Das galt bis in die 80er-Jahre ganz besonders für die Führungsgremien der Parteien. Durch Quoten und Quoren hat sich hier für Frauen viel zum Positiven verändert, vor allem – in dieser Reihenfolge – bei Bündnis 90/Die Grünen, PDS und SPD. Einzig die Linkspartei.PDS erreicht heute annähernd eine Parität der Geschlechter bei Mitgliedern *und* in den Führungsgremien. SPD, CDU und FDP verfehlen seit Jahrzehnten sogar die Drittelparität bei den Parteimitgliedern. Insgesamt sind

- a) die Hürden für Frauen zum Parteibeitritt offenbar höher als für Männer
- b) die Karrierewege für Frauen innerhalb der Parteien mit mehr Hindernissen verbunden als bei Männern.

2.2.1 Quote und Quorum – 33, 40 oder 50 Prozent?

Seit Mitte der 80er-Jahre ist Frauenförderung über Quote und Quorum ein Baustein der politischen Kultur in Deutschland. Die Grünen verankerten 1986 eine strenge paritätische Quotierung der Geschlechter in ihrer Satzung. Eine solche Quotierung gilt seit 1992 auch bei der PDS. 1987 zielte eine Frauenquote in der SPD auf einen Frauenanteil von 25 Prozent unter den Kandidaten zur Bundestagswahl, seit 1988 hat die SPD eine Mindestquote von 40 Prozent bei der Vergabe von Listenplätzen für öffentliche Ämter und Mandate festgelegt. FDP und CSU haben sich bisher nicht zu vergleichbaren Regelungen entschlossen.

⁴³ Vgl. die Koalitionsverträge von 1990, 1994, 2002 auf der Website der Landeszentrale für politische Bildung von Sachsen-Anhalt www.lpb.sachsen-anhalt.de und dem Menüpunkt „Handbuch der Landespolitik“.

⁴⁴ Zitiert nach: www.spd-sachsen-anhalt.de/files/koalitionsvertrag-lsa.pdf.

Vorgaben zur Gleichberechtigung der Geschlechter in Satzungen und Statuten der im Bundestag vertretenen Parteien

	Linkspartei.PDS	Bündnis 90/ Die Grünen	SPD	FDP	CDU
Quote / Quorum	Bei allen innerparteilichen Wahlen von Vorständen und von VertreterInnen ist grundsätzlich ein mindestens 50 %-iger Frauenanteil zu gewährleisten. Abweichungen von diesem Grundsatz bedürfen der besonderen Begründung und eines Beschlusses der entsprechenden Versammlung.	Wahllisten sind grundsätzlich alternierend mit Männern und Frauen zu besetzen, wobei den Frauen die ungeraden Plätze zur Verfügung stehen (Mindestparität). Frauen können auch auf den geraden Plätzen kandidieren. Reine Frauenlisten sind möglich.	Das Organisationsstatut der SPD schreibt vor, dass in den Funktionen und Mandaten der Partei "Frauen und Männer mindestens zu 40 Prozent vertreten sein" müssen. Weiter präzisiert wird das in der Wahlordnung der SPD. Danach müssen die Wahlvorschläge der Vorstände "Frauen und Männer mindestens zu je 40 Prozent berücksichtigen" (§ 3, Abs. 5). Während bei Wahlen zu kommunalen und landesweiten Vertretungen die Parteiebenen noch relativ frei in der Entscheidung sind, wo sie Frauen und Männer platzieren, gilt in der SPD-Wahlordnung für den Bund eine Einschränkung. In § 4, Abs. 2 heißt es: "Die Aufstellung der Landeslisten erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin, jeder 5. Platz kann entweder mit einer Frau oder einem Mann besetzt werden."	Keine Quote / kein Quorum	Frauen sollen an Parteiämtern in der CDU und an öffentlichen Mandaten mindestens zu einem Drittel beteiligt sein. ⁴⁵
Quellen	PDS-Statut, Abs. 4 (1)	Frauenstatut von Bündnis 90 / Die Grünen, § 1	SPD-Organisationsstatut, § 11		CDU-Statut, § 15 (2)

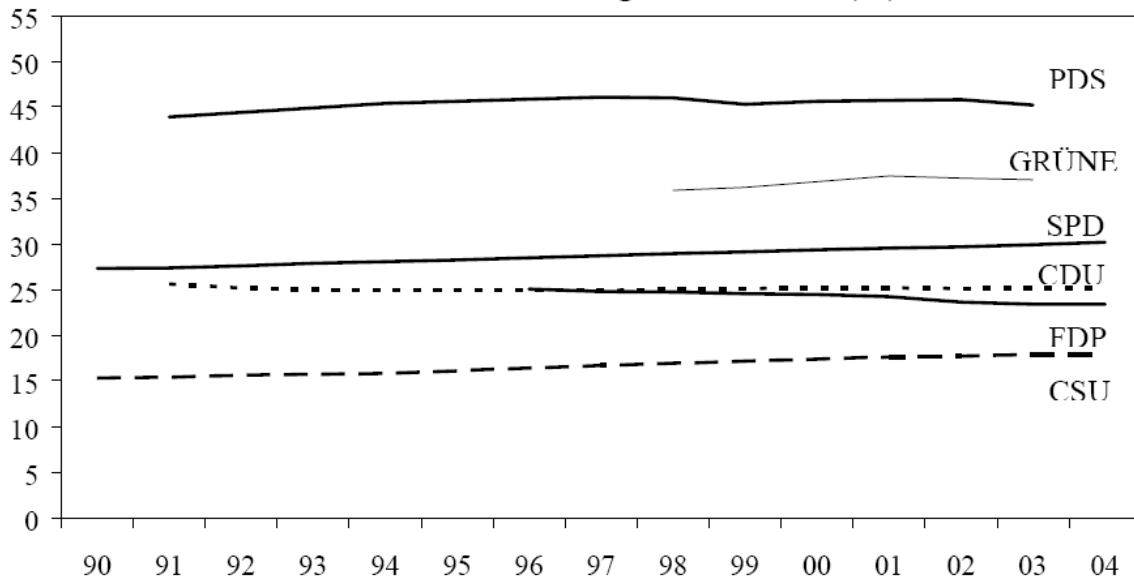
⁴⁵ Der Begriff "sollen" ist in den nachfolgenden Detailregelungen mit unterschiedlich starken Sanktionen verknüpft. Geht es um Funktionen innerhalb der Partei, so können die entscheidenden Wahlgremien diejenigen Vorschläge zurückweisen, die "Frauen nur unzureichend berücksichtigen". Wird bei Wahlen von der Kreisverbandsebene an das Frauenquorum im ersten Wahlgang nicht erreicht, "ist dieser Wahlgang ungültig". Erst der zweite Wahlgang ist unabhängig vom dann erreichten Frauenanteil gültig. Bei den Direktkandidaturen zum Bundestag wird der Vorstand bei seinem Vorschlag verpflichtet, "auf eine ausreichende Beteiligung von Frauen hinzuwirken". Bei der Aufstellung von Landeslisten der CDU für Bundestagswahlen ist das vorschlagende Gremium gehalten, "unter drei aufeinander folgenden Listenplätzen jeweils mindestens eine Frau" vorzuschlagen. Wahlkreis kandidatinnen sollen dabei vorrangig berücksichtigt werden. Die Wahlversammlung ist jedoch frei in der endgültigen Beschlussfassung. (Beleg)

Die Entwicklung des Frauenanteils in der Mitgliedschaft der Parteien

	Linkspartei.PDS	Bündnis 90/ Die Grünen	SPD	FDP	CDU
Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft in Prozent (Bund)	1985: ./	1985: 33,0	1985: 25,3	1985: 23,6	1985: 22,0
	1991: 43,9	1992: 33,0	1991: 27,3	1992: 27,3	1991: 25,6
	1994: 45,4	1995: 34,0	1995: 28,2	1995: 25,3	1995: 24,9
	1999: 45,3	1999: 36,2	1999: 29,1	1999: 24,6	1999: 25,1
	2002: 45,7	2002: 37,2	2002: 29,7	2002: 23,6	2002: 25,1
	2005: 45,7	2005: 37,2	2005: 30,0	2005: 23,0	2005: 25,2

Quellen: Beate Hoecker : Frauen, Männer und die Politik. Lern- und Arbeitsbuch, Bonn: Dietz 1998, S. 102ff.; Hervorhebungen durch die Verfasser. Gisela Helwig, Artikel „Frauen und Politik“, in: Uwe Andersen und Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Leske und Budrich, 2000. S. 182. Oscar W. Gabriel und Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaften. Entwicklung und Sozialstruktur, in: dies. Und Richard Stöss, Hrsg.: Parteidemokratie in Deutschland. S. 293. Oskar Niedermayer: Parteimitglieder, in <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osi/osz/forschng.htm>

Anteil weiblicher Parteimitglieder seit 1990 (%)



Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder seit 1990: Version I/2005. Berlin 2005.

Zitiert nach: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/mitglied.pdf>

Die Frauenförderung hat im Verein mit besseren Rahmenbedingungen für Bildung und auf dem Arbeitsmarkt bewirkt, dass der Frauenanteil in den Parteien in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist (Ausnahme: FDP und CDU), wodurch die Unterrepräsentation von Frauen zwar abgeschwächt, aber nicht beseitigt wurde. Aber auch heute noch sind von den knapp 1,6 Mio. Parteimitgliedern in Deutschland nur etwa 30 Prozent weiblich. Bei der CSU erreicht der Frauenanteil nicht einmal 20 Prozent. Immerhin: Bei den Unionsparteien steigt unter den Neumitgliedern der Frauenanteil an, er bleibt jedoch weit unter dem Bevölkerungsschnitt, dem allein die PDS mit einem Frauenanteil von über 45% recht nahe kommt.⁴⁶

Die Vorgaben von Satzungen und Statuten zur Personalauswahl in ihren Satzungen bzw. Statuten komplizieren zwangsläufig die ohnehin langwierigen Wahlverfahren bei den Parteien, wenn sie die Parität der Geschlechter (Bündnis 90/ Die Grünen, Linkspartei.PDS) oder ein hohes Quorum (SPD: 40%, CDU: Drittelparität) realisieren wollen. Der Frauenanteil ist heute bei den Parteien am höchsten, die eine rigide Quotierung bei der Ämtervergabe eingeführt haben (Linkspartei.PDS, Bündnis 90/Die Grünen) und dort am niedrigsten, wo „nur“ mehr oder weniger verbindliche Frauenförderprogramme

⁴⁶ Vgl. Bernhard Boll und Everhard Holtmann, Hrsg.: Parteien und Parteimitglieder in der Region, Opladen 2001, S. 133.

existieren (CSU, FDP).⁴⁷ Dasselbe gilt in der Regel auch für den Anteil der Frauen an der politischen Führung auf Landesebene, vor allem im Landesverband Sachsen-Anhalt: Der Frauenanteil ist hier bei CDU und FDP besonders niedrig. Insgesamt verzeichnen die Parteien seit Jahren einen deutlichen Mitgliederschwund.

Frauenanteil in Parteigremien auf Bundesebene 2003/2004 (Angaben in Prozent)

Partei	Präsidium	Parteivorstand	Delegierte bei letztem Parteitag
SPD	46,2	57,8	44,4
CDU	28,6	39,0	33,8
CSU	26,3	20,9	22,3
FDP	33,0	17,6	19,2
Grüne	56,3	50,0	42,3
PDS	?	50,0	54,4

Quelle: Genderreport 2006, S. 370.

2.2.2. Schwierigkeiten beim Erreichen des Quorums – das Beispiel CDU

Die CDU verpflichtete sich 1985 den Anteil der Frauen an Mandaten und Führungspositionen so zu steigern, dass er mindestens dem der Parteimitgliedschaft entspricht. Da die Partei nicht in der Lage war, diese Selbstverpflichtung umzusetzen wurde auf dem Bundesparteitag 1996 in Hannover ein Frauenquorum beschlossen, wonach ein Drittel der Parteiämter und Mandate an Frauen vergeben werden soll. Die stufenweise bis 1994 für Funktionen und bis 1998 für Mandate umgesetzt werden sollte. Daraufhin ist z.B. im Bundesvorstand der CDU der Anteil der Frauen in den letzten Jahren auf 40 Prozent gestiegen. Ansonsten blieben signifikante Veränderungen in der großen Volkspartei CDU aus:

- Das „Drittel-Quorum“ der CDU, das bei der Bundestagswahl 1998 erstmals zur Anwendung kam, wird seither verfehlt; Frauen sind in der Fraktion der CDU/CSU nur zu etwas mehr als 20 Prozent vertreten. Das Quorum wird auch in den meisten Landtagsfraktionen der CDU verfehlt.⁴⁸
- Der Anteil der Frauen an der CDU-Mitgliedschaft stagniert bei etwa 25 Prozent.
- Der Anteil der Frauen bei den Kreisvorsitzenden lag im September 2004 in Berlin, Bremen, Hamburg und im Saarland bei 0 Prozent! Frauen stellten im CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt 2004 nur drei von 24 Kreisvorsitzenden (12,5 Prozent) und 110 von 585 Ortsvorsitzenden (18,7 Prozent).
- Der Anteil der Frauen im hauptamtlichen Apparat (Bereichsleiter und Referenten in der Bundespartei, Landesgeschäftsführer, Kreisgeschäftsführer) ist gering.
- Der Frauenanteil an den Parteitagsdelegierten ist sogar rückläufig, unterschreitet 2004 das „Drittel-Quorum“. In Sachsen-Anhalt waren 2004 unter den 217 Parteitagsdelegierten 63 Frauen (29 Prozent).
- Unter den Mitgliedern in den Bundesfachausschüssen, die den Fraktionen und Abgeordneten bzw. den Parteitagen zuarbeiten, sind gerade einmal 20% Frauen, der Frauenanteil in den Landesfachausschüssen ist ähnlich gering. Auf kommunaler Ebene gibt es einige positive Entwicklungen: Im CDU Kreisverband Magdeburg etwa werden vier der neun Fachkreise von Frauen geleitet.⁴⁹

Blickt man auf Mandate und wichtige Ämter bzw. Funktionen, die CDU-Mitglieder in Sachsen-Anhalt wahrnehmen, so hält der CDU-Frauenbericht folgende Zahlen fest:

- 813 von insgesamt 3825 kommunalen Mandaten der CDU werden von Frauen wahrgenommen, das sind 21,2 Prozent. 1997 waren es noch 23,2 Prozent.
- Der Frauenanteil bei den kommunalen Fraktionsvorsitzenden lag 2004 bei 16,7 Prozent, 1997 lag der Frauenanteil bei 17,4 Prozent.⁵⁰

Immerhin kann man feststellen, dass die parteiinterne Berichtspflicht in Gestalt von jährlichen Frauenberichten einen vernehmbaren Druck zugunsten von mehr Frauenpartizipation erzeugt.⁵¹

⁴⁷ Vgl. Ulrike Heß-Meining, S. 369f.

⁴⁸ Zu den Details siehe Frauenbericht der CDU 2004, Tab. 4: Frauenanteil der CDU-Fraktion. in den Landtagen / in der Bürgerschaft / im Abgeordnetenhaus.

⁴⁹ Vgl. www.cdu-magdeburg.de (siehe Vorstand).

⁵⁰ Daten zusammengestellt nach dem Frauenbericht der CDU 2005.

⁵¹ Siehe dazu unten mehr in Kapitel 9 mit Verweis auf die Forderungen der Frauen-Union.

Frauenanteil an Ämtern und Gremien in der CDU (Bund – Angaben in Prozent)

	1991	1997	2004
I Partei			
Parteipräsidium	17,6	28,6	28,6
Bundesvorstand	18,2	35,0	40,0
Delegierte zum Bundesparteitag	17,0	34,0	31,9
Mitglieder	19,2	18,7	20,2
Bundesfachausschüsse			
II CDU im Deutschen Bundestag			
Bundestagsfraktion (nur CDU)	14,9	15,1	22,6
Ausschussvorsitzende	-	-	-
Arbeitsgruppenvorsitzende	9,5	-	6,7

Zusammengestellt nach dem Frauenbericht 2004, Website der Frauenunion.

Hinsichtlich des Frauenanteils auf den unterschiedlichen Parteiebenen sind speziell in Sachsen-Anhalt vor allem folgende Daten und Fakten von Bedeutung:

- SPD, Linkspartei.PDS und Bündnis 90/Die Grünen erreichen den vorgegebenen Frauenanteil in der Parteiführung (Landesvorstand), die CDU verfehlt das gesetzte Quorum.
- Frauen sind gerade auf der Ebene der mittleren Parteilite unterrepräsentiert. Das gilt vor allem für CDU und FDP. Ihr Anteil liegt hier noch unter dem der Mitgliedschaft.

2.2.3. „Gelegentliches Gerangel“ – Frauen als Parteimitglieder und in Führungspositionen bei den Parteien in Sachsen-Anhalt

Über führende Positionen im Landesverband werden gelegentlich in Kampfabstimmungen entschieden. Bei der SPD wurde um die drei Stellvertreter-Posten 2006 schon im Vorfeld der Abstimmung „heftig gerangelt“⁵². Die bisherigen Amtsinhaber Gerhard Miesterfeldt (Landtagsabgeordneter), Rüdiger Erben (Innenstaatssekretär) und Klaas Hübner MdB kandidierten erneut; Miesterfeldt und Hübner unterlagen der Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Katrin Budde, und Ingrid Häußler, bis zum bis 2007 Oberbürgermeisterin von Halle. Katrin Budde begründete ihre Kandidatur auch damit, dass es im SPD-Landesverband "in Führungsfunktionen ein Defizit an Frauen gibt".

Frauen in Führungspositionen im Landesverband Sachsen-Anhalt im Dezember 2006

	Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen-Anhalt	Stellv. Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen-Anhalt
CDU	-	Uda Heller
SPD	-	Katrin Budde Ingrid Häußler
Linkspartei.PDS	-	Gudrun Tiedge Birke Bull
FDP	Cornelia Pieper MdB	-
Bündnis 90/ Die Grünen	Undine Kurth MdB	-

Stand: Oktober 2006. Quellen: www.cdulsa.de, www.spd-sachsen-anhalt.de, www.pds-sachsen-anhalt.de, www.fdp-lsa.de, www.gruene-sachsen-anhalt.de.

Der Anteil der Frauen im Landesvorstand der Parteien in Sachsen-Anhalt 2006

Partei	Mitglieder des Landesvorstandes	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	das höchste Parteiamt für eine Frau / für Frauen im Landesvorstand der

⁵² Siehe den Artikel von Michael Bock in der Volksstimme vom 25.10.2006.

				Parteien in Sachsen-Anhalt
CDU	25	6	24,0	eine stv. Landesvorsitzende
SPD	17	7	41,2	zwei stv. Landesvorsitzende
Linkspartei.PDS	17	9	52,9	zwei stv. Landesvorsitzende
FDP	17	3	17,6	Landesvorsitzende
Bündnis 90 / Die Grünen	7	4	57,1	Landesvorsitzende

Quelle: Angaben auf den Websites der Parteien: www.cdu-lsa.de, www.spd-sachsen-anhalt.de, www.pds-sachsen-anhalt.de, www.fdp-lsa.de, www.gruene-sachsen-anhalt.de.

Frauenanteil in den in den Landesparteien in Sachsen-Anhalt (nach Hierarchieebenen) im März/April 1998

Frauenanteil in Prozent	CDU	SPD	PDS	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
Mitglieder	35,3	25,5	46,0	26,0	35,7
Parteiführungsschicht	8,6	25,9	18,6	11,5	32,4

Quelle: Boll und Holtmann 2001, S. 166.

Mitgliedschaft in den Parteien Sachsen-Anhalts 2006

Partei	Frauen		Männer		absolut	Stand:
	absolut	%	absolut	%		
CDU	2.892	30,9	6.464	69,1	9.356	28.02.2006
Die Linke.PDS	3.127	48,0	3.387	52,0	6.514	31.12.2005
SPD	1.240	27,0	3.347	73,0	4.587	31.03.2006
FDP	539	23,8	1.725	76,2	2.264	31.12.2005

Quelle: Landesverbände der Parteien in Sachsen-Anhalt, Zusammenstellung: www.g-i-s-a.de.

Blickt man auf die im Bundestag und/oder im Landtag von Sachsen-Anhalt vertretenen Parteien, so werden immerhin zwei der fünf Parteien von Frauen geführt. Bei der Linkspartei.PDS amtierte von 1997 bis 2005 Rosemarie Hein MdL acht Jahre als Parteivorsitzende, bevor sie wegen der Vorgaben der Parteisatzung, die die Wahrnehmung eines solch herausgehobenen politischen Amtes im Landesverband auf maximal acht Jahre beschränken, aus diesem Amt scheiden musste.

2.2.4. Thema „Gleichstellung“ in den Wahlprogrammen der Parteien in Sachsen-Anhalt

Dass es trotz Quote und Quorum mit der Partizipation von Frauen in der Politik nur schleppend vorangeht, kann man u.a. damit erklären, dass

- Quote und Quorum nicht – wie beim französischen Parité-Gesetz⁵³ - sanktioniert sind
- Frauen deutlich seltener aktiv den Wunsch äußern, in ihrer Partei Karriere zu machen⁵⁴
- das Thema „Gleichstellung / Gleichberechtigung“ bei den Parteien in Sachsen-Anhalt seit 1994⁵⁵ auf der politischen Tagesordnung ganz hinten, sozusagen „unter Verschiedenes“, aufgenommen wird – wenn es denn überhaupt einmal vorkommt.⁵⁶ Zwei der fünf im Bundestag vertretenen Parteien (Linkspartei.PDS und FDP) verzichteten sogar auf frauen- bzw. gleichstellungspolitische Ziele in ihren Wahlprogrammen zur Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt.

⁵³ Vgl. Kapitel 10.4.

⁵⁴ Vgl. Bernhard Boll und Everhard Holtmann, Hrsg.: Parteien und Parteimitglieder in der Region, Opladen 2001, S. 166f.

⁵⁵ Das Jahr 1994 wird hier besonders herausgegriffen, weil in diesem Jahr in den Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein ausführliches Frauenkapitel aufgenommen wurde.

⁵⁶ Dies lässt sich aus den Beschlüssen und anderweitigen Beratungsgegenständen der Parteien in Sachsen-Anhalt bei Landesparteitag ableiten, soweit sie noch im Internet verfügbar sind.

Politische Zielsetzungen zur Frauen- bzw. Geschlechterpolitik in den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2006

Linkspartei. PDS	Bündnis 90/ Die Grünen	SPD	FDP	CDU
-	- konsequente Umsetzung des Gender-Mainstreaming - Statistiken - Analysen geschlechtergerecht - gezielte Frauenförderung, um die strukturellen Benachteiligungen von Frauen auszugleichen	Chancengleichheit von Frauen und Männern verbessern - EU-Förderperiode ab 2007 unter dem Gesichtspunkt von Geschlechtergerechtigkeit - Berücksichtigung der Förderung bei wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Programmen des Landes - Förderung von Chancengleichheit in Schule, Ausbildung, Berufseinstieg und beruflicher Karriere	-	bleibt Aufgabe aller Ressorts

Zusammengestellt nach der Synopse der Wahlprogramme der Parteien auf der Website des DGB-Landesverbandes www.sachsen-anhalt.dgb.de.

2.2.6. Vorfeldorganisationen für Frauen

Dass innerhalb der Parteien das Thema Gleichberechtigung der Geschlechter allerdings grundsätzlich auf der politischen Agenda bleibt, ist nicht nur dem entsprechenden Auftrag von Satzungen und Statuten geschuldet. Dazu tragen auch Veranstaltungen zum Weltfrauentag am 8.3. oder Diskussionen von Fachpolitikerinnen im Vorfeld von Wahlen bei, die jedoch in der Vergangenheit in Sachsen-Anhalt – im Gegensatz etwa zum Landesfrauenrat⁵⁷ - kaum Presseresonanz und schon gar keine Folge- oder Breitenwirkung entfaltet haben.⁵⁸

Innerhalb der Parteien haben sich immerhin eigene Vorfeldorganisationen für Frauen etabliert, deren Außenwirkung allerdings begrenzt ist. Als die NPD in Sachsen-Anhalt eine Bundesfrauenorganisation gründen wollte, blieben die Interessenvertreterinnen „in Sachen Frau“ ohne Presseresonanz.

Frauenpolitik institutionalisiert - Organisationen der Parteien für Frauen in Sachsen-Anhalt⁵⁹

	Linkspartei.PDS	Bündnis 90/ Die Grünen	SPD	FDP	CDU
Vorfeldorganisation für Frauen in Sachsen-Anhalt	LISA - Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS.	Bündnis 90/ Die Grünen - Landesfachgruppe Frauenpolitik.	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen – ASF.	Liberaler Frauen e.V. - Landesgruppe Frauenpolitik der FDP Sachsen-Anhalt.	Frauenunion der CDU Sachsen-Anhalt.

⁵⁷ <http://www.landesfrauenrat.de/>

⁵⁸ Das lag u.a. daran, dass Veranstaltungen – z.B. im Landtagswahlkampf 2006 - in der Nachmittagszeit platziert und deshalb nur von den „üblichen Verdächtigen“ besucht wurden. Frauenpolitiker der Parteien saßen hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten und nicht mehr als einer Hand voll politisch Interessierter gegenüber. Ganz zu schweigen davon, dass sich zu solchen Veranstaltungen kein einziger Pressevertreter einfand und damit kein Medienecho stattfand.

⁵⁹ Die Mitteldeutsche Zeitung meldete am 25.8.2006, die NPD wolle in Sachsen-Anhalt im September 2006 ein bundesweites Netzwerk „Nationaler Frauenring“ gründen.

2.2.7. Frauenförderpläne der Parteien – das Beispiel FDP (1987, 2003, 2006)

Quoten und Quoren sind der FDP suspekt. Sie vertragen sich nicht mit dem Freiheitsgedanken, sondern sind Ausdruck von Zwang. Diese Grundüberlegung geht auch aus einem Schreiben des FDP-Generalsekretärs Dirk Niebel von 2005 hervor:

„Starre Quotenregelungen und dergleichen sind nach Ansicht der Liberalen nicht der richtige Weg zu stärkerer Gleichberechtigung. Frauenpolitik muss vielmehr vorangetrieben werden im Bewusstsein, dass Frauen mehrheitlich besser qualifiziert sind als jemals zuvor und dass sie besondere Perspektiven, Wissen und Erfahrungen mitbringen, auf die die Gesellschaft nicht verzichten sollte. Die wirkungsvollste Triebfeder für ein Engagement zur Frauenförderung ist es, Gleichstellung als Erfolgsfaktor zu erkennen. Dies gilt ganz besonders für die Arbeitswelt. ... Innerhalb der FDP selbst legen wir Wert auf die Frauenbeteiligung in den Gremien der Bundespartei. Die Vertretung der Interessen von Frauen in der Bundespartei wird sichergestellt durch die Teilnahme der Vorsitzenden der Bundesvereinigung Liberaler Frauen e.V. an den Bundesvorstandssitzungen. Dieses Recht ist in der Bundessatzung der FDP festgeschrieben. Entsprechend sind die Landesvorsitzenden der Liberalen Frauen auch in den FDP Landesvorständen vertreten. Schon 1987 hat der FDP-Bundesvorstand einen Frauenförderplan beschlossen. Ziel des Förderplans war bereits damals, den Frauenanteil in den Führungspositionen entsprechend dem Mitgliederanteil zu erhöhen und eine jährliche Rechenschaftspflicht einzuführen. Die Bundespartei hat zuletzt auf ihrem Bundesparteitag in Mannheim 2002 den Beschluss „Die FDP muss weiblicher werden“ gefasst. Zur Umsetzung dieses Parteitagsbeschlusses hat der Bundesvorstand eine entsprechende „Offensive für mehr Frauen in die FDP“ beschlossen, mit konkreten Schritten zur Erhöhung des Frauenanteils in den Parteigremien.“⁶⁰

Das Thema „Repräsentation von Frauen in Ämtern und Mandaten“ ist strukturell aktuell, denn es beschäftigt in unterschiedlichen Abständen die Führungsgremien der Parteien, weil Frauen mehr Gestaltungsspielräume einklagen und sich Vorstände und Mitgliederversammlungen als zentrale Beschlussgremien mit diesem Ansinnen beschäftigen müssen.

1987: Frauenförderplan

Schon 1987 hatte z.B. der FDP-Bundesvorstand einen Frauenförderplan beschlossen.⁶¹ Ziel des Förderplans war bereits damals, den Frauenanteil in den Führungspositionen entsprechend dem Mitgliederanteil zu erhöhen und eine jährliche Rechenschaftspflicht einzuführen. In den Folgejahren hatte die FDP als langjährige Regierungspartei (1969-1998) andere politische Prioritäten als die (parteiinterne) Frauenförderung. Die Partei definierte sich unter den Parteivorsitzenden Genscher, Lambsdorff, Kinkel, Bangemann und Gerhardt nach außen vornehmlich über ihre wirtschaftspolitische Kompetenz und 1989/90 mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher als Partei der deutschen Einheit. Grundsatzbeschlüsse zugunsten von mehr Frauenrepräsentation fallen meist in Zeiten parlamentarischer Opposition im Bund, jedenfalls gilt dies für die Bündnisgrünen (1986), die SPD (1988) und die PDS (1992). Nur die CDU hat ihr Quorum als führende Regierungspartei 1996 beschlossen.

2003: Sieben-Punkte-Katalog – „Offensive Mehr Frauen in die FDP“

Die Ziele des Frauenförderplans von 1987 wurden nicht erreicht, wohl, weil sie nicht systematisch verfolgt wurden. Der FDP-Bundesvorstand diagnostizierte deshalb 2003 eine „katastrophalen Lage“. Es sei „höchste Zeit zu handeln“, deshalb wurde ein „Sieben-Punkte-Maßnahmen-Katalog“ beschlossen,

1. Befragung der weiblichen FDP-Mitglieder: „Die Resonanz und die Auswertung der Ergebnisse haben gezeigt, dass die weiblichen FDP-Mitglieder großes Interesse daran haben, noch stärker in der FDP aktiv zu werden.“

2. Frauenanteil in der FDP bis 2005 auf 30% erhöhen: „Die Steigerung des Frauenanteils in der FDP ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erhöhung des Frauenanteils in den Führungspositionen der FDP. Die Landes- und Kreisverbände sind aufgefordert, sich freiwillig

⁶⁰ Schreiben von Dirk Niebel an Dr. Bettina Schleicher, Präsidentin des Business and Professional Women - Germany vom 9.8.2005, zitiert nach: <http://www.fdp-bundesverband.de/files/363/BPW.pdf>

⁶¹ Das Folgende nach: Beschluss des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 7. April 2003.

Zielvorgaben zu stellen, damit Frauen entsprechend ihres Anteils an der Mitgliedschaft in den Vorständen vertreten sind.“

3. Frauenkampagne mit Vorschlägen für Aktionen der Parteibasis zur Werbung und Begleitung neuer weiblicher Mitglieder. „Außerdem werden in allen sechzehn Bundesländern zentrale Veranstaltungen mit Fachfrauen aus der Partei, der Landtags- und Bundestagsfraktion durchgeführt.“

4. Einsetzung der TaskForce Junge Frauen zur gezielten Förderung unseres Nachwuchses. „Als Kooperation der Liberalen Frauen und der Jungen Liberalen wird sie sich mit der Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder und der gezielten Nachwuchsförderung auseinandersetzen. Mit Hilfe von Networking-, Mentoring und Coaching-Programmen werden wir junge weibliche Mitglieder unterstützen und die FDP für junge Frauen weiter öffnen.“

5. Das Forum „Frauen, kinderfreundliches Deutschland und Generationengerechtigkeit“ erarbeitet ein liberales **Grundsatzpapier zur Geschlechtergerechtigkeit.**

6. Analyse der Barrieren und Hindernisse für politisches Engagement von Frauen: „Die Beseitigung von Barrieren und die Herstellung faktischer Gleichberechtigung ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der vielfältiger Ansätze und Maßnahmen von allen Parteien bedarf.“

7. Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Zielvorgaben

Eine Arbeitsgruppe unter Leitung der damaligen Generalsekretärin Cornelia Pieper sollte „die Umsetzung der Zielvorgaben überprüfen, die Mitgliederentwicklung, Anzahl und Anteil der weiblichen Delegierten zum jeweiligen Parteitag und die Entwicklung des Frauenanteils auf aussichtsreichen Listenplätzen und in Vorständen verfolgen. Mit Hilfe synergetischer Frauenförderung auf allen Ebenen werden wir gezielt Frauen motivieren und unterstützen, Führungspositionen zu übernehmen.“

In Auswertung des „Frauenförderprogramms“ 2003 fasste der Bundesvorstand der FDP am 6. November 2006,⁶² einen Beschluss, der erstmals auch die Parteisatzung in den Blick nimmt:

2006: Frauenförderung in der FDP

Der Bundesvorstand sah Anfang November 2006 die Notwendigkeit, „der liberalen Frauenpolitik ein deutlicheres Profil zu geben und dadurch mehr Zuspruch bei weiblichen Wählern zu erzielen“. Er gab das Ziel aus, „mittelfristig den Frauenanteil an der FDP-Mitgliedschaft zu erhöhen“, ohne eine klare Zielmarke! „Gleichzeitig ist die Steigerung des Frauenanteils innerhalb der Partei eine wesentliche Voraussetzung für die Erhöhung des Frauenanteils in den Führungspositionen der FDP. Das Präsidium wird daher beauftragt, folgende Maßnahmen innerhalb der Parteiarbeit umzusetzen:“

1. Entwicklung eines Konzepts für einen **Bürgerinnenpreis** für besonderes Engagement von Frauen im öffentlichen Leben.

2. Durchführung eines „Wohlfühl-Checks“: **Verteilung eines Mitglieder-Fragebogens u.a. mit frauenspezifischen Fragen** als Beilage in der „elde“

3. Weiterverweisung des Antrages Nr. 66 „Kommission Offensive für mehr Frauen in die FDP/**Vorbereitung einer Satzungsänderung**“ vom Bundesparteitag 2006 in Rostock (der an den Bundesvorstand weiterverwiesen worden war, s.o.) an den Bundessatzungsausschuss. Dieser soll Alternativvorschläge für Satzungsregelungen, die die Besetzung von politischen Gremien mit Frauen verstärken, vorlegen. Der Bundesvorstand sollte in der Sitzung am 6. November 2006 über die Frauenförderung beraten. Dazu soll auch eine Übersicht vorgelegt werden, wie die Vertretung von Frauen in anderen liberalen Parteien in Europa geregelt ist.

4. Unterstützung eines **Mentoring-Programms zur gezielten Nachwuchsförderung** insbesondere für Frauen

5. Prüfung der Möglichkeit, ob vermehrt **Seminare für weibliche Neumitglieder** angeboten werden können, um diesen fundierte Informationen zur politischen Arbeit zu vermitteln.⁶³

⁶² Vgl. <http://www.liberalis.de/forum/index.php?act=Attach&type=post&id=9828>.

⁶³ Das Programm besteht aus acht Einzelveranstaltungen à zwei Stunden, die meist im Rathaus stattfinden und von zwei Kursbegleiterinnen geplant, vorbereitet und durchgeführt werden. Themen sind u.a.

- Frauen und Politik – 100 Gründe, sich einzumischen
- Der Alltag im Gemeinderat

6. Aufbau eines Frauen-Netzwerkes „**Ladies-Lunch**“ nach dem Vorbild der Berliner FDP auch als Veranstaltungsform für die Bundestagsfraktion.

7. Einrichtung eines dauerhaften **Frauen-Beirats (Frauenforum) der FDP** unter Vorsitz von Cornelia Pieper

2.2.8. „Grüne Frauen gleich – stark“ – Frauenförderung bei Bündnis 90/Die Grünen

Konsequenter als andere Parteien haben Bündnis 90/Die Grünen Geschlechterpolitik als Politikfeld zur Profilierung erkannt und sich – im Sinne eines Alleinstellungsmerkmals im Parteienwettbewerb, das allenfalls von der Linkspartei.PDS in vergleichbarer Weise angestrebt wird - der vollständigen Gleichstellung zwischen Männern und Frauen verschrieben. Selbstbewusst formuliert der „1. Ordentliche Frauenrat 2006“ in Berlin von Bündnis 90/Die Grünen in seinem Beschluss „Grüne Frauen gleich – stark“⁶⁴ eine „Offensive Frauenpolitik“. Der grüne Frauenrat will:

- „die internen Strukturen, Diskussionsverläufe, Kooperationen und Beteiligungsmöglichkeiten für Frauen attraktiver machen“
- bis 2009 einen Mindestanteil von 40% bei der Mitgliedschaft von Frauen erreichen.
- eine gezielte Ansprache von Frauen in allen Politikbereichen und besonders in den Kommunen leisten
- gezielt junge Frauen, Frauen über 50 und Frauen mit Migrationshintergrund ansprechen.

Das soll auf unterschiedlichen Wegen umgesetzt werden:

- Mentoring-Programme,
- Peerteams, sporadische Patenschaften zu bestimmten Anlässen oder über ein Shadowing kennen zu lernen, ohne sich über lange Strecken zu verpflichten.“⁶⁵

Hinsichtlich der Quotierung gehen die Grünen „ans Eingemachte“, d.h. über die „mindestparitätische Vertretung auf Listen und in Parteigremien“ hinaus. Denn: „Als Instrument zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit gilt die Quote natürlich erst recht für alle Gremien, die keinen Satzungsrang genießen, sondern von Parteivorständen eingesetzt werden. Und sie gilt selbstverständlich auch dann, wenn nur eine (Spitzen)Position zu besetzen ist, in der Form, dass in diesem Fall eine Frau den Vorzug hat [oder zumindest ein quotiertes Spitzenteam präsentiert wird].“

Gefordert werden „Maßnahmen und Materialien zur gezielten Mitgliederwerbung von Frauen. Wir brauchen einen Wettbewerb unter den Ländern, wenn es darum geht einen höheren Anteil von Frauen als Mitglieder anzuwerben.

-
- Selbstbewusstsein und Selbstsicherheit
 - Überzeugend reden und argumentieren
 - Die Finanzen der Kommune
 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 - Frauen und Planung: Wohnen und Leben in der Stadt
 - Der regionale Arbeitsmarkt für Frauen
 - Bürgerschaftliches Engagement – Chancen und Risiken
 - Kinder, Kinder, Kinder – Betreuung und Bildung vor Ort.

⁶⁴ Das Folgende nach Beschluss des 1. Frauenrates 2006, zitiert nach: http://www.gruene-portal.de/userspace/gruene.de/PDFs/Frauenrat06/Beschluss_Grüne_Frauen_gleich_-_stark.pdf

⁶⁵ Hier der Fahrplan des NRW-Programms von Bündnis 90/Die Grünen für junge Frauen:

1. Etappe: Einführungstag in der Landesgeschäftsstelle: ein Blick hinter die Kulissen der „Grünen Schaltzentrale“ zu werfen. Daneben gibt es ein Aktionstraining zum Thema „Wie arbeite ich politisch“.
2. Etappe: Besuch der Jahresmitgliederversammlung der Grünen Jugend NRW
3. Etappe: Besuch der Bundesdelegiertenkonferenz in Köln
4. Etappe: Besuch einer Landesarbeitsgemeinschaft oder eines Kreisverbandes
5. Etappe: Besuch Landtag
6. Etappe: ein Tag „Shadowing“ - Möglichkeit einer/einem Abgeordneten einen Tag bei der Arbeit über die Schulter zu schauen und ihn oder sie auf Schritt und Tritt zu verfolgen.
7. Etappe: Seminar der Grünen Jugend zur Grünen Geschichte

Zitiert nach:

www.freischwimmerinnen.de/fileadmin/user_upload/Gruene_NRW/Politik/Frauen/Infozettel_inkl_Fragebogen_2_.rtf

Blickt in einzelne Bundesländer, z.B. nach Sachsen-Anhalt, wo die Grünen mit annähernd 500 Mitgliedern eher mitgliederschwach sind,⁶⁶ so wird schnell deutlich, dass Frauenförderung auch hier ein strukturelles Binnenproblem, weniger ein Pfund in der politischen Auseinandersetzung mit den Wettbewerbern ist: „Wir konstatieren nicht nur das Fehlen des Binnen-I, sondern empfinden eine Frauenlounge auf einem grünen Zukunftskongress in einem stickigen kleinen Raum als deplaziert. Wir stellen uns ganz ernsthaft die Frage: Sind wir noch die Partei der Frauen? Verkommt Frauenpolitik nicht zum bloßen Köder für die weibliche Wählerschaft? Was bringt uns Gender Mainstreaming, wenn das Basic Green Streaming fehlt?“ Die grünen Frauen kündigten an, sich 2007 zur „konstruktiven „grün-weiblichen“ Nabelschau zurückziehen. Gern kannst du dabei sein, damit Frauen sich nicht nur hinter der Quote und dem Binnen-I verbergen, sondern mit ihren berechtigten Ansprüchen gehört.“⁶⁷

In einzelnen Kreisverbänden (nicht nur bei Bündnis 90/Die Grünen) ist es durchaus ein Problem, kompetente Frauen zur Mitarbeit zu bewegen. Das zeigt sich gerade bei der Neubildung der Kreisverbandsstrukturen der Parteien infolge der Kommunal- und Gebietsreform in Sachsen-Anhalt,⁶⁸ die am 1.7.2007 in Kraft tritt: „Obwohl die Harzer (gemeint ist der neue Kreisverband Harz, der im Januar 2007 gegründet wurde) mit Undine Kurth und Susann Mendel über prominente Politikerinnen verfügen, bedurfte es einer innerparteilichen Kraftanstrengung, dass ein männliches Quintett den Vorstand bildet. Darum gehört auch die Wernigeröder Sabine Wetzel diesem Führungsgremium an.“⁶⁹

3. Ein Blick zurück: Frauen und Politik in der DDR und in der Wendezeit

Das Frauenleitbild der DDR sah die Frau als Mutter und Hausfrau, zugleich als gut qualifiziert und berufstätig. Eine institutionalisierte Frauen- und Gleichstellungspolitik gab es in der DDR nicht, die (systemkonforme) politisch-gesellschaftliche Aktivität der Frauen gehörte zum Frauenleitbild. Im ersten Statut der SED von 1946 findet sich sogar die Vorgabe einer Mindestvertretung von Frauen in Parteivorständen und Sekretariaten der Partei;⁷⁰ sie wurde 1950 wieder gestrichen. In den Massenorganisationen FDGB und FDJ stellten Frauen mehr als die Hälfte der Mitglieder. Ehrenamtliche Tätigkeiten – z.B. in der FDJ, in den Betriebsgewerkschaftsleitungen, in Schöffengerichten und Schiedskommissionen – wurden von Frauen zum Teil sogar häufiger übernommen als von Männern.⁷¹

Ihr Anteil an den politischen Ämtern war höher als in der Bundesrepublik Deutschland. Der Frauenanteil in der Volkskammer hatte sich von 25 Prozent (1960) bis 1988 auf 32 Prozent verbessert. Die Bezirks- und Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen erreichten Ende der 80er-Jahre eine durchschnittliche Frauenquote von über 40 Prozent.⁷²

⁶⁶ Die Mitgliederzahlen der Parteien in Sachsen-Anhalt sind seit Jahren rückläufig und auch 2006 leicht zurückgegangen. Größte Partei mit 9136 Mitgliedern bleibt die CDU, gefolgt von Linkspartei.PDS (6500), SPD (4538), FDP (2165) und Grünen (497). Die CDU hatte Ende 2006 9136 Mitglieder, 250 weniger als vor Jahresfrist. Die Mitgliederzahl der Linkspartei blieb erstmals seit der Wende 1989/90 konstant; die Partei hatte Ende Dezember 2006 in Sachsen-Anhalt etwa 6500 Mitglieder. Für 2007 wird durch die Fusion mit der WASG mit einem Zuwachs gerechnet. Die SPD verlor binnen Jahresfrist 85 (0,9 Prozent) Mitglieder. Ähnlich war die Situation bei der FDP, deren Mitgliederzahl um 94 (4,2 Prozent) auf 2165 schrumpfte. Die Grünen zählten mit 497 Mitgliedern etwa 20 mehr als vor einem Jahr und verzeichneten als einzige Partei in Sachsen-Anhalt einen Mitgliederzuwachs. Zahlen nach: Volksstimme, 8.1.2007.

⁶⁷ Bei Grüns, Mitgliederzeitung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Nr. 2 -06/Okt. 2006

http://www.sachsen-anhalt.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/152/152153.mitgliederzeitung_bei_gruens_0206.pdf

⁶⁸ Vgl. die präzise Darstellung auf der Website http://de.wikipedia.org/wiki/Kreisreform_Sachsen-Anhalt_2007.

⁶⁹ Vgl. Volksstimme (Wernigerode), 8.1.2007.

⁷⁰ Anne Hampele: „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ – Zur politischen Partizipation von Frauen in der DDR, in: Gisela Helwig und Hildegard Maria Nickel, Hrsg.: Frauen in Deutschland 1945-1992, Bonn 1993, S. 281-320.

⁷¹ Vgl. Rainer Geißler: Soziale Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen – Erfolge und Hindernisse auf dem Weg zur Gleichstellung in den beiden deutschen Gesellschaften, in: SOWI Nr. 19 (1990), S. 181-196.

⁷² Dies und das Folgende nach: Gisela Helwig, Artikel „Frauen und Politik“, in: Uwe Andersen und Wichard Woyke, Hrsg.: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, 4. Auflage 2000, S. 180f. und Gerd Meyer: Frauen in den Machthierarchien der DDR oder: Der lange Weg zur Parität, in: Deutschland-Archiv Nr. 3/1986. Siehe auch: Gunnar Winkler, Hrsg.: Frauenreport 90, Berlin 1990.

Frauen in den Volksvertretungen der DDR

	1960	1988
Volkskammer ⁷³	25	32
Bezirkstage	25	41
Kreistage	19	44
Stadtbezirksversammlungen	24	43
Gemeindevertretungen	16	39

Aus: Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, 2. Auflage, Opladen 1996, S. 290.

Der Frauenanteil in der SED stieg von 21,5% (1946), 26 % (1967) auf 35% (1986)⁷⁴, in den Blockparteien CDU, LDPD, NDPD und DBD lag er in den 80er-Jahren zwischen 30 und 40%. Darüber hinaus gab es den "Demokratischen Frauenbund Deutschlands" (DFD) mit einem fest vorherbestimmten Anteil an Volkskammermandaten. Der DFD griff mit Frauenkongressen, -Akademien und -Aktionen die Probleme der Frauen auf, „wirkte aber vor allem als Massenorganisation der SED, d.h., er wollte die Frauen stärker in den Wirtschaftsprozess einbeziehen und sie für das DDR-System gewinnen.“⁷⁵ In diesem Sinne ist der Einzug der Frauen in die lokale Politik - innerhalb und außerhalb repräsentativer Institutionen - erfolgt. Man muss berücksichtigen, dass in der DDR die parteipolitische Bindung und Mobilisierung höher war als in der Bundesrepublik, da in der DDR 1989 fast 22% der Erwachsenen Mitglied einer Partei waren, in der Bundesrepublik nur 4%. Die Schaltstellen der Macht des SED-Staates blieben aber von Männern dominiert,⁷⁶ die Frauen blieben „Fußvolk“ der Partei.⁷⁷

- Im Zentralkomitee (ZK) der SED saßen nur 9,7% Frauen, unter den 11 ZK-Sekretären war nur eine Frau – verantwortlich für Frauenfragen.
- Im engsten Machtzirkel, dem Politbüro des ZK, saß kein einziges weibliches Vollmitglied.
- Dem Ministerrat gehörte von 1967 bis 1989 nur eine Frau an, und das war mit Margot Honecker die Frau des Partei- und Staatschefs Erich Honecker.

Rainer Geißler führt das stärkere politische Engagement der Frauen in der DDR auf das „spezifische Anreiz- bzw. Belohnungssystem der DDR“ zurück: „Politische Betätigung war die Voraussetzung für den beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg; politische Abstinenz war in vielen Fällen gleichbedeutend mit einem Verzicht auf berufliche Karriere“. Insgesamt blieb die DDR „trotz aller Rechtsnormen, politischer Thesen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Frauen ... weiterhin eine ausgesprochene Männergesellschaft.“⁷⁸

Neben der „Partizipation nach Vorschrift“ in den engen Grenzen des SED-Staates gab es am Ende der DDR das Engagement von Frauen in unabhängigen Frauenzirkeln, in der Demokratie-, Friedens- und Umweltbewegung.⁷⁹

Partizipation von Frauen als politisches Thema in der Wendezeit

Die friedliche Revolution 1989/90 hatte auch das Thema Frauenpartizipation auf der Agenda. „Autonome Frauengruppen, die es – zumeist unter dem Dach der Kirche – bereits seit Anfang der 80er-Jahre gab, und auch Wissenschaftlerinnen⁸⁰ konnten ihre Vorstellungen nun ungehindert in die Debatte einbringen. Gefordert wurden Quotenregelungen auf allen Parteiebenen und für alle Funktionen und Mandate, spezielle Frauengremien im Staatsapparat, in Parteien und Gewerkschaften sowie flexible, familienorientierte Arbeitszeiten.

⁷³ Vgl. Patzelt/Schirmer 2002: 392 f.

⁷⁴ Vgl. Hermann Weber: Geschichte der DDR, München 1999, S. 451.

⁷⁵ Vgl. Hermann Weber 1999, S. 312f.

⁷⁶ Vgl. zum Vorangehenden Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, 2. Auflage, Opladen 1996, S. 289.

⁷⁷ Vgl. Gabriele Gast: Die politische Rolle der Frau in der DDR, Düsseldorf 1973, S. 66.

⁷⁸ So Hermann Weber 1999, S. 312.

⁷⁹ Beispiel aus Sachsen-Anhalt: Heidi Bohley: „Es gibt keinen Weg. Der Weg kommt beim Gehen.“ – Die Gruppe „Frauen für den Frieden“, Halle, in: Hermann-Josef Rupieper, Hrsg.: Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt, Halle, 2. Auflage 2004, S. 95-98.

⁸⁰ Exemplarisch ist der Aufstieg der Physikerin Dr. Angela Merkel, die über den Demokratischen Aufbruch zur CDU fand und stellvertretende Regierungssprecherin, dann Ministerin im Kabinett Kohl, CDU-Generalsekretärin, dann CDU-Vorsitzende und 2005 Bundeskanzlerin wurde. Vgl. Gerd Langguth: ...

Anspruch ...

Alle Parteien und Gruppierungen setzten sich in der „Wende“-Zeit sowohl für eine gezielte Frauenförderung als auch für eine gerechtere Aufgabenteilung in der Familie ein.⁸¹ Am 3.12.1989 wurde der Unabhängige Frauenverband (UFV) gegründet, ein Dachverband von 20 Gruppierungen, der mit der Grünen Partei eine Listenverbindung für die Volkskammerwahl am 18.3.1990 einging,⁸² ohne dass er sich langfristig als Frauenpartei bzw. effektive Vertretung von Fraueninteressen im vereinten Deutschland etablieren konnte.

... und Wirklichkeit

Auf der Habenseite führt mehr Geschlechterdemokratie steht, dass im Zuge der friedlichen Revolution sich parteiübergreifende demokratische Strukturen und Verfahren auf Gemeindeebene etablieren konnten, wie z. B. Runde Tische. Dies darf man insbesondere auch dem bewussten, vielfach neuen Engagement von Frauen zuschreiben. Auch die Vorgabe, wonach vor Ort Frauenzentren und Frauenhäuser entstanden und in Sachsen-Anhalt jede Gemeinde mit mehr als 20 000 Einwohnern eine hauptamtliche Frauenbeauftragte bestellen muss, „ist ein Novum in Deutschland und Ergebnis des erfolgreichen Lobbyings engagierter Frauen an den Runden Tischen der Wendezeit“⁸³.

Auf der Sollseite steht die These, dass im Zuge der lokalpolitischen Demokratisierung nach der Wende mit einer kurzen Zeit des Aufbruchs und der unerwarteten Chancen für eine Karriere in der Politik „Frauen ... von der lokalen Ebene, auf der sie zu DDR-Zeiten gut vertreten waren, sukzessive von Männern verdrängt wurden.“⁸⁴

⁸¹ Gisela Helwig, Artikel „Frauen und Politik“, in: Uwe Andersen und Wichard Woyke, Hrsg.: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, 4. Auflage 2000, S. 180.

⁸² Zum UFV vgl. Anne Hampele Ulrich, Der Unabhängige Frauenverband. Ein frauenpolitisches Experiment im deutschen Vereinigungsprozess, Berlin 2000.

⁸³ Vgl. Brigitte Geißel und Birgit Sauer: Transformationsprozess und Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern. Auswirkungen auf der lokalen politischen Ebene, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39-40/2001.

⁸⁴ Geißel und Sauer a.a.O.

4. Voraussetzungen für politische Partizipation: Teilnahme am politischen Leben, politisches Interesse und politisches Engagement

4.1. Politisches Interesse und Teilnahme am politischen Leben

Die Vermutung, Frauen seien politisch weniger interessiert als Männer, lässt sich zwar durch einige Daten untersetzen. Gleichmaßen muss man aber auch feststellen, dass Frauen sich in den „Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen (z.B. Demonstrationen, Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder das Sammeln von Unterschriften) ... in nahezu gleicher Weise wie die Männer (beteiligen)“.⁸⁵ Ein höherer Anteil von Frauen als bei Männern redet grundsätzlich nie über Politik, ist unsicher in Bezug auf politische Fragen und vermeidet diesbezüglich eine klare Stellungnahme.⁸⁶ In Sachsen-Anhalt sind mehr als ein Drittel aller Frauen wenig bis gar nicht an Politik interessiert. Männer lesen intensiver die Tageszeitung, insbesondere auch den Politik- und Wirtschaftsteil. Das Interesse an Politik im Allgemeinen lag 2002 bei Männern (62%) höher als bei Frauen (40%); in den Altersgruppen der 45-59-jährigen und 60-jährigen und älter liegt die Differenz sogar bei fast 30 Prozentpunkten. Bei der altersspezifischen Betrachtung der Daten ist festzustellen, dass sowohl bei Männern als auch bei Frauen das Interesse an Politik mit zunehmendem Alter steigt. Etwas mehr als ein Zehntel aller befragten Frauen gaben an, sich überhaupt nicht für Politik zu interessieren, bei Frauen zwischen 16 und 29 war es sogar ein Fünftel.

Besonders stark wuchs das Interesse an Politik bei Frauen in Westdeutschland in den 60er-Jahren mit einem Anstieg von 15 Prozent (1960) auf 27 Prozent (1969). Dies kann mit den politischen und sozialen Veränderungen in dieser Epoche (Studentenbewegung, Frauenbewegung, Umweltbewegung etc.) erklärt werden. Seit der Wiedervereinigung und ihrem politisierenden und mobilisierenden Einfluss auf breite Bevölkerungsschichten sank das politische Interesse bei beiden Geschlechtern sowohl in Westdeutschland, als auch in Ostdeutschland. Im Gegensatz zu den neuen Bundesländern war der Rückgang des Interesses in den alten Bundesländern nur von kurzer Dauer; die Werte lagen zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder ungefähr im Bereich von 1990. In Ostdeutschland nahm in den 90er-Jahren das politische Interesse bei Frauen stärker ab als bei Männern und lag im Jahr 2000 erstmals unter dem Wert westdeutscher Frauen.

„Interessieren Sie sich für Politik?“ (Westdeutschland und Ostdeutschland, 2002, Angaben in Prozent)

	Ja	Nicht besonders	Gar nicht
Bevölkerung insgesamt	50	42	8
Westdeutschland	52	41	7
Ostdeutschland	44	46	10

Daten im Geschlechtervergleich:

„Interessieren Sie sich für Politik? – Mit „ja“ antworteten:	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Insgesamt	62	40	33	49	5	11
16-29 Jahre	38	23	46	57	16	20
30-44 Jahre	59	40	40	51	1	9
45-59 Jahre	70	43	27	51	3	6
60 Jahre und älter	74	46	23	43	3	11

„Ja, ich interessiere mich für Politik“ (Westdeutschland und Ostdeutschland, 1951-2002)

Jahr	Westdeutschland							Ostdeutschland				
	1951	1960	1969	1979	1990	1995	2000	2002	1990	1995	2000	2002
Männer	46	50	56	64	65	58	61	64	69	53	48	53
Frauen	11	15	27	31	40	29	36	41	57	35	32	35

Quelle: Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Kocher, Hrsg.: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002. Band 11. München: K. G. Saur, 2002. S. 691. Angaben in Prozent

⁸⁵ Hoecker 2002.

⁸⁶ Vgl. Martin und Sylvia Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München 1993, S. 129-139.

Interesse für Politik (Sachsen-Anhalt, 2000)

Geschlecht	Interesse für Politik			
	überhaupt nicht	wenig	mittel	stark
Männer	4,6	14,7	38,3	42,4
Frauen	10,6	26,7	42,8	20,0

Quelle: Bernhard Boll und Everhard Holtmann: Bürger und Parlament im Jahr 2000. Die Einstellungen der Landesbevölkerung zu Demokratie, Landtag und Landespolitik, Magdeburg 2000, S. 20.

Umfragedaten des Instituts für Demoskopie in Allensbach belegen: Männer beteiligten sich in Deutschland 1990 und 1999 zwar stärker am politischen Leben als Frauen, denn immerhin 72 Prozent der befragten Männer und 64 Prozent der befragten Frauen gaben 1990 und 1999 an, regelmäßig wählen zu gehen. Die repräsentative Wahlstatistik weist jedoch aus, dass es längst nicht mehr die eklatanten geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Wahlbeteiligung gibt.⁸⁷ Das gilt insbesondere für Sachsen-Anhalt, wo Frauen häufiger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen als Männer.

Männer unterrichten sich allerdings stärker als Frauen über das aktuelle politische Geschehen, haben häufiger politische Unterhaltungen und setzen sich vermehrt vor Wahlen für eine bestimmte Partei oder einen Kandidaten ein. Zwar hatten 1991 51 Prozent der befragten Männer und 33 Prozent der befragten Frauen feste Überzeugungen zu politischen Fragen, die sie auch vertraten. Während dieser Wert bei Männern fast konstant blieb, ist er bei Frauen um 7 Prozentpunkte auf 40 Prozent angestiegen, ein Zeichen für die zunehmende Politisierung.

Teilnahme am politischen Leben 1990 und 1999 in Deutschland (in Prozent)

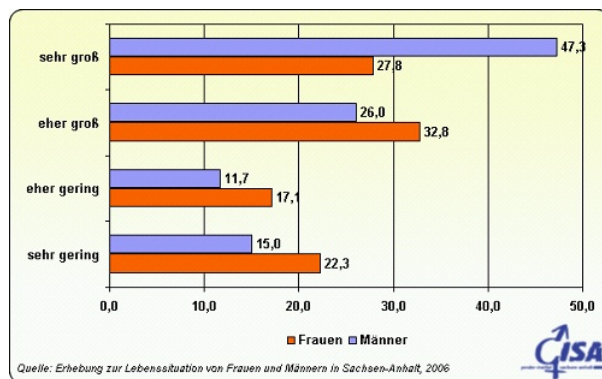
	1990		1999	
	(Westdeutschland)		Männer	Frauen
	Männer	Frauen		
Wähle regelmäßig	72	64	72	64
Unterrichte mich laufend	68	48	62	47
Habe öfters politische Unterhaltungen	55	33	52	33
Habe und vertrete Überzeugungen	51	33	53	40
Besuche politische Veranstaltungen	15	8	12	8
Habe mich vor der letzten Wahl für eine Partei eingesetzt	12	8	14	11
Beteilige mich an Protestdemonstrationen oder unterstütze Proteste	7	7	6	5
Betätige mich politisch in Partei, Verband oder Verein	10	4	7	6

Quellen: Wolfgang Rudzio: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, in: Grundwissen Politik. Schriftenreihe Studien zur Geschichte und Politik, Band 302. Bonn 1991. S. 83, Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Köcher, Hrsg.: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002. Band 11. München 2002. S. 692.

Die schlechte Wahlbeteiligung z.B. bei den Landtagswahlen 2006 oder bei den OB-Wahlen in Halle 2006 hat auch ihre Ursache in einem verhältnismäßig geringen Interesse an der Politik. Dabei ist, hervorzuheben, dass Frauen in ihrer Selbsteinschätzung noch stärker als Männer zur politischen Mitte tendieren.

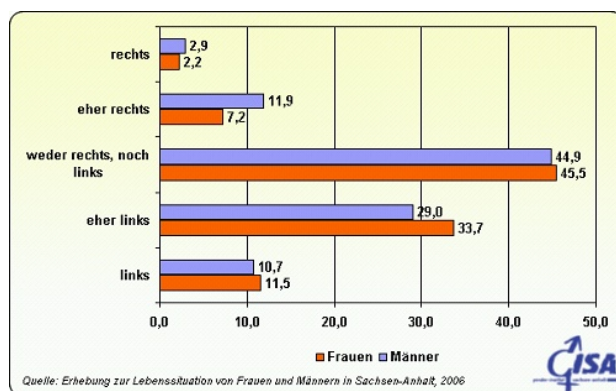
⁸⁷ Vgl. unten zur Wahlbeteiligung S.

Interesse für Politik in Sachsen-Anhalt 2006



www.g-i-s-a.de

Politische Selbsteinschätzung in Sachsen-Anhalt 2006



www.g-i-s-a.de

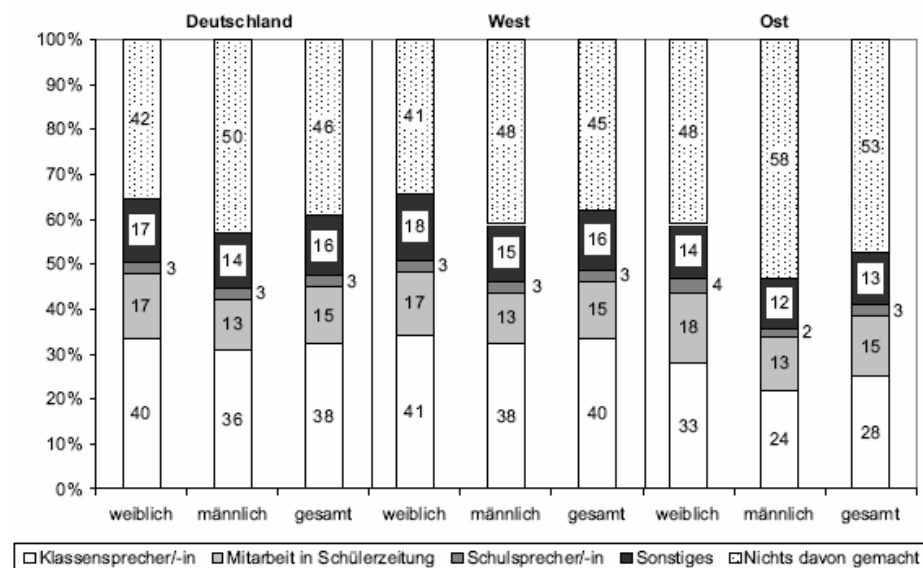
Politisches Engagement – im weiteren Sinne – beginnt nicht mit der Ausübung des Wahlrechts. Der DJI-Jugendsurvey und andere Untersuchungen zeigen: Mädchen engagieren sich häufiger als Jungen im schulischen Umfeld. Dieses Engagement bricht aber mit zunehmendem Alter, d.h. in der Phase der beruflichen Ausbildung und spätestens zum Zeitpunkt der Familiengründung, ab oder aber lebt in diesem eher unpolitischen Raum wieder auf (Vereine, Initiativen, Elternmitwirkung in der Schule). Die Parteien haben zwar die „Tendenz zur eigenen Vergreisung“ wahrgenommen, die mit der demografischen Krise einhergeht, bisher aber kaum angemessen reagiert, um mehr junge Menschen für die politische Arbeit zu gewinnen – trotz institutioneller Angebote wie sie die Vorfeldorganisationen „Liberale Schüler“ oder „Schüler-Union“ bieten.⁸⁸

Christine Lieberknecht, langjährige Landesministerin in Thüringen und jetzt CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag, antwortete Schulbuchautoren gegenüber auf die Frage „Was raten Sie, um den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen?“ wie folgt: „Wichtig ist die konsequente Ermutigung junger Frauen und Mädchen, sich zu engagieren, um Vorstellungen und Positionen aber auch zu kämpfen. Durch Frauenförderpläne können Frauen dabei unterstützt werden. Ausschlaggebend ist aber der eigene Einsatz.“⁸⁹

⁸⁸ Vgl. z.B. die kritische Sicht von Franz Walter und Tobias Dürr: Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor, Berlin 2000.

⁸⁹ Vgl. das Schulbuch Anton Egner u.a.: Mensch und Politik. Sozialkunde für Gymnasien, Klasse 11, Hannover 1996, S. 100.

Abbildung 6.13: Aktivitäten von 12- bis 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland (absolut und in %)



Datenbasis: DJI-Jugend survey¹⁶⁶

Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003, Genderreport ...386, www.dji.de/jugendsurvey

4.2. Politisches Engagement und seine gesellschaftliche Wertschätzung

Den Umfragedaten des Instituts für Demoskopie zufolge genießt das politische Engagement von Frauen eine hohe Wertschätzung; es wird von der Öffentlichkeit deutlich positiver bewertet als das von Männern. Das ist ein wichtiges Zeichen dafür, dass sich das tradierte unpolitische Frauenbild mittlerweile gewandelt hat.⁹⁰ 69 Prozent der Bevölkerung gefällt es, wenn sich eine Frau politisch betätigt. Besonders hohe Zustimmung erntet dieses Engagement bei denen, die sich als politisch links oder mäßig links einordnen.

Die Zustimmung zur aktiven politischen Partizipation von Männern ist in Westdeutschland seit 1971 leicht rückläufig. Lag sie 1971 noch bei 66 Prozent, so sank sie kontinuierlich bis auf 52 Prozent 1987, stieg dann aber zu Beginn der 90er-Jahre wieder an (1993: 59%). Im gleichen Zeitraum stieg die Zustimmung zum politischen Engagement von Frauen von 62 Prozent (1971) auf 70 Prozent im Jahr 1993. In Ostdeutschland nahm in den 90er-Jahren die Zustimmung zur aktiven Teilnahme an der Politik von Männern (1993: 58%; 1998: 41%) als auch von Frauen ab (1993: 66%; 1998: 64%). Ein ähnliches Phänomen passierte zur gleichen Zeit in abgeschwächter Form auch in Westdeutschland. 1998 empfanden nur noch 54 Prozent der Bürger das politische Engagement eines Mannes als positiv (1993: 59%). Die Zahl derer, die eine aktive politische Teilnahme von Frauen befürworteten blieb unverändert bei 70 Prozent.

Einschätzungen zum politischen Engagement von Frauen und Männern

	Bevölkerung insgesamt	Westdeutschland				Ostdeutschland		
	1998	1971	1979	1987	1993	1998	1993	1998
Wenn sich ein Mann politisch engagiert –								
Gefällt mir	52	66	64	52	59	54	58	41
Nicht so sympathisch	8	13	8	11	10	8	10	8
Unentschieden, kommt drauf an	40	21	28	37	31	38	32	51

⁹⁰ Hier gilt es noch manches aus den vergangenen Jahrzehnten aufzuarbeiten. Jüngst zeigte eine Studie von Hans Hesse (Konstruktion der Unschuld. Die Entnazifizierung am Beispiel von Bremen und Bremerhaven 1945 bis 1953, Bremen 2006), dass die ausschließlich mit Männern besetzten Spruchkammern das politische Engagement, das nicht zum unpolitischen Frauenbild der Zeit passte, vergleichsweise hart bestraften. Demgegenüber galt sozialpolitisches Engagement in NS-Organisationen als entlastend! Weil Frauen außerdem seltener als Männer den Weg vor die Berufungskammer beschritten, blieben sie bei ähnlicher formaler Belastung häufiger in einer höheren Belastungskategorie als Männer.

Wenn sich eine Frau politisch engagiert –

Gefällt mir	69	62	63	57	70	70	66	64
Nicht so sympathisch	7	23	15	15	12	7	15	8
Unentschieden, kommt drauf an	24	15	22	28	18	23	19	28

Quelle: Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Kocher, Hrsg.: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002. Band 11. München: K. G. Saur, 2002. S. 695. Angaben in Prozent

Zustimmung zum Engagement nach politischem Standort (1998)

Politischer Standort	Links	Mäßig links	Mitte	Mäßig rechts	Rechts
Mir gefällt es, wenn sich ein Mann politisch betätigt	59	49	43	54	73
Mir gefällt es, wenn sich eine Frau politisch betätigt	78	86	64	57	66

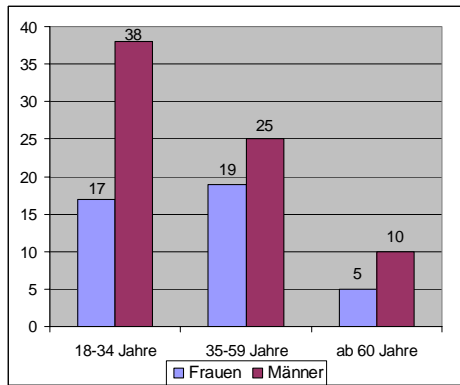
Quelle: Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Kocher, Hrsg.: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002. Band 11. München: K. G. Saur, 2002. S. 695. Angaben in Prozent

4.3. Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes

In Gesprächen mit Kommunalpolitikerinnen, die Haushalt, Berufstätigkeit und Kommunalpolitik miteinander vereinbaren müssen, hört man allerdings, dass deren politische Arbeit von ihren Arbeitgebern nicht gerne gesehen wird.⁹¹ Eine solche Einstellung mag auch dazu beitragen, dass die Bereitschaft von Frauen, ein politisches Amt zu übernehmen, geringer ausgeprägt ist als die der Männer. Dabei wären anderweitige Voraussetzungen für die Übernahme politischer Verantwortung mittlerweile gegeben. Die eklatante Bildungslücke zwischen Männern und Frauen besteht nicht mehr, im Gegenteil: die in den 60er-Jahren geborenen Frauen haben hier gleichgezogen und die jüngeren Generationen von Schulabgängerinnen haben gegenüber gleichaltrigen Männern in Sachen Bildungsqualifikation einen Vorsprung. Und dennoch hat sich die politische Mentalität der Geschlechter offenbar nicht grundsätzlich verändert, denn die Bereitschaft von Frauen, ein politisches Amt zu übernehmen, ist immer noch geringer als die der Männer. In den Altersgruppen 18-34 Jahre und 60 Jahre und älter ist sie bei Männern sogar doppelt so hoch wie bei Frauen. In der Gruppe der 35-59-Jährigen liegen Männer und Frauen auch noch sechs Prozentpunkte auseinander. Während ein Viertel der 35-59-jährigen Männer prinzipiell bereit ist, ein politisches Amt zu übernehmen, so sind es nur 19 Prozent der Frauen in dieser Altersgruppe. Die deutliche geringere Bereitschaft der über 60-Jährigen wird vor allem alters- und bildungsbedingte Ursachen haben. In den jüngeren Jahrgängen darf man annehmen, dass die geringere Erwerbsbeteiligung von Frauen ein wesentlicher Grund ist, weshalb sie hinsichtlich der Übernahme eines politischen Amtes zurückhaltend sind. Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass in Ländern mit höherer weiblicher Erwerbsbeteiligung (wie Skandinavien) auch die politische Beteiligung von Frauen größer ist.⁹²

⁹¹ Vgl. Brigitte Geißel und Birgit Sauer: Transformationsprozess und Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern. Auswirkungen auf der lokalen politischen Ebene, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39-40/2001.

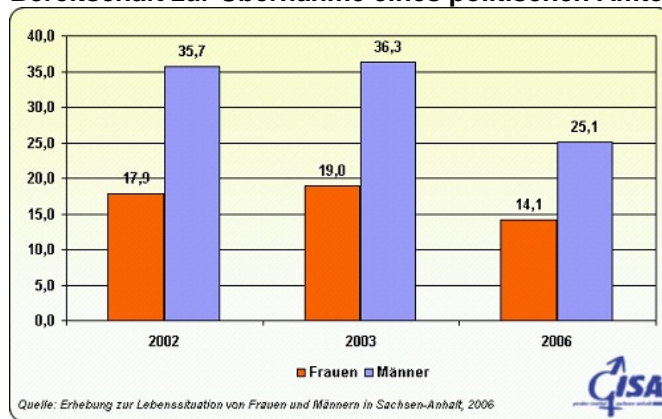
⁹² Ulrike Heß-Meining: Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, in: 6. Genderreport ..., S. 360f. und dort Abb. 6.1.



Quelle: Ulrike Heß-Meining: Gender Report. 6. Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. S 385. Angaben in Prozent.

Empirische Daten aus Sachsen-Anhalt bestätigen diese „Bundeszahlen“ und belegen, dass die Bereitschaft, politische Ämter zu übernehmen, stark zurückgeht. Sie ist bei Frauen noch geringer als bei Männern.

Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes in Sachsen-Anhalt 2002, 2003 und 2006



www.g-i-s-a.de

4.4. Stolpersteine für politisch engagierte Frauen

Insgesamt geht es hier offenbar um strukturelle Ursachen, die mehr politischer Partizipation von Frauen im Wege stehen. Als Gründe dafür werden diskutiert bzw. aus der politischen Praxis von Frauen geschildert:⁹³

Frauen haben weniger Zeit, denn ihre Freizeit ist durch die Verantwortung für Beruf, Kinder und Haushalt begrenzt.

Brigitte Baumeister, MdB 1990-2002, CDU Schatzmeisterin 1992-98: „*Verbunden mit Antje Vollmer (Vizepräsidentin des Bundestages S....) hat mich ... unsere gemeinsame Doppelbelastung als Politikerin und Mutter. Wie viele andere in einem ähnlichen Rollenkonflikt teilten wir das Leid des ewig schlechten Gewissens, nicht genug Zeit für die Familie zu haben. Ein Gefühl, das am Selbstwert nagt. Über den Gedanken, die Kinder zumindest zeitweise für die Karriere im Stich zu lassen, hilft auch keine Haushälterin hinweg. Eine Politikerin opfert zwangsläufig einen großen Teil ihres Privatlebens. Aus dieser Falle gibt es kein Entrinnen. ... die meisten Männer in der Partei (gemeint ist die CDU in den 80er-Jahren) legten ihnen (den Frauen, die Verf.) immer noch die berühmten drei Ks ans Herz: Küche, Kinder, Kirche. Das entsprach dem traditionellen Frauenbild so sehr, dass die Abweichung davon suspekt erschien. Karriere wurde damals für eine Frau mit einem Verlust an Weiblichkeit, mit einer Entfremdung von ihrer ursprünglichen Bestimmung, gleichgesetzt.*⁹⁴

⁹³ Vgl. um Nachfolgenden Greiffenhagen und Greiffenhagen 1993, S. 131, die Zusammenstellung der Autoren wurde erweitert und mit verschiedenen Belegen aus der politischen Praxis unteretzt.

⁹⁴ Brigitte Baumeister (mit Dietmar Brück): Welchen Preis hat die Macht? Eine Frau zwischen Kohl und Schäuble, München 2004, S. 240f. und S. 243.

Frauen sind hinsichtlich der beruflichen Karriere, die (zunehmend) auch eine Voraussetzung für Erfolg in der Politik ist, gegenüber Männern benachteiligt.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB: „Bezogen auf politische Karrieren käme jedoch auch hinzu, dass Frauen zunehmend sehen würden, dass sie im Beruf Erfolge haben können. Politik bzw. aktive politische Karrieren hießen zunächst (für Einsteiger) ehrenamtliche Arbeit. Hier würden sich Frauen im Zweifel (bezüglich einer Kombination von Familie, Beruf und Politik) eher gegen ein politisches Engagement entscheiden und die Konzentration auf - schwierig zu vereinbarend - Familie und Beruf legen.“⁹⁵

Frauen haben weniger Gestaltungsmöglichkeiten für ihre Zeiteinteilung, denn Politik funktioniert nicht in einem kinder- und familienfreundlichen Rhythmus. Frauen sind durch Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen, schulische Verpflichtungen etc. stark gebunden und können deshalb (kurzfristige) politische Termine schlechter wahrnehmen als Männer.

Christine Lieberknecht, langjährige Landesministerin in Thüringen und Mitglied des Landtages, antwortete auf die Frage zum Interessenkonflikt zwischen Familie und Amt: „Wichtig ist Verlässlichkeit. Die Familie weiß, dass ich in der Woche fast nie Zeit habe. Um so wichtiger ist es, dass wir uns am Sonntag alle zusammen etwas Schönes vornehmen. Auch im Urlaub muss die Familie auf mich zählen können.“⁹⁶

Frauen haben nicht unbedingt die Unterstützung ihrer Lebenspartner, wenn sie in die Politik gehen. Politik ist ein „Dauerlauf“, der nur funktioniert, wenn das familiäre Umfeld „mitläuft“.

Brigitte Baumeister, MdB 1990-2002: „(M)eine Ehe ist nach 30 Jahren zerbrochen. Sicher auch, weil der Alltag einer Politikerin die Freiräume für ein erfülltes Privatleben auf ein Minimum schrumpfen ließ. Irgendwann ist mir die familiäre Welt ein Stück entglitten.“⁹⁷

Frauen haben nicht die Netzwerke, die ihnen beim Aufbau einer politischen Karriere helfen können. Politik ist ein „Haifischbecken“, in dem Neulinge mit Argusaugen verfolgt werden und im Zweifel von Kollegen nicht unbedingt unterstützt werden. Es gibt viel zu wenig Nachwuchsförderung in den Parteien, bei politischen Stiftungen und anderen Bildungsträgern.

Ilsa Reinhardt, MdL 1946-1974: „Ich erinnere mich an meine erste Rede, es war ein totaler Reinfall. Meine männlichen Kollegen hatten sich einen unmöglichen Antrag „ausgedacht“ (wie ich erst später erkannte) und mich als Rednerin auserkoren. Unerfahren wie ich war, übernahm ich diese Aufgabe – wenn auch zögernd, aber pflichtbewusst – und ging unter mit Pauken und Trompeten. Immerhin hat mich das hellwach gemacht und ich verließ mich von nun an mehr auf meinen eigenen Kopf.“⁹⁸

Antje Vollmer, MdB 1983-90 und 1994-2005: „Wer sich keine eigene Machtbasis aufbaut, wer keine unerschütterlichen verbindlichen Mitstreiter für sich gefunden oder erzwungen hat, wird fallen. Deswegen haben es die Frauen, die Intellektuellen, die Besonderen, die Solitäre in Parteien so schwer.“⁹⁹

Frauen sind in „Kungelrunden“ der Parteifürsten, die über Kandidaturen und Ämter entscheiden, oft gar nicht vertreten.

Brigitte Baumeister, MdB 1990-2002: „Das Gros der wichtigsten Funktionen (in der CDU, die Verf.) wird nach wie vor unter Männern aufgeteilt, man könnte auch sagen: ausgekungelt ... Wenn zu Beginn der Legislaturperiode die Ämter vergeben wurden, gab es eine offizielle Runde. In der saßen die Vorsitzenden der Landesgruppen und die Vorsitzenden der soziologischen Gruppen, somit waren also die Arbeitnehmer, die Mittelständler und eben auch die Frauen vertreten. Dem Treffen ging ein aufwändiger interner Abstimmungsprozess voraus. Wir Frauen haben uns immer viel Mühe gemacht, zu überlegen, welche Positionen wir fordern und mit wem wir sie besetzen wollen. Doch in der offiziellen Runde fielen selten die wichtigen Entscheidungen. Die waren zuvor in informellen Zirkeln ausgepokert worden, in denen weibliche Abgeordnete in der Regel keinen Zutritt hatten. Wir hatten also schon verloren, bevor das Gerangel offiziell eröffnet wurde.“¹⁰⁰

⁹⁵ Vgl. http://www.fczb.de/projekte/wid_db/Interviews/Deu/Leutheusser.htm

⁹⁶ Anton Egner u.a.: Mensch und Politik. Sozialkunde für Gymnasien, Klasse 11, Hannover 1996, S. 100.

⁹⁷ Brigitte Baumeister (mit Dietmar Brück): Welchen Preis hat die Macht? Eine Frau zwischen Kohl und Schäuble, München 2004, S. 32.

⁹⁸ Frauen im Parlament. Zur Erinnerung an die erste Rede einer Abgeordneten vor einem deutschen Parlament am 19. Februar 1919, Heft 35 der Schriftenreihe des Niedersächsischen Landtages, Hannover 1999, S. 20.

⁹⁹ Vgl. Der Tagesspiegel, 13.1.2001. Siehe auch www.antje-vollmer.de.

¹⁰⁰ Brigitte Baumeister (mit Dietmar Brück): Welchen Preis hat die Macht? Eine Frau zwischen Kohl und Schäuble, München 2004, S. 242f.

Frauen haben zu wenig Vorbilder und zu wenig praktische Unterstützung in der Politik, da sie in allen Parlamenten unterrepräsentiert sind. Das politische Klima in Parlamenten und Regierungen ist oft noch von „männlichen Zirkeln“ geprägt.

Birgit Breuel, Ministerin in der niedersächsischen Landesregierung 1978-1990 und später u.a. Generalkommissarin der Weltausstellung EXPO 2000 berichtete: „Nach einer mühseligen, zähen, bis spät in die Nacht reichenden Verhandlung verabschiedete sich er (der Kabinettskollege, die Verf.) von mir mit den Worten: „Grüße Frau und Kinder!“ Erst nach einer Schrecksekunde wurde ihm klar, dass er in die falsche Tastatur gegriffen hatte.

Dennoch fand ich die Forderungen aus der Frauenbewegung, alle Berufsbezeichnungen konsequent in die weibliche Form zu bringen, recht aufgesetzt ... Heute weiß ich, dass die Veränderung der äußeren Formen auch einen Beitrag zur Bewusstseinsänderung leistet. Jede weibliche Anrede war in diesen männlich geprägten Zirkeln ein Stolperstein im üblichen Denkgefüge.“¹⁰¹

Frauen lassen sich auf „ihre“ angestammten Politikbereiche (Soziales, Familie, Frauen, Jugend) reduzieren.

Brigitte Baumeister, MdB 1990-2002: „Meist wurden unsere Kandidatinnen mit minder wichtigen Positionen abgespeist. Sie bekamen dann einen Platz im Familien-, Senioren-, Kultur- oder Petitionsausschuss. Wer mehr wollte, brauchte viel Geduld oder einen männlichen Protegé.“¹⁰²

Frauen sind eher bereit als Männer, im Sinne der Sache Partei- und Fraktionsgrenzen zu überspringen – was ihnen in der Politik nicht unbedingt zum Vorteil gereicht.

Ilsa Reinhardt, MdL 1946-1974: „Als ich ... einmal einen Antrag einbrachte, der meinem Ausschuss zur Beratung überwiesen wurde, kam ein Abgeordneter der KPD zu mir und meinte: „Wir würden Sie ja gern unterstützen, der Antrag gefällt uns, aber wenn Ihnen das schaden sollte, würden wir es auch unterlassen.“ Ich sollte entscheiden. Ich habe ihn natürlich ermutigt, die Haltung hat mir ganz einfach gefallen.“¹⁰³

Brigitte Baumeister, MdB 1990-2002: „Frauen haben eine spezifische Art zu Lösungen zu gelangen. Sie sind konsensorientierter, räumen den Koalitionen in der Sache häufig Vorrang vor den Koalitionen der Parteien ein. Frauen setzen mehr auf Integration anstatt auf Konfrontation.“¹⁰⁴

Frauen äußern sich öffentlich mit zu wenig Bestimmtheit und Selbstvertrauen. Sie lassen sich von Männern durch diskriminierende Zwischenrufe ohne Gegenwehr unterbrechen und nehmen ihr Thema dann nicht noch einmal auf.

Inge Wettig-Danielmeier, MdL 1972-1990, MdB 1990-2005: „Am 21. Februar 1973 hielt ich meine „Erst-Links-Rede“ wie der Präsident des Landtages diese Erstlingsrede auf Anregung des ehemaligen Ministerpräsidenten Schorse Diederichs kennzeichnete. Das Plenum hatte mir mit großer Ruhe – später sollte sich das ändern - ugehört. Aber klar war, ich war Frau und ich war links und ich hielt keine gefällige Rede. Links und kantig, das mochte angehen, Frau dazu, das war eine Zumutung für viele. Zwar blieben mir offen diskriminierende Zwischenrufe erspart, wie sie viele Frauen erleben mussten. So eine Kollegin der FDP, der der Justizminister meinte ins Stammbuch schreiben zu müssen, so etwas Dummes könne sie nur sagen, weil sie eine Frau sei.“¹⁰⁵

Waltraud Schoppe, Landesministerin 1990-1994: „Gleich in den ersten Wochen (im Deutschen Bundestag 1983) landete ich einen großen Coup, die sog. Sexismus-Rede, Männer, bar jeder Kenntnis über die Diskussionen des Feminismus, kugelten sich vor Lachen im Hohen Haus. Begierig lauschten sie den vermeintlichen Schweinereien wie „fahrlässige Penetration“, „Liebesspiele“ und „alltäglicher Sexismus im Parlament“. Die Rede setzte auf Aufklärung durch Provokation, und das war auf jeden Fall gelungen. Solche eine Rede kann nur einmal gehalten werden ... Die Rede ist ein

¹⁰¹ Frauen im Parlament. Zur Erinnerung an die erste Rede einer Abgeordneten vor einem deutschen Parlament am 19. Februar 1919, Heft 35 der Schriftenreihe des Niedersächsischen Landtages, Hannover 1999, S. 25.

¹⁰² Brigitte Baumeister (mit Dietmar Brück): Welchen Preis hat die Macht? Eine Frau wischen Kohl und Schäuble, München 2004, S. 243.

¹⁰³ Frauen im Parlament. Zur Erinnerung an die erste Rede einer Abgeordneten vor einem deutschen Parlament am 19. Februar 1919, Heft 35 der Schriftenreihe des Niedersächsischen Landtages, Hannover 1999, S. 21.

¹⁰⁴ Brigitte Baumeister (mit Dietmar Brück): Welchen Preis hat die Macht? Eine Frau wischen Kohl und Schäuble, München 2004, S. 242.

¹⁰⁵ Frauen im Parlament. Zur Erinnerung an die erste Rede einer Abgeordneten vor einem deutschen Parlament am 19. Februar 1919, Heft 35 der Schriftenreihe des Niedersächsischen Landtages, Hannover 1999, S. 28.

*Dokument der Zeit und steht für die Phase, als von einigen Frauen ein selbstbewusster, aber auch ideologisch belasteter Feminismus in die Parlamente getragen wurde.*¹⁰⁶

Frauen tragen Konflikte oft – aber nicht immer! - anders aus als Männer; vielfach vermeiden sie Konflikte und Wettbewerbssituationen, vor allem im Wettstreit mit Männern.

Brigitte Baumeister, MdB 1990-2002, schreibt: *„In der Zusammenarbeit, aber auch in der Auseinandersetzung mit ihr (gemeint ist Rita Süßmuth, die Verf.) ist mir aufgefallen, dass unsere Konflikte ganz anders strukturiert waren als jene, die die Männer untereinander austrugen. Bei uns waren keine Ränke im Spiel, hier versuchte nicht die eine die andere durch taktische Manöver auszutricksen. Gegensätze wurden offen ausgetragen, jedenfalls offener, als ich das bei meinen männlichen Parteifreunden erlebte. Nun sind in den Ränkeschmieden der Politik inzwischen auch immer häufiger Frauen anzutreffen. Aber dennoch existiert weiterhin ein kleiner Unterschied. Der Prozentsatz an Zynikern, die der Welt nur noch verächtlich gegenüberstehen, der Anteil an verbissenen Ehrgeizlingen, die schmallippig die Strippen ziehen ..., ist bei Frauen weitaus geringer.*¹⁰⁷

Inge Wettig-Danielmeier, MdL 1972-1990, MdB 1990-2005: *„Frauen debattieren anders als Männer, unter sich sind sie eher bereit, auf andere zuzugehen, wirklich zu kommunizieren.*¹⁰⁸

Frauen sind eher an sachorientiertem Arbeiten und weniger an Machtspielen interessiert; sie verzichten angesichts der oben dargestellten Gründe auf Möglichkeiten, Macht auszuüben. Sie sind eher bereit als Männer, aus einem bestimmten Verhalten auch politische Konsequenzen - bis hin zum Amtsverzicht - zu ziehen.

Nach einer Untersuchung von Sigrid Daneke geben 85% der Frauen auf die Frage, welche Eigenschaften und Fähigkeiten in der Politik heute wichtig sind, die Antwort: „Sachorientiertes Arbeiten“, während 86% der Männer zuerst „Durchsetzungsvermögen“ nennen.¹⁰⁹

Heidrun Heidecke, Ministerin für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt 1994-1998 auf die Frage nach den Unterschieden im Führungsstil im Vergleich zu ihrem Vorgänger: „Es gibt eine Reihe von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in meinem Hause, die in den vergangenen vier Jahren das Ministerbüro nicht betreten haben. Das ist jetzt anders.“ Auf die Frage, wie ihr Führungsstil in einem von Männern in Führungspositionen geprägten Haus ankommt, äußerte Frau Heidecke: „Alle Vorlagen werden von mir gelesen, oft in Arbeitsgruppen diskutiert und direkt mit den jeweiligen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen besprochen. ... Einige mussten lernen, dass auch eine Ministerin über Sach- und Fachverstand verfügt.“¹¹⁰

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB seit 1990, erste Frau im Amt der Bundesjustizministerin (1992-96): „Nach wie vor sei es die Ausnahme, dass ein Minister oder Inhaber eines höheren Amtes wegen inhaltlicher Fragen aus dem Amt zurücktrete, meist seien es andere Gründe (persönliche Vorwürfe etc.), die diesen Schritt hervorbrächten. Sie selbst sieht die Notwendigkeit einer Geradlinigkeit im politischen Verhalten gerade auch von politisch herausragenden Personen. Frauen seien letztendlich in der Politik eher grundsätzlicher und agierten insgesamt eher sachbezogen, was damit einhergehe, dass Frauen, wenn ihre Auffassungen keine Mehrheiten finden würden, dann konsequenter als Männer in ihren Handlungen seien.“¹¹¹

5. Wer vertritt die Interessen von Frauen am besten?

Ungefähr die Hälfte der Bevölkerung ist der Auffassung, dass Politikerinnen die Interessen von Frauen im Allgemeinen besser vertreten als Politiker; die Zustimmungsrates liegt bei Frauen sogar bei 56 Prozent, während sie bei Männern bei 41 Prozent liegt. Mehr als Zweidrittel aller Frauen sind mit der bisherigen Berücksichtigung und Vertretung von frauenspezifischen Themen in der Politik unzufrieden, gerade einmal 15 Prozent glauben, dass sie hinreichend berücksichtigt werden. Demgegenüber sieht

¹⁰⁶ Frauen im Parlament. Zur Erinnerung an die erste Rede einer Abgeordneten vor einem deutschen Parlament am 19. Februar 1919, Heft 35 der Schriftenreihe des Niedersächsischen Landtages, Hannover 1999, S. 32.

¹⁰⁷ Brigitte Baumeister (mit Dietmar Brück): Welchen Preis hat die Macht? Eine Frau zwischen Kohl und Schäuble, München 2004, S. 238.

¹⁰⁸ Brigitte Baumeister (mit Dietmar Brück): Welchen Preis hat die Macht? Eine Frau zwischen Kohl und Schäuble, München 2004, S. 238. Vgl. auch <http://www.inge-wettig-danielmeier.de/aufsaeetze.html> und <http://www.inge-wettig-danielmeier.de/literatur.html>.

¹⁰⁹ Zitiert in Frauen im Parlament. Zur Erinnerung an die erste Rede einer Abgeordneten vor einem deutschen Parlament am 19. Februar 1919, Heft 35 der Schriftenreihe des Niedersächsischen Landtages, Hannover 1999.

¹¹⁰ Vgl. Anton Egner u.a.: Mensch und Politik. Sozialkunde für Gymnasien, Klasse 11, Hannover 1996, S. 101.

¹¹¹ http://www.fczb.de/projekte/wid_db/Interviews/Deu/Leutheusser.htm

die Mehrheit der männlichen Bevölkerung Fraueninteressen in der Politik in einem ausreichenden Maße repräsentiert. Die Mehrheit der Männer, aber nur ein Drittel aller Frauen sind der Auffassung, dass Frauen heutzutage gute Möglichkeiten haben, ihre Interessen in der Politik durchzusetzen. 44 Prozent der weiblichen und 26 Prozent der männlichen Bevölkerung ist gegenteiliger Meinung. Mehr als zwei Drittel der Frauen und immerhin fast die Hälfte aller Männer erachten Frauenpolitik als sinnvoll, nur 21 Prozent der Männer und ein Zehntel aller Frauen sehen darin keinen Sinn. Frauen sehen ihre Interessen besonders durch engagierte Politikerinnen und Journalisten, sowie Frauen-/Gleichstellungsbeauftragte im Unternehmen vertreten. Die politischen Parteien und ihre Frauenverbände nehmen in der Rangliste guter Repräsentanten von Fraueninteressen hintere Plätze ein.

Interessenvertretung von Frauen in der Politik (2000)

	Bevölkerung insgesamt	Männer	Frauen
Vertreten Politikerinnen die Interessen von Frauen im Allgemeinen besser als Politiker?			
Politikerinnen vertreten sie besser	49	41	56
Würde ich nicht sagen	33	41	27
Unentschieden, kein Urteil	18	18	17
Werden die Interessen von Frauen ausreichend berücksichtigt und vertreten?			
Werden ausreichend berücksichtigt	27	40	15
Habe nicht diesen Eindruck	54	38	68
Unentschieden	19	22	17
Haben Frauen heute gute Möglichkeiten ihre Interessen in der Politik durchzusetzen?			
Haben gute Möglichkeiten	43	54	33
Nicht so gute Möglichkeiten	36	26	44
Unentschieden	21	20	23
Macht Frauenpolitik Sinn?			
Frauenpolitik macht Sinn	61	49	72
Ist nicht sinnvoll	15	21	10
Unentschieden	24	30	18

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6087. Angaben in Prozent

Gute Interessenvertreter von Frauen (Auswahl)

Rang	Name	Häufigkeit der Nennung
1	Engagierte Politikerinnen	44%
2	Frauen-/Gleichstellungsbeauftragte im Betrieb, in der Firma	40%
3	Frauenhäuser	38%
4	Engagierte Journalistinnen	36%
15	Bündnis 90/Die Grünen, Bundesfrauenrat	14%
17	SPD, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen	13%
20	CDU/CSU, Frauenunion	10%
26	PDS	5%
28	FDP, Bundesvereinigung liberale Frauen	4%

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6087. Frauen ab 16 Jahre; Mehrfachnennungen möglich.

6. Wahlen: Vom (ganzen) Volk geht alle Staatsgewalt aus

Die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik fußt auf der Volkssouveränität, die in Wahlen zum Ausdruck kommt: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt." (Art. 20 Abs. 2 GG) Noch eindeutiger formuliert Art. 2 Abs. 2 der Landesverfassung von Sachsen-Anhalt: „Das Volk ist der Souverän. Vom Volk geht alle Staatsgewalt

aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und in Abstimmungen sowie durch die Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Frauen haben auf nationaler Ebene erst bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 das aktive und passive Wahlrecht ausüben können. Bei diesen Wahlen entsprach die Wahlbeteiligung der Frauen (82,3 Prozent) fast genau der Wahlbeteiligung der Männer (82,4%). Seither gilt jedoch: Frauen nahmen in der Zeit der Weimarer Republik und dann auch in der Bundesrepublik Deutschland zu einem geringen Prozentsatz an den Wahlen teil als Männer. In den Anfangsjahren der Weimarer Republik wählten Frauen tendenziell stärker als Männer konservative und christliche Parteien, also die Bayerische Volkspartei, das Zentrum oder die DNVP und ggf. auch die DVP, wo diese und nicht die DNVP in protestantischen Gebieten lokale Milieupartei war.¹¹² In der Bundesrepublik haben Frauen im Elektorat der CDU und CSU einen größeren Anteil als Männer – durch alle Altersgruppen, während bei den SPD-Wählern bis zur Kanzlerwahl 1972 durchweg mehr Frauen als Männer zu verzeichnen sind. Ferner ist auffallend, dass die repräsentative Wahlstatistik in einzelnen Altersgruppen erhebliche Unterschiede im Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1953-1987 zwischen Frauen und Männern ausweist. Hier ein Beispiel:

Stimmabgabe von Männern und Frauen bei der Bundestagswahl 1961 in der Altersgruppe 30-59 J. (in %)

Partei	Altersgruppe	Wahlergebnis insgesamt	Wahlergebnis Männer	Wahlergebnis Frauen
SPD		36,2		
	30-59 J.		40,7	33,7
CDU		45,3		
	30-59 J.		38,2	47,9

Quelle: Gerhard A. Ritter und M. Niehuss: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Bundestags- und Landtagswahlen 1946-1987, München 1987, S. 170f.

Wenn es um Wahlen in Deutschland geht, orientiert sich die Wähler – ähnlich wie in den meisten europäischen Ländern – offenbar an einer klaren Hierarchie: Nationale Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, wie die Wahlen zum Deutschen Bundestag, können als ‚Hauptwahlen‘¹¹³ bezeichnet werden, da sie vom Hauptteil der Bevölkerung als äußerst wichtig empfunden werden und durch sie die Exekutive bestimmt wird. Nebenwahlen sind häufig Stimmungstests für nationale Parlamentswahlen und geben den Wählern die Möglichkeit, die Regierungsparteien für ihre Politik abzustrafen. Hauptwahlen sind von einer hohen Wahlbeteiligung (77,7 Prozent bei der Bundestagswahl 2005) gekennzeichnet. Landtags-, Kommunal- und Europawahlen gelten demgegenüber den meisten Wahlbürgern als nachrangig. In Sachsen-Anhalt sank die Wahlbeteiligung bei den letzten drei Landtagswahlen von 71,5 Prozent (1998) auf 56,5 Prozent (2002) bzw. 44,4 Prozent (2006). Bei den Kommunal- und Europawahlen in Sachsen-Anhalt, die seit 1994 am selben Tag stattfinden, lag sie seit 1999 und 2004 bei deutlich unter 50 Prozent. Im entscheidenden Wahlgang bei den Oberbürgermeisterwahlen in Magdeburg 2001 gingen nur noch knapp über 26 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahlurne.

6.1. Wahlbeteiligung bei Wahlen in Sachsen-Anhalt seit 1990

Die Wahlbeteiligung ist bei Wahlen in Sachsen-Anhalt seit 1990 tendenziell rückläufig. Einzig an den Bundestags- und Landtagswahlen 1998 nahmen mehr Bürger am Urnengang teil als noch vier Jahre zuvor. Bei allen übrigen Wahlen ging die Wahlbeteiligung zurück – zum Teil sogar um mehr als 10 Prozentpunkte (LTW 2002: -15,0%; LTW 2006: -12,1%).

¹¹² Siehe Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt/M.1992, S. 123f.

¹¹³ Beschreibung von Haupt- und Nebenwahlen nach Karlheinz Reif und Hermann Schmitt in Simon Hix: The Political System of the European Union. Houndsmills, 1999. S. 180-182.

Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt 1990-2006

	Wahlbeteiligung in Prozent
Landtagswahl 1990	65,1
Bundestagswahl 1990	72,2
Landtagswahl 1994	54,8
Bundestagswahl 1994	70,4
Europawahl 1994	66,1
Kommunalwahl 1994	66,2
Landtagswahl 1998	71,5
Bundestagswahl 1998	77,1
Europawahl 1999	49,5
Kommunalwahl 1999	49,7
Landtagswahl 2002	56,5
Bundestagswahl 2002	68,8
Europawahl 2004	42,0
Kommunalwahl 2004	42,2
Bundestagswahl 2005	71,0
Landtagswahl 2006	44,4

Quellen: Volkshandbücher des Landtages von Sachsen-Anhalt; Der Landeswahlleiter des Landes Sachsen-Anhalt, Hrsg.: Wahlen – Bundestagswahl am 18. September 2005; WDR und Infratest Dimap, Hrsg.: WahlTREND. Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Deutschland. Alle Ergebnisse seit 1946, Berlin 2004.

Im Gegensatz zu den westdeutschen Bundesländern liegt die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland bei Frauen etwas höher als bei Männern. In Sachsen-Anhalt war sie bei Landtagswahlen 1994 1,4 Prozent und 1998 0,8 Prozent höher als bei Männern. Da bei der Landtagswahl 2002 bei den Wählern im Pensions- und Rentenalter Männer stärker von ihrem Wahlrecht gebraucht machten als Frauen (Altersgruppe 60-70 Jahre: +1,4%; Altersgruppe 70 Jahre und älter: +14,0%), lag die Wahlbeteiligung bei dieser Wahl bei Männern (53,6%) höher als bei Frauen (53,1%). In allen anderen Altersgruppen lag die Wahlbeteiligung von Männern 1-3 Prozentpunkte niedriger als die der Frauen. Insgesamt steigt die Wahlbeteiligung mit zunehmendem Alter. Es gehen ungefähr ein Drittel der Bürger zwischen 18 und 30 Jahren wählen, während mehr als die Hälfte – bei der Landtagswahl 2002 sogar mehr als 60 Prozent – der über 50-Jährigen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

6.2. Kommunalwahlen 2004 in Sachsen-Anhalt

Eine Kommunalwahl ist ein Wettbewerb um ein ehrenamtliches Engagement, das mit einer knappen Sitzungspauschale honoriert wird, zweifellos Prestige mit sich bringt, dafür auch zeitintensiv ist. Berücksichtigt man den hohen Anteil an Parteimitgliedschaften, vor allem in den Städten, so bestätigt die sich die These, dass die Parteien "die Rekrutierung des lokalen politischen Personals . . . weitgehend übernommen" haben.¹¹⁴

Kommunalwahlen werden im Wesentlichen von den Parteien bestimmt, die sich auch bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen miteinander auseinandersetzen. Hinzukommen weitere politische Akteure, vor allem unabhängige Wählergemeinschaften, in Magdeburg ist hier etwa der „Bund für Magdeburg“ zu nennen, und auch Einzelkandidaten.

Der Einfluss der zentralen Parteiinstanzen im Bund und in den Ländern auf die Personalauswahl auf kommunaler Ebene ist allerdings begrenzt. Personalentscheidungen – wie die Auswahl eines Bürgermeisterkandidaten oder die Listenzusammenstellung für die Kommunalwahl - werden in den

¹¹⁴ Vgl. Karl Schmitt und Jürgen Maier: Thüringer Ratsmitglieder: Soziodemographischer und parteipolitischer Hintergrund. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung in acht ausgewählten Städten, in: Stadt Leipzig. Amt für Statistik und Wahlen, Statistischer Quartalsbericht, 1998, Nr. 4, S. 4-5.

örtlichen Parteivorständen vorberaten, häufig vorentschieden.¹¹⁵ In den Mitgliederversammlungen werden diese Vorentscheidungen meist bestätigt. Es ist die Ausnahme, nicht die Regel, dass Frauen im Vorfeld von Kommunal- und Landtagswahlen offensiv um bessere Listenplätze und damit größere Chancen für einen Einzug in den Stadtrat und in den Landtag kämpfen.¹¹⁶

Sitzverteilung in den Stadt- und Gemeinderäten des Landes Sachsen-Anhalt 1999 und 2004

Partei / Gruppierung	2004				1999			
	Sitze gesamt	Männer	Frauen	Frauen- anteil in %	Sitze gesamt	Männer	Frauen	Frauen- anteil in %
CDU	3037	2434	603	19,9	3692	2920	772	20,9
Linkspartei.PDS	880	574	306	34,8	936	625	311	33,2
SPD	1124	853	271	24,1	1945	1479	466	24,0
FDP	446	376	70	15,7	556	464	92	16,5
Bündnis 90/ Die Grünen	56	46	10	17,9	48	37	11	22,9
DSU ¹¹⁷	13	11	2	15,4	16	13	3	18,8
STATT Partei	9	6	3	33,3	6	4	2	33,3
NPD	4	3	1	25,0	2	2	0	0
Neues Forum	9	8	1	11,1	14	12	2	14,3
Sonstige Parteien ¹¹⁸	22	15	7	31,8	12	11	1	8,3
Wählergruppen	4475	3400	1075	24,0	4529	3494	1035	22,9
Einzelbewerber	1874	31409	465	24,8	1878	1383	495	26,4
Gesamt	11949	9135	2814	23,6	13634	10444	3190	23,4

Quelle: Statistisches Landesamt

Nur die PDS konnte den Frauenanteil bei den Mandaten steigern, bei der SPD blieb dieser immerhin konstant. Alle anderen Parteien mit breiter Flächenpräsenz verzeichneten einen rückläufigen Anteil der Mandate in den Kommunalparlamenten, besonders deutlich die Bündnisgrünen, immerhin die Partei mit den besten „Quotenvoraussetzungen“.

Die Ergebnisse der Kreistagswahlen und der Stadtratswahlen in den drei kreisfreien Städten passen zu den Daten, die aus Thüringen vorliegen. Dort lag der Anteil weiblicher Kreistagsmitglieder in der Nachwendezeit erheblich unter den DDR-Werten und pendelte sich bis zum Jahr 2000 auf ca. 20 Prozent ein. In Weimar beispielsweise sank der Frauenanteil im Stadtrat im Jahr 1990 auf 18 Prozent; er steigerte sich bei den Kommunalwahlen auf 30,9 Prozent, um dann 1999 auf 26,6 Prozent zu fallen.¹¹⁹ Es ist gewissermaßen ein „langer Marsch“, den Frauen vor sich haben, wenn sie die Kommunalparlamente erobern wollen. Das Heidelberger Beispiel könnte ihnen Mut machen.

¹¹⁵ Das gilt auch für die Besetzung von öffentlichen Ämtern, die im „Einflussbereich“ einer Partei liegen, z.B. die Ämter der Beigeordneten. Vgl. zur Parteipolitisation des öffentlichen Dienstes das Buch von Jörg Auf dem Hövel: Politisierung der öffentlichen Verwaltung. Eine empirische Untersuchung der Stadtverwaltung Hamburg, Opladen 2003. Der Autor hat u.a. festgestellt, dass in Hamburg „die Bereitschaft zu einer stärkeren Politisierung der Verwaltungsspitze ... mit Höhe der Besoldungsgruppe zu(nimmt) und ... ihren höchsten Wert bei den Amtsleitern (erreicht). Nur noch 38,5 Prozent dieser Gruppe will die Parteimitgliedschaft bei Besetzungen unberücksichtigt wissen, rund 60 Prozent kann sich die Berufung des Behördenleiters unter Berücksichtigung parteipolitischer Erwägungen vorstellen. Der Gedanke allerdings, die Mitgliedschaft zu einer Partei bei der Besetzung der Stelle eines Referenten oder Abteilungsleiters zu berücksichtigen, ist allen Rang- und Altersgruppen gleichermaßen fremd.“ Siehe die Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse: http://www.politisation.de/politisation_hh.pdf (S. 14).

¹¹⁶ In Sachsen-Anhalt ist dies z.B. bei der Bestimmung der CDU-Landesliste zur Landtagswahl 2006 thematisiert worden, als mit Eva Wybrands MdL die Vorsitzende der Frauen-Union in Sachsen-Anhalt, die für Platz 37 der Landesliste nominiert war, während der Delegiertenversammlung für den (ebenfalls aussichtslosen) Platz 27 vorgeschlagen wurde – und bei der Abstimmung durchfiel. Alle 40 CDU-Landtagsabgeordneten gewannen 2006 Direktmandate, die Landesliste spielte also bei der CDU für die Mandatsvergabe keine Rolle.

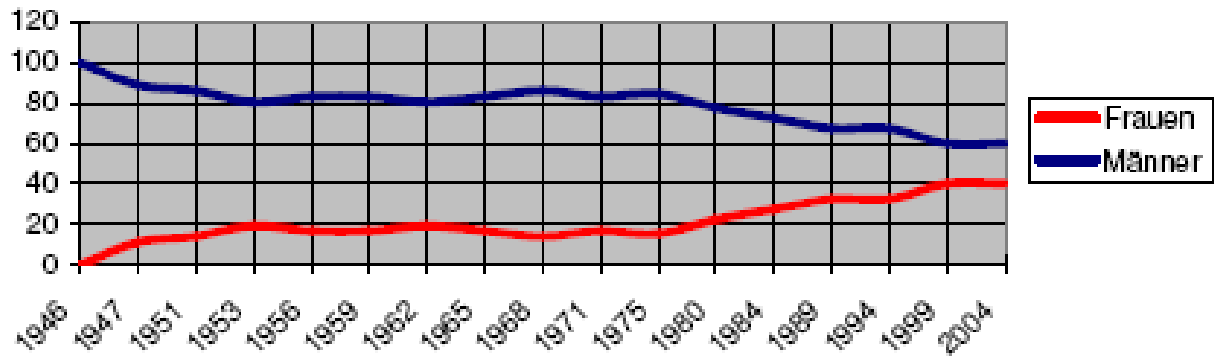
¹¹⁷ Deutsche Soziale Union.

¹¹⁸ Zu nennen sind hier die KPD (kandidierte nur 2004), MLDP (nur 2004), future!, ödp (nur 2004), Offensive D (nur 2004), DP (nur 2004), ZENTRUM, GRAUE, REP, FAMILIE (nur 2004), Die Tierschutzpartei (nur 2004).

¹¹⁹ Daten zusammengestellt von Brigitte Geißel und Birgit Sauer: Transformationsprozess und Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern. Auswirkungen auf der lokalen politischen Ebene, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39-40/2001.

Die Geschlechterverteilung im Heidelberger Gemeinderat 1946 bis 2004

Frauen- und Männeranteil im Heidelberger Gemeinderat von 1946 bis 2004 in Prozent



Aus: Frauen in Führungspositionen – Die Repräsentanz von Frauen in politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Führungspositionen in Heidelberg, hrsg.: Stadt Heidelberg, Amt für die Gleichstellung von Frau und Mann, Recherche: Alice Guyot, Stand Februar 2006.

Zum Vergleich – Frauen in den Gemeinderäten Baden-Württembergs¹²⁰

Bewerber und gewählte Mitglieder bei den Gemeinderatswahlen 2004 in Baden-Württemberg*)						
Gegenstand der Nachweisung	Bewerber			Gewählte Mitglieder		
	Insgesamt	darunter Frauen		Insgesamt	darunter Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl		%
Insgesamt	60 938	17 206	28,2	19 353	4 067	21,0
bei Mehrheitswahl	567	78	13,8	750	96	12,8
bei Verhältniswahl	60 371	17 128	28,4	18 603	3 971	21,3
Parteien und gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien zusammen	30 735	8 941	29,1	9 163	2 070	22,6
davon						
CDU	13 359	2 818	21,1	5 717	968	16,9
SPD	10 700	3 579	33,4	2 632	799	30,4
FDP	2 687	735	27,4	254	46	18,1
GRÜNE	3 362	1 588	47,2	525	247	47,0
DKP	29	10	34,5	2	–	–
DLVH	40	14	35,0	2	1	50,0
DP	10	1	10,0	1	–	–
DVU	8	3	37,5	–	–	–
GRAUE	33	18	54,5	–	–	–
ödp	134	62	46,3	7	2	28,6
PBC	9	3	33,3	–	–	–
PDS	76	26	34,2	2	1	50,0
REP	254	68	26,8	17	2	11,8
ZENTRUM	18	8	44,4	–	–	–
SPD/GRÜNE	16	8	50,0	4	4	100,0
Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen zusammen	3 393	882	26,0	1 052	194	18,4
davon nach beteiligter Partei						
CDU	1 326	262	19,8	630	85	13,5
SPD	692	200	28,9	205	59	28,8
FDP	812	194	23,9	139	21	15,1
GRÜNE	385	163	42,3	62	25	40,3
ödp	87	28	32,2	5	1	20,0
PDS	68	24	35,3	5	1	20,0
SPD/GRÜNE	23	11	47,8	6	2	33,3
Wählervereinigungen zusammen	26 243	7 305	27,8	8 388	1 707	20,4
Davon						
Wählervereinigungen (soweit nicht unten genannt)	22 733	5 322	23,4	7 842	1 434	18,3
Junge Union	14	4	28,6	2	1	50,0
Grüne Listen	2 611	1 180	45,2	446	177	39,7
Linkorientierte Listen	136	56	41,2	5	2	40,0
Frauenlisten	743	743	100,0	93	93	100,0
Einzelbewerber	6	–	–	–	–	–

*) Endgültige Ergebnisse.
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

¹²⁰ Monika Hin, Nicole Michel: Frauen bei den Kommunalwahlen 2004 in Baden-Württemberg, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2004, S. 14-17. Dieselben: Frauen bei den Kommunalwahlen 2004, in: AKTIV Frauen in Baden-Württemberg - Ausgabe 26 - 4/2004. Vergleichsdaten zu den Kommunalwahlen 1999 und 2004 in Baden-Württemberg findet man hier: http://www.frauen-aktiv.de/aktiv/7/seite3_4.php.

6.2.1. Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahlen am Beispiel von Magdeburg

Neun Parteien und eine Wählergemeinschaft traten zur Stadtratswahl am 13.6.2004 in Magdeburg an. Insgesamt wurden 310 Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt, darunter 89 Frauen (28,7%). Lediglich fünf Parteien – nämlich die auch im Landtag vertretenen Parteien CDU, Linkspartei.PDS, SPD, FDP, dazu auch Bündnis 90/Die Grünen - stellten in jedem der zehn Magdeburger Wahlbereiche Kandidaten auf. Frauen besetzen auf Kreisverbandsebene Führungspositionen in den Parteien. Sie sind damit auch bei der Personalauswahl für Wahlämter zumindest beteiligt. Insgesamt liegt der Frauenanteil z.T. erheblich unter den Vorgaben der Statuten und Satzungen der Parteien.

Frauen in als Vorsitzende und stv. Vorsitzende im Magdeburger Kreisverband Ende 2006

Partei	Vorsitzende/r des Kreisverbandes	Zahl der stv. Vorsitzenden	Frauen im Amt der stv. Vorsitzenden	Frauenanteil im Vorstand des Kreisverbandes
CDU	Jürgen Scharf MdL	2	Sabine Wölfer	27,3%
SPD	Norbert Bischoff MdL	2	Kornelia Keune	44,4%
Linkspartei.PDS	Eva von Angern MdL	2	Karin Meinecke	46,1%
FDP	Ulrich Koehler, Staatssekretär a.D.	3	Dr. Lydia Hüskens MdL	33%
Bündnis 90 / Die Grünen	Michaela Froberg und Olaf Meister ¹²¹	-	-	50%
future! – die jugendpartei ¹²²	Stephan Bublitz	2	Steffi Schönebaum	16,7%

Stand: Januar 2007.

Quellen: www.cdu-magdeburg, www.spd-md.de, www.gruene-magdeburg, www.fdp-md.de, www.pds-magdeburg.de.

Parteien sind durch das Parteiengesetz zu „innerer Demokratie“, d.h. zu bestimmten Formen und Verfahren gezwungen: „Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.“ (Art. 21 Abs. 1 GG) Das bedeutet z.B. nach § 9 Parteiengesetz:

- (1) Die Mitglieder- oder Vertreterversammlung (Parteitag, Hauptversammlung) ist das oberste Organ des jeweiligen Gebietsverbandes. ... Die Parteitage treten mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr zusammen.
- (4) Der Parteitag wählt den Vorsitzenden des Gebietsverbandes, seine Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes.

Auch die „Kandidatenkür“ im Vorfeld von Wahlen muss von den Mitgliedern sanktioniert werden. Allerdings sind Vorabsprachen in informellen Kreisen gang und gäbe.¹²³

6.2.2. Möglichkeiten des Wahlrechts – Kumulieren und Panaschieren

Das Kommunalwahlrecht (drei Stimmen für jeden Wähler, der damit kumulieren oder panaschieren kann) bietet den Wählern viele Gestaltungsmöglichkeiten. „Wenn die Wähler nicht an die Menüvorschläge der Parteien gebunden sind, sondern sich ihr eigenes Menü zusammen stellen

¹²¹ Das Vorsitzenamt wird bei Bündnis 90/Die Grünen im Kreis-, Landes- und Bundesverband von einer „Doppelspitze“ ausgeübt.

¹²² Die Partei „future! – die jugendpartei“ mit Sitz in Magdeburg gibt einen Frauenanteil von 27% an, vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Future!_-_die_jugendpartei.

¹²³ Vgl. die von Erwin K. und Ute Scheuch dokumentierte geheime Absprache der Kölner CDU: „1. Die anstehenden personellen Entscheidungen in Fraktion und Partei sollen in den nächsten fünf Jahren einvernehmlich und ohne öffentliche Auseinandersetzung getroffen werden. 2. Das gilt auch für die Wahl des nächsten Parteivorstandes. 3. Die Entscheidung des Parteivorstandes über die Vorschläge der Kölner Kreispartei für die Reihenfolge der Listenplätze für den Landtag ist endgültig und wird nicht problematisiert.“

Quelle: Erwin K. und Ute Scheuch: Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien – eine Studie, Reinbek bei Hamburg, 1992, S. 84.

können – à la carte -, werden sie ... nicht nach parteipolitischer Linientreue auswählen, sondern nach dem persönlichen Ansehen der Bewerber.“¹²⁴

Frauen könnten vom Wahlrecht profitieren, wenn sie

- von den Parteien auf vorderen, in der Regel chancenreichen Listenplätzen platziert werden,
- vom Wähler von hinteren Listenplätzen „nach vorne gewählt“ werden.

6.3.3. Frauen auf vorderen Listenplätzen

Frauen wurden in Magdeburg auf weniger als 30 Prozent der „guten“ Listenplätze 1 bis 3 (siehe unten) gesetzt, insbesondere CDU und SPD. Bei der CDU wurde keine einzige Frau auf Platz 1 der Liste in einem Wahlbereich gesetzt! Hier hat die Linkspartei.PDS insofern ein Zeichen gesetzt, als sie die Hälfte der ersten Listenplätze Frauen zugebilligte, womit sie jedoch keinen akzeptablen Frauenanteil in der eigenen Ratsfraktion garantieren konnte.

Nur die beiden kleineren Parteien, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, können sowohl was vordere Listenplätze als auch die faktische „Drittelparität“ angeht (Frauenanteil unter den Kandidaten insgesamt bei 34,4% - FDP – bzw. 35,5% - Bündnis 90/Die Grünen), als auch aus dem Blickwinkel der Geschlechterverteilung bei den „guten“ Listenplätzen auf bessere Zahlen verweisen. Einen Frauenanteil von immerhin 40 Prozent bei den Kandidaten verzeichnete der Bund für Magdeburg (BfM).

Die Parteien haben bei den Kommunalwahlen auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, unabhängige Kandidaten auf ihren Wahllisten zu platzieren, darunter auch einige bekannte Frauen. Bei Bündnis 90/Die Grünen kandidierte etwa die Vorsitzende des Mieterbundes, Sigrid Kubicka, bei der FDP mit Gabriele Putz z.B. eine bekannte Schmuckdesignerin. Da diese unabhängigen Kandidatinnen jedoch im Wahlkampf nicht besonders herausgestellt wurden, z.B. durch ein eigenes Personenplakat oder einen persönlichen Flyer, außerdem in ungünstigen Wahlkreisen¹²⁵ antraten, hatten sie von vornherein keine realistische Chance, in den Stadtrat gewählt zu werden.

Platzierung von Frauen auf den Wahllisten der Parteien bei den Kommunalwahlen in Magdeburg 2004

Frauen auf Listenplatz des Wahlvorschlags	1	2	3	Frauenanteil bei den Listenplätzen 1-3 gesamt	Frauenanteil bei den Listenplätzen 1-3 in Prozent
CDU	-	2	5	7/30	23,3
Linkspartei.PDS	5	4	-	9/30	30,0
SPD	2	3	3	8/30	26,6
FDP	3	5	2	10/30	33,3
Bündnis 90/Grüne	2	6	3	11/30	36,6

Aus: Magdeburger Statistische Blätter H. 51, Wahlen 2004: Europawahl, Kommunalwahl am 13. Juni 2004, Magdeburg 2004, S. 18-27.

¹²⁴ So Hans-Georg Wehling: Rat und Bürgermeister in der deutschen Kommunalpolitik, in: ders. und Andreas Kost, Hrsg.: Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2003, S. 307.

¹²⁵ Die Landeshauptstadt Magdeburg zeichnete sich bei den Kommunalwahlen 2004 durch eine wenig ausgewogene Aufteilung der Wahlkreise aus, die Zahl der Wahlberechtigten differierten zwischen 15.866 und 23.960 lag. Vgl. Magdeburger Statistische Blätter, H. 51: Wahlen 2004, Magdeburg 2004, S. 16.

Alters- und Geschlechterverteilung der Bewerberinnen und Bewerber zur Stadtratswahl und der Stadträtinnen und Stadträte 2004

Wahlvorschlag	Bewerber	darunter Frauen	Frauenanteil in Prozent	Altersdurchschnitt	Sitze im Stadtrat	darunter Frauen	in Prozent
CDU	75	19	25,3	46,9	14	-	-
PDS	32	9	28,1	47,1	17	4	23,5
SPD	48	11	22,9	44,8	13	2	15,4
FDP	90	31	34,4	42,0	4	1	25,0
Bündnis 90/ Die Grünen	31	11	35,5	38,4	4	0	0
future! die jugendpartei	10	2	20,0	27,1	2	0	0
BfM	11	4	36,4	59,7	1	0	0
Spaßpartei	5	0	0	23,4	-	-	-
Tierschutzpartei	5	2	40,0	49,6	1	1	100,0
Offensive D	3	0	0	54,6	-	-	-
gesamt	310	89	28,7	-	56	8	14,3

Aus: Magdeburger Statistische Blätter H. 51, Wahlen 2004: Europawahl, Kommunalwahl am 13. Juni 2004, Magdeburg 2004, S. 28.

In Magdeburg wurden nur wenige Frauen vom Wähler von hinteren Listenplätzen nach vorne gewählt, zu erwähnen sind vor allem die beiden CDU-Nachrückerinnen, Uta Siedentopf (von Listenplatz 5 auf 2 vorgewählt) und Claudia Szydzick (von Listenplatz 8 auf 3 vorgewählt) - das sind die einzigen Stadträtinnen, die von den Plätzen 4 bis 9 in den Stadtrat gewählt wurden. „Heraus gewählt“ wurden bei der Linkspartei.PDS Carolin Kürschner, die im Magdeburger Wahlbereich 9 von ihrer Partei auf Platz 1 der Liste gesetzt war, vom Wähler jedoch nur auf Rang drei gewählt wurde – und nur die ersten beiden Listenplätze „zogen“ für die Linkspartei.PDS. Ähnlich ging es bei der SPD im Wahlbereich 10 Annerose Lehmann-Aulich, die Platz 2 der „Setzliste“ belegte, der in diesem Wahlbereich für den Einzug in den Stadtrat gereicht hätte. Der Wähler setzte sie jedoch nur auf Platz 3 der SPD-Liste im Wahlbereich 10.

Kandidatinnen zur Kommunalwahl 2004 in Magdeburg – Wahlbereiche 01-05

Name (Stadträtinnen sind hervorgehoben)	Liste der Partei	Wahlbereich	Listenplatz auf Partei- liste	Wählervotum im Wahlbereich	Differenz
Sieglinde Jahnel	CDU	01	2	2	-
Christa Müller	CDU	01	5	3	+2
Beate Wübbenhorst	SPD	01	1	1	-
Heidrun Karin Pauli	FDP	01	2	3	-1
Claudia Fund	FDP	01	9	4	+5
Sigrid Kubica	Grüne	01	1	1	-
Babett Anders	Grüne	01	3	3	-
Haß, Steffi ¹²⁶	future!	01	1	1	-
Mirjam Ellengard Karl- Sy ¹²⁷	Tierschutz- partei	01	1	1	-
Bärbel Bühnemann	CDU	02	2	3	-1
Ingrid Fink	CDU	02	7	6	+1
Karin Meinecke	PDS	02	1	1	-
Andrea Schmidt	SPD	02	2	2	-
Andrea Karla Coffier	SPD	02	5	5	-
Dr. Renate Nadge	FDP	02	2	3	-1
Alexandra Berchter	FDP	02	8	7	+1
Anna Maria Haase	Grüne	02	2	3	-1
Anja Rösener ¹²⁸	future!	02	1	1	-
Uta Siedentopf	CDU	03	8	3	+5
Angela Sulies	SPD	03	2	3	-1
Carola Kaufmann	FDP	03	1	1	-
Marianne Fund	FDP	03	4	2	+2
Juliana Wagner	FDP	03	8	5	+3
Gabriele Schuster	FDP	03	7	7	-
Gisela Graf	Grüne	03	2	2	-
Christiane Radack	Grüne	03	3	3	-
Renate Wachowski	BfM	03	2	2	-
Alexandra Mehnert	CDU	04	5	4	+1
Maren Stüwe	CDU	04	3	6	-3
Christine Meier	PDS	04	2	2	-
Kornelia Keune	SPD	04	3	5	-2
Christine Achilles	SPD	04	6	6	-
Sabine Paqué	FDP	04	1	1	-
Kerstin Funk	FDP	04	4	3	+1
Gabriele Putz	FDP	04	3	4	-1
Luise-Uta	FDP	04	9	8	+1
Zimmermann-Krause					
Annett Hörold	Grüne	04	2	3	-1
Claudia Szydzick	CDU	05	8	3	+5
Regina Frömert	PDS	05	1	1	-
Karin Nahrstedt	SPD	05	2	2	-
Christine Lohmann	FDP	05	2	2	-
Dagmar Bremer	FDP	05	4	6	-2
Marlies Franke	FDP	05	7	7	-
Jana Schneider	FDP	05	6	9	-3
Michaela Frohberg	Grüne	05	2	2	-
Gabriele Milius	BfM	05	1	1	-
Elisabeth Geske	BfM	05	2	2	-

¹²⁶ Einzige Kandidatin auf der Wahlliste von future! im Wahlbereich 01.

¹²⁷ Einzige Kandidatin der Tierschutzpartei im Wahlbereich 01.

¹²⁸ Einzige Kandidatin von future! im Wahlbereich 02.

Kandidatinnen zur Kommunalwahl 2004 in Magdeburg – Wahlbereiche 06-10

Name (Stadträtinnen sind hervorgehoben)	Liste der Partei	Wahlbereich	Listenplatz auf Partei- liste	Wählervotum im Wahlbereich	Differenz
Cornelia Kieper	CDU	06	4	3	+1
Dr. Beate Bettecken	CDU	06	3	4	-1
Dr. Rosemarie Hein	PDS	06	2	1	+1
Anke Angenstein	PDS	06	1	2	-1
Dagmar Huhn	SPD	06	1	1	-
Juliane Pilster	FDP	06	1	1	-
Gabriele Busch	FDP	06	3	3	-
Franziska Fitzke	FDP	06	8	7	+1
Ankristin Wegener	FDP	06	6	8	-2
Ursula Wollemann	FDP	06	9	9	-
Ines Urmoneit	Grüne	06	1	1	-
Maria-Magdalena Lütz	CDU	07	3	5	-2
Sigrid Schob	CDU	07	2	2	-
Christel Löhr	CDU	07	3	3	-
Brigitte Kallweit	FDP	07	4	5	-1
Evelyn Bernstorf	FDP	07	8	6	+2
Dorothea Frederking	Grüne	07	2	2	-
Gisela Luding	CDU	08	6	7	-1
Ute Flotho	FDP	08	2	2	-
Ingeborg Schulze	FDP	08	4	6	-2
Vanessa Albowitz	FDP	08	5	7	-2
Renate Evelin Schulz	BfM	08	2	1	+1
Birgit Kriese ¹²⁹	Tierschutz- partei	08	1	1	-
Manuela Eggert	CDU	09	3	3	-
Carolin Kürschner	PDS	09	1	3	-2
Hannelore Böckelmann	SPD	09	3	2	+1
Daniela Tost	FDP	09	2	4	-2
Hannelore Schmidt	FDP	09	6	6	-
Sabine Roth	Grüne	09	2	2	-
Sabine Wölfer	CDU	10	3	4	-1
Heidmarie Bork	CDU	10	6	6	-
Jana Bork	PDS	10	1	2	-1
Kerstin Leyh-Page	FDP	10	4	2	+2
Juliane Gerling	FDP	10	8	5	+3
Eva-Maria Schulz	Grüne	10	3	2	+1

Aus: Magdeburger Statistische Blätter H. 51: Wahlen 2004, hrsg. Vom Amt für Statistik der Landeshauptstadt Magdeburg, Magdeburg 2004, S. 18-27.

¹²⁹ Einzige Kandidatin der Tierschutzpartei im Wahlbereich 08.

6.2.4. Kandidatenauswahl der Parteien

Wer ein politisches Mandat gewinnen will, der muss vor verschiedene Anforderungen erfüllen. Die wichtigsten sind:

- ein hoher lokaler Bekanntheitsgrad und Vernetzung mit Vereinen und Initiativen vor Ort
- zeitliche Abkömmllichkeit und Flexibilität
- Sachkompetenz.¹³⁰

Lokale Bekanntheit und Vernetzung: Kommunalwahlen sind Personenwahlen, „insofern sind alle Parteien bestrebt, die bekanntesten Bürger und Bürgerinnen einer Gemeinde für ihre Liste zu gewinnen“¹³¹. Es ist dabei offenbar hilfreich, wenn Berufe mit hohem Sozialprestige recht weit vorne auf den Listen zu finden sind.¹³² Die ideale Kandidatin für eine Kommunalwahl ist promovierte Ärztin, die in dem Stadtteil arbeitet, in dem sie geboren wurde, und die sich engagiert in der Gemeinwesen AG oder einer anderen Stadtteilinitiative bzw. in einem karitativen oder sozialen Verein. (Wer den Berufsalltag von Ärzten kennt, dem ist klar, dass es hier um einen Idealtypus geht, der sich in der Wirklichkeit selten findet.¹³³)

Zeitliche Abkömmllichkeit und Flexibilität: Jedes Ehrenamt bringt persönliches Prestige, ist aber auch mit viel Aufwand verbunden, vor allem frisst es Zeit - das gilt vor allem für jedes politische Ehrenamt. Ratssitzungen einmal im Monat, Ausschusssitzungen manchmal mehrere in der Woche, Präsenz bei Veranstaltungen, Pressearbeit, Hintergrundlektüre, Durchsicht der zahlreichen Verwaltungsvorlagen und der lokalen, ggf. der überregionalen Presse, Aktivitäten im Ortsverein und/oder Kreisverband – das alles gehört zum politischen Engagement eines Kommunalpolitikers, das – vor allem in größeren Städten – nur schwer mit den Verpflichtungen aus Beruf und Familie in Einklang zu bringen ist. Da Frauen mehr als Männer die Doppel- und Dreifachbelastung von Beruf, Haushaltsführung und Kindererziehung tragen, ist die zeitliche Abkömmllichkeit und Flexibilität das Haupthindernis für politische engagierte und ambitionierte Frauen. Wenn der Stadtrat – wie in Magdeburg - bereits um 14 Uhr mit seiner monatlichen Sitzung beginnt, dann haben nur diejenigen, diejenigen unter den Stadträten, die sich bereits im (Un-)Ruhestand befinden, damit kein Problem.

Sachkompetenz: Ausbildung und Beruf vermitteln Sachkompetenz, die man immer wieder für praktische Politik einsetzen kann. Hinzukommen im Idealfall rhetorisches Talent, Verwaltungswissen (zumindest Grundkenntnisse zur Arbeit der Verwaltung) und Erfahrungen aus dem ehrenamtlichen Engagement in Vereinen, Verbänden und/oder Initiativen.

„Angesichts dieser Anforderungen kann die geringe Vertretung von Frauen in der Kommunalpolitik nicht erstaunen; entsprechen doch in erster Linie Männer dem skizzierten Profil. Frauen verfügen häufig über einen nur geringen lokalen Bekanntheitsgrad, denn zum einen liegt die Führung eines Vereins, sei es der lokale Sport-, Schützen oder Feuerwehrverein, noch immer fest in Männerhand, zum anderen begünstigt das Popularitätskriterium die bisherigen Amtsträger, die wegen ihrer oftmals langjährigen Tätigkeit bereits vielen Wählern und Wählerinnen bekannt sind. Aber auch das erforderliche Zeitbudget bedeutet für viele Frauen eine Barriere. Familie, Beruf und Politik miteinander zu vereinbaren, ist für Frauen – und insbesondere für junge Frauen mit Kindern – nach wie vor ungleich schwieriger als für Männer. Für nichterwerbstätige Frauen wirkt sich zudem die Berufsbezeichnung „Hausfrau“ nachteilig aus, denn bei gleichzeitig geringem Bekanntheitsgrad hat diese Bezeichnung für die Wählerschaft kaum eine Aussagekraft ...“¹³⁴

¹³⁰ Vgl. Hoecker 2002, S. 8, erweitert.

¹³¹ Vgl. Hoecker 2002, S. 8.

¹³² Vgl. http://egora.uni-muenster.de/soz/personen/bindata/Papcke_Feindschaft_Distanz_Prestige.doc.

¹³³ Bei der Magdeburger Stadtratswahl lässt sich der Idealtypus in den guten Wahlergebnissen eines parteilosen Kandidaten erkennen, und zwar des Tierarztes Dr. Klaus Kutschmann im Wahlbereich 4 (Stadtfeld Ost). Dr. Kutschmann ist ein sehr bekannter Tierarzt, der auch in der Verbandspolitik sehr aktiv ist und mit seinen Ratschlägen für Tierfreunde regelmäßig auf der „Ratgeber-Seite“ der Volksstimme präsentiert wird; er zog für den Bund für Magdeburg in den Stadtrat ein.

¹³⁴ So Hoecker 2002, S. 8.

6.2.5. Wahlergebnis: Eine Niederlage für die Frauen

Nur 42,1 Prozent der Wahlberechtigten gingen bei den Kommunalwahlen landesweit zur Wahlurne (- 7,5 Prozent gegenüber den Kommunalwahlen von 1999). In der Landeshauptstadt Magdeburg nahmen sogar weniger als 35 Prozent an der Kommunal- und der Europawahl am 13.6.2004 teil.

In Sachsen-Anhalt spiegelt sich auch ein bundesweiter Trend wider: Je ländlicher eine Region geprägt, je geringer die Bevölkerungsdichte ist, umso niedriger ist der Frauenanteil in den Gemeindevertretung.¹³⁵ Allerdings ist aus dem Blickwinkel der Frauenrepräsentation das Ergebnis der Stadtratswahl in Magdeburg ein „Ausreißer“ nach unten:

Der Anteil der Frauen im Stadtrat lag zu Beginn der Legislatur 2004 im Magdeburger Stadtrat bei gerade einmal **14,3 Prozent** – also noch erheblich unter dem Frauenanteil im Bundestag und im Landtag. Das wurde auch in der Lokalpresse kritisch kommentiert, weil in der Landeshauptstadt damit ein Rückschritt in der Partizipation von Frauen in der Kommunalpolitik feststellbar ist. **Bündnis 90/Die Grünen haben keine (!) Stadträtin** und auch die **CDU** hatte anfangs **keine Frau in ihrer Ratsfraktion**. Das änderte sich erst, als Frauen als Nachrückerinnen für ausgeschiedene Stadträte in den Stadtrat einzogen.

Bei allen Parteien – mit Ausnahme der Tierschutzpartei¹³⁶ - liegt der **Frauenanteil bei den Kandidaturen höher als bei den tatsächlich gewählten Stadträten**. Dies belegt, dass Frauen bei der Listenaufstellung immer noch nachrangig „behandelt“ werden bzw. in „schlechteren“ Wahlkreisen kandidieren. Dadurch werden Quote und Quorum ausgehebelt. In Magdeburg etwa differieren die Wahlkreise – z.B. zwischen Stadtfeld/West / Diesdorf / Ottersleben (Wahlbereich 08: 23.960 Wahlberechtigte) und .Sudenburg / Lemsdorf (Wahlbereich 07: 15.866 Wahlberechtigte) - um mehr als 8000 Wahlberechtigte. Im Wahlbereich 08 der Landeshauptstadt wurden mit 25.942 gültigen Stimmen (Wahlbeteiligung 38,6%) fast doppelt so viele gültige Stimmen abgegeben wie im Wahlbereich 07 (13.723 gültige Stimmen, Wahlbeteiligung 31,0 %).

Eine Kandidatur in einem Wahlkreis mit vielen Wahlberechtigten, die ggf. noch in größerem Umfang als in anderen Stadtteilen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, ist also chancenreicher als die Kandidatur in einem kleineren Wahlkreis. Im Wahlbereich 08 (Stadtfeld/West, Diesdorf, Ottersleben) wurden zehn, im Wahlbereich 07 (Sudenburg, Lemsdorf) wurden nur drei Stadträte gewählt.¹³⁷

Keine der im Magdeburger Stadtrat vertretenen Parteien erfüllt die selbst gesetzten Quoten- und Quorumsvorgaben. Selbst die Linkspartei.PDS, sonst in Sachsen-Anhalt führend hinsichtlich der Frauenrepräsentation in öffentlichen Ämtern, fällt bei den Kandidaturen von Frauen für den Magdeburger Stadtrat hinter Bündnis 90/Die Grünen und FDP zurück. Die FDP, ansonsten landesweit Schlusslicht, was die Beteiligung von Frauen beim Wettbewerb um öffentliche Ämter betrifft, erreicht in Magdeburg ebenso wie die Grünen mehr als die Drittelparität bei den Kandidaturen und ist im Gegensatz zu den Grünen auch mit einer Frau im Stadtrat vertreten.

In Sachsen-Anhalt gibt es (bis zur kommunalen Neugliederung und der Kreistagswahl 2007) 21 Kreistage und drei kreisfreie Städte mit insgesamt 1092 Abgeordneten, von denen 211 Frauen sind. Der Frauenanteil in den Kommunalparlamenten lag seit der Wende knapp über 20 Prozent und fiel mit der Kommunalwahl 2004 auf 19,3 Prozent. Bei allen wichtigen Parteien sank der Frauenanteil, stabil blieb er nur bei Bündnis 90/Die Grünen.

Blickt man zunächst auf die kreisfreien Städte, so ist festzustellen, dass nur im Stadtrat von Halle der Frauenanteil an den Stadträten mit 32,2 Prozent fast die Drittelparität erreicht, während in Magdeburg Frauen nur zu einem Anteil von 14,3 Prozent gewählt wurden. **In keinem einzigen Kreistag sind Frauen mit 30 Prozent der Kreistagsmitglieder vertreten** (der Kreistag Bitterfeld erreicht immerhin einen Frauenanteil von 29,2 Prozent, der Saalkreis hingegen nicht einmal 10 Prozent).

¹³⁵ Siehe zum Vergleich die Daten z.B. aus Hessen: http://www.frauen-union-hessen.de/akt_05112005_nur20.htm

¹³⁶ Die Stadträtin der Tierschutzpartei trat aus der Partei aus, nachdem sie 2006 im politischen Streit um das Tierheim gegen den Neubau und für die Instandsetzung am alten Standort votiert und daraufhin von ihren Parteifreunden kritisiert und zum Rücktritt aufgefordert worden war. Das – nicht nur für eine Landeshauptstadt peinliche – Gezerre um den Tierheimneubau in Magdeburg ist dokumentiert auf www.hans-werner-bruening.de.

¹³⁷ Vgl. Magdeburger Statistische Blätter H. 51: Wahlen 2004, bearbeitet von Werner Ley und Berthold Stein, Magdeburg 2004, S. 16, S. 24f.

Unter den großen Parteien verzeichnet die Linkspartei.PDS den höchsten Frauenanteil, auch sie erreicht jedoch keine 30 Prozent; demgegenüber sind nur 11,5 Prozent der FDP-Kreistagsmitglieder in Sachsen-Anhalt Frauen. Mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen ging der Frauenanteil bei den wichtigen Parteien in Sachsen-Anhalt 2004 zurück; bei der FDP stagniert dieser Anteil seit Jahren bei knapp 12 Prozent, die CDU erreicht etwa einen Frauenanteil bei den Abgeordneten von nur 14 Prozent. Sogar die Grünen, hier zeigt sich besonders deutlich das Problem der Kandidatenmobilisierung ‚im Zeichen der Quote‘, bleiben deutlich unter 20 Prozent. Auch SPD und Linkspartei.PDS sind weit entfernt von den eigenen Quoten-Vorgaben.

Sitzverteilung in den Stadträten der kreisfreien Städte und in den Kreistagen der Landkreise in Sachsen-Anhalt 1994-2004

Partei	Kreistagsabgeordnete bzw. Stadträte in den kreisfreien Städten								
	1994			1999			2004		
	Abgeordnete	davon Frauen	Frauenanteil in %	Abgeordnete	davon Frauen	Frauenanteil in %	Abgeordnete	davon Frauen	Frauenanteil in %
CDU	320	58	18,1	374	71	18,9	403	56	13,9
SPD	282	54	19,1	267	67	25,1	219	45	20,5
PDS	153	44	28,7	163	52	31,9	241	72	29,5
FDP	83	10	12,0	59	7	11,9	87	10	11,5
Grüne	53	16	30,2	24	4	16,7	34	6	17,6

Quelle: Statistisches Landesamt.

Kreistage und Stadträte kreisfreier Städte mit dem höchsten und mit dem niedrigsten Frauenanteil 2004

Stadtrat / Kreistag	Zahl der Stadträte / Kreistagsmitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Stadtrat Stadt Halle	56	18	32,2
Kreistag Bitterfeld	48	14	29,2
Stadtrat Stadt Magdeburg	56	8	14,3
Kreistag Saalkreis	42	4	9,95

Quelle: Statistisches Landesamt, Hrsg.: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt am 13. Juni 2004. Stadtratswahlen in den Kreisfreien Städten und Kreistagswahlen. Endgültige Ergebnisse, Halle 2004, S. 22.

6.3. Landratswahlen

6.3.1 Landrat – ein Amt mit eigener demokratischer Legitimation und hoher Gestaltungsmacht

Landräte und Bürgermeister werden in Sachsen-Anhalt direkt gewählt, und zwar unabhängig von den Kommunalvertretungen, mit denen sie eng zusammenarbeiten (Kreistage, Gemeinde-/Stadträte). Sie haben nicht nur eine eigene demokratische Legitimation, sondern versehen auch die Wahlämter mit der längsten Legislatur (sieben Jahre).¹³⁸ Dem Landrat obliegt die repräsentative Vertretung des Landkreises nach außen. Er ist außerdem gleichzeitig Chef der Kreisverwaltung und erledigt in dieser Funktion die Geschäfte der laufenden Verwaltung und führt die Beschlüsse des Kreistages und der beschließenden Ausschüsse aus.¹³⁹

Von den Selbstverwaltungsaufgaben des Landkreises sind die Aufgaben zu unterscheiden, die der Landrat für den Staat erfüllt. Bei diesen Aufgaben des so genannten übertragenen Wirkungskreises wird der Landrat vom Land beauftragt, Aufgaben der unteren staatlichen Verwaltungsbehörden zu erfüllen. In dieser Funktion übt der Landrat beispielsweise die Kommunalaufsicht über die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften aus.

Der Kreistag kann für einzelne Aufgaben Ausschüsse bilden. Möglich sind ständige oder zeitweilige sowie beschließende oder beratende Ausschüsse. Während beschließende Ausschüsse über

¹³⁸ Auch die Beigeordneten werden – vom Stadt- bzw. Kreistag – für eine Legislatur von sieben Jahren gewählt.

¹³⁹ Zur Tätigkeit eines Landrates beim „Neubau“ der Verwaltung nach 1989 vgl. Thomas Veil: „Hofrat“ in Halberstadt, in: Michael Kilian: Sachsen-Anhalt. Land der Mitte – Land im Aufbau. Die Entstehung eines neuen Bundeslandes in Erlebnisberichten, Bad Honnef 2002, S. 491-504.

einzelne Themen abschließend entscheiden können, sind die beratenden Ausschüsse für die Vorbereitung der Entscheidungen des Kreistages zuständig. Vorsitzender der Ausschüsse ist in der Regel der Landrat. Die Ausschüsse tagen wie der Kreistag grundsätzlich öffentlich.

6.3.2 Landräte in Sachsen-Anhalt

Der Frauenanteil unter den Landräten in Sachsen-Anhalt war 2006 äußerst gering, nur Heike Brehmer (CDU) amtierte im Landkreis Aschersleben-Staßfurt. Auch in anderen Bundesländern ist der Frauenanteil unter den Landräten ähnlich gering wie in Sachsen-Anhalt.¹⁴⁰ Hinzu kommt, dass die Stellen von Beigeordneten und Dezernatsleitern in den Städten in der deutlich überwiegenden Mehrheit ebenso von Männern besetzt sind, wie die Stellen der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten. Durch die kommunale Kreis- und Gebietsreform wird die Zahl der Landkreise 2007 von 21 auf 11 verringert. Da bei den 2007 anstehenden Wahlen vornehmlich die Amtsinhaber der „Altkreise“ kandidieren und diese auch die größten Wahlchancen haben, zumal sie von den drei großen Parteien in Sachsen-Anhalt – CDU, SPD, Linkspartei.PDS - unterstützt werden, wird sich der Frauenanteil in diesem wichtigen Wahlamt bis 2014 voraussichtlich zahlenmäßig nicht erhöhen, vielleicht sogar auf Null gestellt!

6.4. Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen

Wie einflussreich das Amt des Oberbürgermeisters in einer kreisfreien Stadt ist, kann man daraus entnehmen, dass mit Ingrid Häußler eine Landesministerin für das Amt der Oberbürgermeisterin von Halle kandidierte und am 12.3.2000 im 2. Wahlgang gewählt wurde.

Bürgermeister und Oberbürgermeister stehen im Mittelpunkt der kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse. Alle wichtigen Vorlagen der Verwaltung gehen über ihren Tisch. Sie sind Chefs einer auf sie hierarchisch zugeschnittenen Verwaltung, Repräsentanten und Rechtsvertreter der Gemeinde im Innern wie nach außen und haben dazu noch den Vorsitz in wichtigen Ausschüssen des Stadtrates (z.B. Verwaltungsausschuss).

Bürgermeisterwahlen in Sachsen-Anhalt

Jahr	Zahl der Bürgermeisterwahlen	Frauen ins Amt gewählt	Frauenanteil in Prozent
2004	51	9	17,6
2005	66	9	13,5
2006	65	11	16,9

Quelle: http://www.stala.sachsen-anhalt.de/kw01/ind_kw01.htm Stand 6.10.2006.

Oberbürgermeister in den drei kreisfreien Städten des Landes Sachsen-Anhalt seit 1990

Dessau	Dr. Jürgen Neubert, FDP (1990-94)	Hans-Georg Otto, SPD, seit 2000 parteilos (amtiert seit 1994)		Neuwahl 2007
Halle	Peter Renger (1990-91)	Dr. Klaus Peter Rauen, CDU (1991-2000)	Ingrid Häußler , SPD (2000-2007)	Dagmar Szabados , SPD (ab 2007)
Magdeburg	Dr. Wilhelm Polte, SPD (1990-2001)		Dr. Lutz Trümper, SPD (seit 2001)	Neuwahl 2008

Als Gründe dafür, dass nur wenige Frauen für das Amt des (Ober-)Bürgermeisters kandidieren, nennt Prof. Dr. Hans-Georg Wehling, einer der besten Kenner der Kommunalpolitik in Deutschland, die zu erwartenden Rollenkonflikte (die Ansprüche von Ehepartner und Kindern) und die in den Augen der Frauen stark männlich geprägte Kommunalpolitik.¹⁴¹

¹⁴⁰ In Hessen amtierte 2005 keine Frau als Landrätin.

¹⁴¹ Siehe Hans Georg Wehling, Artikel „Kommunalpolitik in Baden-Württemberg“ in: Andreas Kost und Hans-Georg Wehling, Hrsg.: Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2003. S. 29. Vergleichszahlen liegen dazu aus Österreich vor: 2299 Bürgermeister standen 2005 gerade einmal 60 Bürgermeisterinnen gegenüber (2,5%), während in Lettland jeder dritte Bürgermeisterposten von einer Frau bekleidet wird. Siehe auch ders. und Theodor Pfizer, Hrsg.:

6.4.1. Magdeburg: Oberbürgermeisterwahl 2001

Bei der OB-Wahl in Magdeburg 2001 traten elf Kandidaten an, davon zwei Frauen: Als unabhängige Kandidatin stellte sich Anke Kroll¹⁴² zur Wahl und erhielt gerade einmal 1,1 Prozent der Stimmen; mit 1,5 Prozent erreichte die unabhängige Kandidatin Elke Plöger, die frühere Staatssekretärin für Gleichstellungsfragen, ein ähnliches Ergebnis. Letztere hat im Wahlkampf gelegentlich versucht, das „Frauenthema“ zu problematisieren und im Bereich der Sozialpolitik anzusprechen, sie ist damit jedoch nicht durchgedrungen. In einem sehr intensiv geführten Wahlkampf mit zahlreichen Veranstaltungen und einer breiten Mobilisierungskampagne dominierten eindeutig Wirtschaftsthemen. Trotz intensiver Wahlwerbung gingen im ersten Wahlgang aber nur 36,9 Prozent, im zweiten Wahlgang sogar nur 26,5 Prozent der Wähler zur Wahlurne!

In die Stichwahl kamen zwei prominente Kommunalpolitiker: Dr. Lutz Trümper (SPD), viele Jahre Vorsitzender des Finanzausschusses im Magdeburger Stadtrat und dann Staatssekretär im Landesumweltministerium bzw. im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, gewann gegen Hans-Werner Brüning (Linkspartei.PDS). Die nächste OB-Wahl in Magdeburg findet 2008 statt. Oberbürgermeister Trümper hat angedeutet, dass er wieder antritt.¹⁴³

Oberbürgermeisterwahl in Magdeburg 2001

Gegenstand der Nachweisung	Hauptwahl am 06.05.2001		Stichwahl am 20.05.2001	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Wahlberechtigte	196 438	.	196 106	.
Wähler/Wahlbeteiligung	72 540	36,9	52 041	26,5
Ungültige Stimmen	664	0,9	388	0,7
Gültige Stimmen	71 876	99,1	51 653	99,3
davon entfielen auf:				
1. Beyerling, Hans-Jörg (WG)	1 721	2,4	.	.
2. Brüning, Hans Werner (PDS)	16 797	23,4	17 779	34,4
3. Frey, Reinhold	988	1,4	.	.
4. Giefers, Thorsten (GRÜNE)	1 007	1,4	.	.
5. Heinze, Uwe	443	0,6	.	.
6. Kroll, Anke	795	1,1	.	.
7. Prof. Dr. Paqué, Karl-Heinz (FDP)	12 062	16,8	.	.
8. Pfeifer, Ernst-Ulrich (CDU)	12 462	17,3	.	.
9. Plöger, Elke	1 076	1,5	.	.
10. Ritter, Ralf	775	1,1	.	.
11. Dr. Trümper, Lutz (SPD)	23 750	33,0	33 874	65,6

Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, Schriften zur politischen, Landeskunde Band 11, 3. Auflage, Stuttgart 1999, S. 203-216.

¹⁴² Anke Kroll ist Inhaberin eines Kleinverlages, die sich stark sozial engagiert, 1994 von den Leserinnen und Lesern der Magdeburger Volksstimme zur „Magdeburgerin des Jahres“ gewählt wurde. Vgl. <http://www.etaner-verlag.de/person.htm>. Sie ist – zusammen mit Dr. Lydia Hüskens MdL und Landtagspräsident Dieter Steinecke auch Initiatorin für die Verleihung eines Unternehmerpreises („Engel für solidarische Hilfe“, siehe: <http://www.lydia-hueskens.de/104.html>).

¹⁴³ Vgl. das Volksstimme-„Jahresendinterview“, Magdeburger Volksstimme, 28.12.2006.

6.4.2. Halle: Oberbürgermeisterwahl 2006

Mit Dagmar Szabados (SPD) siegte die langjährige Sozialbeigeordnete der Stadt Halle und einzige Frau unter den 14 Kandidaten – in der Stichwahl gewann sie gegen den Landtagsabgeordnete Bernhard Bönisch.¹⁴⁴

Oberbürgermeisterwahl in Halle 2006

Gegenstand der Nachweisung	Hauptwahl am 12.11.2006		Stichwahl am 26.11.2006	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Wahlberechtigte	199788	.	199446	.
Wähler/Wahlbeteiligung	64668	32,4	54746	27,4
Ungültige Stimmen	735	1,1	1077	2,0
Gültige Stimmen	63933	98,9	53669	98,0
davon entfielen auf:				
1. Beyse, Dirk	2303	3,6	.	.
2. Bönisch, Bernhard (CDU)	15692	24,5	24384	45,4
3. Danke, Hans-Jürgen	394	0,6	.	.
4. Jokelle, Frank	195	0,3	.	.
5. Karl, Andreas (NPD)	1089	1,7	.	.
6. Koch, Bernd	297	0,5	.	.
7. Dr. Meerheim, Bodo (Die Linke.)	11861	18,6	.	.
8. Nickels, Horst	484	0,8	.	.
9. Pietzonka, Martin	553	0,9	.	.
10. Richardt, Thomas	84	0,1	.	.
11. Stroh, Klaus-Jörg (GRAUE)	577	0,9	.	.
12. Szabados, Dagmar (SPD)	26241	41,0	29285	54,6
13. Wolter, Tom	3979	6,2	.	.
14. Zimmer, Volker	184	0,3	.	.

Quelle: www.stala.sachsen-anhalt.de

6.4.3. Dessau: Oberbürgermeisterwahl 2001

Sechs Männer kandidierten 2001 für das Amt des Oberbürgermeisters, Amtsinhaber Otto (parteilos, früher SPD) setzte sich gegen den SPD-Kandidaten Platz in der Stichwahl durch.¹⁴⁵

¹⁴⁴ Vgl. <http://wahlen.halle.de>. In ihrem 100-Tage-Programm kommt das Thema „Frauen“ nicht vor; vgl. http://www.ob-dagmar.de/resource/download/pdf/10_Punkte_100_Tage.pdf.

¹⁴⁵ Holger Platz wurde später zum Beigeordneten der Landeshauptstadt Magdeburg gewählt.

6.5. Landtagswahlen 2006

6.5.1. Kandidatenauswahl: Direktkandidaten

Nur fünf Parteien stellten Direktkandidaten in allen Wahlkreisen des Landes Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2006 auf. Von diesen hatten nur die Direktkandidaten von CDU, SPD und Linkspartei.PDS eine realistische Chance, mit Hilfe der Erststimmen und damit dem Mandat der Wähler des jeweiligen Wahlkreises auch in den Landtag einzuziehen. Der Frauenanteil bei den Parteien, die in allen 45 Wahlkreisen Direktkandidaten aufstellten, erreichte nicht einmal ein Viertel; allein bei der Linkspartei.PDS erreichte er ein Drittel der Kandidaturen.

	Direktkandidaten	Männer	Frauen	Frauenanteil bei Direktkandidaten in %	Wahlkreis-siegerinnen	Frauen, die über die Landesliste in den Landtag einzogen
SPD	45	32	13	28,9	0	10
CDU	45	35	10	22,2	7	0
Linkspartei.PDS	45	30	15	33,3	0	12
FDP	45	37	8	17,8	0	1
Bündnis 90/ Die Grünen	45	32	13	28,9	0	0
DVU	-	-	-	-	-	0
Off D-STATT-DSU¹⁴⁶	29	26	3	10,3	0	0
MLPD	10	5	5	50	0	0
BBW¹⁴⁷	17	16	1	5,9	0	0
Bündnis – DKP/KPD	4	2	2	50	0	0
AGFG¹⁴⁸	8	8	0	0	0	0
GUT¹⁴⁹	11	6	5	45,4	0	0
Einzelbewerber	17	15	2	11,8	0	0
Gesamt	321	244	77	24	7	23

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt.

Zum Vergleich: Von den insgesamt 651 Wahlbewerbern der 19 zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2006 zugelassenen Parteien sowie den zugelassenen Einzelbewerbern waren 520 Männer und lediglich 131 Frauen (20,1 Prozent). Den höchsten Frauenanteil unter den Kandidaten zur Landtagswahl 2006 wiesen mit gut 34 Prozent Bündnis 90/Die Grünen auf. Auch bei der SPD und der FDP traten mit 28,9 Prozent bzw. gut 24 Prozent gemessen am Landesdurchschnitt noch überdurchschnittlich viele Frauen an. Der Frauenanteil unter den Landtagskandidaten der CDU lag hingegen mit rund 17 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. Allerdings sind unter den 139 Abgeordneten im neu gewählten 14. Landtag von Baden-Württemberg 106 Männer und nur 33 Frauen, nicht einmal 24%.¹⁵⁰

Wettbewerb um Direktkandidatur

Einen innerparteilichen Wettbewerb um die Direktkandidatur in einem Wahlkreis gibt es in der Regel nur bei den Parteien, die Chance haben, ein Direktmandat zu gewinnen. Und selbst bei CDU, SPD und Linkspartei.PDS wird in der Regel versucht, das Bild der Geschlossenheit nach außen (und innen) nicht durch eine Kampfkandidatur zu gefährden.

Schaut man sich politische **Karrieremuster von Politikerinnen und Politikern auf Landes- und auf Bundesebene** an, so lassen sich neben den oben genannten Voraussetzungen¹⁵¹ folgende Kriterien für den Erfolg auf der politischen Karriereleiter nennen.¹⁵²

¹⁴⁶ Bündnis Offensive für Sachsen-Anhalt; Offensive D - STATT Partei – DS.U

¹⁴⁷ Bund der Bürgerinitiativen und Freie Wähler Sachsen-Anhalt.

¹⁴⁸ Allianz für Gesundheit, Frieden und soziale Gerechtigkeit.

¹⁴⁹ Gerechtigkeit - Umwelt – Tierschutz; Wahlallianz aus: DIE GRAUEN - Graue Panther, ÖDP, Die Tierschutzpartei.

¹⁵⁰ Vgl. Landtagswahl 2006 in Baden-Württemberg: Frauen auch im neuen Landtag in der Minderheit, <http://www.statistik-portal.de/Pressemitt/20061111.asp?Wahlen>

¹⁵¹ Vgl. die Ausführungen in Kapitel 6.2.4 zur Kandidatenauswahl der Parteien.

Früher Parteibeitritt und frühzeitige Übernahme von Funktionen und Ämtern in Partei und Kommunalpolitik: Die „Ochsentour“ bleibt nur „Quereinsteigern“ erspart. Dazu gehören z.B. der Besuch von Parteiveranstaltungen, Fortbildungen zu Sachthemen und instrumentellen Fertigkeiten, die von politischen Stiftungen veranstaltet werden, oder die aktive Wahlkampfunterstützung.

Persönlich-fachliches Profil durch Ausbildung und Beruf: Abgeordnete im Bundestag und in den Landtagen haben heute meist eine akademische Ausbildung und einen Beruf, der eine solche Ausbildung voraussetzt. Gute Kontakte über das engere Berufsfeld hinaus in verwandte Tätigkeitsbereiche vor Ort erleichtern die Kandidatur. So genannte „ressourcenstarke“ Mitglieder, die gut qualifiziert und einer gehobenen Stellung im Erwerbsleben ausgestattet sind, haben zunehmend Einfluss in den Parteien gewonnen.¹⁵³ Während Frauen bei den schulischen Abschlüssen und im Studium inzwischen mit den Männern fast gleichgezogen haben, sind sie in einflussreichen beruflichen Positionen weit seltener zu finden.

Die zeitliche Abkömmlichkeit bereitet Frauen größere Probleme als Männern. Familienpflichten lassen sich bekanntlich nur schwer mit einer politischen Karriere verbinden sowie der Anforderung, immer präsent, flexibel und verfügbar zu sein. Folglich war es lange Zeit typisch für Frauen, dass sie später als Männer in die Politik gingen. Für männliche Abgeordnete dagegen ist es normal, verheiratet zu sein und Kinder zu haben. Die politischen Karrieremuster entsprechen weitgehend der männlichen Lebenssituation. Frauen dagegen haben aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung von Anfang an erschwerte Startbedingungen. Ihre gesellschaftliche Ungleichheit setzt sich in den Parteien fort und mindert ihre Aufstiegschancen. Allerdings zeigt die politische Biografie der „Frauen mit Macht“ in Sachsen-Anhalt (siehe oben Kapitel 1, Abschnitt: Und wie ist die Situation in Sachsen-Anhalt), dass diese Frauen es verstanden haben, Politik (als Beruf) und Familie erfolgreich „unter einen Hut“ zu bringen.

Machtwillen und Durchsetzungsfähigkeit

„Die Zarten beißen kräftig zu,
sind zäh und geben keine Ruh’.
So war im Kampf um Wählerstimmen
Mit Frauen häufig zu gewinnen.“¹⁵⁴
Angelika Doetsch

Parteien machen gelegentlich hinsichtlich der parteiinternen Mobilisierung und der innerparteilichen Demokratie positive Erfahrungen mit der Nominierung der Direktkandidaten durch die Parteimitglieder, die durch meist mehrere Vorstellungsrunden im Wahlkreis informiert sind und in einer Wahlversammlung nach einer nochmaligen Vorstellungsrunde über die Kandidaten abstimmen dürfen. Diesen aufwändigen und durchaus stressigen Wettbewerb bestehen Frauen durchaus erfolgreich – das zeigt etwa das Beispiel von Frau Connemann MdB im Emsland, die sich 2002 in Vorwahlen eines „sicheren“ CDU-Wahlkreises gegen fünf Mitbewerber durchsetzen konnte. Insbesondere in Wahlkreisen, die traditionell von CDU oder SPD dominiert werden, ist die Kandidatur in Vorwahlen für Frauen ein Weg, sich gegen männliche Konkurrenz zu behaupten. Das gilt aber nur dann, wenn ein Amtsinhaber nicht mehr antritt.

6.5.2. Kandidatenauswahl: Landesliste

„**Kungelrunden**“: Die Aufstellung der Landeslisten der Parteien zu den Landtags- und Bundestagswahlen wird nicht dem Zufall, also allein dem demokratischen Entscheid auf der Delegiertenversammlung überlassen. Sie ist im Vorfeld meist Gegenstand von sog. „Kungelrunden“. Ohne Einbindung in solche informellen Entscheidungs- und Machtstrukturen ist eine politische Karriere nur im Ausnahmefall möglich. „Gerade Frauen aber sind von diesen informellen Kreisen, sei

¹⁵² Zusammengestellt in Anlehnung an Hoecker 2002, S. 9 und Everhard Holtmann, Adrienne Krappidel und Sebastian Rehse: Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils, Wiesbaden 2006, S. 101.

¹⁵³ Vgl. Heiko Biehl: Parteimitglieder im Wandel: Partizipation und Repräsentation, Wiesbaden 2005.

¹⁵⁴ Verse der Freiburger CDU-Wahlkreiskandidatin Angelika Doetsch, mit denen sie ihre Rede 2001 bei der Wahlkreisversammlung schloss. Sie wurde nach mehreren Vorstellungsrunden und durch Vorwahl der Parteimitglieder des Wahlkreises zur CDU-Direktkandidatin für die Bundestagswahl 2002 gewählt, konnte sich aber beim Kampf um das Direktmandat nicht durchsetzen. Frau Doetsch verlor 2006 auch die Stichwahl um das Amt des Flörsheimer Bürgermeisters gegen einen männlichen SPD-Mitbewerber. Vgl. Anton Egner und Günter Misenta: Mensch und Politik S II. Demokratie, Hannover 2002, S. 105f.; Rhein-Main-Presse, 18.9.2006.

es in Parteien oder Parlamenten, oftmals ausgeschlossen. Hier üben die Männer den Schulterchluss gegenüber den Ansprüchen ihrer Parteikolleginnen und verweigern eine angemessene Unterstützung. Dabei bedient man(n) sich häufig **subtiler Formen der Diskriminierung**. Parteifunktionäre halten an ihrem gewohnten Abstimmungs- und Nominierungsverhalten zugunsten von Männern fest; zudem werden an die politischen Qualifikationen von Frauen und Männern unterschiedliche Maßstäbe angelegt. Insbesondere Frauen in politischen Spitzenpositionen sehen sich häufig einer härteren Kritik ausgesetzt als ihre männlichen Kollegen.¹⁵⁵

Platzierung von Frauen und Männern auf der Landesliste: Im Bundestag lässt sich feststellen, dass der Frauenanteil gegen Ende einer Wahlperiode stets größer ist als zu Beginn, weil für ausscheidende Abgeordnete, die nicht aus einem Bundesland mit Überhangmandaten kommen, die nächstplatzierten von der jeweiligen Landesliste nachrücken. Dies sind in der Regel mehr Frauen als Männer, weil Frauen auf den hinteren Listenplätzen zahlreicher vertreten sind als auf den vorderen. Die Quotierung (siehe oben) hat Einfluss auf die Wettbewerbssituation innerhalb der Parteien, wenn es um die Aufstellung der Landeslisten geht, wird aber auch durch andere Faktoren relativiert:

- In den parteiinternen „Kungelrunden“ auf Landesebene dominiert meist der **Regionalproporz**, andere Gesichtspunkte wie Geschlechterverteilung, Nachwuchsförderung oder Fachkompetenz mit Blick auf die Zusammensetzung der zukünftigen Fraktion spielen eine eher untergeordnete Rolle. Das Wahlverhalten in Sachsen-Anhalt hat allerdings dazu geführt, dass bereits zweimal die CDU-Landesliste für die Mandatsverteilung bedeutungslos war, da alle Landtagsmandate an die 48 (2002) bzw. 40 (2006) Direktkandidaten gingen, die ihre Wahlkreise direkt gewannen,¹⁵⁶ sodass selbst Ministerpräsident Böhmer auf Platz 1 der Landesliste erst spät in der 4. Legislatur als Nachrücker auch zu einem Landtagsmandat kam.
- Bei Bündnis 90/Die Grünen findet der **Wettbewerb vor allem zwischen den Männern** (für die „Männerplätze“ auf der Liste) statt, die „Frauenplätze“ auf der Landesliste sind in der Regel nicht so umkämpft wie die „Männerplätze“.
- Eine Partei kann es sich heute allerdings **nicht** mehr leisten, auf den Plätzen 1-10 der Landesebene Frauen unberücksichtigt zu lassen.
- Die Vorabsprachen bzw. die Qualität der dahinter stehenden Mehrheitsverhältnisse innerhalb einer Partei führen dazu, dass der **Wettbewerb auf den Listenparteitagen begrenzt** ist. Denn Kampfkandidaturen werden von der Presse nicht als Chance für die Parteien im Sinne der bestmöglichen Personalauswahl, sondern als Zeichen der Zerstrittenheit interpretiert.

Die ersten zehn Plätze auf der Landesliste zur Landtagswahl 2006¹⁵⁷

CDU	SPD	Linkspartei.PDS	FDP	Grüne
1. Prof. Dr. Wolfgang Böhmer MdL	1 Jens Bullerjahn MdL	1. Wulf Gallert MdL	1. Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué MdL	1. Inés Brock
2. Petra Wernicke MdL	2 Dr. Gerlinde Kuppe MdL	2. Dr. Helga Paschke MdL	2. Gerry Kley MdL	2. Dr. Ralf-Peter
3. Jürgen Scharf MdL	3 Rüdiger Erben, Landrat	3 Birke Bull MdL	3. Veit Wolpert MdL	3. Susann Mendel
4. Eva Feußner MdL	4 Katrin Budde, MdL	4 Matthias Höhn MdL	4. Dr. Lydia Hüskens MdL	4. Sören Herbst
5. Detlef Gürth Detlef MdL	5 Dr. Manfred Püchel MdL	5 Gudrun Tiedge MdL	5. Lutz Franke	5. Dr. Gesine Haerting
6. Holger Stahlknecht MdL	6 Corinna Reinecke	6 Dr. Frank Thiel MdL	6. Johannes Hauser MdL	6. Dietmar Weihrich
7. Markus Kurze MdL	7 Ralf Bergmann	7 Dr. Angelika Klein MdL	7. Guido Kosmehl MdL	7. Eva-Maria Schulz
8. Siegfried Borgwardt MdL	8 Petra Grimm-Benne MdL	8 Guido Henke	8. Dr. Uwe Schrader MdL	8. Hartmut Hoke
9. Nicole Rotzsch MdL	9 Gerhard Miesterfeldt, Regierungspräsident a.D.	9 Eva von Angern MdL	9. Silke Seifert MdL	9. Grit Michelmann
10. Marco Tullner MdL	10 Norbert Bischoff MdL	10 Dr. Detlef Eckert MdL	10. Qual Helmut MdL	

¹⁵⁵ So Hoecker 2002, S. 9f.

¹⁵⁶ Direktmandate bei Landtagswahlen errangen 1990 bis 2002 ausschließlich CDU und SPD. 2006 gewann auch die Linkspartei.PDS drei Direktmandate bei der Landtagswahl.

¹⁵⁷ Die Landesliste von Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl umfasste nur neun Personen.

Quelle: Landeswahlleiter, Hrsg.: Wahl des 5. Landtages von Sachsen-Anhalt am 26. März 2006 – Wahlen. Kandidatinnen und Kandidaten, Magdeburg 2006.

Vordere Listenplätze (Nr. 1-10) von Frauen, die auf dem jeweiligen Listenparteitag ohne Kampfkandidatur vergeben wurden

CDU	SPD	Linkspartei.PDS	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen
4. 9.	2. 4. 6. 8.	2. 3. 5. 7. Kampfkandidatur um Platz 9, die Eva von Angern MdL gegen eine Mitbewerberin gewann.	4. Kampfkandidatur um Platz 9, die Silke Seifert MdL gegen Mitbewerber gewann	1.

Quelle: Presseberichterstattung zu den Listenparteitagen, Pressemitteilungen auf den Websites der Parteien.

6.5.3. Wahlkampf

Allein die Grünen machten das „Frauenthema“ zu einem hervorgehobenen Thema im Landtagswahlkampf, allerdings ohne durchschlagenden Erfolg.¹⁵⁸

Man kann allerdings feststellen, dass mit Etablierung der „Bündnisse für Familien“ zumindest familienpolitische Themen beim Bürger „angekommen“ sind und seit der Bundestagswahl 2005 nicht mehr unter „ferner liefen“ rangieren. Seit den 90er-Jahren stehen aber auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes die Themen Wirtschaft und Arbeit ganz oben auf der Agenda, dagegen verblassen alle anderen Themen. Das galt zuletzt auch für die Landtagswahl 2006.

Wahlentscheidende Themen bei der Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt

„An erster Stelle standen (für die Wähler, die Verf.) wirtschaftspolitische Motive (38 Prozent), an zweiter Stelle rangieren fast gleichauf arbeitsmarktpolitische Überlegungen (31 Prozent) und die soziale Gerechtigkeit (31 Prozent). Mit deutlichem Abstand folgen die Fragen der Schul- und Bildungspolitik (16 Prozent), Rentenpolitik sowie die Familienpolitik (12 bzw. 13 Prozent). Ein vergleichsweise geringes Gewicht besaßen die Umwelt- (6 Prozent), Steuer- sowie die Ausländerpolitik (jeweils 7 Prozent).“

Aus: Analyse der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. März 2006. Ein Bericht von Infratest dimap für die Friedrich-Naumann-Stiftung, Berlin und Potsdam 2006, S. 28.

Wahlkampf mit der „Geschlechterkarte“

Auf einem Wahlkampfplakat von Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl 2006 wurde die „Männerriege“ (v.l.) Bullerjahn, Böhmer und Gallert, also die Spitzenkandidaten von SPD, CDU und Linkspartei.PDS abgebildet, dazu der Slogan „Die schlafen früher ein“, der die „Frühaufsteher“-Kampagne des Landes persifliert.



Bildquelle: www.gruene-sachsen-anhalt.de

¹⁵⁸ Bündnis 90/Die Grünen konnten ihr Ergebnis gegenüber 2002 von 2,0 auf 3,6 Prozent der Stimmen steigern, verpassten damit aber erneut den Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt.

Außerdem wurde das Personenplakat von Frau Brock landesweit plakatiert, während die anderen größeren Parteien, die Direktkandidaten aufstellten, in den Wahlkreisen in der Regel auch Personenplakate der Direktkandidaten aufstellten.

Im Gegensatz zu den Spitzenkandidaten von CDU, SPD, Linkspartei.PDS und FDP wurde Frau Brock jedoch nicht auf Großplakaten präsentiert.¹⁵⁹ Im Landtagswahlkampf 2002 hatte Cornelia Pieper für die FDP einen Wahlkampf geführt, in dem sie sich selbst als Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten plakatiert ließ.¹⁶⁰ Sie machte damit vergleichbare politische Ansprüche wie die Kandidaten der großen Parteien CDU, SPD und PDS geltend und landete mit ihrer Partei einen Überraschungscoup.¹⁶¹

6.5.4. Wahlbeteiligung und Wahlergebnis

Nur 44,4 Prozent der 2 078 671 Wahlberechtigten machten von ihrem Wahlrecht bei den Landtagswahlen am 26.3.2006 Gebrauch. Das waren 12 Prozentpunkte weniger als bei der Landtagswahl 2002 – und das deutlich niedrigste Beteiligungsniveau, das je bei einer Wahl zu einem Landtag in Deutschland erreicht wurde.

Die Unterschiede im Wahlverhalten von Frauen und Männern waren bei der Landtagswahl 2006 nicht besonders gravierend. Sie betreffen vor allem die Linkspartei.PDS, den „Wahlgewinner“, und die SPD. Die Linkspartei.PDS schnitt bei den Männern besser ab als bei den Frauen, bei den 18-25-jährigen Frauen verschlechterte sie sich sogar im Vergleich zur Landtagswahl 2002 (-5%). Bei der SPD ist es umgekehrt, sie wird in allen Altersgruppen stärker von Frauen als von Männern gewählt. Das gilt – mit geringen Abweichungen – auch für Bündnis 90/Die Grünen. Die FDP verlor in allen Altersgruppen zwischen 4 und 15 Prozent an Stimmen. Besonders hoch waren die Verluste bei 18-25-jährigen Männern (-15%) und 25-34-jährigen Frauen (-12%).¹⁶²

6.5.5. Wahlziele der Parteien und Wahlergebnisse bei der Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt aus der Perspektive der Frauenpartizipation

CDU: Die CDU wollte das Amt des Ministerpräsidenten verteidigen mit **Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer als Spitzenkandidat**, stärkste Partei werden, sie strebte die Verteidigung der Direktmandate in den Wahlkreisen an, ebenso die Fortsetzung der Koalition mit der FDP. Die CDU schloss aber auch eine Koalition mit der SPD nicht aus. Sie setzte im Wahlkampf ganz auf die Popularität des Ministerpräsidenten, der in Magdeburg und Halle „stockwerkegroß“ an einer Hausfassade als alleiniger „Garant“ (für eine positive Entwicklung des Landes) plakatiert wurde. Aus diesen Zielsetzungen folgt, dass der Fokus der Partei klar auf den Direktkandidaten und -kandidatinnen lag; die Partei „fuhr“ aber zusätzlich eine Erst- und Zweitstimmenkampagne. **10 der 45 Direktkandidaten waren Frauen**, von denen aber drei das „Klassenziel“ Direktmandat verfehlten. Die sieben siegreichen CDU-Kandidatinnen waren die einzigen Frauen unter allen Kandidatinnen bei der Landtagswahl, die ein Direktmandat erringen konnten.

Unter den ersten zehn Kandidaten auf der Landesliste waren drei Frauen, darunter auf Platz 2 Ministerin Petra Wernicke, die nach der Wahl im Amt blieb, und Eva Feußner, stv. Vorsitzende der Landtagsfraktion. Mit **sieben Frauen unter den 40 Fraktionsmitgliedern** beträgt der **Frauenanteil nur 17,5%** und verfehlt die Vorgabe der Drittelparität deutlich. Die Partei ist unter jüngeren Wählern stärker „Männer-“, in der ältesten Kohorte eher „Frauen-Partei“.

SPD: Die SPD präsentierte sich seit dem Wechsel im Fraktionsvorsitz von Ex-Innenminister Manfred Püchel zu Jens Bullerjahn stark als Programmpartei, auch mit einem eigenen Leitpapier zur

¹⁵⁹ Bündnis 90/Die Grünen plakatierten auf Großplakaten Losungen zu ihren Kernwahlkampfthemen (z.B. gegen „Gen-Food“).

¹⁶⁰ Hintergrund war der verhältnismäßig geringe Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad der Spitzenkandidatin Reinhard Höppner (Ministerpräsident, SPD) und Wolfgang Böhmer (CDU).

¹⁶¹ Die FDP zog 2002 mit 13,3 Prozent der Stimmen wieder in den Landtag ein. FDP-Spitzenkandidatin Cornelia Pieper, kurzzeitig Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, gab ihr Landtagsmandat bereits im November 2002 zurück. Sie war zu diesem Zeitpunkt Generalsekretärin der Bundes-FDP, ein Amt, das sie hätte aufgeben müssen, wenn sie ein Ministeramt im Kabinett Böhmer übernommen hätte. Cornelia Pieper entschied sich dafür, im folgenden Bundestagswahlkampf erneut für den Bundestag zu kandidieren. Dass die Spitzenkandidatin politische Verantwortung auf Landesebene ausgeschlagen hatte, ist ihr persönlich und der FDP in den darauf folgenden Wahlkämpfen massiv zum Vorwurf gemacht worden.

¹⁶² Statistisches Landesamt, Hrsg.: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2006, Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Halle 2006.

Sozialpolitik, das u.a. von der langjährigen Sozialministerin Gerlinde Kuppe verfasst wurde.¹⁶³ wollte mit **Spitzenkandidat Jens Bullerjahn** das Amt des Ministerpräsidenten erringen, stärkste Partei werden und ein besseres Abschneiden bei den Direktkandidaturen in den Wahlkreisen als bei den zurückliegenden Landtagswahlen erreichen. Diese Ziele wurden verfehlt. Keine der immerhin **13 Direktkandidatinnen der SPD** konnte ihren Wahlkreis gewinnen. Vier der ersten zehn Kandidaten auf der Landesliste waren Frauen, darunter die früheren Ministerinnen Gerlinde Kuppe (auf Platz 2) und Katrin Budde (auf Platz 4 der Landesliste), die nach der Wahl als Ministerin (für Gesundheit und Soziales) bzw. SPD-Fraktionsvorsitzende wichtige Ämter übernahmen. Krimhild Fischer wurde stv. Fraktionsvorsitzende. Zehn Frauen zogen über die Landesliste in den Landtag ein (**Frauenanteil in der Fraktion: 41,7%**). Damit übertraf die SPD das eigene Quotenziel von 40%. Die Partei wird in Sachsen-Anhalt in allen Altersgruppen mehr von Frauen als von Männern gewählt.

Linkspartei.PDS: Die Linkspartei.PDS wollte mit **Spitzenkandidat Wulf Gallert** stärkste Partei werden und den Ministerpräsidenten stellen, sie wäre aber auch – als zweitstärkste Partei nach der CDU – unter einem SPD-Ministerpräsidenten Jens Bullerjahn in eine Regierung eingetreten. Ein Tolerierungsmodell – wie von 1994-2002 – hatte die Linkspartei.PDS selbst ausgeschlossen. Auf den ersten zehn Plätzen der Landesliste wurden fünf Frauen gewählt, **15 der 45 Direktkandidaten der Linkspartei.PDS waren Frauen**, keine von diesen gewann ein Direktmandat. Dies war drei männlichen Kandidaten der Partei vorbehalten. Deshalb blieb der Frauenanteil in der Fraktion mit zwölf Frauen unter den 26 Landtagsabgeordneten knapp unter der eigenen Zielstellung der Geschlechterparität für politische Ämter (**Frauenanteil 46,2%**), **der Frauenanteil ist aber der höchste der im Landtag vertretenen Parteien**. Birke Bull und Dr. Angelika Klein wurden zu stv. Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Linkspartei.PDS hat den höchsten Frauenanteil an der Mitgliedschaft und zugleich den höchsten Frauenanteil bei den Direktkandidaten und bei den Landtagsabgeordneten. Interessant ist, dass sie aber in fast allen Altersgruppen (Ausnahme: 35-44-Jährige) eher von Männern als von Frauen gewählt wurde.

FDP: Die FDP mit **Spitzenkandidat Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué** gab das Wahlziel von 10 Prozent der Stimmen aus, man wollte die erfolgreiche Koalition mit der CDU unter Ministerpräsident Böhmer fortsetzen. Die FDP hat letztmals (auf Bundes- oder Landesebene) durch Uwe Lühr in Halle bei der Bundestagswahl 1990 ein Direktmandat gewonnen.¹⁶⁴ Ihre Abgeordneten ziehen i.d.R. über die Landesliste in das Parlament ein. Hätte die Partei zehn Prozent der Stimmen und damit 9 oder 10 Sitze im Landtag erhalten, wären nur zwei Frauen Mitglied der neuen FDP-Landtagsfraktion geworden. **Der Frauenanteil unter den Landtagsabgeordneten (eine von sieben) unterschreitet mit 14,3 Prozent den der CDU**. Nur **acht der 45 Direktkandidaten waren Frauen (17,8%)**, auch hier verzeichnet die Partei den geringsten Frauenanteil. Die Partei wird tendenziell eher von jüngeren Wählerinnen und Wählern gewählt, unter den 25-34-Jährigen überwiegen die Männer, ansonsten gibt es bei der FDP keine gravierenden geschlechtsspezifischen Unterschiede im Wahlverhalten der Alterskohorten.

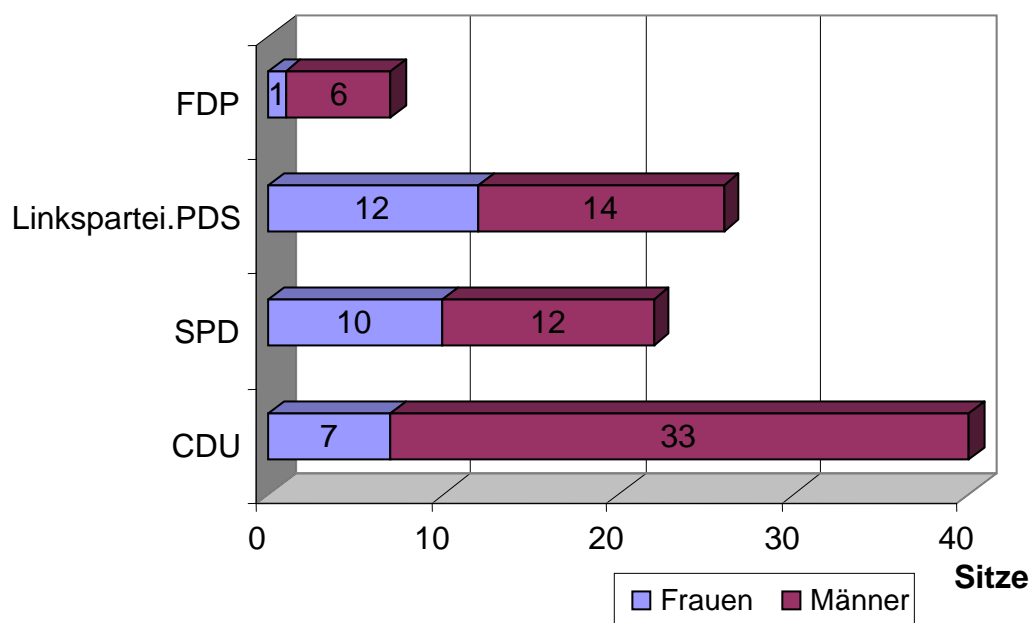
Bündnis 90/Grüne: Nur die Bündnisgrünen zogen mit einer **Spitzenkandidatin, der Landesvorsitzenden Inés Brock**, in den Landtagswahlkampf. Trotz des Direktmandats, das der Bundestagsabgeordnete Ströbele bei den Bundestagswahlen 2002 in Berlin-Kreuzberg gewann und 2005 verteidigte, gilt auch für Bündnis 90/Die Grünen, dass sie einen Zweitstimmenwahlkampf führen müssen, damit die Kandidaten über die Landesliste in die Parlamente gewählt werden. Zielsetzung bei der Landtagswahl war der Wiedereinzug in den Landtag, in dem man zuletzt 1994-1998 präsent war. Über fünf Prozent der Stimmen (d.h. etwa fünf Mandate) hätten bedeutet, dass mindestens drei Frauen für Bündnis 90/Die Grünen in den Landtag eingezogen wären. Bündnis 90/Die Grünen stellte 13 Direktkandidatinnen auf (Frauenanteil unter den Direktkandidaten: 28,9%). Auf den neun Plätzen der Landesliste waren fünf durch Frauen besetzt. Grüne Wähler sind verhältnismäßig junge Wähler – und die Partei wird in allen Altersgruppen etwas stärker von Frauen als von Männern gewählt.

Die Wählerinnen und Wähler haben über die Vorauswahl der Parteien entschieden. Das bedeutet für die 5. Legislatur des Landtages von Sachsen-Anhalt (2006 bis voraussichtlich 2011): Frauen verfügen im Landtag über 30 von 97 Sitzen (30,9%). Der Frauenanteil blieb im Vergleich mit der vorhergehenden Legislatur konstant und bewegt sich im Vergleich mit anderen Bundesländern im Mittelfeld. Mehr als die Hälfte der im Landtag vertretenen Frauen gehört den Regierungsparteien CDU und SPD an.

¹⁶³ Vgl. www.zukunftsprogramm.de.

¹⁶⁴ Die FDP ist auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt auch bei Direktwahlen erfolgreich. Sie stellt u.a. die Bürgermeister von Querfurt und Zerbst.

Mitglieder des Landtags von Sachsen-Anhalt 2006



6.6. Bundestagswahlen 2005

Der Frauenanteil unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, der bis in die 80er-Jahre bei unter 10 Prozent lag, hat jetzt die 30-Prozent-Marke überschritten, hauptsächlich wegen des hohen Frauenanteils in den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Linke. CDU und FDP verzeichnen zurückgehende Frauenanteile, von der angestrebten Drittelparität, die als Leitlinie allerdings nur für den CDU-Anteil gilt, ist die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weit entfernt. Im internationalen Vergleich der Frauenrepräsentation in den Parlamenten belegt die Bundesrepublik Deutschland einen Mittelplatz; der Abstand zu den nordeuropäischen Staaten und zu den Nachbarstaaten Belgien und Niederlanden ist nicht sehr groß.

Frauenanteil im Deutschen Bundestag

Fraktion	CDU/CSU		SPD		FDP		Bündnis 90/ Die Grünen		Linkspartei. PDS		Frauenanteil insgesamt	
	Absolut	%	Absolut	%	Absolut	%	Absolut	%	Absolut	%	Absolut	%
1990	44	13,8	65	27,2	16	20,3	3	37,5	8	47,1	136	20,5
1994	41	13,9	85	33,7	8	17,0	29	59,2	13	43,3	176	26,2
1998	45	18,4	105	35,2	9	20,9	27	57,4	21	58,3	207	30,9
2002	55	22,2	95	37,8	12	25,5	32	58,2	2	100	194	32,2
2005	46	20,3	79	35,6	15	24,6	29	56,9	25	46,3	194	31,6

Quellen: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994 bis 2003, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005 und Website des Deutschen Bundestages: www.bundestag.de.

Frauen in den nationalen Parlamenten

Platz	Staat	Parlament			
		Wahltermin	Abgeordnete	davon Frauen	Frauanteil in Prozent
1	Ruanda	09 2003	80	39	48.8
2	Schweden	09 2002	349	158	45.3
3	Costa Rica	02 2006	57	22	38.6
4	Norwegen	09 2005	169	64	37.9
5	Finnland	03 2003	200	75	37.5
6	Dänemark	02 2005	179	66	36.9
7	Niederlande	01 2003	150	55	36.7
8	Cuba	01 2003	609	219	36.0
"	Spanien	03 2004	350	126	36.0
9	Argentinien	10 2005	257	90	35.0
10	Mozambique	12 2004	250	87	34.8
11	Belgien	05 2003	150	52	34.7
12	Österreich	11 2002	183	62	33.9
13	Island	05 2003	63	21	33.3
14	Südafrika	04 2004	400	131	32.8
15	Neuseeland	09 2005	121	39	32.2
16	Deutschland	09 2005	614	194	31.6
17	Guyana	03 2001	65	20	30.8
18	Burundi	07 2005	118	36	30.5
19	Tansania	12 2005	319	97	30.4
20	Seychellen	12 2002	34	10	29.4
31	Schweiz	10 2003	200	50	25.0
42	Portugal	02 2005	230	49	21.3
47	Poland	09 2005	460	94	20.4
51	Großbritannien	05 2005	646	127	19.7
67	United States of America	11 2004	435	66	15.2
123	Turkey	11 2002	550	24	4.4
124	Iran (Islamic Rep. of)	02 2004	290	12	4.1

Quelle: <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm>, Stand Nov. 2006.

SPD, CDU, CSU und Linkspartei.PDS, dazu Christian Ströbele von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin-Kreuzberg gewannen Direktmandate bei den Bundestagswahlen 2005. In Sachsen-Anhalt hat die SPD 2002 und 2005 alle Direktmandate bei den Bundestagswahlen gewonnen. Die SPD wiederholte 2005 ihren Wahlerfolg von 2002 und gewann alle 10 Direktmandate, wenngleich der Vorsprung in verschiedenen Wahlkreisen erheblich knapper ausfiel als 2002 und vor allem als 1998. Nach den Zweitstimmen hätten der SPD sechs Mandate in Sachsen-Anhalt zugestanden. Das Wahlergebnis sorgte dafür, dass die SPD in Sachsen-Anhalt vier ihrer insgesamt neun Überhangmandate errang und auf Bundesebene fast mit der CDU gleichzog. Im Bundestag bzw. in der Bundesspitze der Parteien sind Politikerinnen aus Sachsen-Anhalt durchaus prominent vertreten:

Prominente Bundespolitiker und –politikerinnen aus Sachsen-Anhalt 2006

Cornelia Pieper MdB (FDP): stellvertretende Bundesvorsitzende (war FDP-Generalsekretärin 2001-2005), Landesvorsitzende der FDP

Undine Kurth MdB (Bündnis 90/Die Grünen): Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion, Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen

Ulrich Kasparick MdB (SPD): Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium

Jens Bullerjahn MdL (SPD): stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender, Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt, Vorsitzender des Forums Ostdeutschland der SPD

Klaas Hübner MdB (SPD): Sprecher des Seeheimer Kreises

Dr. Christoph Bergner MdB (CDU): Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern

6.6.1. Kandidatenauswahl: Direktkandidaten

Einen innerparteilichen Wettbewerb um die Direktkandidatur gibt es nur bei Parteien, die eine realistische Chance auf ein Direktmandat haben.¹⁶⁵ Kleinere Parteien sind in der Regel froh, dass sie jemanden finden, der mit hohem persönlichem – d.h. auch finanziellem - Einsatz die „Ehrenkandidatur“ auf sich nimmt. Gute Erststimmen-Ergebnisse sind in allen Parteien ein wichtiger Gradmesser für die Qualität des Wahlkampfes vor Ort und damit für spätere innerparteiliche Ämter bzw. für kommende Kandidaturen. Bei den Direktkandidaturen sind Frauen stark unterrepräsentiert.

Wahlkreis (Wk) 66 Altmark: Zur Wahl standen sieben Direktkandidaten. Nur die Linkspartei.PDS hatte mit Katrin Kunert eine Frau zur Direktkandidatin gewählt, die dann über Platz 3 auf der Landesliste in den Bundestag einzog. Das Direktmandat gewann Marko Mühlstein (SPD), ganz knapp mit 2,1 Prozent Vorsprung vor Dr. Hans-Heinrich Jordan (CDU), der ebenfalls über die Landesliste in den Bundestag einzog.

Wk 67 Elbe-Havel-Gebiet: Mit der Erststimme konnten sich die Wähler zwischen sieben Kandidaten entscheiden, darunter mit Waltraud Wolff (SPD) und Andrea Remus (FDP) zwei Frauen. Frau Wolff gewann den Wahlkreis. Sie hatte sich u.a. in der Auseinandersetzung um die Hartz IV-Gesetze profiliert. Sie wurde wegen ihres Widerstandes gegen die politische Linie der Bundesregierung als stv. Sprecherin der SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag abgewählt. Dagegen hatten über 300 Parteimitglieder mit ihrer Unterschrift protestiert.¹⁶⁶

Wk 68 Harz: Zur Wahl standen sechs Direktkandidaten, darunter eine Frau, und zwar mit Undine Kurth MdB die heutige Parlamentarische Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Den Wahlkreis gewann Andreas Steppuhn (SPD). Bei Undine Kurth „zog“ Platz 1 auf der Landesliste.

Wk 69 Landeshauptstadt Magdeburg: Zur Wahl standen sieben Kandidaten. Keine Partei hatte eine Frau zum Direktkandidaten nominiert. Gewählt wurde erneut der „Titelverteidiger“, Dr. Uwe Küster MdB (SPD), langjähriger Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. Bernd Heynemann (CDU) zog über die Landesliste in den Bundestag ein.

Wk 70 Börde: Acht Direktkandidaten wurden von den Parteien aufgestellt, darunter mit Dr. Rosemarie Hein MdL die langjährige PDS-Landesvorsitzende. Gewählt wurde Ulrich Kasparick MdB, heute Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium.

Wk 71 Anhalt: Neun Direktkandidaten standen auf dem Wahlzettel im Wahlkreis 71 Anhalt. Mit Heidemarie Ehlers hatte die Linkspartei.PDS und mit Iris Bruna hatten Bündnis 90/Die Grünen jeweils eine Frau aufgestellt. Gewählt wurde Engelbert Wistuba MdB (SPD). Ulrich Petzold (CDU) zog über Platz 4 der Landesliste in den Bundestag ein.

¹⁶⁵ In Magdeburg gewann der langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Uwe Küster 2005 die „Vorentscheidung“ bei den SPD-Delegierten der Landeshauptstadt erst im zweiten Wahlgang gegen den stv. Fraktionsvorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Burkhard Lischka, mit einer Stimme Vorsprung. Dr. Küster gewann dann mit großem Vorsprung das Direktmandat im Wahlkreis 69 (Magdeburg). Große Aufmerksamkeit wurde dem CDU-internen Wettbewerb um ... (Beckmann-Dirkes).

¹⁶⁶ Vgl. Heinz-Josef Sprengkamp: Montagsdemonstrationen. Keimzelle einer neuen sozialen Bewegung?, in: Praxis Politik 2/2005, S. 44.

Wk 72 Bernburg – Bitterfeld – Saalkreis: Klaas Hübner hieß der Wahlsieger im Wahlkreis 72, u.a. gegen die Mitbewerberinnen Inés Brock (Bündnis 90/Die Grünen, Landesvorsitzende), Carola Holz (NPD) und Ina Korntreff (MLPD). Jan Korte kam über Platz 2 auf der Landesliste der Linkspartei.PDS in den Bundestag.

Wk 73 Halle: Der Wahlkreis 73 war am prominentesten besetzt, denn es kandidierten gleich vier Bundestagsabgeordnete, Christel Riemann-Hanewinkel, damals Parlamentarische Staatssekretärin, Dr. Christoph Bergner (CDU, Ministerpräsident am Ende der 1. Legislatur, dann Oppositionsführer im Landtag von Sachsen-Anhalt), Cornelia Pieper (FDP, damals noch Generalsekretärin der FDP, heute stv. Bundesvorsitzende) und Dr. Petra Sitte MdL, langjährige PDS-Fraktionsvorsitzende im Landtag,. Da zusätzlich auch die NPD mit Andrea Machleid eine Frau als Direktkandidatin aufstellte, betrug der Frauenanteil unter den Direktkandidaten 50 Prozent.

Als Direktkandidat wurde Christel Riemann-Hanewinkel gewählt, die auch auf Platz 1 der Landesliste platziert war. Über Platz 1 der Landesliste zogen jeweils Dr. Christoph Bergner, Dr. Petra Sitte und Cornelia Pieper in den Bundestag ein.

Wk 74 Burgenlandkreis: Sieben Direktkandidaten: Hier kandidierte keine Frau. Den Wahlkreis gewann Maik Raichel (SPD). Für Roland Claus (Linkspartei.PDS) reichte Platz 4 auf der Landesliste zum Einzug in den Bundestag.

Wk 75 Mansfelder Land: Mit Silvia Schmidt MdB gewann eine Frau den Wahlkreis gegen sechs Mitbewerber, unter ihnen zwei Frauen. Uda Heller MdB, die für die CDU antrat, erhielt 4,7% weniger Erststimmen als Silvia Schmidt und zog über Platz 2 auf der Landesliste in den Bundestag ein.

Kandidatenauswahl bei der Bundestagswahl 2005 in den zehn Wahlkreisen des Landes Sachsen-Anhalt (Erststimme)

Partei	Direktkandidaten	Männer	Frauen	Frauenanteil bei Direktkandidaten in Prozent	MdBs aus Sachsen-Anhalt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
SPD	10	7	3	30	10	3	30
CDU	10	9	1	10	5	1	20
Die Linke	10	6	4	40	5	3	60
FDP	10	8	2	20	2	1	50
Bündnis 90/ Die Grünen	10	7	3	30	1	1	100
NPD	10	7	3	30	-	-	-
Offensive D	6	6	0	0	-	-	-
MLPD	4	3	1	25	-	-	-
PBC	1	1	0	0	-	-	-
Einzelbewerber	4	4	0	0	-	-	-
Gesamt	75	58	17	22,7	23	9	39,1

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Hrsg.: Wahl zum 16. Deutschen Bundestag in Sachsen-Anhalt am 18. September 2005. Endgültige Ergebnisse, Halle 2005, S. 9.

Hinweis: Alle SPD-Direktkandidaten in Sachsen-Anhalt wurden direkt gewählt, alle anderen Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt kamen über die Landesliste ins Parlament.

**Kandidatenauswahl bei der Bundestagswahl 2005 in Deutschland insgesamt
(Direktkandidaten)**

Partei	Direktkandidaten	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
SPD	299	104	34,8
CDU	254	46	18,1
CSU	45	7	15,5
Die Linke	290	66	22,8
FDP	299	53	17,7
Grüne	297	100	33,7
NPD	295	19	6,4
Die Frauen	1	1	100
andere	282	45	15,9
insgesamt	2 062	441	21,4

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Hrsg.: Wahl zum 16. Deutschen Bundestag in Sachsen-Anhalt am 18. September 2005. Endgültige Ergebnisse, Halle 2005, S. 10.

6.6.2. Kandidatenauswahl: Landesliste

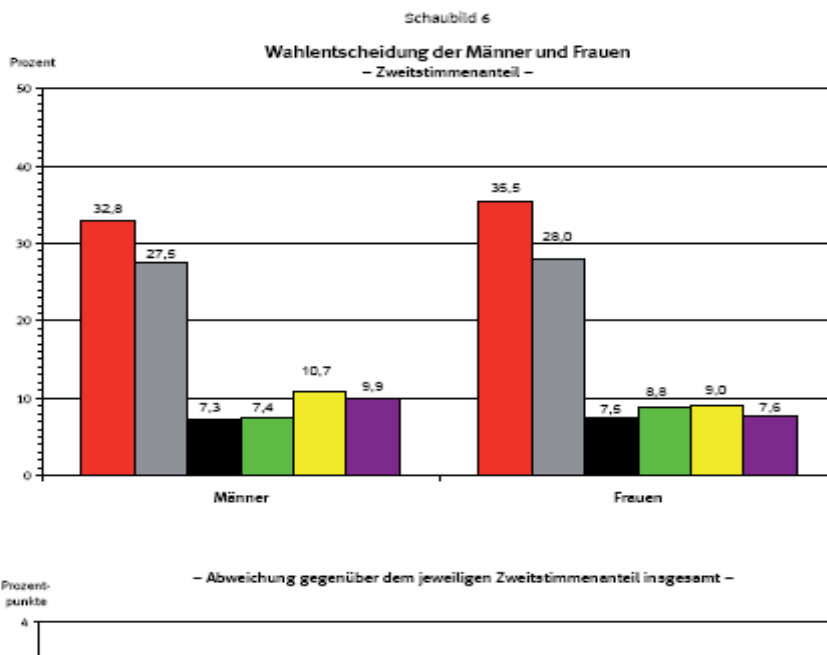
Die ersten 10 Plätze auf den Landeslisten der Parteien in Sachsen-Anhalt zur Bundestagswahl 2005

	SPD	CDU	Linkspartei. PDS	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	NPD
Landes- liste	1. Christel Riemann-Hanewinkel 2. Klaas Hübner 3. Waltraud Wolff 4. Ulrich Kasparick 5. Marko Mühlstein 6. Engelbert Wistuba 7. Silvia Schmidt 8. Andreas Steppuhn 9. Katja Pähle 10. Dr. Uwe Küster	1. Dr. Christoph Bergner 2. Uda Heller 3. Bernd Heynemann 4. Ulrich Petzold 5. Hans-Heinrich Jordan 6. Markus Gorges 7. Dieter Stier 8. Norbert Beckmann-Dierkes 9. Thomas Wachtmann 10. Martin Warlies	1. Dr. Petra Sitte 2. Jan Korte 3. Katrin Kunert 4. Roland Claus 5. Elke Reinke 6. Veit Kuhr 7. Dr. Rosemarie Hein 8. Dr. Uwe-Jens Rössel 9. Heidemarie Ehlert 10. Hans-Werner Brüning	1. Cornelia Pieper 2. Jens Ackermann 3. Holger Franke 4. Carl-Stefan Wentzel 5. Andrea Remus 6. Hans-Dieter Walter 7. Jens-Uwe Droese	1. Undine Kurth 2. Dietmar Wehrich 3. Inés Brock 4. Ernst-Paul Dörfler 5. Sebastian Striegel 6. Gunter Walther	1. Ingmar Knop 2. Andreas Karl 3. Andreas Kittner 4. Carola Holz 5. Steffen Hartmann 6. Volkmar Neugebauer 7. Judith Rothe 8. Andrea Machleid 9. Lutz Battke 10. Henry Kurt Lippold
Frauenanteil	40%	10%	50%	28,6%	33,3%	30%

Quelle: Bundeswahlleiter (www.bundeswahlleiter.de) und Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (www.stala.sachsen-anhalt.de). Die Auflistung konzentriert sich auf diejenigen Parteien, die in allen 10 Bundestagswahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt hatten. Die FDP und Bündnis 90/Die Grünen vergaben nur die ersten 7 bzw. 6 Plätze auf ihren Landeslisten.



Pressegespräch am 2. Februar 2006 in Berlin
„Wahl zum 16. Deutschen Bundestag –
Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik“



6.6.4. Wahlziele der Parteien und Wahlergebnisse bei der Bundestagswahl 2005 in Sachsen-Anhalt aus der Perspektive der Frauenpartizipation

Der Anteil der Frauen unter den Direktkandidaten lag bei der Bundestagswahl etwas über dem Bundesdurchschnitt. Den höchsten Frauenanteil verzeichneten Linkspartei.PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, also die Parteien, die auch auf der rechten Spalte des Wahlzettels (Parteiliste) über Quoten einen hohen Frauenanteil gewährleisten. Besonders niedrig war der Frauenanteil unter den NPD-Kandidaten.

Auch bei den Parteien mit paritätischer Quotierung werden bei den Direktmandaten, die nicht quotiert sind, die „Listenquoten“ nicht erreicht. Immerhin: Bei allen im Bundestag vertretenen Parteien sind Frauen auf den ersten bzw. auf vorderen Listenplätzen platziert. Der Frauenanteil bei den Mitgliedern des Bundestages, die aus Sachsen-Anhalt kommen, ist hoch (über 39%).

CDU: Die CDU stellte mit **Angela Merkel erstmals eine Frau als Spitzenkandidatin** auf. Die Partei wollte zusammen mit der CSU die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag werden und zusammen mit der FDP eine Regierungskoalition bilden.

Nur eine der zehn Direktkandidaten war ein Frau und nur einer der zehn ersten Plätze auf der Landesliste wurde durch eine Frau belegt: Uda Heller, prominent abgesichert auf **Platz 2 der Landesliste**, zog wieder in den Bundestag ein. Sie ist ...

Der Frauenanteil in der Bundestagsfraktion von CDU/CSU beträgt 20.3%, er unterschreitet damit den Frauenanteil in der Mitgliedschaft

CDU und CSU erzielten bei den Männern mit 34,8% zwei Prozentpunkte mehr als die SPD. Das beste Zweitstimmenergebnis hatten die Unionsparteien mit 43,8% bei den über 60-jährigen Frauen, das schlechteste bei den Männern der jüngsten Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren (26,3%). Das

beste Erststimmenergebnis wurde mit 49,0% bei den über 60-jährigen Männern erreicht, das schlechteste bei den Frauen zwischen 18 und 24 Jahren (31,3%).

SPD: Die SPD wollte ihren Spitzenkandidaten, **Bundeskanzler Gerhard Schröder**, im Amt bestätigt sehen. Sie zog ohne Koalitionsaussage in die Bundestagswahl. Die SPD erzielte ein besseres Ergebnis als erwartet, vor allem bedingt durch vier Überhangmandate aus Sachsen-Anhalt, wo die Partei **alle Direktmandate gewann, drei davon durch Frauen. Mit Christel Riemann-Hanewinkel war zudem eine Frau auf Platz 1 der Landesliste nominiert, hinzu kamen weitere drei Frauen unter den ersten zehn Plätzen der Landesliste.** Die Partei verzeichnet **bundesweit den höchsten Anteil von Frauen bei den Direktkandidaturen (34,8%)**. In Sachsen-Anhalt hat nur die Linkspartei.PDS eine Direktkandidatin mehr aufzuweisen. Der Frauenanteil in der SPD-Bundestagsfraktion beträgt 35,6%, erreicht nicht ganz die 40%-Quote, übertrifft aber den Frauenanteil in der Mitgliedschaft.

Bei den Frauen lag die SPD mit 35,5% gleichauf mit den Unionsparteien. Die SPD erreichte – wie bei der Bundestagswahl 2002 – wieder ihr bestes Zweitstimmenergebnis bei den weiblichen Jungwählern zwischen 18 und 24 Jahren, und zwar mit 38,5%; ihr schlechtestes bei den Männern der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren (30,7%). Das beste Erststimmenergebnis erzielte die SPD mit 42,8% ebenfalls bei den Jungwählerinnen zwischen 18 und 24 Jahren, ihr schlechtestes bei den Männern zwischen 25 und 34 Jahren sowie bei den über 60-jährigen Männern (jeweils 35,5%).

Linkspartei.PDS: Die Linkspartei.PDS setzte auf die Karte Opposition und die „Listengemeinschaft“ mit der WASG; sie zog mit dem „**Spitzenduo**“ **Gregor Gysi und Oskar Lafontaine** in den Bundestagswahlkampf. **Vier der zehn Direktkandidaten in Sachsen-Anhalt waren Frauen**, drei davon zogen über die Liste in den Bundestag ein. **Petra Sitte, die Nr. 1 auf der Landesliste** kann auf langjährige politische Erfahrungen als Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt zurückblicken.

Der **Frauenanteil in der Bundestagsfraktion „Die Linke“ beträgt 46,3%** und spiegelt den hohen Frauenanteil in der Mitgliedschaft wider.

Noch stärker als bei den Landtagswahlen 2006 zeigte sich bei der Linkspartei.PDS ein geschlechtsspezifisches Wahlverhalten, denn während die Partei von fast 10 Prozent der Männer gewählt wurden, gaben ihr nur 7,6 Prozent der Frauen ihre Zweitstimme.

FDP: Die FDP wollte mit **Spitzenkandidat Guido Westerwelle** in eine CDU-geführte Bundesregierung eintreten. In Sachsen-Anhalt besetzte die Landesvorsitzende **Cornelia Pieper Platz 1 der Landesliste** und stellte insgesamt **zwei Direktkandidatinnen** auf. Die Landesliste umfasste sieben Positionen, von denen zwei von Frauen besetzt wurden. Durch das Landeswahlergebnis von 8,0 Prozent zogen zwei FDP-Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt in den Bundestag ein, Cornelia Pieper und Jens Ackermann.

Der **Frauenanteil in der FDP Bundestagsfraktion** ist etwas höher als in der Mitgliedschaft: Er beträgt **24,6%**.

Bei den Zweitstimmen verzeichnete die FDP einen klaren „Männerüberhang“, denn 10,7% der Männer, aber nur 9,0% gaben der Partei ihre Zweitstimme.

Bündnis 90/Grüne: Die Bündnisgrünen, sonst streng an der Geschlechterparität orientiert, hatten diesmal mit Joschka Fischer den Bundesaußenminister und „heimlichen Parteichef“ als Spitzenkandidaten ausgerufen. In Sachsen-Anhalt gewann **Undine Kurth Platz 1 der Landesliste**, der dann auch zum Wiedereinzug in den Bundestag berechtigte. **Drei von zehn Direktkandidaten** der Partei in Sachsen-Anhalt waren Frauen.

Der Frauenanteil in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen beträgt 56,9%, das ist der höchste Frauenanteil im Vergleich der Fraktionen im Bundestag.

Bündnis 90/Die Grünen verzeichnen ebenfalls ein geschlechtsspezifisches Wahlverhalten unter ihren Anhängern: Sie wurden von 8,8% der Frauen und 7,4% der Männer gewählt (Zweitstimme).

Die Europäische Union ist der Gleichstellung von Mann und Frau besonders verpflichtet. In der Grundrechtecharta der Europäischen Union heißt es in Artikel 23, Abs. 1: „Die Gleichheit von Frauen und Männern ist in allen Bereichen, einschließlich der Beschäftigung, der Arbeit und des Arbeitsentgelts, sicherzustellen.“ Das Europäische Parlament hat einen eigenen Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter.

Die Deutschen sind mit der europäischen Demokratie unzufriedener als der europaweite Durchschnitt.¹⁶⁷ „Ich glaube nicht, dass Europa Desinteresse bei den Bürgern auslöst. Doch gelegentliche Erscheinungen der europäischen Politik rufen Desinteresse und sogar entschiedene Ablehnung hervor. Dazu mag beitragen, dass Dinge, die bei uns vermurkst werden, gerne Europa angelastet werden, wie beim bürokratischen Antidiskriminierungsgesetz.“ (Guido Westerwelle). Besonders niedrig – ja sogar so niedrig, wie in keinem anderen Land - ist die Zustimmung zu Europa in Ostdeutschland. Nur 24% der Ostdeutschen und 37% der Westdeutschen haben das Gefühl, dass ihre Stimme in Europa zählt.¹⁶⁸ Entsprechend gering ist die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen, die in Sachsen-Anhalt 2004 auf den historischen Tiefpunkt von 42,0% der Wahlberechtigung fiel (1999: 49,5%).¹⁶⁹ Die „Parallel-Plakatierung“ von Europa- und Kommunalwahlkandidaten ist durchaus problematisch zu sehen. An Wahlkampfständen etwa wurde z.B. häufiger nach der „Magdeburger Kandidatin Silvana Koch-Mehrin“ gefragt – dabei war dies die auf Groß- und auf Kleinplakaten präsentierte Spitzenkandidatin der FDP bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Frauen als Spitzenkandidatinnen gingen auch für Bündnis 90/Die Grünen und für die Linkspartei.PDS ins Rennen.

Frauen im Europäischen Parlament (2006), die in Deutschland gewählt wurden

Partei	Wahlergebnis in Prozent	Abgeordnete im Europäischen Parlament	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
CDU	36,5	40	8	20,0
CSU	8,0	9	3	33,3
SPD	21,5	23	9	39,1
Bündnis90/Grüne	6,1	7	4	57,1
Linkspartei.PDS	11,9	13	7	53,8
FDP	6,1	7	1	14,3

Bewerber bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in Deutschland 2004

Partei	Zahl der Bewerber	Darunter Frauen	Frauenanteil in Prozent	Frauen als MdEP
CDU	171	57	21,1	8
CSU	39	14	35,6	3
SPD	97	36	37,1	9
Bündnis90/Grüne	25	13	52,0	7
Linkspartei.PDS	14	7	50,0	4
FDP	167	35	20,9	1

Quelle: Pressemitteilung des Bundeswahlleiters vom 6.5.2004.

Aus der Sicht von Sachsen-Anhalt bleibt festzuhalten, dass nur Ulrich Stockmann von der SPD und CDU-Listenfürer Schnellhardt nach der Europawahl ein ins Europäische Parlament einzogen. Auf der Landesliste für das Land Sachsen-Anhalt (fünf Bewerber) kandidierten Frauen auf Platz 2 (Alexandra Mehnert) und Platz 3 (Eva-Maria Wybrands MdL), allerdings „zog“ nur der Spitzenplatz auf der Landesliste. Die Bundesliste der SPD verzeichnet vier Frauen unter den ersten zehn Listenplätzen; insgesamt zogen sogar neun Frauen über die SPD-Liste in das Europäische Parlament ein. Noch höher noch lag der prozentuale Frauenanteil bei Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei.PDS, die die Wahllisten alternierend und jeweils mit einer Spitzenkandidatin besetzt hatten. Auch die FDP stellte eine Frau auf Platz 1 der Bundesliste, die nächsten Kandidatinnen auf der Bundesliste rangierten jedoch erst auf Rang 11, 13 und 31 – chancenlose Plätze, da nur die ersten sieben Kandidaten auf der Liste bei der FDP den Einzug in das Europäische Parlament schafften.¹⁷⁰

¹⁶⁷ Dazu Guido Westerwelle, FDP-Vorsitzender und Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion: „Ich glaube nicht, dass Europa Desinteresse bei den Bürgern auslöst. Doch gelegentliche Erscheinungen der europäischen Politik rufen Desinteresse und sogar entschiedene Ablehnung hervor. Dazu mag beitragen, dass Dinge, die bei uns vermurkst werden, gerne Europa angelastet werden, wie beim bürokratischen Antidiskriminierungsgesetz.“, Interview in der Frankfurter Rundschau, 15.1.2007.

¹⁶⁸ Eurobarometer 2006, siehe http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_de_nat.pdf

¹⁶⁹ Vgl.

http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/europawahl2004/ergebnisse/landesergebnisse/le_tabelle_15.html

¹⁷⁰ Daten zusammengestellt auf der Grundlage der Website des Bundeswahlleiters

http://www.bundeswahlleiter.de/europawahl2004/wahlbewerber/wahlbewerber_index.html.

7. Frauen in der Kommunalpolitik – dargestellt am Beispiel der Landeshauptstadt Magdeburg

7.1 Frauen im Rat

In der Kommunalpolitik „kann die Doppel- und Dreifachbelastung von Familie, Beruf und politischem Einsatz am ehesten gelingen. Auch ist hier der Erfolg direkt messbar und sichtbarer als in den Länderparlamenten oder dem Bundestag.“¹⁷¹ Aber dort, wo Daten zur Repräsentation von Frauen in öffentlichen Ämtern auf kommunaler Ebene vorliegen, sind sie wenig erfreulich für diejenigen, die sich Gleichberechtigung der Geschlechter auf ihre Fahnen geschrieben haben. Das gilt beileibe nicht nur für Sachsen-Anhalt (siehe oben Kapitel 6.3 bis 6.5): "Keine einzige Frau ist (2004, die Verf.) unter 19 hessischen Landräten, bei den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern beträgt der Frauenanteil lediglich elf Prozent. Unter den Dezernenten in den Städten sind 23 Prozent Frauen, bei hauptamtlichen Kreisbeigeordneten 17 Prozent, bei den ehrenamtlichen 31 Prozent." Nicht besser sieht es aus bei Magistraten und Gemeindevorständen: hier sind es nur 15 Prozent Frauen.¹⁷² In Bayern stellten nach Angaben des Statistischen Landesamtes 2002 Frauen bei den Bezirksräten 29,4 Prozent, bei den Stadträten 32,2 Prozent, bei den Kreisräten 22,3 Prozent und bei den Gemeinderäten 16,4 Prozent der Mandatsträger. Und in Brandenburg waren Frauen in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen nach den Kommunalwahlen am 26.10.2003 mit 209 von 936 Mandatsträgern vertreten (22,3 Prozent). Insgesamt gilt: Je größer die Gemeinde / Stadt, desto höher der Anteil der Frauen an Ratsmitgliedern.

Frauenanteil an Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern in Deutschland 2002 (absolut und in %)

Gemeindegroße	insgesamt	darunter Frauen	Frauenanteil in %
1.000.000 und mehr	342	118	34,5
500.000 bis 1.000.000	732	262	35,8
200.000 bis 500.000	1.526	487	31,9
100.000 bis 200.000	2.010	654	32,5
50.000 bis 100.000	4.291	1.193	27,8
20.000 bis 50.000	14.960	3.593	24,0
10.000 bis 20.000	19.485	4.149	21,3
insgesamt	43.346	10.456	24,1

Quelle: Deutscher Städtetag 2002: 95

Frauenanteil an Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern nach Parteien in Deutschland 2002 (in %)

	Grüne	PDS	SPD	CDU/CSU	Sonstige	FDP	Wählergruppen
100.000 und mehr	49,9	40,3	39,2	26,7	18,9	27,4	23,4
50.000 bis 100.000	42,6	35,8	32,3	24,9	21,2	17,5	20,4
20.000 bis 50.000	37,4	36,6	28,5	21,0	21,0	16,1	17,5
10.000 bis 20.000	38,5	35,0	24,7	18,3	17,1	18,2	17,1
insgesamt	40,6	36,7	28,5	20,7	18,9	18,5	17,7

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg verzeichnet, dass die Zahl der Gemeinden, in deren Gemeinderäten überhaupt keine Frauen vertreten sind seit 1989 stetig zurückgegangen ist. Gegenwärtig, nach den Kommunalwahlen 2004, sind dies immerhin noch 54 von 1.100 Kommunen

¹⁷¹ So Ina Lenke, MdL 1990-1994, MdB seit 1998, in: Landtag Niedersachsen: Frauen im Parlament. Zur Erinnerung an die erste Rede einer Abgeordneten vor einem deutschen Parlament am 19. Februar 1919, Hannover 1999, S. 30.

¹⁷² Zahlen von 2004, präsentiert auf einer Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft der hessischen Frauenbüros 2004 von Andrea Soboth und Caroline Seifert, siehe:

<http://www.wetteraukreis.de/pressestelle2004/themen/allgemein/hfb.htm>

Gemeinderäte ohne Frauen in Baden-Württemberg 1989 bis 2004 (absolut)

Jahr	1989	1994	1999	2004
Gemeinderäte ohne Frauen	174	84	72	54

Quelle: AKTIV 27, 1/2005: 11, Statistisches Landesamt Baden Württemberg

In Bayern stellen 2002 Frauen bei den Bezirksräten 29,4 Prozent, bei den Stadträten 32,2 Prozent, bei den Kreisräten 22,3 Prozent und bei den Gemeinderäten 16,4 Prozent. Hier bestätigt sich noch einmal, dass in kleineren Gemeinden der Frauenanteil an den Kommunalparlamenten geringer ist als in größeren (Statistisches Landesamt Bayern: 2002).

Für Brandenburg liegen Zahlen zu den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen nach den Kommunalwahlen am 26.10.2003 vor: hier waren 209 von 936 Abgeordneten weiblich, das entspricht einem Anteil von 22,3 Prozent.

In den ostdeutschen Kommunen lag der Anteil von Frauen unter den lokalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in den 80er-Jahren ungefähr bei 40 Prozent (Geißel/Sauer 2001: 6). Die Daten, die die Autorinnen für die ostdeutschen Bundesländer Ende der 90er-Jahre zusammengetragen haben, bewegen sich ausnahmslos auf dem weit niedrigeren Westniveau (Geißel/Sauer 2001: 7 f.)^[162] So gab es in Thüringen in den 90er-Jahren in den Stadträten nur ca. 20 Prozent Frauen (ebd.). Angesichts der relativen Einflusslosigkeit der Gemeindeparlamente in der DDR entspricht dem Verlust von Mandaten allerdings kaum ein Verlust von Einfluss (Hampele). Die Entwicklung des Anteils von weiblichen Abgeordneten in deutschen Länderparlamenten zeigt eine vergleichbar sprunghafte Entwicklung wie die im deutschen Bundestag. Sah es Mitte der 90er-Jahre so aus, als wären Frauen in Berlin und in den östlichen Bundesländern besser in den Landtagen repräsentiert als in den westlichen, so zeigt die folgende Abbildung, dass sich der Frauenanteil nun in ganz Deutschland auf durchschnittlich 33 Prozent beläuft. Es gibt also momentan keine Unterschiede im Frauenanteil zwischen den Länderparlamenten und dem Bundestag.

Frauenanteil im Magdeburger Stadtrat 2004

Wahlvorschlag	Sitze im Stadtrat	Frauen	Frauenanteil in Prozent
CDU	14	0	0,0
PDS	17	4	23,5
SPD	13	2	15,4
FDP	4	1	25,8
Bündnis90/Die Grünen	4	0	0
Future! Die Jugendpartei	2	0	0
Bfm	1	0	0
Tierschutzpartei	1	1	100,00
gesamt	56	8	14,3

Zwischenzeitlich sind zwei Stadträtinnen für die CDU nachgerückt.

7.2. Stadtratsvorsitzende und Kreistagsvorsitzende

Es passt zum Wahlergebnis bei den Kommunalwahlen 2004 in Magdeburg, dass mit Regina Frömert die Kandidatin der Linkspartei.PDS, der stärksten Fraktion im Stadtrat, für das Amt des Stadtratsvorsitzenden in zwei Wahlgängen durchfiel. Mit Jens Ansorge (CDU) und seinen Stellvertretern Dr. Jürgen Hildebrand (Linkspartei.PDS) und Martin Danicke (SPD) wurden auch hier Männer in ein wichtiges Amt hinein gewählt, deren Inhaber die Sitzungsleitung und Repräsentationspflichten übernehmen.

Auch was den Vorsitz in den Kreistagen des Landes Sachsen-Anhalt angeht, sind Frauen die Ausnahme. Hervorzuheben ist der Kreistag des Ohrekreis, wo die CDU eine Frau zur Kreistagsvorsitzenden gewählt hat und wo zugleich eine Fraktionsvorsitzende amtiert. Besonders gering ist der Frauenanteil unter den Kandidaten zur Landratswahl. Für dieses einflussreiche Amt

kandidierten bei der letzten Direktwahl insgesamt 101 Personen, darunter nur 13 Frauen. Die Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten in den einzelnen Landkreise schwankt zwischen drei und elf; in der Regel stellen nur die großen Parteien (CDU, SPD und Linkspartei.PDS) in jedem Wahlkreis einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin auf.

7.3. Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Fraktionsvorsitzende sind auch in den größten Städten des Landes keine hauptberuflichen Politiker.¹⁷³ Bei ihnen laufen viele politische Fäden zusammen, nicht nur im Bereich der engeren Stadtratsarbeit, wo die Unterschrift des Fraktionsvorsitzenden viele Anträge „ziert“, sondern auch in der alltäglichen Parteiarbeit. Sie sind in der Regel – das lässt sich am Beispiel des Magdeburger Linkspartei.PDS-Fraktionsvorsitzenden Hans-Werner Brüning zeigen – langjährig im Amt und zusätzlich „geborene“ Kandidaten für „höhere“ Ämter. Das gilt in abgeschwächter Form auch für das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. In Magdeburg ist in der 5. Legislatur keine Frau in das Amt der Fraktionsvorsitzenden gewählt worden.

Politische Ämter und Kandidaturen von Fraktionsvorsitzenden im Magdeburger Stadtrat

Fraktion	Fraktionsvorsitzender 2006	Weitere Ämter und Funktionen des Fraktionsvorsitzenden	Oberbürgermeisterwahl 2001	Landtagswahl 2002	Bundestagswahl 2002	Bundestagswahl 2005	Landtagswahl 2006
CDU	Reinhard Stern		OB-Kandidat	-	-	-	-
Linkspartei. PDS	Hans-Werner Brüning	Mitherausgeber und Redakteur der Wochenzeitung der Linkspartei.PDS	OB-Kandidat	Direktkandidat	Direktkandidat	Direktkandidat	-
SPD ¹⁷⁴	Rainer Löhr		-	-	-	-	-
FDP	Holger Franke	Stv. FDP-Kreisvorsitzender, stv. Vorsitzender des FDP-Ortsverbandes Nord	-	Direktkandidat	Direktkandidat	Direktkandidat	-
Bündnis 90/Grüne	Alfred Westphal		-	Direktkandidat	-	-	Direktkandidat

¹⁷³ Es gibt Ausnahmen, z.B. Hans-Werner Brüning, Stadtrat mit dem besten Stimmenergebnis aller Kandidatinnen und Kandidaten bei der Kommunalwahl 2004 in Magdeburg, ist hauptamtlicher Regionalmitarbeiter der Linkspartei.PDS.

¹⁷⁴ Bei der SPD avancierte der stv. Fraktionsvorsitzende Burkhard Lischka (Geschäftsführer der Notarkammer) 2006 zum Staatssekretär im Justizministerium des Landes Sachsen-Anhalt. Fraktionsgeschäftsführer ... Neumann ging ...

Mit Beate Wübbenhorst hat zumindest die SPD-Fraktion eine Frau zur stv. Fraktionsvorsitzenden gewählt, die auch dem wichtigen Verwaltungsausschuss angehört, der ansonsten die Domäne der Fraktionsvorsitzenden ist.

Ämter und Kandidaturen der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Magdeburger Stadtrat

Fraktion	Amtsinhaber 2006	Weitere Ämter, Funktionen und Kandidaturen des stv. Fraktionsvorsitzenden
CDU	Wigbert Schwenke MdL Gunter Schindehütte	... Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Schule und Sport
Linkspartei .PDS	Oliver Müller Regina Frömert	Direktkandidat bei den Landtagswahlen 2006
SPD ¹⁷⁵	Burkhard Lischka Beate Wübbenhorst	Ersatzkandidatin bei den Landtagswahlen 2002
FDP	Carsten Klein	Fraktionsgeschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion
Bündnis 90/Grüne	Sören Herbst	Direktkandidat bei den Landtagswahlen 2002 und 2006 sowie bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005

7.4. Fraktionsgeschäftsführer – Manager des Stadtrates¹⁷⁶

Die in den größeren Städten von hauptamtlichen Fraktionsgeschäftsführern geleiteten Büros sind wichtige Ansprechpartner für die Bürger (Telefonkontakte, Vorbereitung und Nacharbeit der Bürgersprechstunden der Stadträte durch Anfragen und Anträge im Stadtrat bzw. in den Ausschüssen des Stadtrates). Fraktionsgeschäftsführer sind auch mitentscheidend für die Außendarstellung der Partei während der Legislatur (z.B. durch kontinuierliche Pressearbeit und die Pflege des Internetauftritts der Fraktion). Sie treten jedoch als Autor von Pressemitteilungen in der Regel nicht in Erscheinung, sondern überlassen dies den Ratsmitgliedern.¹⁷⁷ Die Fraktionsgeschäftsführer sind für die alltägliche Arbeit der Stadtratsfraktionen das entscheidende Scharnier. Sie sind als Angestellte der Stadt beschäftigt, werden aber von den Fraktionen eingestellt. Sie wirken vor allem im Hintergrund, verhandeln mit der Stadtverwaltung und den Kollegen der anderen Fraktionen über Anträge und Anfragen, bereiten die wöchentlichen Fraktionssitzungen und weitere Veranstaltungen vor und nach (Protokoll), begleiten bzw. steuern die Pressearbeit der Fraktion und deren Bürgerkontakte (durch auswärtige Fraktionssitzungen, Bürgersprechstunden, Stadtteilrundgänge etc.). In der strategisch wichtigen Funktion der Geschäftsführer, die meist auch an andere Stelle wichtige Parteiämter wahrnehmen, ist der Einfluss der Frauen in der Kommunalpolitik in Magdeburg am höchsten. Sie wirken aber gewissermaßen qua Amt „im Verborgenen“, weil ihre Arbeit von den Ratsmitgliedern, insbesondere den Vorsitzenden der Fraktionen, nach außen „verkauft“ wird.

Geschäftsführer der im Magdeburger Stadtrat vertretenen Fraktionen (Stand: Dezember 2006)

Fraktion im Stadtrat	Fraktionsgeschäftsführer/in	Weitere Ämter und Kandidaturen
CDU	Reinhard Gurcke	
Linkspartei.PDS	Regina Frömert , Stadträtin	Stv. Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS im Magdeburger Stadtrat
SPD	Anja Naumann	
FDP	Dagmar Bremer	Mitglied im FDP-Kreisvorstand, Schriftführerin
Bündnis 90/Grüne	Eva Maria Schulz	Kandidierte auf Platz 7 der Landesliste von Bündnis 90/Die Grünen bei den Landtagswahlen 2006
future! – die jugendpartei	Michael Stage	Kandidierte auf Platz 1 der Landesliste von future! bei den Landtagswahlen 2006
Bund für Magdeburg / Tierschutzpartei	Dieter Geske	
Frauenanteil	57,1% (4 von 7)	

¹⁷⁵ Bei der SPD avancierte der stv. Fraktionsvorsitzende Burkhard Lischka (Geschäftsführer der Notarkammer) 2006 zum Staatssekretär im Justizministerium des Landes Sachsen-Anhalt, behielt sein Amt als Stadtrat aber bei.

¹⁷⁶ Vergleichbar ist diese Stelle mit der der Parlamentarischen Geschäftsführer in Bundestag und Landtag; siehe dazu auch die Studie von Sönke Petersen: Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag – Status, Funktion, Arbeitsweise, Opladen 2000.

7.5. Ausschüsse, sachkundige Bürger, Aufsichtsräte, Gesellschafterversammlungen

Die tatsächliche Beteiligung von Frauen an der Stadtratsarbeit kann man jedoch erst dann vollständig bewerten, wenn man auch einen Blick auf die praktische Arbeit des Stadtrates in den Ausschüssen und in weiteren Gremien wirft. Spiegelt sich hier die mangelnde Parität im Stadtrat insgesamt oder haben die Fraktionen im Stadtrat hier Akzente mit Blick auf mehr Frauenbeteiligung gesetzt?

7.5.1. Ausschussbesetzung

Die Ausschussbesetzung ist Sache der Fraktionen, die – entsprechend den aus der Gemeindeordnung ableitbaren Auszählungs- und Zugriffsregeln – ihre Vertreter im jeweiligen Ausschuss benennen. In den Ausschüssen des Magdeburger Stadtrates, die die Arbeit des Magdeburger Stadtrates vorbereiten und zum Teil – wie der Jugendhilfeausschuss – selbstständig Entscheidungen treffen können, sind Frauen als Vorsitzende bzw. stellvertretende Vorsitzende in den Bereichen Soziales und Kultur eingebunden:

Der Frauenanteil bei den Ausschussmitgliedern liegt in wichtigen Bereichen wie Stadtentwicklung, Bildung, Vergabe, Wirtschaftsförderung oder Energie nur zwischen 10 und 15 Prozent, im Durchschnitt sind Frauen noch weniger repräsentiert als im Stadtrat allgemein. Das gilt im Übrigen auch für die Vertretung des Stadtrates in Aufsichtsräten und Gesellschafterversammlungen.¹⁷⁸

Ausschuss ¹⁷⁹	Vorsitzende	1. Stellvertreter/ in ¹⁸⁰	Anzahl der ord. Mitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr			9	1	11,1
Bildung, Schule und Sport			7	1	14,3
Familie und Gleichstellung	Dagmar Huhn (SPD)	Regina Frömert (Linkspartei.PDS)	7	4	57,1
Kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten		-	7	0	0
Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	Jana Bork (Linkspartei.PD S)	-	7	2	28,6
Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik			7	1	14,3
Umwelt und Energie			7	1	14,3
Betriebsausschuss Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb		Eva Bromberg	9	2	22,2
Betriebsausschuss Stadtgarten und Friedhöfe			8	0	0
Betriebsausschuss Städtische Seniorenwohnanlagen und Pflegeheime	Beate Bröcker ¹⁸¹	Simone Borris	10	5	50
Betriebsausschuss Städtisches Klinikum	Beate Bröcker ¹⁸²	-	8	2	25
Betriebsausschuss Zoo		Eva Bromberg	8	1	12,5
Finanz- und Grundstücksausschuss		Karin Meinecke	9	2	22,2

¹⁷⁸ Vgl. www.magdeburg.de, Bürger und Verwaltung, detaillierte Aufstellung im Bereich Ratsinformationssystem/Stadtrat.

¹⁷⁹ Die Vorsitzenden und 1. Stellvertreter der Betriebsausschüsse und der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses werden von der Verwaltung bestellt.

¹⁸⁰ - = Das Amt des 1. Stellvertreters wurde nicht vergeben.

¹⁸¹ Vorsitzende qua Amt als Beigeordnete für Soziales

¹⁸² Vorsitzende qua Amt als Beigeordnete für Soziales

		(Linkspartei.PDS)			
Gesundheit und Soziales			7	0	0
Kultur	Karin Meinecke (Linkspartei.PDS)		7	1	14,3
Jugendhilfe	Beate Wübbenhorst (SPD)	-	34	17	50
Umlegungsausschuss		-	14	2	14,3
Vergabeausschuss			9	1	11,1
Verwaltungsausschuss			13	1	7,7
Gesamt (19)	6 (31,6%)	5 (35,7%)	187	44	23,5

7.5. Beigeordnete

„Der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt verfügt leider nicht über eine Statistik bezüglich des Frauenanteils bei den kommunalen Hauptverwaltungsbeamten der Städte, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften.“¹⁸³ Aber der Blick auf die größeren Städte des Landes zeigt, dass in kommunalen Spitzenämtern mit besonderer fachlicher Zuständigkeit das Muster gilt: "Je höher der Dienst, desto weniger Frauen".¹⁸⁴ Hier zeigt sich dasselbe Bild wie auf Landesebene. Frauen sind im Sozialressort „zu Hause“ (so in Magdeburg und Halle), die Ressorts Finanzen, Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr sind „Männersache“. Die Parteiloyalisierung der öffentlichen Verwaltung hat dazu geführt, dass die meisten Beigeordneten ein Parteibuch haben.

7.6. Gemeinwesen-Arbeitsgruppen (GWA)

Kommunalpolitik ist nicht nur eine Sache des Stadtrates oder der Ortschaftsräte. Politisches Engagement findet in Magdeburg in zahlreichen Gemeinwesen-Arbeitsgruppen statt, die allerdings z.T. von Parteivertretern geleitet werden (z.B. in Magdeburg Ende 2006 die GWA Stadtfeld durch Stadtrat Canehl, SPD) und GWA Neue Neustadt durch Stadtrat Wolfgang Wähnelt, Bündnis 90/Die Grünen). Die GWA werden von der Stadtverwaltung koordiniert oder zumindest begleitet. Sie sind durchaus unterschiedlich besetzt, neben interessierten Bürgerinnen und Bürgern finden sich hier Vertreter

- der Stadtverwaltung (insbesondere des Stadtplanungsamtes)
- der wichtigsten sozialen und Bildungseinrichtungen (Schule, Hort, Kindertagesstätte)
- der Polizei
- der Fraktionen im Stadtrat

zusammen. Die GWA sind wichtige Ansprechpartner für Anliegen im Stadtteil. Sie verfügen über ein kleines Budget. Teilweise werden hier Probleme aufgeworfen, die dann über den Stadtrat einer Lösung zugeführt werden. Die GWA-Sitzungen finden etwa alle 6-8 Wochen statt. Ähnlich wie bei den sachkundigen Bürgern sind Frauen in den GWA gut vertreten. Kein Wunder: Hier geht es häufig um kleinteilige, konkrete Lösungen im Sinne der Bürger.

7.7. Wahrnehmung partizipativer Möglichkeiten der Gemeindeordnung

Die Erfahrungen der Wendejahre haben in allen neuen Ländern dazu geführt, dass Anfang der 90er-Jahre direktdemokratische Verfahren wie Bürgerbegehren, Bürgerantrag und Bürgerentscheid Eingang fanden in die neuen Kommunalverfassungen und – zusammen mit den Regelungen aus Bayern und Baden-Württemberg - zum Vorbild für viele westdeutsche Länder wurden.

¹⁸³ Mail von Cornelia Boy-Liebenehm, Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt (SGSA), an die Verfasser vom 3.11.2006.

¹⁸⁴ Vgl. dazu die Zahlen bei Brigitte Geißel und Birgit Sauer: Transformationsprozess und Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern. Auswirkungen auf der lokalen politischen Ebene, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39-40/2001.

7.7.1. Bürgerinitiativen

Bürgerinitiativen sind nicht fest institutionalisierte Einrichtungen bürgerschaftlichen Engagements. „Sie sind spontane, häufig zeitlich begrenzte, relativ lose Zusammenschlüsse von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, die sich meist von öffentlichen Planungsvorhaben, Entscheidungen oder anderen Maßnahmen der Verwaltung bzw. von öffentlichen Missständen in ihrem Umfeld betroffen fühlen und sich teils durch Selbsthilfe, teils durch Ausübung politischen Druckes um Abhilfe ... bemühen.“¹⁸⁵ Bürgerinitiativen werden von der Mehrheit der Bevölkerung positiv eingeschätzt, Mitglieder sind jedoch nur ca. 1,3-3 Prozent der Bevölkerung – noch weniger als in den Parteien. Jedoch bis zu 43 Prozent der Bevölkerung sind evtl. bereit, in einer solchen Initiative mitzumachen.¹⁸⁶ Einige Bürgerinitiativen in Magdeburg, so z.B. „Pro Elbe“ (Angela Stephan), haben Frauen als Hauptansprechpartner bzw. Vorsitzende benannt. Eine vollständige Übersicht über die Bürgerinitiativen und in weitesten Vereinen in der Landeshauptstadt muss einer späteren Untersuchungen vorbehalten bleiben. Aktuelle Umfragedaten aus Sachsen-Anhalt deuten darauf hin, dass

- das Engagement von Frauen in Bürgerinitiativen rückläufig ist
- Frauen sich zunehmend stärker in Parteien, Gewerkschaften und Vereinen engagieren und dort z.T. (Gewerkschaften) stärker präsent sind als Männer.

7.7.2. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Die Bürgerschaft einer Gemeinde kann gemäß § 25 GO über wichtige Gemeindeangelegenheiten¹⁸⁷ einen Bürgerentscheid beantragen. Dazu sind Unterschriften von mindestens 15 Prozent der wahlberechtigten Bürger vonnöten, höchstens jedoch folgende Quoren:

Einwohnerzahl	Unterstützerunterschriften
bis 20000	1500
20001 – 50000	3000
50001 – 100001	5000
ab 100001	10000

Quelle: § 25 Abs. 3 GO

Auf lokaler Ebene spielt die direkte Demokratie in Form von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid bisher aufgrund des engen Themenkatalogs¹⁸⁸ und der hohen Quoren für Bürgerbegehren und –entscheid bisher nur eine marginale Rolle. Das gilt besonders für die großen Städte, z.B. auch die Landeshauptstadt, da es hier schwerer fällt als in kleineren Gemeinden, die erforderliche Zahl von Unterstützern zu aktivieren.

Die meisten Entscheide sind auf die Erhaltung des Status Quo gerichtet.¹⁸⁹

¹⁸⁵ Vgl. Joachim Detjen: Demokratie in der Gemeinde, Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik in Niedersachsen, Hannover 2000, S. 190. Eine vergleichbare Studie für Sachsen-Anhalt liegt nicht vor.

¹⁸⁶ Vgl. Roland Roth: Lokale Demokratie „von unten“. Bürgerinitiativen, städtischer Protest, Bürgerbewegungen und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik, in: derselbe und Hellmut Wollmann: Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, 2. Auflage, Bonn 1998, S. 6-9.

¹⁸⁷ Dies sind nach § 26 Abs. 2 GO

1. die Errichtung, wesentliche Erweiterung und Aufhebung einer öffentlichen Einrichtung, die den Einwohnern zu dienen bestimmt ist,
2. die Änderung von Gemeindegrenzen und Landkreisgrenzen, die Bildung und Auflösung von Verwaltungsgemeinschaften,
3. die Einführung und ... die Aufhebung der Ortschaftsverfassung,
4. sowie andere, der Bedeutung der Nummern 1 bis 3 entsprechende Angelegenheiten der Gemeinde.

¹⁸⁸ Ausgeschlossen sind nach § 26 Abs. 3 GO z.B. Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung, die Haushaltssatzung, die Gemeindegrenzen.

¹⁸⁹ Vgl. auch Joachim Detjen: Demokratie in der Gemeinde, Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik in Niedersachsen, Hannover 2000, S. 98-125, besonders S. 124f. und Hellmut Wollmann: Kommunalpolitik – zu neuen (direkt-)demokratischen Ufern, in: ders. und Roland Roth Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, 2. Auflage, Bonn 1998, S. 40-44.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Sachsen-Anhalt¹⁹⁰

Bürgerentscheid	Bürgerbegehren	Beispiele für ...
52	33	

Stand: 2003.

7.7.3. Einwohnerversammlung und Einwohnerfragestunde

Nach § 27 Abs. 1 GO „soll der Bürgermeister mindestens einmal jährlich, auf Verlangen des Gemeinderates auch öfter, eine Einwohnerversammlung zur Erörterung gemeindlicher Angelegenheiten einberufen. In größeren Gemeinden sollen Einwohnerversammlungen auf Teile des Gemeindegebietes beschränkt werden.“

Einwohnerversammlungen – organisiert als Stadtteilforen mit einer hohen Präsenz der Verwaltung - sind in der Landeshauptstadt Magdeburg i.d.R. gut besucht. Hier werden die konkreten Probleme im jeweiligen Stadtteil angesprochen, es wird Verwaltungshandeln ausgelöst, manches wird von der Presse aufgegriffen, in den Ausschüssen des Stadtrates (erneut) beraten, anderes über Anträge im Stadtrat angesprochen. Die Oberbürgermeister Dr. Polte und Dr. Trümper haben es in den letzten Jahren verstanden, diese Veranstaltungen auch im Sinne der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen: Die Botschaft lautet: „Es geht voran in Magdeburg / in diesem Stadtteil!“

Anfragen in den Einwohnerversammlungen kommen häufiger von Männern als von Frauen. Dies gilt auch für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen: Die Botschaft lautet: „Es geht voran in Magdeburg / in diesem Stadtteil!“

Anfragen in den Einwohnerversammlungen kommen häufiger von Männern als von Frauen. Dies gilt auch für die Einwohnerfragestunde, die nach der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg fester Bestandteil einer jeden Ratssitzung ist.

7.7.4. Beiräte und Beauftragte

Eine zunehmend genutzte Form der Bürgerbeteiligung geschieht durch Beiräte, denen Gemeindevertreter mit Einwohnern aus den betreffenden Zielgruppen angehören, z.B. beim Seniorenbeirat. Beiräte unterstützen und beraten Gemeinderäte, Ausschüsse und Kommunalverwaltung im jeweiligen Themenfeld. „Generell bleiben die Beiräte von der Kooperationsbereitschaft der Gemeindevertretung und Fachverwaltungen abhängig und haben keine Chance zur unabhängigen Machtentfaltung“.¹⁹¹ Aber es besteht, z.B. in der Zeitschrift des Seniorenbeirates, bei dem viele engagierte Frauen mitmachen, die Möglichkeit, immer wieder auf aktuellen politische Themen einzugehen.

7.8. Engagement im Ehrenamt

Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen in Sachsen-Anhalt, Vergleich 2002, 2003 und 2006 (Angaben in Prozent)

Mitgliedschaft in (Angaben in Prozent)	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	2002		2003		2006	
Gewerkschaft	13,8	17,1	18,1	15,5	19,3	15,8
Musik / Gesangverein	5,3	5,5	3,9	1,5	2,2	4,5
Sportverein	14,1	20,6	21,3	27,1	26,7	31,8
Bürgerinitiative	1,8	2,1	1,5	2,6	1,0	3,1
Frauenverband/-verein	1,8	2,1	2,8	0,0	0,0	0,2
Umweltschutzorganisation	1,8	0,6	1,7	1,7	2,7	3,2
in anderen Vereinen oder Organisationen	14,7	18,0	13,8	17,5	24,0	22,1

Quelle: Erhebung zur Lebenssituation von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt, 2002, 2003 und 2006, www.g-i-s-a.de

¹⁹⁰ Mehr Demokratie e.V., Hrsg.: 1. Volksentscheid-Ranking, Die direktdemokratischen Verfahren der Länder und Gemeinden im Vergleich, Berlin 2003, S. 36.

¹⁹¹ Roland Roth: Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung, in: Ansgar Klein und Rainer Schmalz-Bruns, Hrsg.: Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 427.

Eine Besonderheit zeichnet die Frauen unter den bürgerschaftlich Engagierten aus. Ihr Engagement nimmt zu, sie sind besonders ehrgeizig und vor allem Frauen über 45 Jahre achten bei ihrem bürgerschaftlichen Engagement besonders auf die Qualität der Ergebnisse. Insbesondere die Forschungen von Prof. Dr. Roland Roth zeigen: Diese Freiwilligenarbeit ist qualitativ hochwertig und innovativ, obwohl oder gerade weil sie ehrenamtlich entsteht.

7.9. Leserbriefe

Der weit überwiegende Teil der Leserbriefe, die in den Regionalzeitungen – seltener: in den Anzeigenblättern – veröffentlicht werden, wird von Männern geschrieben, die sich damit weit überproportional an der politischen Meinungsbildung beteiligen. Die Magdeburger Volksstimme z.B. veröffentlicht Leserbriefe in den Zeitungsausgaben von Montag bis Samstag, und zwar einerseits auf der Leserbriefseite, andererseits im Magdeburger Lokalanzeiger, d.h. im Lokalteil – neben der „Gesellschaftsrubrik“ ‚Lieste’s, weeßte’s (Köpfe, Klatsch und Kurioses)‘. In der Zeitungsausgabe vom, Donnerstag, den 1.2.2007, erschienen Leserbriefe zu folgenden Themen:

- Oliver Demian, Magdeburg, zu: Schleuse Niegripp und Schiffshebewerk
- Martin Voigt, Magdeburg, und Hubert Rauch, Magdeburg, zu: Rechtsschutz und Zivilcourage
- André Marx, Kassel, zu: Müllentsorgung
- Gabriele Bahr, Magdeburg, Rolf Kunsch, Magdeburg, Heinz Weimann, Harbke, Wolfgang Engling, Lübeck, Thomas Steffen, Magdeburg, und Christian Köhler, Magdeburg: zu: Trikotwerbung und illegales Glückspiel
- Dr. Volker Thurm, Wernigerode, zu: Schließung von Finanzämtern
- M. Zierau, Magdeburg, zu: Aufarbeitung von Stasi-Akten.

7.10. Mehr politische Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik!

Was erschwert das Engagement von Frauen?

- Parteien haben Quoten für Frauen eingeführt, sie erreichen den dort festgeschriebenen Frauenanteil häufig nicht. Einen größeren Frauenanteil in den Gemeinderäten erreicht man nur, wenn mehr Frauen auf vorderen Listenplätzen platziert sind, in chancenreichen Wahlbereichen kandidieren und dort einen intensiven Wahlkampf führen.
- Vor allem Frauen waren nach 1990 vom Abbau der Arbeitsplätze betroffen – das gilt insbesondere auch für den öffentlichen Dienst. Arbeitslosigkeit oder die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, hatten und haben Einfluss auf die Bereitschaft, politische Ämter anzustreben.
- Politik ist in fest bestimmten Abläufen organisiert, die Frauen in ihrem Engagement behindert, die außerdem nicht gerade familienfreundlich sind. Wenn der Stadtrat oder ein Ausschuss bis in die späten Abendstunden tagen, so ist das selten mit den Öffnungszeiten von Horten oder Kindertagesstätten zu vereinbaren.
- Politisch engagierte Frauen sind womöglich zufrieden mit dem, was sie – z.B. als Interessenvertreterin einer sozialen Einrichtung – durch Mitarbeit in der Gemeinwesen AG für ihren Stadtteil bzw. in Vereinen für ihre kleine Gemeinde erreichen können. Das kann man keiner Frau vorwerfen. Allerdings liegen hier für die Parteien in den Kommunen und die Fraktionen im Rat noch Reserven in Bezug auf die Rekrutierung von politisch engagierten Frauen, die an die Arbeit für das Gemeinwohl in der ganzen Gemeinde herangeführt werden können.
- Kommunalpolitik steht heute immer mehr unter Kuratel der Kommunalaufsicht, denn die finanziellen Rahmenbedingungen sind wenig erfreulich und in jedem Jahr Gegenstand von intensiven Auseinandersetzungen. Von Sparprogrammen bleiben die Bereiche Soziales und Kultur nicht verschont, in denen Frauen sich häufiger engagieren als in anderen Politikfeldern. Das kann zu Frustrationen führen, weil politisches Gestalten in Zeiten öffentlicher Finanznot nur sehr begrenzt möglich ist.
- Frauen, die sich im Bereich der Frauenpolitik engagieren, werden oft abqualifiziert und nicht für voll genommen, da Männer (und auch Frauen) dieses Thema als zweit- oder dritrangig einschätzen.
- Mancher Ortsverein einer Partei wird aus dem Hinterzimmer regiert, weniger in öffentlichen Versammlungen. Etablierte Machtverhältnisse und eine darauf abgestimmte (Nicht-)Diskussionskultur schließen Frauen aus, wenn es um persönliche Profilbildung, um Posten und Positionen geht. „Die Parteien stehen hier zweifellos vor der Aufgabe, Frauen - und

gerade auch junge Frauen - für ein politisches Engagement zu motivieren und ihren jeweiligen Partizipationswünschen organisatorisch wie inhaltlich entgegenzukommen. Angesichts der Tatsache, dass zudem in allen Parteien der politische Nachwuchs – also junge Frauen wie junge Männer – nahezu völlig fehlt, ist diese Aufgabe umso dringlicher.“¹⁹²

Was erleichtert das Engagement von Frauen?

- „Die Befragten stellen ... übereinstimmend fest, dass es heute einfacher als vor der Wende ist, frauenpolitische Themen auf die politische Agenda zu bringen. Während zu DDR-Zeiten nur jene frauenpolitischen Themen auf der Tagesordnung standen, die Frauen als Erwerbstätige oder als Mütter betrafen, können seit der Wende auch andere Probleme politisiert werden. Hierzu zählen etwa "Gewalt in der Ehe" oder die "Situation von Lesben". Doch noch immer sei "ein langer Atem nötig", um frauenpolitische Themen auf die Agenda zu bringen.“¹⁹³
- Parteien und politische Stiftungen halten Angebote bereit, mit denen sich Frauen und Männer auf ein politisches Amt vorbereiten können.
- Das „Frauenthema“ ist nicht mehr aus der politischen „Arena“ wegzudiskutieren. Es wird von einer Vielzahl von Medien immer wieder aufgerufen.

8. Frauen in der Landespolitik von Sachsen-Anhalt

8.1. Im Landtag

8.1.1. Abgeordnete im Landtag von Sachsen-Anhalt

Frauen sind recht konstant mit einem Anteil von 30 Prozent unter den Landtagsabgeordneten vertreten. Den höchsten Frauenanteil haben Linkspartei.PDS und SPD-Fraktion.

Frauen im Landtag von Sachsen-Anhalt 1990-2006 (jeweils zu Beginn der Legislaturperiode)

Wahljahr	Sitze gesamt	Sitze von Frauen	Frauenteil in Prozent	Frauenteil CDU-Fraktion	Frauenteil SPD-Fraktion	Frauenteil PDS-Fraktion	Frauenteil FDP-Fraktion	Frauenteil Grüne-Fraktion	Frauenteil DVU-Fraktion
1990	106	18	17,0	6,5	23,1	33,3	15,4	60,0	-
1994	99	28	28,3	10,8	30,6	52,4	-	60,0	-
1998	116	36	31,0	32,1	26,1	52,0	-	-	18,7
2002	115	36	31,3	18,7	40,0	48,0	23,5	-	-
2006	97	30	30,9	17,5	41,6	46,1	14,3	-	-

- = nicht im Landtag vertreten

Quellen: Beate Hoecker: Frauen, Männer und die Politik. Lern- und Arbeitsbuch, Bonn: Dietz 1998, S. 289. Klaus-Jürgen Holzapfel (Hrsg.): Volkshandbuch: Landtag von Sachsen Anhalt, 1.-5. Legislatur, Darmstadt 1992-2006; Angaben jeweils für den Beginn einer Legislatur.

8.1.2. Frauen im Landtagspräsidium

((Einstiegstext nach Boll/Holtmann, Politische Landeskunde; Hinweis auf die Geldleistungen, die mit best. Ämtern verbunden sind))

Die nachfolgenden Ämter werden nach Absprachen innerhalb der Fraktionen, nur im Ausnahmefall im Wege einer Kampfkandidatur¹⁹⁴ vergeben. Auch hier spielt der Regionalproporz eine wichtige Rolle.

¹⁹² Hoecker 2002, S. 7.

¹⁹³ Vgl. Brigitte Geißel und Birgit Sauer: Transformationsprozess und Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern. Auswirkungen auf der lokalen politischen Ebene, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39-40/2001.

¹⁹⁴ Zur Kampfkandidatur um den FDP-Fraktionsvorsitz zu Beginn der 5. Legislaturperiode vgl. Michael Bock: ..., in: Volksstimme, ..., S. . Bei der CDU wurde Jürgen Scharf „nur“ mit ... von ... Stimmen als

Auffällig ist jedoch, dass Führungspositionen, wie das Amt des Landtagspräsidenten, Fraktionsvorsitzenden, Parlamentarischen Geschäftsführers und Ausschussvorsitzenden, fast ausschließlich von Männern ausgeübt werden. Zum Ausgleich orientiert sich die Verteilung der Stellvertreterposten stärker am Frauenanteil im Parlament; die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden waren in Sachsen-Anhalt seit 1990 sogar in der Mehrheit Frauen.

Landtagspräsidenten und stv. Landtagspräsidenten, 1. bis 5. Legislaturperiode (1990-2006)

Fraktion	1. Legislatur 1990-1994	2. Legislatur 1994-1998	3. Legislatur 1998-2002	4. Legislatur 2002-2006	5. Legislatur 2006-2011
CDU	Dr. Klaus Keitel, Präsident	Dr. Klaus Keitel, Präsident	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, stv. Präsident	Prof. Dr. Adolf Sporka, Präsident	Dieter Steinecke, Präsident
SPD	Dr. Rüdiger Fikentscher, stv. Präsident	Ingrid Häußler , stv. Präsidentin	Wolfgang Schaefer, Präsident	Dr. Rüdiger Fikentscher, stv. Präsident	Dr. Rüdiger Fikentscher, stv. Präsident
Linkspartei.PDS		Roswitha Stolfa , stv. Präsidentin	Roswitha Stolfa , stv. Präsidentin	Dr. Helga Paschke , stv. Präsidentin	Dr. Helga Paschke , stv. Präsidentin
FDP	Cornelia Pieper , stv. Präsidentin	-	-		
Bündnis 90/Grüne			-	-	-

Quelle: www.landtag.sachsen-anhalt.de.

8.1.3. Ausschussvorsitz

Ausschussvorsitzende üben ein einflussreiches Amt aus, denn sie bestimmen – in Absprache mit den jeweiligen Sprechern der im Ausschuss vertretenen Fraktionen - die Tagesordnung und hat Einfluss auf die Debattenführung. Außerdem sind diese Ämter mit einem zusätzlichen Einkommen für die jeweiligen Abgeordneten verbunden. Hervorzuheben ist in der 5. Legislaturperiode, dass mit Dr. Angelika Klein (Linkspartei.PDS) eine Frau den Vorsitz im wichtigen Finanzausschuss des Landtages innehat. Frau Klein ist zugleich stv. Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS. Der Finanzausschuss ist der einzige beschließende Ausschuss des Landtages. Ansonsten wird nur noch der Petitionsausschuss von einer Frau geleitet, i.e. ein Ausschuss, der wenig Außenwirkung, aber viel Arbeit mit sich bringt. Der Frauenanteil bei den Ausschussvorsitzen entspricht nicht einmal dem Frauenanteil im Landtag von knapp 31 Prozent, sondern liegt unter 20 Prozent. Frauen sind besonders im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur, im Sozialausschuss, im Finanzausschuss und im Petitionsausschuss überproportional vertreten.

Frauen als Ausschussvorsitzende im Landtag von Sachsen-Anhalt, 5. Legislaturperiode

Fraktion	Ressort	Vorsitzende	stv. Vorsitzende	Zahl der Mitglieder	davon Frauen	in %
CDU – 4 Ausschussvorsitzende	Bildung	-	-	12	6	50,0
	Petitionen	Frauke Weiß	Renate Schmidt (SPD)	12	5	41,7
	Inneres	-	-	12	3	25,0
	Bundes- und Europaangelegenheiten	-	-	12	-	-
	dazu: Unterausschuss Rechnungsprüfung	Bernhard Bönisch	Ronald Doege (SPD)	5	2	40,0
		Thomas Madl	Dr. Manfred Püchel	3	-	-

Fraktionsvorsitzender bestätigt. Siehe dazu, in: Volksstimme,, Demgegenüber verlief der Stabwechsel bei der SPD von Jens Bullerjahn zu Katrin Budde reibungslos.

	dazu: Parlamentarische Kontrollkommission		(SPD)			
SPD – 3 Ausschussv orsitzende	Verkehr	-	Nicole Rotzsch (CDU)	12	2	16,7
	Wirtschaft	-		12	4	33,3
	Recht und Verfassung	-	-	12	4	33,3
	dazu: Wahlprüfungsaussc huss	Dr. Ronald Brachmann	Veit Wolpert (FDP)	12	4	
Linkspartei. PDS – 3 Ausschussv orsitzende	Finanzen	Dr. Angelika Klein	-	12	5	41,7
	Soziales	-	-	12	6	50,0
	Landwirtschaft	-	Gabriele Brakebusch (CDU)	12	3	25,0
FDP – 1 Ausschussv orsitz	Umwelt	-	-	12	2	16,7
Gesamt	11	2 (18,2%)	3 (27,3%)	132	40	30,3

Quelle: www.landtag.sachsen-anhalt.de

Frauen in sonstigen parlamentarischen Gremien

Fraktion mit Ausschussv orsitz	Gremium	Vorsitzende	stv. Vorsitzend e	Zahl der Mitglieder	davon Frauen	in %
CDU	Parlamentarische Kontrollkommission	-	-	3	0	0,0
SPD	Wahlprüfungsaussc huss	-	-	12	4	33,3

Quelle: Landtag von Sachsen-Anhalt, 5. Wahlperiode, Volkshandbuch, Magdeburg 2006, S. 141.

8.1.4. Fraktionsvorsitzende und stv. Fraktionsvorsitzende

Der oder die Fraktionsvorsitzende, die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und der Parlamentarische Geschäftsführer bilden den Fraktionsvorstand, von dem im Regelfall politische Initiativen ausgehen, in dem Vorabklärungen vorgenommen und potentielle Konflikte im Vorfeld ausgeräumt werden. Mit Dr. Petra Sitte (heute MdB) stellte die PDS lange Zeit die einzige Frau in der einflussreichen Position der Fraktionsvorsitzenden. Unter ihrem Nachfolger sind zwar zwei Frauen zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt worden, mit Wulf Gallert MdL, dem langjährigen Parlamentarischen Geschäftsführer, und Frank Thiel MdL, dazu mit Matthias Höhn MdL als Nachfolger von Rosemarie Hein im Amt des Landesvorsitzenden, sind auch in der Linkspartei.PDS in die zweite Reihe gerückt.

Frauen als Fraktionsvorsitzende im Landtag , 1. bis 5. Legislaturperiode (1990-2006)

Fraktion	1. Legislatur 1990-1994	2. Legislatur 1994-1998	3. Legislatur 1998-2002	4. Legislatur 2002-2006	5. Legislatur 2006-2011
CDU	-	-	-	-	-
SPD	-	-	-	-	Katrin Budde
Linkspartei.P DS	Dr. Petra Sitte	Dr. Petra Sitte	Dr. Petra Sitte	Dr. Petra Sitte (bis 2004)	-
FDP	-	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten	Cornelia Pieper (April-Oktober 2002)	-
Bündnis 90/Grüne	-	-	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag	Nicht im Landtag

				vertreten	vertreten
DVU	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten	Claudia Wiechmann ¹⁹⁵	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten

Frauen als stv. Fraktionsvorsitzende im Landtag, 1. bis 5. Legislaturperiode (1990-2006)

Fraktion	1. Legislatur 1990-1994	2. Legislatur 1994-1998	3. Legislatur 1998-2002	4. Legislatur 2002-2006	5. Legislatur 2006-2011
CDU		Petra Wernicke		Eva Feußner	Eva Feußner
SPD	Dr. Gerlinde Kuppe	Katrin Budde		Katrin Budde, Kriemhild Fischer	Kriemhild Fischer
Linkspartei.PDS	Dr. Rosemarie Hein	Dr. Rosemarie Hein, Jutta Geikler	Birke Bull	Dr. Angelika Klein, Birke Bull	Dr. Angelika Klein, Birke Bull
FDP	Cornelia Pieper	-	-		
Bündnis 90/Grüne	Ute Scheffler	Martina Bendler	-	-	-
DVU	-	-		-	-

Frauen im Fraktionsvorstand der Landtagsfraktionen (November 2006)

Fraktion	Mitglieder im Fraktionsvorstand 5. Legislatur 2006-2011	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
CDU	5	1	20
SPD	8	4	50
Linkspartei.PDS	8	5	62,5
FDP	3	-	-

Quellen: <http://www.politik-plus.de>, <http://www.spd-lsa.de>, <http://www.linkspartei-pdlsa-lt.de/vostand.htm>, <http://www.fdp-fraktion-lsa.de>.

8.1.5. Parlamentarische Geschäftsführer

Parlamentarische Geschäftsführer sind „Manager des Parlaments“.¹⁹⁶ Sie arbeiten sehr eng mit den Fraktionsvorsitzenden zusammen, bereiten die Fraktionssitzungen und Versammlungen inhaltlich und organisatorisch vor und sind in alle parlamentarischen Prozesse involviert.

Frauen als Parlamentarische Geschäftsführer im Landtag von Sachsen-Anhalt (1990-2006)

Fraktion	1. Legislatur 1990-1994	2. Legislatur 1994-1998	3. Legislatur 1998-2002	4. Legislatur 2002-2006	5. Legislatur 2006-2011
CDU	-	-	-	-	-
SPD	-	-	-	-	-
Linkspartei.PDS	Renate Wetzel	-	-	-	-
FDP	-	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten	Dr. Lydia Hüskens	-
Bündnis 90/Grüne	Heidrun Heidecke	Beate Thomann	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten
DVU	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten	-	Nicht im Landtag vertreten	Nicht im Landtag vertreten

Quelle: www.landtag.sachsen-anhalt.de

¹⁹⁵ Claudia Wiechmann war zunächst stv. Vorsitzende der DVU-Fraktion. Die Fraktion spaltete sich im Frühjahr 2000 in die Fraktionen der Freiheitlichen Deutschen Volkspartei (FDVP) und Deutsche Volksunion – Freiheitliche Liste (DVU-FL, im März 2001 umbenannt in DVU). Frau Wiechmann war ab Oktober 1999 Vorsitzende der DVU-Fraktion und später der FDVP-Fraktion.

¹⁹⁶ Vgl. Sönke Petersen: Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag – Status, Funktionen, Arbeitsweise. Opladen, 2000.

8.1.6. Arbeitskreisvorsitzende

Frauen koordinieren als Arbeitskreisvorsitzende in den Fraktionen des Landtages die Politik, z.B. in der Linkspartei.PDS-Fraktion gleich drei Frauen (Birke Bull, Angelika Hunger, Gudrun Tiedge).

8.2. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt

8.2.1. Frauen im Kabinett

In der Großen Koalition unter Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer sind 2006 immerhin drei Frauen ins Kabinett berufen worden, zwei mehr als in der CDU/FDP-Vorgängerregierung.¹⁹⁷ Die SPD entsandte Gerlinde Kuppe in das Sozialministerium. Frau Kuppe leitete dieses „klassische“ Frauenressort bereits in der ersten und zweiten Landesregierung unter Ministerpräsident Reinhard Höppner (1994-2002). Mit Prof. Dr. Angela Kolb wurde ein Newcomer als Justizministerin berufen. Frau Kolb hatte sich innerparteilich im Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristen engagiert, allerdings nicht für ein Landtagsmandat kandidiert. Das gilt im Übrigen auch für sieben von zwölf Mitgliedern des Kompetenzteams von SPD-Spitzenkandidat Jens Bullerjahn, die sich zwar im Wahlkampf engagierten, allerdings der Auseinandersetzung um ein Direktmandat aus dem Weg gingen, das ihnen mit Blick auf ein Regierungsamt zusätzlichen Rückhalt verschafft hätte.

Frauen im SPD-Kompetenzteam 2005/2006

	MdL	Zuständigkeit im SPD-Kompetenzteam	Direktkandidatin im Landtagswahlkampf	Politisches Amt in der CDU/SPD-Landesregierung
Dr. Gerlinde Kuppe	seit 1990	Sozialpolitik	Ja	Ministerin für Gesundheit und Soziales
Prof. Dr. Angela Kolb	-	Justizpolitik	Nein	Ministerin der Justiz
Prof. Dr. Christiane Dienel	-	Hochschul- und Wissenschaftspolitik	Nein	Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales
Beate Bröcker	-	Arbeitsmarktpolitik	Nein	- (blieb Beigeordnete für Soziales der LH Magdeburg)

Quelle: www.spd-sachsen-anhalt.de

Petra Wernicke (CDU), einzige Frau im Vorgängerkabinett Böhmer in einer CDU/FDP-Regierung und schon in der ersten Legislatur von 1991 bis 1994 im Amt, blieb Umwelt- und Landwirtschaftsministerin. Blickt man auf die bisherigen Landesregierungen Sachsen-Anhalts seit der Neugründung des Landes 1990, so fällt auf, dass bislang keine Frau (abgesehen von Katrin Budde, SPD, die von Februar 2001 bis Mai 2002 Ministerin für Wirtschaft und Technologie war) eines der besonders einflussreichen Ressorts Wirtschaft, Finanzen, Kultus und Inneres geleitet hat. Immerhin war aber Heidrun Heidecke, damals Bündnis 90/Die Grünen, stv. Ministerpräsidentin in der PDS-tolerierten Minderheitsregierung von Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD).

¹⁹⁷ Dr. Manfred Püchel, SPD-Fraktionsvorsitzender, kommentierte dies 2002 in der Debatte über die Regierungserklärung von Ministerpräsident Böhmer wie folgt: „Zu einer echten Chancengleichheit gehört eine vernünftige Frauenpolitik. Ich muss zunächst nüchtern feststellen: Sowohl im Kabinett als auch in den Regierungsfractionen ist der Frauenanteil erschreckend gering. Nun wollten Sie, Herr Professor Böhmer, entsprechend Ihrem Redeentwurf auch noch die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten streichen. Zum Glück haben Sie dies heute zurückgenommen. Der Frauenminister hatte bereits vorsorglich das Wort „Frauen“ aus dem Namen seines Ministeriums gestrichen.“ (zitiert nach: www.landtag.sachsen-anhalt.de/ltpapier/plenum/4/003stzg.doc)

8.3. Landesverfassungsgericht

Das Landesverfassungsgericht entscheidet insbesondere

- über die Vereinbarkeit eines Landesgesetzes mit der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt, wenn ein Gericht das Verfahren gemäß Artikel 100 Abs. 1 des Grundgesetzes ausgesetzt hat,
- über Verfassungsbeschwerden, die von jedermann mit der Behauptung erhoben werden können, durch ein Landesgesetz unmittelbar in seinen Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten oder staatsbürgerlichen Rechten verletzt zu sein,
- über die Auslegung der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt aus Anlass von Streitigkeiten über den Umfang der Rechte und Pflichten eines obersten Landesorgans oder anderer Beteiligter, die durch die Landesverfassung oder in der Geschäftsordnung des Landtages oder der Landesregierung mit eigener Zuständigkeit ausgestattet sind, auf Antrag des obersten Landesorgans oder der anderen Beteiligten.

Die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts (LVerfG) in Dessau werden vom Landtag gewählt und vom Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt ernannt. Drei Mitglieder des LVerfG sind Gerichtspräsidenten oder Vorsitzende Richter an den oberen Landesgerichten, ein Mitglied ist ein auf Lebenszeit ernannter Universitätsprofessor des Rechts. Weitere Mitglieder sollen auf Grund ihrer Erfahrung im öffentlichen Leben ausgewählt werden, wobei eine besondere juristische Vorbildung nicht unbedingt erforderlich ist. Mit Dr. Edeltraut Faßhauer, Anneliese Bergmann und Margrit Gärtner gehören drei Frauen (von acht Verfassungsrichtern) dem Landesverfassungsgericht an.¹⁹⁸

Die Interessen von Frauen (und Männern) berührte vor allem die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts zur Besserstellung von Erwerbstätigen bei Kinderbetreuung im Sinne des Kinderförderungsgesetzes der CDU/FDP-Landesregierung vom 5.3.2003. Das LVerfG entschied im November 2004, dass die „Zurücknahme des Anspruchs auf eine Ganztagsbetreuung für die Personengruppe der nicht voll erwerbstätigen Eltern verfassungsrechtlich zulässig“ ist (siehe auch Kapitel 8.4.).¹⁹⁹

8.4. Direkte Demokratie auf Landesebene: Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid

Das Volk - nicht nur die Volksvertreter – ist in Sachsen-Anhalt Gesetzgeber. Die Bürger können mit Hilfe einer Volksinitiative den Landtag mit einer bestimmten Sache befassen - das kann auch ein Gesetz sein. Eine Volksinitiative bedarf der Unterstützung durch mindestens 30 000 Wahlberechtigte. Es kann mithilfe von Volksbegehren und Volksentscheid ein Gesetz erlassen, ändern oder aufheben.²⁰⁰ Allerdings sind die durch die „Ewigkeitsklausel“ in Art. 78 Abs. 3 LV geschützten

¹⁹⁸ Vgl. die Broschüre „Das Landesverfassungsgericht“, Download über: www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_MJ/publik/landesverfassungsgericht.pdf

¹⁹⁹ In der Pressemitteilung vom 16.11.2004 heißt es: „Von den Beschwerdeführern, deren Kinder einen Kindergarten besuchen, ist ein Elternteil nicht erwerbstätig. Während die alte Gesetzesfassung noch einen Anspruch auf ganztägige Betreuung gewährte, sieht das neue Gesetz für diesen Fall lediglich einen Anspruch auf Halbtagsbetreuung vor. Diese von den Beschwerdeführern angegriffene Änderung verstößt nicht gegen Art. 7 Abs. 1 (Gleichheitssatz) oder Art. 11 Abs. 1 (elterliches Erziehungsrecht) der Landesverfassung. Art. 34 der Landesverfassung verpflichtet das Land und die Kommunen, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern. Dazu gehört die Schaffung von Rahmenbedingungen, durch die Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit aufeinander abgestimmt werden können. Deshalb sollen auch nach Bundesrecht u. a. Kindergärten so geplant werden, dass Mütter und Väter Aufgaben in Familie und Erwerbstätigkeit besser miteinander vereinbaren können. Diese gesetzlichen Maßgaben hat auch der Landesgesetzgeber bei der Ausgestaltung der Kinderbetreuung zu beachten. Die Verfassung verbietet ihm deshalb nicht, die Gruppe der erwerbstätigen Erziehungsberechtigten besonders zu fördern. Da eine Aufrechterhaltung des bisherigen hohen Förderungsstandards nach der nicht zu beanstandenden Einschätzung des Gesetzgebers mit Rücksicht auf die Finanzlage des Landes nicht aufrecht zu erhalten war, war eine Zurücknahme des Anspruchs auf eine Ganztagsbetreuung für die Personengruppe der nicht voll erwerbstätigen Eltern verfassungsrechtlich zulässig.“

Auch aus dem Elternrecht des Art. 11 Abs. 1 der Landesverfassung lässt sich kein Anspruch auf Bereitstellung von Kinderbetreuungsangeboten in einem bestimmten Umfang ableiten.“ (Aktenzeichen: LVG 5/04, Urteil vom 16. November 2004).

²⁰⁰ Art 81 Abs. 1 LV.

Bereiche der Verfassung, dazu Haushalts-, Abgabengesetze und Besoldungsregelungen von einem solchen „Gesetzeshandeln“ des Bürgers ausgeschlossen.

In Sachsen-Anhalt wurde zum ersten Mal seit der Neugründung des Landes 1990 am 23.1.2005 ein Volksentscheid abgehalten. Die CDU/FDP-Landesregierung hatte 2002 die Standards bei der Kinderbetreuung in einem Kinderbetreuungsgesetz neu festgelegt und dabei den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für Kinder von nicht erwerbstätigen Eltern von 50 auf 25 Stunden abgesenkt. Dies wollte die Volksinitiative „Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ wieder rückgängig machen und legt dazu dem Landeswahlleiter am 28.5.2003 31 496 Unterstützerunterschriften, mit denen die Durchführung eines Volksbegehrens beantragt wurde.²⁰¹ Nach Prüfung und Zustimmung der Landesregierung zur Durchführung eines Volksbegehrens wurde von dieser eine Eintragungsfrist vom 13.8.2003 bis zum 12.2.2004 festgelegt. Die Volksinitiative konnte 260 588 gültige Unterschriften vorlegen. Nach Ablehnung des Gesetzesantrages der Volksinitiative in der Landtagssitzung am 14.10.2004 konnten die Wahlberechtigten am 23.1.2005 gemäß § 10 Volksabstimmungsgesetz über die folgende Frage entscheiden:

"Stimmen Sie dem durch Volksbegehren vorgelegten und vom Landtag abgelehnten Entwurf zu einem Gesetz zur Förderung, Betreuung und Bildung von Kindern in Kindertageseinrichtungen (KiBeG) zu?"

Der Volksentscheid wurde von einem breiten Bündnis von Gewerkschaftlern, Arbeiterwohlfahrt,²⁰² PDS und Bündnis 90/Die Grünen getragen, organisiert im „Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“.

Im Kern geht es dabei aus der Sicht des Bündnisses um:

- „- den uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder,
- die Entwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Bildungseinrichtungen mit einem klaren kindgemäßen Bildungsauftrag,
- die Ausrichtung der Angebote auf die individuellen Förderbedingungen jedes einzelnen Kindes, um Benachteiligungen auszugleichen und gleiche Bildungschancen zu gewähren,
- die Stärkung der Kinder durch den Erwerb wichtiger Kompetenzen im sozialen Zusammenleben,
- die Unterstützung der Familien bei der Bildung und Erziehung der Kinder im Elternhaus,
- gute pädagogische Standards in den Einrichtungen und den Einsatz ausschließlich von qualifizierten pädagogischen Fachkräften.“²⁰³

Die SPD positionierte sich nicht eindeutig zum Volksentscheid und stellte ihren Mitgliedern die Abstimmung frei.²⁰⁴ Die damalige Landesregierung und die sie tragenden Parteien CDU und FDP lehnten den Volksentscheid ab, ebenso kommunale Spitzenverbände wie der Städte- und Gemeindebund und Vertreter der Katholischen Kirche²⁰⁵. Außerdem trat eine Bürgerinitiative „Nein beim Volksentscheid“ auf, die die Position der Landesregierung unterstützte. Argumentiert wurde aus der Sicht der Gegner der Volksinitiative wie folgt:

Cornelia Pieper (FDP-Landesvorsitzende): „Ich werde (beim Volksentscheid) mit Nein stimmen. Sachsen-Anhalt gewährt allen Kindern einen Rechtsanspruch auf Betreuung von den ersten

²⁰¹ Vgl. Thorsten Gruß: Direkte Demokratie in Sachsen-Anhalt, in: Andreas Kost, Hrsg.: Direkte Demokratie in den deutschen Ländern. Eine Einführung, Wiesbaden 2005, S. 278, Anmerkung 29.

²⁰² Die AWO hatte u.a. ein eigenes Online-Forum zum Volksentscheid geschaltet, mobilisierte in ihrem AWO Infomagazin im Januar 2005 und durch Pressemitteilungen für ein Ja beim Volksentscheid.

²⁰³ Aufruf zum Volksentscheid „Jede Stimme zählt! – Ja für unsere Kinder!“ des Bündnisses für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“, o.O., o.J. (Magdeburg, Dezember 2005). Siehe dazu auch den Flyer der PDS-Landtagsfraktion „Carpe diem. Nutze den (ganzen) Tag“ zum Volksentscheid am 23.1.2005.

²⁰⁴ Die SPD war aus dem Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt ausgetreten. Der SPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2006 und heutige Finanzminister, Jens Bullerjahn, stimmte beim Volksentscheid am 23.1.2005 mit Nein, der SPD-Landesvorsitzende und heutige Innenminister, Hövelmann, stimmte mit Ja. Die SPD-Landtagsfraktion hatte einen Kompromissvorschlag in den Landtag eingebracht, der einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung von 7 Std. täglich für alle Eltern vorsah. Siehe dazu den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes der SPD-Landtagsfraktion, Drucksache 4/1689, www.landtag.sachsen-anhalt.de (Dokumentation).

²⁰⁵ Siehe den Beitrag von Stephan Rether, Bevollmächtigter der katholischen Bischöfe beim Land Sachsen-Anhalt, in der Volksstimme, 21.12.2004

Lebensmonaten bis zum 14. Lebensjahr. Das ist einmalig in Deutschland. Fast die Hälfte aller Kinder besucht eine Krippe, in den alten Bundesländern knapp sieben Prozent. Das geltende Gesetz hat obendrein den Vorzug, dass es mit einem Bildungsauftrag verbunden ist. Mit der Rückkehr zum alten Gesetz kämen nicht tragbare Kosten auf alle Steuerzahler und noch einmal zusätzliche Gebührenerhöhungen auf die Eltern zu.“ Bei einem Erfolg des Volksentscheids, so Frau Pieper, „würden im Landeshaushalt mehr als 40 Millionen Euro fehlen. ... Das Land müsste an anderer Stelle, zum Beispiel im Sozial- und Bildungsbereich, schmerzhaft Einschnitte vornehmen. Und auch die Landkreise und Kommunen müssten notgedrungen einen Finanzierungsanteil von 20 Millionen Euro erbringen.“²⁰⁶

Die Medienauseinandersetzung in Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen und Internet wurde ganz wesentlich von zwei Bürgerinitiativen getragen, darüber hinaus vom Ministerpräsidenten Prof. Dr. Böhmer, Sozialminister Kley (FDP) und den Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktionen. In der öffentlichen Auseinandersetzung standen auf der einen Seite das Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt mit seinen Sprechern Kay-Uwe Papenroth²⁰⁷ und, unterstützt u.a. durch die Landtagsabgeordnete Eva von Angern²⁰⁸, Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion. Auf der anderen Seite organisierte Hedwig von Beverfoerde²⁰⁹ zusammen mit Sabine Weerth und Almut von Wulffen Anfang Dezember 2004 die Bürgerinitiative „Nein beim Volksentscheid“.

In der Landtagsdebatte sprach hingegen nicht ..., sondern Kay-Uwe Papenroth als Vertrauensperson des Volksbegehrens „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“²¹⁰. Häufiger als sonst schrieben Frauen im Dezember und Januar 2005 Leserbriefe zu diesem Thema, sowohl für die Pro- wie für die Kontra-Seite. Dies gilt auch für die Beteiligung von Frauen an Online-Diskussionsforen, die auf www.halleforum.de und der Website der Volksinitiative www.buendnis-kinder.de eingerichtet wurden.²¹¹

Von insgesamt 2 085 032 Abstimmungsberechtigten gingen 549 802 zum Volksentscheid. Von den gültigen Stimmen entfielen auf den Gesetzentwurf des Volksbegehrens 331 858 (60,4% = 15,9% der Wahlberechtigten). Gegen den Gesetzentwurf stimmten 216 563 Bürger (39,4% = 10,4% der Wahlberechtigten).²¹² Damit hatten die Befürworter der Gesetzesinitiative des Bündnisses zwar die Mehrheit in diesem Wahlgang erreicht (1. Bedingung für ein erfolgreiches Volksbegehren), nicht jedoch die Zustimmung von „mindestens ... ein(em) Viertel der Wahlberechtigten“²¹³ erreicht (2. Bedingung).

²⁰⁶ Siehe Parteien zum Volksentscheid, Mitteldeutsche Zeitung vom ...

²⁰⁷ Zu Kay-Uwe Papenroth vgl. die biografische Skizze von Hendrik Lasch, in: Neues Deutschland, 27.12.2004 und dazu Hendrik Lasch: Bessere Kinderbetreuung ist kein Luxus. Schlagabtausch vor dem Volksentscheid in Sachsen-Anhalt zum Kinderförderungsgesetz, Neues Deutschland 24.12.2004.

²⁰⁸ Siehe z.B. Landtag von Sachsen-Anhalt, Vierte Wahlperiode, Plenarprotokoll 4/48, 15.10.2004, S. 3540 und www.eva-von-angern.de.

²⁰⁹ Informationen nach dem Protokoll der Gründungsversammlung vom 1.12.2004. Hedwig von Beverfoerde, CDU-Mitglied, engagierte sich medienwirksam vor der Landtagswahl 2006 in der CDU-nahen Wählerinitiative „Stimmen für Böhmer“.

²¹⁰ Siehe z.B. Landtag von Sachsen-Anhalt, Vierte Wahlperiode, Plenarprotokoll 4/48, 15.10.2004, S. 3528ff., www.landtag.sachsen-anhalt.de (Dokumentation).

²¹¹ Bei Online-Diskussionsforen ist die Geschlechterverteilung der Beiträge nicht eindeutig zu ermitteln, da viele Diskutanten unter Pseudonym Eintragungen vornehmen.

²¹² Vgl. Thorsten Gruß: Direkte Demokratie in Sachsen-Anhalt, in: Andreas Kost, Hrsg.: Direkte Demokratie in den deutschen Ländern. Eine Einführung, Wiesbaden 2005, S. 279f. und Anmerkung 32.

²¹³ Art. 81 Abs. 3 LV.

9. Wirkliche Gleichberechtigung

„Eine Demokratie, in der die größere Hälfte der Bevölkerung weder in den Parlamenten noch in den Regierungen angemessen vertreten ist, ist bloß eine Demokratie am Anfang.“²¹⁴

Der Weg zur wirklicher Gleichberechtigung ist steinig beginnt mit realistischen Erwartungen.

Politische Kultur

Frauenförderung beginnt mit realistischen Erwartungen an Politik überhaupt. Die Bürger erwarten von Politikern heute, dass sie 24 Stunden im Dienst, immer ansprechbar, ohne eigene Interesse, nur dem Gemeinwohl verpflichtet sind und natürlich am besten ohne jedwede Gegenleistung arbeiten.

Parlamentsarbeit

Alles, was ein Mehr an sachorientierter Diskussion in den Parlamenten fördert, fördert Frauen. In den Landtagen und in den Gemeinderäten könnte man diese dadurch befördern, wenn dort – wie im Bundestag – in den Geschäftsordnungen auch „Zwischenbemerkungen“, so genannte „Kurzinterventionen“ zugelassen würden.²¹⁵

Das Vorbild Frau funktioniert dann, wenn man über Parlamentarische Abende (von und für Frauen und Männer), Ausstellungen, Vorträge und andere Wege der Öffentlichkeitsarbeit herausragende Frauen und ihre praktisch-politische und gesellschaftliche Arbeit vorstellt.

Fraktionsübergreifende Aktivität

Frauen sind stärker als Männer bereit, die Grenzen parteipolitischer bzw. fraktionspolitischer Politikansätze zu überspringen. Das kann auch im Wahlkampf gelingen: 1994 diskutierten Mitglieder des Landtages und Kandidatinnen für den Landtag Sachsen-Anhalt von unterschiedlichen Parteien in Staßfurt über „Gleichstellung und Solidarität von Frau und Mann in Beruf und Gesellschaft“.²¹⁶ Andere Veranstaltungen der „Frauenbrücke Ost-West“ thematisierten Gründe für den Erfolg von Frauen in Politik und Beruf.²¹⁷

Im österreichischen Nationalrat arbeiteten 1989 weibliche Abgeordnete aller vier Parlamentsparteien den Entwurf einer Novelle des Strafrechtes zur Vergewaltigung innerhalb der Ehe aus, nachdem es zuvor im Plenum des Nationalrates zu verbalen Ausrutschern gekommen war. Diese Vorgangsweise wurde im gleichen Jahr auch noch bei der Aushandlung des so genannten Familienpaketes sowie 1992 beim Gleichbehandlungspaket gewählt.²¹⁸ Für solche Aktivitäten den Raum zu öffnen, ist vor allem Sache der Fraktionsspitzen in den Parlamenten.

Ohne Quote haben Frauen weniger Chancen

Quote und Quorum sind Hilfsmittel, die in den letzten Jahren zur Erhöhung des Frauenanteils an Führungspositionen beigetragen haben. Und dennoch: Die politische Praxis zeigt: Quotenvorgaben wurden häufig umgangen und z.B. durch Einzelwahlen außer Kraft gesetzt. „Deswegen müssen die Satzungen so konkretisiert werden, dass bei Vorstandswahlen sowohl für die Summe der Funktionen im geschäftsführenden Vorstand, als auch für die Beisitzer das Quorum jeweils zu erfüllen ist. Ebenso ist das Quorum bei allen Delegiertenwahlen einzuhalten.“²¹⁹ Insbesondere die großen Parteien, die allein eine Chance auf ein Direktmandat haben, müssen sich auch dem Thema „Quotierung bei Direktkandidaturen“ stellen.²²⁰

²¹⁴ So die Soziologin Helge Pross, zitiert von Beate Hoecker: Auf dem Weg zur Geschlechterdemokratie?

Bilanz und Perspektiven der politischen Partizipation von Frauen, Vortragsreihe „Frauen gleichberechtigt“ der Frauenbeauftragten der Stadt Freiburg, Freiburg 2002.

²¹⁵ Ina Lenke a.a.O., S. 31.

²¹⁶ <http://www.frauenbruecke-ost-west.de/chronik.html>.

²¹⁷ Ebenda.

²¹⁸ Vgl. Sieglinde Rosenberger: „Lieber gleich-berechtigt als später“, in: Reinhard Sieder, Heinz Steinert und Emmerich Tálos (Hrsg.). Österreich 1945–1995. Gesellschaft – Politik – Kultur, Wien 1995, 354–369, hier: S. 363.

²¹⁹ Beschluss des 26. Bundesdelegiertentages der Frauen Union der CDU Deutschlands vom 12./13. November 2005 in Ludwigsburg, http://www.frauenunion.de/images/stories/docs/beschluss_leitantrag.pdf.

²²⁰ Beschluss des 26. Bundesdelegiertentages der Frauen Union der CDU Deutschlands vom 12./13. November 2005 in Ludwigsburg: „Bei Mandaten soll das Quorum in Zukunft auch bei den Direktkandidaturen gelten. Das heißt, dass in der Summe aller Direktkandidaten auf Landesebene mindestens ein Drittel mit Frauen besetzt sein muss. Gerade die Erfahrungen aus den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, wie wichtig eine

Birgit Breuel äußerte 1999: „Man darf geteilter Meinung darüber sein, ob die Quote und andere institutionelle Rahmenbedingungen in Zukunft zu wirklich besserer Präsenz von Frauen in öffentlichen Ämtern führen. Im Kern zeigt die Analyse, dass es darum geht, dass sich immer mehr Frauen um öffentliche Ämter bewerben. Denn je höher die Anzahl und die Qualität der Bewerbungen von Frauen, desto größer wird die Bereitschaft und die öffentliche bzw. nicht öffentliche Druck, in einem vorwiegend männlich besetzten Auswahl- und Entscheidungsgremium eine Frau als Kandidat zu benennen.“²²¹

Frauen brauchen Vorbilder in Führungsämtern – Plädoyer für eine langfristige Personalentwicklung in den Parteien

Wenn Führungsämter „weiblich“ besetzt werden, dann geht davon ein wichtiges Signal aus, das in Wahlkämpfen mehr „zieht“ als viele Sachthemen.²²² Für die Personalauswahl der (zukünftigen) Mandatsträger und -trägerinnen sind die Kreisverbände verantwortlich, bei denen es oft keine mittel- und langfristig orientierte Strategie der „Personalentwicklung“ gibt. „Kein Großunternehmen (und die CDU hat fast 500 Mandatsträger als Europa-, Bundestags, Landtagsabgeordnete oder Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister) leistet es sich, dies dem Zufall zu überlassen.“²²³ Personalentwicklung im Sinne einer partnerschaftlichen und gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern an den Entscheidungen in der Politik heißt:

Frauen müssen langfristig für freiwerdende Mandate und Parteifunktionen aufgebaut werden.

Politik ist keine Einbahnstraße, die vom Engagement in der Jugendorganisation einer Partei über den Studienabschluss ohne Umwege in den Bundestag oder ins Europäische Parlament führt. Es wird vielfach beklagt, dass es Politikern an praktischer Lebens- und Berufserfahrung mangelt. Familien- und Erwerbsarbeit von Frauen sind eine wichtige Grundlage des politischen Engagements. Nicht jede Frau kann und muss alle Stationen vom einfachen Mitglied über das Engagement in verschiedenen Vorfeldorganisationen in die Kommunalpolitik, die Mitarbeit im Kreisvorstand, den Kreisvorsitz, die Landes- und dann die Bundespolitik gehen.²²⁴ Und manch „Altgedienter“ muss sicher gelegentlich daran erinnert werden, dass politische Macht Macht auf Zeit ist. Frauen muss – z.B. nach der Familienphase – auch eine Chance gegeben werden, einige Etappen der sog. „Ochsentour“ auszulassen. In Nordrhein-Westfalen beschloss der CDU-Landesparteitag in Bezug auf die langfristige Personalplanung: „Der CDU-Landesverband sollte diese langfristigen Entwicklungen dokumentieren, damit es eine Übersicht darüber gibt, ob sich tatsächlich etwas weiterentwickelt und in welchen Kreisverbänden dies geschieht oder auch nicht geschieht.“²²⁵ Zu einer solchen Personalentwicklung gehören auch konkrete Ziele zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen. Eine weitere Grundlage sind Verzeichnisse aller Mandatsträger²²⁶ bzw. Personalpools und Dateien über

entsprechende Repräsentanz von Frauen nicht nur auf den Listen, sondern auch bei den Direktkandidaturen ist. Bei Abweichung vom Quorum müssen die Verantwortlichen in Zukunft genau darlegen, was sie unternommen haben, um die Satzungsvoraussetzungen zu erfüllen. Die lapidare Begründung „Wir haben keine Frau gefunden“ darf nicht mehr ausreichen.“ Siehe http://www.frauenunion.de/images/stories/docs/beschluss_leitantrag.pdf.

²²¹ Siehe das Statement von Birgit Breuel, in: Frauen im Parlament. Zur Erinnerung an die erste Rede einer Abgeordneten vor einem deutschen Parlament am 19. Februar 1919, Heft 35 der Schriftenreihe des Niedersächsischen Landtages, Hannover 1999, S. 25.

²²² Vgl. zum Folgenden: Beschlüsse des CDU-Landesparteitages Nordrhein-Westfalen, 5.4.2003, www.cdu-nrw.de und CDU Neuss: Mut zur Erneuerung, Programmpapier, verabschiedet in der CDU-Mitgliederversammlung am 14. Juni 2000, www.cdu-neuss.de.

²²³ CDU-Beschlüsse a.a.O., 2003.

²²⁴ Jahrelanges politisches Engagement auf Orts-, Stadt- oder Bezirksebene ist oft Vorstufe eines Landtagsmandats, wobei politische Ämter auf kommunaler Ebene oft auch nach Übernahme des Landtagsmandats beibehalten werden“, jedoch weit mehr männliche als weibliche Landtagsabgeordnete gleichzeitig auch eine kommunalpolitische Funktion innehaben, ist die Benachteiligung von Frauen evident: „Kommunalpolitische Funktionen und Ämter bieten als Vorstufen weitergehenden politischen Engagements den Abgeordneten zum einen Profilierungsmöglichkeiten, bevor sie auf Landesebene politisch aktiv werden, zum anderen können vor dem Hintergrund obiger Verteilung männliche Mandatäre viel eher als Frauen auf ‚lokalpolitische Rückendeckung‘ zurückgreifen.“ Vgl. Elisabeth Wolfgruber: Politische Repräsentation auf Länderebene: Die Landtage und ihre Abgeordneten, in: Herbert Dachs, Franz Fallend und Elisabeth Wolfgruber (Hrsg.): Länderpolitik. Politische Strukturen und Entscheidungsprozesse in den österreichischen Bundesländern, Wien, S. 73–230, hier: S. 171.

²²⁵ CDU-Beschlüsse a.a.O., 2003.

²²⁶ Beschluss des 26. Bundesdelegiertentages der Frauen Union der CDU Deutschlands vom 12./13. November 2005 in Ludwigsburg: „Als Grundlage (für die professionelle Personalentwicklung in den Kreisverbänden)

Mitarbeiterinnen, die zentral geführt werden und die es ermöglichen, dass man auch nach dem Ausscheiden aus Ämtern und Beschäftigungsverhältnissen (als hauptamtliche Mitarbeiterin bei einer Partei, politischen Stiftung etc.) mit der Partei in Kontakt bleibt.

Frauen sind ehrenamtlich und in verschiedenen Berufsständen engagiert – und können für die Politik gewonnen werden.

Das Engagement vor Ort ist die wichtigste Basis für eine politische Karriere. Nur werden diejenigen, die in Gemeinwesen AGs, als Geschäftsführerinnen von Verbänden etc. engagiert sind, selten auf einen Parteibeitritt angesprochen oder daraufhin befragt, ob sie gewillt sind, als unabhängige Kandidatinnen auf den Listen der Parteien bei der Kommunalwahl anzutreten.

Frauen müssen sich vernetzen: Netzwerke, Mentorinnenprojekte, Mandatsträgerinnenkonferenzen

Männernetzwerke in den Parteien, die nach wie vor bestehende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Verwaltung sowie eine Verschlechterung der sozialen Situation von Frauen haben mancherorts zur Verdrängung der Frauen durch Männer aus der Lokalpolitik geführt.²²⁷

In Wirtschaft und Politik sind seit den 90er-Jahren Netzwerke entstanden, in denen Frauen, die es „geschafft“ haben, sich wechselseitig unterstützen und andere Frauen „nachziehen“.

Mentorinnenprogramme – erfolgreich praktiziert in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen oder z.B. bei der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein²²⁸ beim „Nachwuchsprojekt“ der Linkspartei.PDS-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt - bedeuten, dass Frauen, die Mandate ausüben, andere Frauen (und Männer²²⁹) über einen längeren Zeitraum begleiten und in die politische Arbeit einführen. Vorbildlich ist Mentoring-Projekt der Landeszentrale für politische Bildung Baden – Württemberg „TiP – Tandem in der Politik“ und die dort erstellte Handreichung. Aus der Arbeit in zehn Projektregionen Baden-Württembergs sind rd. 200 politische Neueinsteigerinnen hervorgegangen, die für den Gemeinderat, Kreistag, die Regionalversammlung und auch für das Europaparlament kandidieren wollen.²³⁰

Auch informelle Gesprächsforen auf lokaler und regionaler Ebene können hilfreich sein. Im Landkreis Ostallgäu organisiert die Gleichstellungsstelle in Abstimmung mit den Kreisrätinnen zur besseren Vernetzung der Kommunalpolitikerinnen regelmäßige Treffen zum Informationsaustausch. Darüber hinaus werden mit Unterstützung politischer Bildungsträger Vor-Ort-Seminare durchgeführt.²³¹ In Sachsen-Anhalt wären in erster Linie die Landeszentrale für politische Bildung und die politischen Stiftungen als Veranstalter gefragt, ggf. in Kooperation mit einer Volkshochschule. Vorbild könnte das

sollen alle CDU-Landesverbände die jeweils aktuellen Mandatsträger (MdEP's, MdB's, MdL's/MdBürgerschaften, Oberbürgermeister, hauptamtliche Bürgermeister, Landräte und Regierungsmitglieder) namentlich pro Kreisverband in Listen führen, damit erkennbar wird, wie die CDU nach Geschlecht und soziologischen Gruppen vertreten ist. Die Betrachtung des Ist-Stands ist notwendig, um für die Zukunft in gemeinsamer Verantwortung zu einer zielführenden Personalentwicklung in der CDU zu kommen, damit Frauen stärker in die Parteiarbeit eingebunden und für Ämter und Mandate gewonnen, aber auch nicht verhindert werden. Diese Erhebungen sind alle zwei Jahre durchzuführen und vom CDULandesvorstand und den CDU-Kreisverbänden als Grundlage für

Maßnahmen der Personalentwicklung zu beraten.“ Siehe: Beschluss des 26. Bundesdelegiertentages der Frauen Union der CDU Deutschlands vom 12./13. November 2005 in Ludwigsburg,

http://www.frauenunion.de/images/stories/docs/beschluss_leitantrag.pdf

²²⁷ Geißel 2001.

²²⁸ Vgl. <http://www.frauen-mentoring.de/mentoring.htm>: „In der Zeit vom 3. bis 21. Juni 2002 begleiten die Mentees SPD-Politikerinnen bei ihrer Arbeit und erfahren dabei, wie Landespolitik konkret aussieht. Sie erhalten so einen Einblick in die Aufgaben einer gewählten Abgeordneten im Wahlkreis, in der Fraktion und im Parlament und in die Abläufe in der SPD-Landtagsfraktion. Angesprochen sind Frauen aus der Kommunalpolitik ebenso wie andere politisch Interessierte. Die Teilnahme ist nicht an eine Parteizugehörigkeit gebunden. Das Programm ist eine Teilzeitmaßnahme, kann also mit Berufstätigkeit, Familie oder Studium koordiniert werden. Jede Teilnehmerin wird einer Abgeordneten zugeteilt, die ihre Haupt-Ansprechpartnerin ist. Sie begleitet ihre Mentorin zu Terminen und Sitzungen, ist aber auch in vielen Bereichen unabhängig von der Mentorin und kann aus dem Terminangebot selbst auswählen. Auf dem Programm stehen neben Arbeitskreis-, Ausschuss-, Fraktions- und Landtagssitzungen auch andere Veranstaltungen und Gespräche mit Spitzenpolitikerinnen.“

²²⁹ Qualifizierte Personalentwicklung darf man mittel- und langfristig nicht auf die Frauen beschränken. Das zeigt schon der anhaltende Mitgliederrückgang bei den Parteien.

²³⁰ Vgl. <http://www.lpb.bwue.de/mentoring/mentoring.php3> und <http://dvv.vhs-bildungsnetz.de/servlet/is/Entry.15022.Display>.

²³¹ Jahresbericht 2002 des Landratsamtes Ostallgäu, Marktoberdorf, S. 13.

Programm sein, das seit 2002 in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung entwickelt wird:

Ausbildung ist wichtig: Praktika, Bildungsprogramme, Zielgruppenveranstaltungen

„Frauenförderung beginnt darin, Frauen beim Kompetenzerwerb zu unterstützen und ihnen die Möglichkeit zu geben, politische Erfahrungen zu sammeln.“²³² Kompetenzerwerb muss bereits in der Schule beginnen. Kommunikationstraining, das Erlernen von Präsentationstechniken gehören zur Berufswahlvorbereitung – und sind auch für die politische Karriere vonnöten.

Politik ist Handwerk: Man sollte z.B. wissen, was ein Presseverteiler ist, wie dieser gepflegt wird oder wie man eine Pressemitteilung schreibt. Das kann man bereits beim Girls Day oder in einem Schülerpraktikum bei einem Politiker oder einer Politikerin lernen. Die Parteien auf allen Ebenen, Fraktionen in den Gemeinden, Landtagen, im Bundestag oder die PR-Stellen in den Verwaltungen sind aufgefordert, mehr und zielgenauere Praktika anzubieten. Hier kann auch etwas für die politische Bildung und die berufliche Frühorientierung der Schülerinnen und Schüler getan werden.²³³

Veranstaltungen der Frauenorganisationen (z.B. Frauenunion, Liberale Frauen), anderer Vorfeldorganisationen der Parteien (z.B. Kommunalpolitische Vereinigung der CDU, KPV) oder politischen Stiftungen zu den politischen „Grundtechniken“ sind ebenfalls ein geeigneter Einstieg, der durch gezielte „Einsteiger-Kurse“ der Parteien bzw. parteiübergreifende Angebote²³⁴ ergänzt werden können. Und auch diejenigen, die frisch ins Amt gewählt sind und von diversen Vorlagen der Verwaltung „erschlagen“ werden, sind für Hinweise dankbar, wie sie sich im politischen Alltag behaupten können.²³⁵

²³² Ina Lenke, MdL 1990-1994, MdB seit 1998, in: Landtag Niedersachsen: Frauen im Parlament. Zur Erinnerung an die erste Rede einer Abgeordneten vor einem deutschen Parlament am 19. Februar 1919, Hannover 1999, S. 30f.

²³³ 2000 bot das Büro für Mädchenförderung, eine Initiative des Büros für Frauenfragen und Gleichbehandlung des Landes Salzburg und von Akzente Salzburg, mit "girls in politics" einem Politiklehrgang für Schülerinnen an. Ziel war, das gesellschaftspolitische Engagement der jungen Frauen zu fördern und sie bei ihren ersten Schritten auf dem politischen Parkett zu unterstützen. Inhalte der Lehrgänge sind vor allem politische Grundlageninformation, Frauengeschichte, Kommunikation, Medien, Besuche an einer Landtags-/Gemeinderatssitzung. Vgl. www.akzente.net/make-it

²³⁴ Vgl. Bernhard Gaul, Martina Lettner, Julia Schnitzlein und Paulina Szymyde: „Frau Bürgermeister“ bleibt Mangelware, in: Kommunal Nr. 4/2004, S. 30-33, hier: S. 32f.: „Um der schlechten Frauenquote Abhilfe zu schaffen und mehr Frauen auf das Amt des Bürgermeisters vorzubereiten, hat das Frauenreferat des Landes Salzburg den Crash-Kurs „Von 0 auf 100 – Salzburg braucht Bürgermeisterinnen“ ins Leben gerufen. Die Teilnehmerinnen kommen aus fast allen politischen Lagern: SPÖ, KPÖ, Grüne und nahe stehenden Organisationen. Die ÖVP startete ihre eigene Frauen-Initiative. Mittelpunkt der Ausbildungsprogramme sind die Vermittlung von Grundwissen und Informationen zur Gemeindepolitik, Aufgaben und Pflichten im Bürgermeisteramt, sowie Handeln in der Öffentlichkeit. Als Vortragende konnten unter anderen die designierte Landeshauptfrau von Salzburg, Gabi Burgstaller, Wüstenrot-Generaldirektorin Susanne Riess-Passer, die Generalsekretärin der FPÖ, Magda Bleckmann, und Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer gewonnen werden. Lehrgangleiterin

Martina Berthold ...: „Ich denke, der Kurs war ein voller Erfolg. Positiv sehe ich auch die parteiübergreifende Arbeit. Allerdings wollten die Frauen zuerst umfassend informiert werden, erst dann begannen sie Fragen zu stellen. Das hängt sicherlich auch mit Selbstbewusstsein und Selbstsicherheit zusammen.“

²³⁵ Siehe folgenden Hinweis: „Erfolgreich verhandeln - Seminare der Friedrich-Naumann- und der Rudolf von Bennigsen-Stiftung : Gerade wenn Sie jetzt ganz neu ein Mandat ausüben werden, wird dieses Seminar für Sie nützlich sein. Sie lernen, sich in der Fraktion oder im Rat zu behaupten.

Verhandlungen bestimmen einen wesentlichen Teil des Erfolges, privat oder geschäftlich. Egal, ob Sie gute Konditionen bei einem wichtigen Vertragsabschluss mit Geschäftspartnern aushandeln, die Aufgaben für das nächste Projekt verteilen oder eine Gehaltserhöhung bei Ihrem Chef durchsetzen möchten - Erfolg im Beruf hängt ein gutes Stück von Ihren Verhandlungskünsten ab.

Kompromisse zu schließen fällt nicht immer leicht. Schließlich empfindet so mancher das Verhandlungsergebnis eher als Zugeständnis an das Gegenüber statt als eine Verwirklichung der eigenen Ziele und Vorstellungen. Doch genau darin liegt die Chance einer gelungenen Verhandlung: Wenn beide Parteien sich von ihren Positionen aufeinander zu bewegen mit dem Ergebnis, einen Kompromiss zu finden, der für beide Seiten verträglich ist. Dieses Seminar soll helfen, in Verhandlungssituationen gut zu bestehen. Während des Tages werden wir ansprechen, wie man sich auf ein Gespräch vorbereitet, Stress abbaut und eine angenehme Gesprächsatmosphäre schafft, wie man den Verhandlungspartner richtig einschätzt, festgefahrene Situationen aufweicht und mit welchen Techniken man letztendlich zum Ziel gelangt.“ Zitiert nach: www.liberales-frauen-nds.de/mehrinfortermin.html.

Zielgruppenveranstaltungen z.B. für Kommunalpolitikerinnen, die sich in ein bestimmtes Thema einarbeiten können, sind ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Professionalisierung.

Die Außendarstellung der Parteien muss ebenso verbessert werden wie die Rahmenbedingungen vor Ort für das Engagement von Frauen.

Kampagnen (z.B. auch für mehr Frauenengagement in der Politik²³⁶), Kongresse, Kandidaten – Politik hat immer ein Gesicht, und dieses Gesicht darf ruhig weiblich sein, wenn es darum geht, Politik nach außen und innen zu „verkaufen“. Politik braucht aber mehr als nur eine „weibliche Fassade“, denn „ohne Inhalt ist alles nichts“! Politik muss so organisiert werden, dass Frauen gerne kommen und mittun. Wenn Parteiveranstaltungen stattfinden, so ist z.B. mindest auf Bundesebene bei den Parteien für eine professionelle Kinderbetreuung gesorgt, das gilt aber längst noch nicht für Veranstaltungen der Landesparteien und die kommunale Ebene.

Ein anderer Arbeitsstil ist möglich.

Im Beschluss „Bürgerpartei CDU. Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“ des CDU-Parteitages in Leipzig im Jahr 2003 wurde formuliert: „Die CDU und ihre Vereinigungen und Sonderorganisationen müssen ihren Arbeitsstil ändern. Frauen leben häufig – bedingt durch ihre Managerposition im Dreieck Familie, Beruf und Ehrenamt – in einem ausgeklügelten Zeitmanagement. Dies hat zur Folge, dass sie sich nur dann engagieren wollen und können, wenn bei Aktionen oder aber auch in Gremien eine klare Zielorientiertheit für sie erkennbar ist.“ Und manche Scheuklappen müssen fallen: „Politikerinnen, die als unverheiratete und kinderlose Frauen es wagen, sich mit Familienproblemen beruflich zu befassen, werden oft gefragt, was sie als Singles von der Materie verstünden.“²³⁷

Die Arbeitszeit und die Arbeitsformen in der Politik können im Sinne der Frauen strukturiert werden.

Das Zeitbudget der Frauen ist durch die häufige Doppelbelastung infolge von Erwerbs- und Familienarbeit begrenzt. Darüber hinaus wollen Frauen ihre Zeit so nutzen, „dass schnell konkrete Ergebnisse zu erkennen sind und sie ihre begrenzte Zeit nicht in scheinbar endlosen und durch Tagungsrituale geprägten Sitzungen vergeuden. Wer deshalb Frauen zur Mitarbeit bewegen will, muss ihnen besondere Angebote in Form von Projektarbeit, offenen Arbeitskreisen etc.“²³⁸

Neue Chancen für Frauen durch ein neues Wahlrecht mit mehr Einfluss der Bürger auf die Personalauswahl

Einen größeren Einfluss auf die Wahllisten hat der Wähler dort, wo er kumulieren und panaschieren kann. Diese Möglichkeiten des Wahlrechts sind bislang auf die Ebene der Kommunalwahlen begrenzt. Die Wähler könnten auch bei Landtags- und bei Bundestagswahlen die Listen der Parteien durch Veränderung der Reihenfolge der Kandidaten, mit Stimmenhäufung bei einzelnen Bewerbern oder durch das Streichen bestimmter Vorschläge nachhaltig verändern. Ein solches Verfahren relativiert das Vorschlagsrecht der Parteifunktionäre, wird sich aber nur sehr langfristig durchsetzen lassen. Außerdem – das zeigt das Beispiel der Kommunalwahl 2004 in Magdeburg – können auf diesem Wege Frauen auch „rausgekegelt“ werden.

²³⁶ Die Frauenunion forderte 2005 eine „gezielte Mitgliederwerbemaßnahmen in allen Landesverbänden der CDU.“ Ziel müsse es sein, „den Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft auf mindestens ein Drittel zu heben. Die Anstrengungen zur Gewinnung von weiblichen Mitgliedern sind zu dokumentieren und sollen in den Frauenbericht des Generalsekretärs einfließen.“

www.frauenunion.de/images/stories/docs/beschluss_leitantrag.pdf

²³⁷ Leserbrief von Zofia Großmann, Berliner Zeitung, 5./6.8.2006.

²³⁸ Beschluss des 26. Bundesdelegiertentages der Frauen Union der CDU Deutschlands vom 12./13. November 2005 in Ludwigsburg, http://www.frauenunion.de/images/stories/docs/beschluss_leitantrag.pdf

Anlagen

10.1 Frauen - Pioniere auf parlamentarischer Bühne

Claudia von Gélieu: [...] Anhalt war das erste Land, in dem nach Einführung des Frauenwahlrechts Wahlen stattfanden. Doch in dem am 15. Dezember 1918 gewählten Landtag war keine einzige Frau vertreten. Die SPD hatte eine Kandidatin aufgestellt, doch die Platzierung von Marie Kettmann war so aussichtslos, dass sie trotz des unerwartet hohen Wahlsiegs der SPD nicht unter den 22 gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten war. Erst ein Jahr später rückte sie für einen zum Minister aufgestiegenen SPD-Mann als Nachfolgerin in den Landtag ein.

Ihr Parteigenosse, der Landtagspräsident Hermann Peus, begrüßte sie mit den Worten: "Wenn auch die Stimme einer Frau nicht von großer Wichtigkeit sein kann bei einer so großen Zahl von Männern, so ist doch schon die alleinige Anwesenheit einer Frau eine stetige Mahnung daran, dass es außer dem männlichen Geschlecht auch noch ein weibliches gibt, das mit seinen Interessen Berücksichtigung verdient." Marie Kettmann, Vorsitzende der SPD-Frauen und Stadtverordnete in Roßlau, kam in mehr als drei Jahren nur einmal im Landtag zu Wort. Als Mitglied des Petitionsausschusses durfte sie über die Ablehnung der Eingabe des Gemeindevorstandes von Klepzig bei Köthen zur freien Wahl der Hebammen berichten. [...] Auch im Preußischen Landtag und im Reichstag gab es in der Regel nur eine, maximal zwei Frauen unter den Abgeordneten aus der Provinz Sachsen. Auch hier hatten die Frauen oft den letzten Listenplatz inne, der gerade noch gewählt wurde. Ihre Auftritte auf der parlamentarischen Bühne waren ebenfalls selten [...] die Rednerinnen fanden wenig Gehör, ernteten allenfalls Spott und Häme. Beispielhaft [...] die Reichstagsauftritte von Marie Wackwitz, Abgeordnete der USPD aus dem Wahlkreis Merseburg von 1920 bis 1924 [...]"

Reichstag. - 204. Sitzung. Donnerstag den 6. April 1922.

Präsident: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Wackwitz.

Wackwitz, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, wenn nicht der Herr Abgeordnete Kahl seine Ausführungen so gemacht hätte, dass sie geradezu den Widerspruch von uns Frauen herausfordern. Herr Kahl erklärte in seinen Ausführungen, dass die Eigenheit des Weibes es nicht möglich mache, sie ins Amt eines Richters einzuführen. Er begründete seine Ausführungen damit, dass die Frau bei den verschiedenen inneren seelischen Bewegungen, dass die Frau in zweiter Linie auch in der Zeit der Schwangerschaft auf Grund ihres ganzen körperlichen Zustandes nicht die Möglichkeit habe, das Amt als Richter, als Schöffin und als Geschworene ausüben zu können. Meine Kollegin Frau Agnes hat bereits mit vollem Recht darauf aufmerksam gemacht, wie wir uns ... die Tätigkeit der Frau als Schöffin und Geschworene für die Zukunft denken. Ich stimme auch im wesentlichen mit den Ausführungen von Frau Dr. Lüders bei der Begründung zu dem Gesetzentwurf überein. Aber wenn Herr Kahl gesagt hat, die Frau eigene sich nach ihrer ganzen Erziehung und ihrer ganzen Persönlichkeit heute noch nicht für das Richteramt, so muss ich Herrn Kahl doch erwidern, dass er die Kriegsperiode vergessen hat. ... Haben wir vergessen, meine Damen und Herren, dass ziemlich am Schluss des Krieges, kurz vor der Revolution, in der ganzen bürgerlichen Presse darüber geschrieben worden ist, dass man den Frauen sogar die Etappen öffnet - natürlich zu dem Zweck, der Kriegsverlängerung zu dienen.

(Fortgesetzte große Unruhe. - Glocke des Präsidenten.) Präsident: Meine Herren, ich bitte um etwas Ruhe!

Wackwitz, Abgeordnete: Wenn man dort den Frauen die Möglichkeit gab, über Abbruch und Verlängerung des Krieges zu entscheiden, wenn man ihnen die Möglichkeit gab, in den Etappen ihre volle Schuldigkeit zu tun, darf man sie hier nicht für unfähig erklären, das Amt eines Schöffen oder Geschworenen auszuüben. Herr Abgeordneter Kahl hat hervorgehoben, dass draußen im Lande die große Mehrheit der deutschen Frauen nicht damit einverstanden sei, in das Amt der Geschworenen, Schöffen und Richter eingekleidet zu werden.

(Zurufe und andauernde Unruhe. - Glocke des Präsidenten.) Präsident: Ich muss nochmals um Ruhe bitten!

Wackwitz, Abgeordnete: Meine Damen und Herren! Es wird mir von Frauen bürgerlicherseits zugerufen, das sei wahr. Dann möchte ich aber fragen, warum sie dann nicht die Einführung der Frauen ins Parlament abgelehnt haben. Wenn sie ihre Befähigung hier im Reichstag für ausreichend halten, im Rahmen der Gesetzgebung ihre Pflicht zu tun, dann ist das ein so großer Widerspruch, dass dies nicht unwidersprochen ins Land hinausgehen kann. Ein Recht erfordert das andere, wie auch eine Pflicht die andere erfordert. ..." [...]

Zitiert nach: <http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=8896>

10.2 Die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter im Verfassungsrecht des Deutschen Reiches, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland

	Verfassungstext zur Gleichberechtigung der Geschlechter	Bemerkungen
Weimarer Verfassung 1919	Art. 109 Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.	
DDR-Verfassung 1949	Art. 7 Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben.	
DDR-Verfassung 1968/1974	Art. 20 Abs. 2 Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe.	
Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland 1949/ 1993	Art. 3 Abs. 2 Männer und Frauen sind gleichberechtigt. <i>Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.</i>	
Verfassungsentwurf für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder 1991	Art. 3 Abs. 2 Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat ist verpflichtet, die gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen herzustellen und zu sichern. Art. 3 Abs. 4 Maßnahmen zur Förderung von Frauen zum Ausgleich bestehender Nachteile sind keine Bevorzugung wegen des Geschlechts. Art. 21 Abs. 1 ... In ihren (gemeint sind die Parteien, die Verf.) Wahlvorschlagslisten sollen Frauen und Männer zu gleichen Anteilen und chancengleich aufgenommen werden. Art. 33 Abs. 3 Bei der Vergabe öffentlicher Ämter tragen Bund, Länder und Gemeinden Sorge dafür, dass Frauen und Männer im öffentlichen Dienst zu gleichen Anteilen vertreten sind (das gilt auch für die Richter am Bundesverfassungsgericht gemäß Art. 94 Abs. 1 und Art. 95 Abs. 2 des Verfassungsentwurfs, die Verf.).	
Baden-Württemberg 1953	Art. 2 Abs. 1 Die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte sind Bestandteil dieser Verfassung und unmittelbar geltendes Recht.	
Bayern 1946/1998	Art. 118 Abs. 2 Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.	Eingefügt durch Verfassungsreformgesetz vom 20.2.1998 (GVBl. S. 39).

Berlin 1995	Art. 10 Abs. 3 Landesverfassung Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land ist verpflichtet, die Gleichstellung und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens herzustellen und zu sichern. Zum Ausgleich bestehender Ungleichheiten sind Maßnahmen zur Förderung zulässig.	
Brandenburg 1992	Art. 12 Abs. 3 Landesverfassung Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land ist verpflichtet, für die Gleichstellung von Frau und Mann in Beruf, öffentlichem Leben, Bildung und Ausbildung, Familie sowie im Bereich der sozialen Sicherung durch wirksame Maßnahmen zu sorgen.	
Bremen 1947/1997	Art. 2 Abs. 4 Landesverfassung Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land, die Stadtgemeinden und die anderen Träger der öffentlichen Verwaltung sind verpflichtet, für die gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter in Staat und Gesellschaft durch wirksame Maßnahmen zu sorgen. Es ist darauf hinzuwirken, dass Frauen und Männer in Gremien des öffentlichen Rechts zu gleichen Teilen vertreten sind.	Durch Gesetz zur Änderung der Landesverfassung am 14.10.1997 eingefügt (GBl. S. 353).
Hamburg 1952/1996	Art. 3 Abs. 2 Landesverfassung Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird nach Maßgabe der Verfassung und der Gesetze ausgeübt. Sie hat auch die Aufgabe, die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern. Insbesondere wirkt sie darauf hin, dass Frauen und Männer in kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluss- und Beratungsorganen gleichberechtigt vertreten sind.	Durch 6. Gesetz zur Änderung der Verfassung eingefügt (GBl. S. 129).
Hessen 1946	Art. 1 Landesverfassung Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, der Herkunft, der religiösen und der politischen Überzeugung.	
Mecklenburg-Vorpommern 1993	Art. 5 Abs. 3 Landesverfassung Die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte sind Bestandteil dieser Verfassung und unmittelbar geltendes Recht. Art. 13 Die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist Aufgabe des Landes, der Gemeinden und Kreise sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung. Dies gilt insbesondere für die Besetzung von öffentlich-rechtlichen Beratungs- und Beschlussorganen.	
Niedersachsen 1993	Art. 3 Abs. 2 Landesverfassung Die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte sind Bestandteil dieser Verfassung. Sie binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Landesrecht. Die Achtung der Grundrechte, insbesondere die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, ist eine ständige Aufgabe des Landes, der Gemeinden und Landkreise. Art. 3 Abs. 3 Niemand darf wegen seines Geschlechts ... benachteiligt oder bevorzugt werden. ...	
Nordrhein-Westfalen 1950	Art. 4 Abs. 1 Landesverfassung Die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in	

	der Fassung vom 23. Mai 1949 festgelegten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte sind Bestandteil dieser Verfassung und unmittelbar geltendes Landesrecht.	
Rheinland-Pfalz 1947	Art. 17 Abs. 3 Landesverfassung Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Art. 19 Alle Deutschen, ohne Unterschied ... des Geschlechtes, sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihrer Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zugelassen ...	
Saarland 1947	Art. 12 Landesverfassung Alle Menschen ohne Unterschied des Geschlechts ... sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.	
Sachsen 1992	Art. 8 Landesverfassung Die Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist Aufgabe des Landes. Art. 18 Abs. 1 bis 3 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechtes ... benachteiligt oder bevorzugt werden.	
Sachsen-Anhalt 1992	Art. 7 Abs. 1 bis 3 Landesverfassung Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechts ... benachteiligt oder bevorzugt werden. Art. 34 Das Land und die Kommunen sind verpflichtet, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft durch geeignete Maßnahmen zu fördern.	
Schleswig-Holstein 1990	Art. 6 Landesverfassung Die Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist Aufgabe des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung. Insbesondere ist darauf hinzuwirken, dass Frauen und Männer in kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluss- und Beratungsorganen zu gleichen Anteilen vertreten sind.	
Thüringen 1993	Art. 2 Abs. 2 Landesverfassung Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land, seine Gebietskörperschaften und andere Träger der Verwaltung sind verpflichtet, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen des öffentlichen Lebens durch geeignete Maßnahmen zu fördern und zu sichern. Art. 2 Abs. 3 Niemand darf wegen ... seines Geschlechts ... bevorzugt oder benachteiligt werden.	

Zusammengestellt nach: Verfassungen der deutschen Bundesländer, mit einer Einführung von Christian Pestalozza, 6. Auflage, München 1999 und Rudolf Schuster, Hrsg.: Deutsche Verfassungen, 15. Auflage, München 1983.

10.3 Parité

Frankreich: Parité-Gesetz

Das Parité-Gesetz wurde in Frankreich 2000 vom Parlament verabschiedet. Es regelt den Zugang zu Wahllisten. Die Parteien und politischen Gruppierungen müssen dafür sorgen, dass Männer und Frauen gleichermaßen Zugang zu Wahllisten erhalten. Bei Nichteinhaltung der Parität drohen Sanktionen. Das Gesetz findet Anwendung bei Gemeinderatswahlen in Kommunen mit mehr als 3.500 Einwohnern, Regionalwahlen, Senatswahlen mit Verhältniswahlrecht, Wahlen zur Nationalversammlung, Wahlen zum Europäischen Parlament. Dagegen ist es nicht anwendbar bei Wahlen mit Mehrheitswahlrecht wie Gemeinderatswahlen in Kommunen mit weniger als 3.500 Einwohnern, Bürgermeisterwahlen, Kantonalwahlen, Senatswahlen mit Mehrheitswahlrecht.

Bei Wahlen, bei denen Parteilisten mit mehreren Kandidaten aufgestellt werden (z.B.

Gemeinderatswahlen in Kommunen mit mehr als 3.500 Einwohnern und Wahlen zum Europäischen Parlament), darf sich die Zahl der Kandidaten jeden Geschlechts höchstens um 1 unterscheiden. Bei den Wahlen zum Europa-Parlament ist dabei

ein strikter Wechsel Mann-Frau auf der Liste vorgeschrieben (tic-tac-System). Bei Gemeinderatswahlen

muss jeweils innerhalb einer Sechser-Gruppe von Kandidaten die Parität erfüllt sein. Ist dies nicht der Fall, wird die Liste dieser Partei bzw. politischen Gruppierung erst gar nicht zur Wahl zugelassen.

Bei der Mehrheitswahl zur Nationalversammlung darf von jeder Partei bzw. politischen Gruppierung nur eine Person pro Wahlkreis aufgestellt werden. Summiert über alle Wahlkreise, in denen diese

Partei oder politische Gruppierung antritt, darf sich die Zahl der männlichen und weiblichen Kandidaten um nicht mehr als 2 % unterscheiden. Wird diese Regel verletzt, sieht das Parité-Gesetz eine Kürzung der jährlichen Parteiensubventionierung vor, abhängig von der Höhe des Verstoßes.

Frau Mayer veranschaulichte dies am Beispiel der

Präsidentenpartei UMP. Diese hatte bei der letzten Wahl zur Nationalversammlung 80 % Männer und nur 20 % Frauen landesweit aufgestellt. Da somit zur Einhaltung der Parität 30 % fehlen, wird die jährliche öffentliche Finanzierung von 1,50 Euro pro Wählerstimme um 30 % gekürzt.

Bei der 2002 neu gewählten Nationalversammlung hat das Parité-Gesetz aber nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Zwar stieg die Zahl der Kandidatinnen von 22 % (1997) auf 38 % (2002), die Zahl der weiblichen Abgeordneten dagegen nur von 10,92 % (1997) auf 12,3 % (2002). Grund dafür ist der

zweite Teil der Parteiensubventionierung, bei dem die Partei für jeden errungenen Sitz rund 45.400 Euro erhält.

Am Beispiel der UMP konnte Frau Mayer aufzeigen, dass diese Partei dadurch ca. 16 Mio. Euro jährlich erhält, während der Strafabzug wegen Nichteinhaltung der Parität lediglich 4 Mio. Euro jährlich ausmacht.

Aus: AsF aktuell. SPD-Landesverband Baden-Württemberg, Ausgabe Nr. 04, Juni/Juli 2002, zitiert nach: <http://asf.bawue.spd.de/download/text/AsF-aktuell-04-2002.pdf>

Spanien: Per Gesetz Gleichheit zwischen den Geschlechtern

Die Gleichberechtigung der Frauen hat in Spanien seit dem Übergang zur Demokratie große Fortschritte gemacht. Verbliebene Zonen der Ungleichheit und Benachteiligung will die sozialistische Regierung mit einer umfassenden Gesetzesvorlage ausmerzen, die das Kabinett kürzlich dem Parlament zugeleitet hat. Ziel der «Ley de Igualdad» ist die Gleichheit der Geschlechter in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Soziales und Kultur, soweit sie sich mit Rechtsmitteln erzwingen oder stimulieren lässt. Neben dem Gesetz zur Unterstützung benachteiligter Personen gehört das Gleichheitsgesetz zu den wichtigsten sozialpolitischen Projekten von Ministerpräsident Zapatero in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit. Im sozialistischen Kabinett sitzen seit Beginn der Amtszeit im April 2004 neben Zapatero je acht Ministerinnen und Minister. In der Politik will die Regierung eine ungefähre Geschlechterparität nun bei den Wahlen auf allen staatlichen Ebenen – Zentralparlament, Regionen und Gemeinden – einführen. Die Listen der Parteien sollen Kandidaten beider Geschlechter je mindestens 40 Prozent der Plätze einräumen. Während im spanischen Abgeordnetenhaus bereits 36 Prozent der Mandate von Frauen bekleidet werden, liegen die Anteile in Regionen und Gemeinden zum Teil wesentlich tiefer. Die 40-Prozent-Regel soll auch bei allen Ernennungen der Regierung für leitende Organe in der Staatsverwaltung und bei Ausbildungskursen für den Staatsdienst, zum Beispiel in der Diplomatie, gelten. Bei der Zulassung zum Staatsdienst sollen Kriterien geändert werden, die Frauen benachteiligen. ... Erklärtes Ziel des Gleichheitsgesetzes ist auch ein Frauenanteil von 40 Prozent in den Verwaltungsräten mittlerer und größerer Unternehmen. Es soll innerhalb von acht Jahren verwirklicht werden.

Aus: Neue Zürcher Zeitung 13.6.2006, zitiert nach: <http://www.fdp-frauen.ch/platform/content/element/51717/NZZ2806061.pdf>

10.4. Daten zur Frauenpartizipation in der Kommunalpolitik in Sachsen-Anhalt

Ergebnisse der Kommunalwahlen 2004 (Stadt- und Gemeinderatswahlen) – Mandate aufgeteilt nach kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreis	Dessau, Stadt			Halle, Stadt			Magdeburg, Landeshauptstadt			Altmarkkreis Salzwedel			Anhalt-Zerbst		
	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%
CDU	15	2	13,3	14	2	14,3	14	0	0,0	239	38	15,9	100	20	20,0
PDS	12	5	41,7	14	5	35,7	17	4	23,5	52	22	42,3	24	4	16,7
SPD	8	3	37,5	10	2	20,0	13	2	15,4	53	8	15,1	41	11	26,8
FDP	3	0	0,0	3	0	0,0	4	1	25,0	27	5	18,5	24	3	12,5
Bündnis 90/ Die Grünen	2	0	0,0	3	1	35,7	4	0	0,0	3	1	33,3	5	0	0
Wählergruppen	9	1	11,1	8	5	62,5	1	0	0,0	492	110	22,4	153	34	22,2
Einzelbewerber	-	-	-	-	-	-	-	-	-	209	60	28,7	231	57	24,7
Andere	1	0	0	4	3	75,0	3	1	33,3	-	-	-	13	3	23,1
Gesamt	50	11	22,0	56	18	32,1	56	8	14,3	1075	244	22,7	591	132	22,3

Kreis	Bitterfeld			Bördekreis			Burgenlandkreis			Halberstadt			Jerichower Land		
	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%
CDU	122	25	20,5	121	35	28,9	145	28	19,3	82	17	20,7	141	38	27,0
PDS	33	12	36,4	23	6	26,1	56	19	33,9	12	3	25,0	42	19	45,2
SPD	42	11	26,2	71	12	16,9	60	12	20,0	28	5	17,9	53	10	18,9
FDP	21	5	23,8	19	4	21,1	22	0	0,0	5	1	20,0	27	2	7,4
Bündnis 90/ Die Grünen	1	0	0	1	1	100	3	2	66,7	2	1	50,0	3	0	0,0
Wählergruppen	163	42	25,8	127	37	29,1	477	112	23,5	82	21	25,6	486	50	10,3
Einzelbewerber	44	10	22,7	48	16	33,3	111	23	20,7	19	5	26,3	86	20	23,3
Andere	1	1	100	-	-	-	1	0	0,0	2	0	0,0	1	1	100
Gesamt	427	106	24,8	410	111	27,1	875	196	22,4	232	53	22,8	539	140	26,0

Kreis	Merseburg-Querfurt			Ohrekreis			Quedlinburg			Saalkreis			Sangerhausen		
	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%
CDU	171	29	17,0	240	49	20,4	77	8	10,4	106	20	18,9	117	27	23,1
PDS	50	20	40,0	26	11	42,3	27	10	37,0	34	7	20,6	31	11	35,5
SPD	70	18	25,7	73	15	20,5	27	3	11,1	73	17	23,3	39	12	30,8
FDP	32	5	15,6	21	3	14,3	21	4	19,0	36	9	25,0	37	12	32,4
Bündnis 90/ Die Grünen	2	0	0,0	5	1	20,0	4	1	25,0	2	0	0,0	-	-	-
Wählergruppen	183	40	21,9	331	76	23,0	136	20	14,7	258	70	27,1	200	37	18,5
Einzelbewerber	93	23	24,7	140	30	21,4	31	7	22,6	87	19	21,8	89	23	25,8
Andere	12	2	16,7	-	-	-	1	0	0,0	-	-	-	1	0	00,0
Gesamt	613	137	22,3	836	185	22,1	324	53	16,4	596	142	23,8	514	122	23,7

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Kreis	Weißenfels			Wernigerode			Wittenberg		
	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%	Sitze	davon Frauen	%
CDU	143	32	22,4	102	15	14,7	172	38	22,1
PDS	43	12	27,9	38	10	26,3	58	24	41,4
SPD	44	15	34,1	64	19	29,7	50	15	30,0
FDP	9	3	33,3	15	2	13,3	21	1	4,8
Bündnis 90/ Die Grünen	-	-	-	4	1	25,0	2	0	0,0
Wählergruppen	88	15	17,0	130	31	23,8	152	30	19,7
Einzelbewerber	60	19	31,7	35	6	17,1	173	38	22,0
Andere	2	1	50,0	-	-	-	3	0	0,0
Gesamt	389	97	24,9	388	84	21,6	631	146	23,1

Literaturverzeichnis

- Ackermann, Paul: Bürger-Handbuch. Basisinformationen und 57 Tipps zum Tun. Schwalbach, 3. Auflage 2004.
- Ders.: Die Bürgerrolle in der Demokratie als Bezugsrahmen für die politische Bildung. In: Gotthard Breit und Siegfried Schiele (Hg.) 1998, S. 13 – 34
- AKTIV 27, 1/2005
- Andersen, Uwe: Stichwort „Gemeinden“, in: ders. Und Wichard Woyke, Hrsg.: Handwörterbuch
Böhmer, Maria: Gesetze zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Bund und Ländern. Eine vergleichende Dokumentation. Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1995.
- Ballhausen, Anne/Brandes, Uta/Karrer, Marva/Schreiber, Robert: Zwischen traditionellem Engagement und neuem Selbstverständnis - weibliche Präsenz in der Öffentlichkeit. Schriftenreihe des Instituts Frau und Gesellschaft, Band 5, Bielefeld 1986.
- Bartscher, Matthias: Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik. Freiburg i. Br. 1998
- Bellers, Jürgen (Hg.): Einführung in die Kommunalpolitik. München 2000.
- Benzler, Susanne/Annie, Ingrid/Peterman, Gundula/Pfaff, Claudia: Frauen in der Kommunalpolitik - Politikerinnen im Landkreis Gießen. Gießen 1995.
- Berger, Wolfgang: Wenn die Jugend ihren Gemeinderat wählt. Jugendgemeinderäte als Modell politischer Partizipation. In: Breit, Gotthard und Schiele, Siegfried (Hg.) 1998, S. 302 – 324
- ders.: Jugendgemeinderäte – vom Objekt zum Subjekt in der Kommunalpolitik. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.) 1997, S. 207 - 216
- Bertelsmann Stiftung, Hrsg.: Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Gütersloh 2004.
- Böttger, Barbara: Das Recht auf Gleichheit und Differenz. Elisabeth Selbert und der Kampf um Art. 3.2 Grundgesetz. Westf. Dampfboot, Münster 1990.
- Böttger, Barbara, Das Recht auf Gleichheit und Differenz, Elisabeth Selbert und der Kampf der Frauen um Art. 3 II Grundgesetz, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1990
- Breit, Gotthard und Schiele, Siegfried (Hg.): Handlungsorientierung im Politikunterricht. Schwalbach 1998
- Bukow, Wolf-Dietrich u. a. (Hg.): Die Demokratie entdeckt ihre Kinder. Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen. Opladen 2000
- Bütow, Birgit, 1994: Politische Nichtpartizipation von Frauen? in: Bütow, Birgit/Stecker, Heidi (Hg.): Eigenartige Ostfrauen. Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern. Bielefeld 1994, S.261-268.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Frauen in Deutschland. Von der Frauen- zur Gleichstellungspolitik (Dokumentation). Berlin, 2005
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Gender Mainstreaming - Was ist das? , Von der Frauen- zur Gleichstellungspolitik, Berlin, 2002
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Gleichstellung im Aufwind - Perspektiven einer modernen Gleichstellungspolitik. Dokumentation des Fachkongresses der Frauenbeauftragten des Bundes 22. und 23. März 2000. Berlin, 2001.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hrsg.: Fünfter Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung

jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 2002
(www.auswaertigesamt.de/www/de/infoservice/download/pdf/mr/5bercedaw.pdf).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Das neue Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und den Gerichten des Bundes. 2.Auflage, Berlin, Februar 2003

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Maßnahmen der Bundesregierung zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern (Broschüre). Berlin, 2001

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Die Darstellung von Frauen und die Behandlung von Frauenfragen im Fernsehen. In: Materialien zur Gleichstellungspolitik Nr. 83/2001. Berlin, 2001

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Männerforschung als Beitrag zur Geschlechterdemokratie. Berlin, August 1999

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Erwerbstätigkeit von Frauen und Kinderbetreuungskultur in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 44/2003). Bonn, 2003

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Familie und Frauen-Rollen. In: Themenblätter im Unterricht (Nr.29). Bonn, 2003

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Frauen in Deutschland. In: Informationen zur politischen Bildung (Heft 254). Bonn, 2003

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Haushaltsformen und Geschlechter-Verhältnisse. In: Informationen zur politischen Bildung (Heft 270). Bonn, 2003

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Geschlechtergerechtigkeit/ Gender. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 33-34/2002). Bonn, 2002

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Gleichberechtigung in der BRD/ Modernisierung weiblicher Lebenslagen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 31-32/2002). Bonn, 2002

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Familie und Beruf Eine deutsche Geschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 22-23/2002). Bonn, 2002

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur garantieren Gleichberechtigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 37-38/2001). Bonn, 2001

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Mögliche Chancen und berufliche Fallen der Neuen Tätigkeitsgesellschaft für Frauen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 21/2001). Bonn, 2001

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Familien- und Frauenpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 44/2003). Bonn, 2003

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Gleichstellung von Frauen aus der Sicht ost- und westdeutscher Jugendlicher. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 15/2003). Bonn, 2003

Busse, Tanja: Niemand will mehr Opfer sein, in: Die Zeit Nr. 35 vom 25.08.2005

CDU, Hrsg.: Politische Gleichstellung der Frauen in der CDU, Frauenberichte 2003 und 2004, zitiert nach: www.frauenunion.de

Conrad, Anne/Michalik, Kerstin (Hrsg.): Quellen zur Geschichte der Frauen. Band 3 Neuzeit, Reclam, Stuttgart 1999

Cornelißen, Waltraud (1993): Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland, in: Helwig, Gisela /Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945-1992. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 321-349.

Cornelißen, Waltraud (2002): Freizeit – freie Zeit für junge Frauen und Männer, in: Cornelißen, Waltraud/

Gille, Martina/Knothe, Holger/Meier, Petra/Queisser, Hannelore/Stürzer, Monika (Hrsg.): Junge Frauen – junge Männer. Daten zur Lebensführung und Chancengleichheit. Opladen 2002, S. 135-204.

Dackweiler, Regina, 1997: Die Frauenbewegungen im Blickfeld feministischer Politikwissenschaft, in: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, PVS-Sonderheft 28, Opladen, S. 378 - 397.

Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2002): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 89. Jahrgang 2002. Berlin.

Faulstich-Wieland, Hannelore: Einführung in Genderstudien. Leske & Budrich, Opladen 2003

Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (2003): Frauen-Politik & Gender-Politik – Arbeitsberichte 2002. Bonn.

Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2002): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 89. Jahrgang 2002. Berlin

Ders.: Frauen in Führungspositionen Eine Neupositionierung der Geschlechter zwischen Anpassung und Widerstand / 2000 / Reihe L - DST-Beiträge zur Frauenpolitik, Heft 05

Foster, Helga, Helga Lukoschat und Barbara Schaeffer-Hegel (Hg.), Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik, Pfaffenweiler 1998.

Gabriel, Oscar W, 1997: Politische Einstellungen und politisches Verhalten, in: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (Hg.): Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München, Wien: Oldenburg Verlag, S. 381 - 498.

Gast, Gabrielle, 1973: Die politische Rolle der Frau in der DDR. Düsseldorf:

Gast, Gabriele (1985): Stichwort „Frauen“, in: DDR-Handbuch. Köln, S. 443-449.

Geißel, Brigitte (1999): Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene. Opladen.

Dies./Sauer, Birgit (2001): Transformationsprozess und Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40.

Dies.: Innovative Potenziale von Politikerinnen. Mehrfachorientierung auf Politik, Beruf und Privatleben. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 31-32/2000, S. 24 - 29

Geißel, Brigitte/Penrose, Virginia (2003): Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung

(www.fu-berlin.de/gpo/pdf/geissel_penrose/geissel_penrose.pdf vom 26.04.2004).

Geißel, Brigitte: Partizipation und Engagement unter geschlechtsspezifischen Zusammenhängen, Berlin, 2000 (Expertise im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, mit Virginia Penrose).

Dies.: „(Un-)Geliebte Profis? Politikerverdrossenheit und Politikerprofessionalität. Daten von der lokalen Ebene.“ In: Zeit-schrift für Parlamentsfragen, Heft 1, 2006, S. 80-96

Dies.: „Kritische Bürgerinnen und Bürger – Eine Gefahr für Demokratien?“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 12/2006, S. 3-9.

Dies.: Lokale politisch-administrative Eliten zwischen Kontinuität und Neupositionierung – Problemstellung, in: Brigitte Geißel et al. (Hg.): Lokale politisch-administrative Eliten. SFB 580 Mitteilungen, Heft 7, Jena, 2003, S. 10-15.

Dies.: Transformationsprozess und Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern. Auswirkungen auf der lokalen Ebene, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/2001, S. 32-38 (mit Birgit Sauer).

Dies.: Demokratische Wende oder alter Wein in neuen Schläuchen? Ergebnisse und Forschungsausblick, in: femina politica, Heft 1, 2001, S. 72-76 (mit Gabriele Abels und Heike Kratt).

Dies.: Beweggründe von Frauen beim Einstieg in die Politik. Zur Bedeutung der Quote, in: Frauen in der einen Welt, Zeitschrift für interkulturelle Frauenalltagsforschung 2/2000.

Dies.: Innovative Potenziale von Politikerinnen. Mehrfachorientierung auf Politik, Beruf und Privatleben, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament, B 31-32/2000, S. 24-29.

Dies.: Wege von Frauen in die Politik. Von der Parteimitgliedschaft zum politischen Mandat, in: Zeitschrift für Frauenforschung des Instituts Frau und Gesellschaft, Heft 3/1999, S. 5-18.

Dies.: Partizipation in Neuen Sozialen Bewegungen, in: Hoecker, Beate (Hrsg.), Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 159-183

Hoecker, Beate 2000: Politische Partizipation von Frauen: Kein Thema für die politische Bildung? in: Oechsle, Mechthild/ Wetterau, Karin (Hg.): Geschlechterverhältnis und Politische Bildung. Opladen: Leske + Budrich, S. 154-174.

Hoecker, Beate, 1998a: Lern- und Arbeitsbuch: Frauen, Männer und die Politik. Bonn: Dietz.Hoecker, Beate (Hg.), 1998b: Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen: Leske + Budrich.

Hoecker, Beate, 1995: Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch, Opladen: Leske + Budrich.

Hoecker, Beate, 1987: Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie. Opladen: Leske + Budrich.Hoeppel, Rotraut, 1991: Geschlechtsspezifische Sozialisation als Thema der Frauenforschung - Ergebnisse, Probleme und Perspektiven, in: Zeitschrift für Frauenforschung, H. 3, S.1 - 14

Gildemeister, Regine u.a.: Geschlechterdifferenzierung im Horizont der Gleichheit, Wiesbaden 2003.

Gille, Martina/Krüger, Winfried (Hrsg.) (2000): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen.

Gille, Martina/Queisser, Hannelore (2002): Bürgerschaftliches Engagement junger Frauen und Männer, in: Cornelißen, Waltraud u.a. (Hrsg.): Junge Frauen – junge Männer. Daten zu Lebensführung und Chancengleichheit. Opladen, S. 205-256.

Hampele, Anne (1993): „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ – Zur politischen Partizipation von Frauen in der DDR, in: Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.) Frauen in Deutschland 1945-1992. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 281-320.

Hermann, Michael Cornelius und Pitschas, Rainer: Jugendliche und Senioren in den Kommunen. Aktivbürgerschaft, Repräsentation, Partizipationsillusion? Stuttgart u. a. 1998

Hildebrandt, Regine, Ruth Winkler (Hrsg.), Die Hälfte der Zukunft. Lebenswelten junger Frauen, Köln 1994 (Bund-Verlag)

Hoecker, Beate (1995): Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch. Opladen.

Hoecker, Beate (1998a): Politische Partizipation und Repräsentation von Frauen im europäischen Vergleich, in: ders. (Hrsg.) Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen,

S. 379-398.

Hoecker, Beate (1998b): Zwischen Macht und Ohnmacht: Politische Partizipation von Frauen in Deutschland, in: ders. (Hrsg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen, S. 65-90.

Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (Hrsg.) (2004): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa.
Band II: Die Beitrittsstaaten. Wiesbaden.

Hofmann-Göttig, Joachim, Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1986

Holuscha, Annette: Frauen in der Kommunalpolitik: kommunalpolitische Partizipation von Frauen in Baden-Württemberg am Beispiel der Stadt Ludwigsburg. Konstanz 1999

Horstkötter, Marianne (1989): Frauen in der Kommunalpolitik. Einflussfaktoren auf die politische Partizipation von Frauen in kommunalen Räten – eine Regionalstudie. Frankfurt a.M.

Junge Frauen in der Volkspartei SPD, Schriftenreihe Jugendpolitik des SPD-Parteivorstandes, Band VII, Bonn 1994 (zu bestellen über SPD-Parteivorstand)

Holzauer, Johanna, Agnes Steinbauer (Hg.), Frauen an der Macht, Profile prominenter Politikerinnen, Eichborn Verlag, Frankfurt 1994

Honnen, Ulrike, Vom Frauenwahlrecht zur Quotierung. 125 Jahre Kampf um Gleichberechtigung in der SPD, Waxmann Verlag, Münster/New York 1988

Huber, Antje (Hg.), Die Sozialdemokratinnen, Verdient die Nachtigall Lob, wenn sie singt? Seewald Verlag, Stuttgart, Herford 1984, Reihe Frauen in der Politik

Inter-Parliamentary Union (Hrsg.) (2005): Women in National Parliaments, Situation as of 28 February 2005. (<http://www.ipu.org/wmn-e/arc/world280205.htm> vom 16.01.2006)

Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), "Jugend '97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen", 12. Shell-Jugendstudie, Opladen 1997 (Verlag Leske und Budrich)

Kahlweit, Cathrin, Damenwahl, Politikerinnen in Deutschland, Beck'sche Reihe, Verlag C.H. Beck, München 1994

Kahlweit, Cathrin, Jahrhundertfrauen. Ikonen - Idole - Mythen, Verlag C. H. Beck, München, 1999

Keddi, Barbara; Pfeil, Patricia; Strehmel, Petra, Lebensthemen junger Frauen. Die neue Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe, Eine Längsschnittuntersuchung in Bayern und Sachsen, Opladen 1999 (Verlag Leske und Budrich)

Künnecke, Ira, Zwischen Parteilassung und feministischem Selbstverständnis. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) nach Einführung der "Quote", unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Köln, 1998

Katt, Katharina: Bürgerinnenbeteiligung in der Kommune. Empirische Studie zur politischen Partizipation von Frauen am Beispiel der Zukunftswerkstätten in Heidelberg. Herbolzheim 2000.

Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland: Möglichkeiten und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1997.

Krell, Gertraude (Hrsg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Rechtliche Regelungen - Problemanalysen – Lösungen, 4. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2004.

Kuhn, Annette (Hrsg.): Die Chronik der Frauen. Dortmund 1992.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Praktische politische Bildung. Schwalbach 1997.

Luthard, Wolfgang und Waschkuhn, Arno: Plebiszitäre Komponenten in der repräsentativen Demokratie. In: Ansgar Klein und Rainer Schmalz-Bruns (Hg.) 1997, S. 59 – 87.

Münkler, Herfried: Der kompetente Bürger. In: Ansgar Klein und Rainer Schmalz-Bruns (Hg.) 1997, S. 153 – 172.

Lukoschat, Helga: Netzwerk und Empowerment. Konzepte zur Stärkung der Handlungs- und Bündnisfähigkeit von Frauen in der Politik. Ergebnisse und bildungspolitische Implikationen einer Befragung von Spitzenpolitikerinnen. Berlin, Technische Universität, Diss. 1999

Molitor, Ute, Wählen Frauen anders? Zur Sozialeogie einer frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 1992

Naßmacher, Hiltrud und Naßmacher, Karl-Heinz: Kommunalpolitik in Deutschland. Opladen 1999 (Uni-Taschenbuch 2097).

Patzelt, Werner J./Roland Schirmer (Hrsg.) (2002): Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis. Wiesbaden.

Pfisterer, Angelika: First Lady – Ladys First, Bw-Verlag 2006.

Pfizer, Theodor und Wehling, Hans-Georg (Hg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg. 3. Aufl. Stuttgart 2000.

Raasch, Sibylle, Frauenquoten und Männerrechte, Schriften zur Gleichstellung der Frau, Bd. 4, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1991(

Ran an die Zukunft. Junge Frauen aktivieren und fördern, SPD-Broschüre, 3. vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage, 1999, Bestellnummer: 390 1224, Preis: 1,50 DM pro Stück (Bestellungen an SPD Parteivorstand, Vertriebsservice, 10911 Berlin, Telefon 0 30 / 2 59 91 - 200, Telefax 0 30 / 2 59 91 - 360, e-mail: vertrieb@spd.de, Internet: <http://www.spd.de>)

Randzio-Plath, Christa, Frauenmacht. Ausweg aus der Krise, Bund-Verlag, Köln 1987

Ristau, Malte, Junge Frauen und Politik. Eine Befragung zu Engagement und Partizipation in der SPD, In: Deutsche Jugend, 43/1995, S. 31-36

Rose, Lotte: Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendarbeit. BeltzVotum, 2003

Roth, Roland und Wollmann, Hellmut (Hg.): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. 2. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1999 (auch: Opladen: Leske und Budrich Verlag 1999).

Roth, Roland: Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung. In: Ansgar Klein und Rainer Schmalz-Bruns (Hg.) 1997, S. 404 – 447.

Scarbath, Horst/ Schlottau, Heike u.a. (Hrsg.): Geschlechter. Zur Kritik und Neubestimmung geschlechtsbezogener Sozialisation und Bildung. Leske & Budrich, Opladen 1999

Schiller, Theo (Hg.): Direkte Demokratie in Theorie und kommunaler Praxis. Frankfurt/M. 1999.

Seidenspinner, Gerlinde u.a., Junge Frauen heute - Wie sie leben, was sie anders machen. Ergebnisse einer Längsschnittstudie über familiäre und berufliche Lebenszusammenhänge junger Frauen in Ost- und Westdeutschland, Opladen 1996 (Verlag Leske und Budrich)

SPW (Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft), Heft 108/1999, Schwerpunkt Frauen - Zukunft (u.a. mit Beiträgen von Uta Biermann, Mechtild Jansen, Barbara König, Barbara Stiegler, Claudia Walther)

Steininger, Barbara: Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation, <http://www.rennerinstitut.at/frauenakademie/downloads/steininger.pdf>

Süssmuth, Rita (1999): 50 Jahre Parlamentarierinnen. Beteiligung ohne Macht? (www.bundestag.de/bp/1999/bp9908/9908004a.html).

Wehling, Hans-Georg (2004): Frauen in der Kommunalpolitik, in: Frauen Aktiv in Baden-Württemberg 26, 4/2004, S. 3-4.

Trinkle, Hermann: Veränderungen politischer Partizipation. Entwicklung eines erweiterten Analyse- und Interpretationsmodells und dessen Bedeutung für die politische Bildung. Frankfurt/M. 1997.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004a): Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland. Wiesbaden.

Volk, Inge, Gibt es eine weibliche Politik? Gespräche mit Politikerinnen, Quadriga Verlag, Weinheim, Berlin 1992

Vom Frauenwahlrecht zur Quotierung. Frauenbewegung und Sozialdemokratie. Dokumentation eines Workshops der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand und der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen am 12./13. Dezember 1997 in Bonn, SPD-Broschüre.

Weber, Ulla, Marion Esch, Barbara Schaeffer-Hegel, Politikerin als Beruf. Ergebnisse einer Untersuchung zur Politischen Bildung und Professionalisierung von Frauen für die Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament B 22-23/98. Mai 1998, S. 3-11

Wehner, Herbert (Hg.), Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort! Bundestagsreden sozialdemokratischer Parlamentarierinnen 1949 bis 1979, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1980

Wettig-Danielmeier, Inge, Frauensachen. Über die Gleichstellung der Frauen, Schüren Presseverlag, Marburg 1995

Wettig-Danielmeier, Inge, Greift die Quote? Stadtwege-Verlag, Köln 1997 (mit Beiträgen von Christine Bergmann, Margret Funke-Schmitt-Rink, Helga Grebing, Karin Junker, Rita Süssmuth, Barbara Schaeffer-Hegel u.a.)

Westle, Bettina (2001): Politische Partizipation und Geschlecht, in: Koch, Armin/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen, S. 131-168.

Zierau, Johanna (2001): Genderperspektive – Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen, in: Picot, Sibylle (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Band 194.3. 2. Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln, S. 15-110.